Probleme bei der Industrialisierung einer ländlichen Region – Die Arbeitsmarktentwicklung in Ostfriesland nach dem 2. Weltkrieg

1972

Franziska Wiethold

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546018_0038

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades des Fachbereichs
Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität
Marburg

Probleme bei der Industrialisierung einer ländlichen Region – Die Arbeitsmarktentwicklung in Ostfriesland nach dem 2. Weltkrieg

vorgelegt von
FRANZISKA WIETHOLD
aus Würzburg

Dekan: Prof. Dr. Tjaden
1. Berichterstatter: Prof. Dr. Tjaden
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Frank Deppe

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Juli 1972

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Druck: WI-Druck GmbH, 4 Düsseldorf 11

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkung 5

1. Abriß der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostfrieslands 8
1.1. Kurzer Abriß einiger natürlicher Faktoren Ostfrieslands 8
1.2. Ökonomische Struktur und politische Verfassung Ostfrieslands im Mittelalter 10
1.3. Entwicklungstendenzen während des Umbruchs zur Neuzeit 13
1.4. Ostfriesland in der Phase der Industriealisierung 19
1.5. Ostfriesland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts 25
1.6. Gesamtgesellschaftliche Aspekte des Funktionsverlustes Ostfrieslands . 26

2. Zur Qualität ausgewählter Standortfaktoren in der Untersuchungsregion . . 28

3. Zur sozialökonomischen Struktur Ostfrieslands 35
3.1. Allgemeiner Überblick 35
3.2. Land- und Forstwirtschaft 37
3.3. Industrie 43
3.3.1. Allgemeine Daten zur industriellen Entwicklung 43
3.3.2. Zur Entwicklung des Bergbaus und der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 48
3.3.3. Zur Entwicklung der Investitionsgüterindustrie 50
3.3.4. Zur Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie 52
3.3.5. Zur Entwicklung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie . . . 53
3.3.6. Exkurs: Struktur und regionale Funktion der drei in Ostfriesland vertretenen Großunternehmen 54
3.3.6.1. Das Volkswagenwerk in Emden 55
3.3.6.2. Die Betriebsstätten der Olympia-AG in Ostfriesland . . . 60
3.3.6.3. Die Rheinstahl-Nordseewerke in Emden 63
3.3.7. Zur Struktur der Industriebeschäftigten in Ostfriesland 66
3.3.8. Zusammenfassung: Spezifische Merkmale der Industriealisierung Ostfrieslands 69

3.4. Restliches Produzierendes Gewerbe 76
3.4.1. Handwerk 76
3.4.2. Baugewerbe 78

3.5. Verteilungs- und Dienstleistungsbereich 83
3.5.1. Handel 85
3.5.2. Verkehr und Nachrichten 87

Seite

3.5.3. Private Dienste 90
3.5.4. Öffentlicher Dienst 93
3.5.5. Exkurs: Zum Verhältnis von Produzierendem Bereich und Verteilungs- und Dienstleistungsbereich 94

4. Zum Wandel in den Erwerbsbedingungen im Zuge der Industrialisierung Ostfrieslands 98

4.1. Ausgangsüberlegungen zum Verhältnis von ökonomischer Situation und Arbeitsmarkt 98

4.2. Ausgangsdaten zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und Erwerbstätigkeit in Ostfriesland 101

4.3. Zur regionalen Ausbildung der Erwerbspersonen 105
4.3.1. Ausgangsüberlegungen zur Funktion der Ausbildung im kapitalistischen Produktionsprozeß 106
4.3.2. Zur Situation der allgemeinen Schulbildung 107
4.3.3. Zur Situation der berufsbildenden Schulen 110
4.3.4. Zur Situation der betrieblichen Berufsausbildung 111

4.4. Zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen in Ostfriesland . . 118
4.4.1. Ausgangsdaten zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen 119
4.4.2. Zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen bei Männern . 123
4.4.3. Zum Verhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften bei Frauen . 128

4.5. Mobilitätsanforderungen an die regionalen Erwerbspersonen in Ostfriesland 133
4.5.1. Berufliche Mobilität 134
4.5.2. Regionale Mobilität 140
4.5.2.1. Pendelwanderung 141
4.5.2.2. Wanderungsmobilität 143

4.6. Zur Struktur der regionalen Einkommen 148

4.7. Zusammenfassung: Widersprüche in der Arbeitsmarktentwicklung im Zuge der Industrialisierung Ostfrieslands 153

Literaturverzeichnis 157

Vorbemerkung

In der Themenstellung wurde bewußt der Anspruch vermieden, anhand der Darstellung der ostfriesischen Erwerbsbedingungen zu generellen Aussagen über Entwicklungstendenzen der regionalen Arbeitsteilung und Arbeitsmarktdifferenzierung zu gelangen. Da es auch der Regionalökonomie und -soziologie bisher nicht hinreichend gelungen ist, eine inhaltliche Vermittlung zwischen den zahlreichen sehr konkretistischen Einzeldarstellungen regionaler Entwicklungsprobleme und den meist sehr abstrakten Ansätzen einer Regionaltheorie herzustellen, wäre die vorliegende Arbeit überfordert, wenn sie diese Lücke schließen wollte.[1])

Immerhin versucht die vorliegende Arbeit, einige Schritte über den bisherigen Stand der Regionaluntersuchungen hinauszukommen, indem sie es nicht bei einer reinen Oberflächenbeschreibung der sozialökonomischen Entwicklung anhand statistischer Daten beläßt, sondern die Voraussetzungen, Zusammenhänge und Konsequenzen einzelner Entwicklungsprozesse einbezieht. Sie begreift insofern die sozialökonomische Struktur einer Region nicht als Konglomerat mehr oder weniger zufälliger, unabgeleiteter und unvermittelter Einzelprozesse, sondern versucht einmal, die Funktion dieser Region innerhalb der Gesamtgesellschaft und die sich daraus ergebenden Einflüsse und zum anderen die immanenten regionalen Entwicklungstendenzen zu erfassen und darzustellen.

Die Hauptfragestellung ist dabei, unter welchen ökonomischen Bedingungen ländliche Regionen durch eine Industrialisierung in verstärktem Maße in den Verwertungsprozeß des Kapitals einbezogen werden, welche Funktion sie dabei bekommen und welche immanenten Entwicklungsprozesse dadurch in Gang gesetzt werden.

Diese Fragestellung wurde nicht nur aus einem theoretischen Interesse an den Entwicklungsproblemen einer zunächst gering industrialisierten Region formuliert; im Vordergrund stand ein überwiegend praktisches Interesse an den Konsequenzen der Industrialisierung für die Hauptbetroffenen – die Erwerbstätigen der Region – in dem Sinne, in welchem Maße es gelungen ist, die zunächst erheblichen Differenzen in den Erwerbsbedingungen zu anderen Regionen aufzuheben bzw. anzugleichen.

Aus zwei Gründen bot sich als Mittelpunkt für die Darstellung die Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes an: an der Art, dem Umfang und der gesellschaftlichen Organisationsform, in der menschliche Arbeitskraft – die Hauptproduktivkraft gesellschaftlicher Produktion – verwandt wird, zeigt sich zum einen der sozialökonomische

1) Bei dem Gros der Regionalstudien handelt es sich um Auftragsforschung, die von mit regionalpolitischen Entscheidungen befaßten Institutionen vergeben wird; hier ist bereits von der Aufgabenstellung her das Interesse an theoretischen Ansätzen gering, die sich nicht unmittelbar in praktische Handlungsanleitungen oder Entscheidungsgrundlagen umsetzen lassen. Aber auch die Veröffentlichungen mit explizit allgemein – theoretischer Aufgabenstellung verbleiben meist in der Beschreibung von Erscheinungsformen, ohne allerdings diese inhaltliche Begrenztheit zuzugeben: an die Stelle theoretischer Analysen treten häufig statistisch-mathematische Berechnungs- und Bewertungsmethoden, die oberflächliche Gesetzmäßigkeiten quantifizieren und verallgemeinern und daraus Trends für die künftige Entwicklung ableiten: Beispielhaft sind für diesen Typus etwa die Untersuchungen der PROGNOS-AG, vor allem: **Schröder u. a., Analyse und Prognose der regionalen Wachstumsunterschiede** der Beschäftigung und der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980 unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens, Eine Untersuchung der PROGNOS-AG, 2 Teile, Basel 1966. Eine Darstellung der methodischen und theoretischen Ansätze der Regionalforschung gibt die Untersuchung: **E. Dähne,** Zu einigen methodischen **Problemen sozialwissenschaftlicher Regionalforschung,** Voruntersuchung C im Rahmen des RKW-Projektes „Arbeitswissenschaftliche Strukturprobleme der Produktivitätsentwicklung", Marburg 1967.

Entwicklungsstand einer Region und ihre Funktion in der Gesamtwirtschaft; zum anderen wird an den Bedingungen, unter denen (bei vorherrschend kapitalistischer Produktionsweise) die Erwerbstätigen ihre Arbeitskraft verkaufen, deutlich, wie sich die ökonomische Struktur und Funktion einer Region auf die Erwerbsbedingungen auswirkt.[2]) Durch den Doppelcharakter des Arbeitsmarktes:

- als Ausdruck für die ökonomischen Bedingungen, unter denen die Arbeitskräfte im regionalen Produktionsprozeß verwandt und verwertet werden, und
- als Ausdruck für die Bedingungen, unter denen die Erwerbstätigen ihre Arbeitskraft verkaufen können,

stellt er das Verbindungsglied zwischen ökonomischer Struktur und Erwerbsbedingungen dar.

Durch diese Konzentration auf die Probleme des Arbeitsmarktes war es möglich, die Vielzahl der einzelnen sozialökonomischen Prozesse in ihrer jeweiligen Relevanz für die regionalen Erwerbsbedingungen zusammenzufassen und zu strukturieren; für die Bearbeitung des Themas ergab sich allerdings durch die Fülle der Einzelprozesse, deren Entwicklungstendenzen sowohl in gesamtwirtschaftlicher als auch in regionalspezifischer Hinsicht darzustellen waren, die Notwendigkeit, diese Darstellung auf Kosten einer Differenzierung auf die jeweiligen Haupttendenzen zu beschränken, um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen. Das Schwergewicht wurde deshalb weniger auf eine genaue Untersuchung der einzelnen Aspekte sozialökonomischer Regionalentwicklung, sondern überwiegend auf die Erfassung ihrer inhaltlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen gelegt.

Die Darstellung gliedert sich in drei Hauptschritte: Im ersten Komplex werden zunächst die historischen und natürlichen Voraussetzungen beschrieben, die zu dem sozialökonomischen Ausgangsstand Ostfrieslands nach dem 2. Weltkrieg führten; daran schließt sich eine kurze Darstellung isolierbarer Standortbedingungen für die weitere Entwicklung der Untersuchungsregion an. In einem zweiten Schritt werden in Einzeldarstellungen die jeweilige Struktur und Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche Ostfrieslands und ihrer Beschäftigten beschrieben. Auf diesem Hintergrund können dann in einem dritten Schritt die Probleme des regionalen Arbeitsmarktes in ihrer Abhängigkeit von sozialökonomischen Prozessen und in ihrer gesellschaftlichen Relevanz dargestellt werden.

Vorarbeiten – hauptsächlich, in der Sammlung und Aufbereitung des statistischen Materials – für die vorliegende Arbeit wurden von der Verfasserin in der Studie „E. Dähne, F. Wiethold, Entwicklungsprobleme der Region Ostfriesland und ihres Arbeitsmarktes, Eine Problemstudie, erarbeitet vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) Marburg, Marburg/Lahn Juli 1970" geleistet. Wegen der eher pragmatischen Fragestellung konzentrierte sich diese Studie vornehmlich auf eine Beschreibung des sozialökonomischen Ist-Zustandes in Ostfriesland. Die hier vorgelegte Arbeit knüpfte an die Studie insofern an, als allgemeine analytische Fragestellungen, die während der Bearbeitung sichtbar geworden waren, aber nicht behandelt werden konnten, nun aufgegriffen wurden und in den Vordergrund rückten.

Das verwandte statistische Material konzentriert sich auf die Veröffentlichungen der Statistischen Ämter, der Arbeitsämter und der regionalen Wirtschaftskammern; daneben wurden an Literatur – soweit zugänglich – Beschreibungen der Wirtschafts- und

2) Zum Verhältnis von sozialökonomischer Struktur, Arbeitsmarkt und Erwerbsbedingungen siehe Kap. 4.1.

Erwerbsstruktur Ostfrieslands und allgemein relevante Veröffentlichungen zu Fragen der Regional und Arbeitsmarktsoziologie herangezogen.[3]) Da die Auswertung des statistischen Materials im Frühjahr 1971 abgeschlossen wurde, konnten später erschienene Veröffentlichungen für das Jahr 1970 nicht mehr berücksichtigt werden. Mit einigen Ausnahmen konnten deshalb nur Daten bis zum Jahr 1969 erfaßt werden.

Die Definition der Untersuchungsregion orientierte sich an den offiziellen Verwaltungseinheiten, um die Verwertbarkeit der entsprechend strukturierten Veröffentlichungen der Statistischen Ämter zu sichern. Daher wurde die Region Ostfriesland als das Gebiet des Regierungsbezirkes (RB) Aurich (Niedersachsen) mit seinen Landkreisen (L) Aurich, Leer, Norden, Wittmund und der kreisfreien Stadt Emden definiert. Diese Definition konnte allerdings nicht immer durchgehalten werden, da andere regionale Verwaltungseinheiten, deren statistische Veröffentlichungen ebenfalls ausgewertet wurden, andere Gebietsabgrenzungen besitzen:

- die Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostfriesland/Papenburg umfaßt außer dem RB Aurich noch die Stadt Papenburg im angrenzenden Landkreis Aschendorf-Hümmling;
- der Arbeitsamtsbezirk (AA-Bezirk) Emden schließt die Stadt Emden und die Landkreise Norden, Aurich und Wittmund ein; der AA-Bezirk Leer gliedert sich in die Landkreise Leer und Aschendorf-Hümmling.

Da die Daten der Arbeitsamtsstatistik häufig zugrunde gelegt wurden, mußte in die sozialökonomische Darstellung auch der Landkreis Aschendorf-Hümmling teilweise einbezogen werden, um die notwendigen Vorkenntnisse für die Interpretation der Unterlagen des Arbeitsamtes Leer zu sichern.

3) Die ausgewerteten statistischen Veröffentlichungen und die verarbeitete Literatur wurden in der Bibliographie im Anhang zusammengetragen.

1. Abriß der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostfrieslands

1739 bezeichnete der Steuereinnehmer Hajo Laurentz Damm Ostfriesland als „ein Land, das Gott von Natur und Lage so gesegnet hat“[1]). 1965 reihte es der Regierungspräsident von Ostfriesland unter die „von der Natur benachteiligten Gebiete“ ein.[2]) In beiden Fällen dienten natürliche Voraussetzungen als Erklärung für den jeweiligen ökonomischen Entwicklungsstand Ostfrieslands — im 18. Jahrhundert eine wohlhabende Region, im 20. Jahrhundert eine Problemregion, die der öffentlichen Entwicklungshilfe bedarf, um den Rückstand gegenüber anderen Gebieten der BRD aufholen zu können. Die Diskrepanzen in der Beschreibung und der Erklärung des jeweiligen ökonomischen Entwicklungsstandes werfen für den folgenden Abriß, der die Ausgangsbedingungen Ostfrieslands in den 50er Jahren historisch ableiten soll, zwei Probleme auf:

- Wie konnte Ostfriesland von einer wohlhabenden zu einer Rückstandsregion werden?
- Welche Rolle spielten dabei natürliche, welche Rolle gesellschaftliche und historische Faktoren?

Die folgende Darstellung muß sich in ihren inhaltlichen Schwerpunkten auf das zugängliche historische Material beschränken, das nicht immer die generelle sozialökonomische Fragestellung abdeckt, sondern sich häufig auf die Darstellung zeitlich und inhaltlich begrenzter Einzelprozesse konzentriert.

1.1. Kurzer Abriß einiger natürlicher Faktoren Ostfrieslands

Die natürlichen Voraussetzungen Ostfrieslands sind entscheidend von der Lage am Meer geprägt. Die Landschaft kann grob in die Marschgebiete, die sich entlang der Küste und der Ems erstrecken, in die Geestgebiete im Binnenland und den dazwischenliegenden Moorgürtel aufgeteilt werden.[3])

Die Marsch, teilweise durch Eindeichung und Aufschlickung dem Meer abgewonnen, erfordert durch ihre Lage knapp über bzw. unter dem Meeresspiegel ein kompliziertes und dichtes Entwässerungssystem.

> „In der Nähe der Meeresküste liegen die jüngeren, leichteren und kalkreicheren Seemarschböden, die — ebenso wie die Poldergebiete — einen guten Ackerbau ermöglichen. Mit zunehmender Entfernung von den Seedeichen werden die Marschböden allgemein schwerer und kalkärmer und geben mit allerlei Übergängen schließlich absolute, aber leistungsfähige Grünlandböden ab. Das gleiche gilt für die Flußmarschen“.[4])

Die jüngeren Marschböden sind fruchtbar, erfordern aber wegen des relativ schwer zu bearbeitenden Bodens neben den Investitionen für Küstenschutz und Entwässerungs-

1) „Kurzer Entwurf einer praktischen Beschreibung von Ostfriesland umfassend desselben politischen, militärischen und ökonomischen Zustand auf Begehren eines vornehmen Patrons in den Haag in Eile den 8. und 9. Januar 1739 aufgesetzt durch Hajo Laurentz Damm.“ Hrsg. von **Günther Möhlmann, Eine Beschreibung Ostfrieslands** aus dem Jahre 1739, in: Friesisches Jahrbuch 1967, S. 181.

2) **Raumordnung in Ostfriesland**, eine Untersuchung für den Regierungsbezirk Aurich/Ostfriesland, aufgestellt vom Regierungspräsidenten in Aurich, Aurich im Januar 1965, Einführung, o. S.

3) Vgl. ebenda, S. 39 ff.

4) Ebenda, S. 39.

anlagen einen hohen Einsatz von Arbeitskraft und Betriebsmitteln. Die Geestgebiete sind insgesamt weniger fruchtbar, aber leichter zu erschließen und zu bearbeiten; sie eignen sich überwiegend für Ackerbau. Aufgelagert auf Teile der Geest breiteten sich früher ausgedehnte Hochmoore aus, die erst durch die Moorkultivierung (u. a. im Zuge des Torfabbaus) der Besiedlung zugänglich wurden. Zwischen Marsch und Geest zog sich ein Sumpfmoorgürtel entlang, der Verkehrsverbindungen über Straßen und Wege erschwerte und zur Benutzung der Wasserwege zwang. An relevanten Rohstoffen konnten nur Torf und Ton abgebaut werden; Holz konnte wegen der dünnen Bewaldung nur in geringem Maße als regionale Rohstoffbasis dienen und mußte importiert werden.

Bereits aus diesem sehr kurzen Überblick wird deutlich, daß die natürlichen Voraussetzungen – von Extremfällen abgesehen – nicht mechanisch oder monokausal die wirtschaftliche Entwicklung einer Region beeinflussen können: Die Lage am Meer erforderte zwar erhebliche Aufwendungen für Küstenschutzmaßnahmen, bedingte aber gleichzeitig relativ fruchtbaren Boden; sie brachte die Region einerseits in Randlage gegenüber dem Binnenland, schuf auf der aderen Seite aber gute Voraussetzungen für überregionale Seeverbindungen.

Die Widersprüchlichkeit in der Bewertung der einzelnen natürlichen Faktoren liegt daran, daß sie an sich noch keine Qualität für die gesellschaftliche Produktion besitzen, sondern sie erst im Arbeitsprozeß gewinnen; jeder einzelnen der Faktoren bietet häufig sehr unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Voraussetzungen für ihre Verwendung im Produktionsprozeß, die erst der Bearbeitung und Umformung für produktive Zwecke bedürfen, um sie nutzbar zu machen. Ziel und Umfang der Bearbeitung entscheiden dabei häufig mehr über den ökonomischen Erfolg als die natürlichen Vorbedingungen an sich.

> „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörenden Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur . . .
>
> Mit Ausnahme der extraktiven Industrie, die ihren Arbeitsgegenstand von Natur vorfindet, wie Bergbau, Jagd, Fischfang usw. (. . .), behandeln alle Industriezweige einen Gegenstand, der Rohmaterial, d. h. bereits durch die Arbeit filtrierter Arbeitsgegenstand, selbst schon Arbeitsprodukt ist. So z. B. der Samen in der Agrikultur. Tiere und Pflanzen, die man als Naturprodukte zu betrachten pflegt, sind nicht nur Produkte vielleicht der Arbeit vom vorigen Jahr, sondern, in ihren jetzigen Formen, Produkte einer durch viele Generationen, unter menschlicher Kontrolle, vermittels menschlicher Arbeit, fortgesetzten Umwandlung."[5])

Zwischen natürliche Standortbedingungen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand einer Region schiebt sich also als entscheidender Initiator gesellschaftlicher Entwicklung die Art und das Ausmaß, in denen menschliche Arbeitskraft verausgabt wird.

Die entscheidende Frage für die sozialökonomische Entwicklung Ostfrieslands ist also, welche gesellschaftlichen Formen der Arbeitsverausgabung bestanden, wie bestimmte natürliche Faktoren dabei jeweils genutzt wurden, und welche Formen der inner- und

5) **K. Marx, Das Kapital, 1. Band,** Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 192/196.

überregionalen Arbeitsteilung und Herrschaftsstruktur – der Produktionsverhältnisse – sich auf der Basis des jeweiligen Entwicklungsstandes der regionalen und außerregionalen Produktivkräfte entwickelten.

1.2. Ökonomische Struktur und politische Verfassung Ostfrieslands im Mittelalter

Vor dem 14. Jahrhundert existierte Ostfriesland als selbständige politische Einheit noch nicht, sondern war ein Teil von Friesland. Dieses Gebiet umschloß das heutige niederländische Westfriesland bis zur Zuidersee und reichte im Osten bis zur Weser.

Nachdem die Eindeichung des Landes eine langfristigere Bewirtschaftung des Bodens möglich gemacht hatte, konnte die Landwirtschaft Frieslands nicht nur die ansässige Bevölkerung versorgen, sondern auch einen Exportüberschuß produzieren.

> „Daß durch diesen Schutz (die Eindeichung F. W.) die Landwirtschaft steigen mußte, unterliegt keinem Zweifel, und die Nachrichten von dem hohen Kulturzustande Frieslands zur Zeit Karls des Großen lassen schließen, daß die Landwirtschaft damaligen Zeiten nach auf höchster Stufe stand. Mehr wie die anderen deutschen Stämme beschäftigten die Friesen sich mit Handel und Gewerbe ... Der Haupthandel bestand zu damaliger Zeit jedoch, ..., aus Ochsen, Pferden, Kühen, Schafen, Schweinen und Bienen."[6])

Der Viehhandel stellte das Äquivalent zu den umfangreichen notwendigen Holzimporten dar. Trotz dieser relativ wohlhabenden ökonomischen Basis konnten die friesischen Bauern sowohl über- als auch innerregional erhebliche Teile ihrer Selbständigkeit gegenüber feudalen Herrschern bewahren.

Überregional unterstand Friesland formal seit der Karolingerzeit zentraler Herrschaft, die seit dem 11. Jahrhundert durch landesfremde Geschlechter ausgeübt wurde: real hatte dieser Rechtsanspruch keinen relevanten Einfluß auf die Region.

> „Mit Ausnahme der sächsischen Brunonen, deren Aufenthalt hier zwei Generationen nicht überdauerte, gelang es ihnen (den landesfremden Herrschern F. W.) nicht, ihre Rechtstitel wirksam durchzusetzen und von festen Plätzen aus ihre Macht zu entfalten."[7])

Innerregional war Friesland zunächst in Fluitas (lokale Siedlungsverbände) und großräumige Gaue, später kleinere Länder unterteilt.

> „Die Fluita ist ein unter einem Gefolgschaftsführer stehender Treue- und Friedensverband. In ihm unterstehen bäuerliche Grundbesitzer adliger Führung. Im Gegensatz zu den abhängigen kleinen Leuten und Knechten sind diese persönlich frei und besitzen darüber hinaus Haus und Hof zu freiem Eigen; ihrem Herrn zinsen sie im Frieden und kämpfen mit ihm in Gefahr."[8])

Die Fluitas wählten aus der Schicht der Adligen die Gerichtsherren für die Gaue bzw. Länder.

Die Herrschaft dieser Adligen beschränkte sich also auf militärische Führung und Rechtsprechung; Grundherrschaft und persönliche Herrschaftsansprüche über die

6) **D. Wiarda,** Die geschichtliche **Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ostfrieslands,** in: Sammlungen nationalökonomischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, Bd. II, Heft 5, Jena 1880, S. 11.

7) **G. Teschke,** Studien zur **Sozial- und Verfassungsgeschichte Frieslands** im Hoch- und Spätmittelalter, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 42, Aurich 1966, S. 25.

8) ebenda, S. 24.

Bauern bestanden kaum. Die Selbstverwaltung der einzelnen Gebiete Frieslands durch eine kleine Klasse von Adligen mit lokal und rechtlich begrenzter Macht und durch eine breite Klasse von freien Bauern (unter denen allerdings noch eine Unterschicht von besitzlosen Abhängigen existierte) bildete die Besonderheit der mittelalterlichen „Friesischen Freiheit":

> „Im Gegensatz zur verfassungsgeschichtlichen Entwicklung im nichtfriesischen Binnenlande haben die Bauern ihre Freiheit an Grund und Boden gegenüber dem Adel über das Mittelalter hinaus behauptet. Die 17 Küren und 24 Landrechte — Rechtskodifikationen des 11. bzw. 12. Jahrhunderts — können als Rechtsaufzeichnungen der grundbesitzenden Bauern schlechthin gelten, da das adlige Element in ihnen wenig in Erscheinung tritt."[9])

Durch die Besiedlung von Moor- und Bruchflächen während des 12. und 13. Jahrhunderts stieg mit der Bevölkerungsdichte auch das verfügbare Mehrprodukt. Die Adligen größerer Siedlungsverbände, die sich wahrscheinlich auch Teile des kolonisierten Landes aneigneten, begannen, die Zahl ihrer festen Gefolgsleute zu vergrößern und militärische Auseinandersetzungen um die Vergrößerung ihres Herrschaftsbereiches zu führen. Die Erweiterung ihres Grundbesitzes führte in einzelnen Teilen zu erblicher Übernahme der Gerichtsherrschaft, also zur teilweisen Auflösung der regionalen Selbstverwaltung.

Die durch militärische Auseinandersetzungen und wahrscheinlich auch unterschiedliche Teilhabe an den neu besiedelten Gebieten sich verstärkende Differenzierung in Grundbesitz und Gefolgschaftszahl der Adligen führte zu Beginn des 14. Jahrhunderts schließlich zu Versuchen der mächtigsten Adligen bzw. Häuptlinge, sich die zentrale Herrschaft über große Teile Frieslands anzueignen. Vor allem die Häuptlingsgeschlechter der Länder aus dem weiten und fruchtbaren Bereich der Emsmündung und aus dem Brokmerland beteiligten sich im späteren Ostfriesland an den Kämpfen, bis Ulrich Cirkensa 1464 die Anerkennung seiner Oberherrschaft über Ostfriesland durch das Reich erhielt.[10])

Aber auch die Macht der ostfriesischen Grafen blieb durch die nach wie vor bestehende persönliche Freiheit der Bauern und durch bestimmte Sonderrechte Emdens beschränkt. Da wohl schon damals in der Geest, vor allem aber in der Marsch mittel- bis großbäuerliche Höfe vorherrschten, war die ökonomische Macht und Unabhängigkeit der Bauern groß genug, um eine Ausweitung der Militär- und Gerichtsherrschaft zu umfassenderen Formen der Grund- und Leibeigenschaft zu verhindern.

> „In nie endender Auseinandersetzung mit den als Landständen organisierten, die volksrechtlichen Ordnungselemente repräsentierenden Prälaten, Adligen, Städten und Bauern konnte sich die Landesherrschaft nicht durchgreifend etablieren ... Entsprechend mutet der von letzterer erstellte Verwaltungsapparat im Vergleich zu benachbarten Territorien recht bescheiden an."[11])

Auch nach der Errichtung des ostfriesischen Grafenhauses und der Aufhebung der Selbstverwaltung blieben die feudalen Rechte und die Macht über die Bauern und die anderen Stände relativ gering. Im Unterschied dazu unterstanden die meisten

9) ebenda, S. 25.

10) Siehe dazu **W. Ebel,** Das **Ende des friesischen Rechts** in Ostfriesland, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 37, Aurich 1961.

11) **Teschke, Sozial- und Verfassungsgeschichte Frieslands, S. 55.**

binnenländischen Gebiete zentraler Herrschaft mit einem vielfältigen System grund-, gerichtsherrlicher und persönlicher Abhängigkeiten.[12])

In Ostfriesland blieb – ähnlich wie in den anderen See- und Flußmarschgebieten Deutschlands[13]) – die feudale Klasse in ihrem Umfang und ihrer Macht relativ beschränkt, weil entscheidende ökonomische und gesellschaftliche Voraussetzungen zur Bildung einer umfangreichen Feudalklasse fehlten:

Der quantitative und qualitative Grad der Ausprägung einer herrschenden Klasse hing wesentlich davon ab, in welchem Umfang ein Wirtschaftsgebiet Mehrprodukt abwarf, also über die notwendigen Reproduktionsbedürfnisse der Produzenten hinaus noch eine nicht selbst produzierende, sondern nur konsumierende Schicht ernähren konnte. Diese Schicht besaß zunächst die Aufgabe, im Sinne einer noch horizontalen Arbeitsteilung kollektive Verwaltungs- und Schutzdienste (Rechtsprechung, militärischen Schutz) zu übernehmen; sie konnte dann aus der damit verbundenen Macht heraus in dem Maße, wie die Produzenten zur Mehrproduktion in der Lage waren und unterworfen werden konnten, feste vererbliche Ansprüche über die Verfügungs- und Aneignungsgewalt über das gesellschaftliche Mehrprodukt entwickeln. In Friesland blieb einerseits das verfügbare regionale Mehrprodukt offensichtlich trotz der ertragreichen Landwirtschaft gering, weil ein erheblicher Teil der regionalen Überschüsse für Deichbauten und andere Küstenschutzmaßnahmen, für Entwässerungssysteme und für die Beseitigung der bei Sturmfluten regelmäßig entstehenden Schäden verschlungen wurde; der Rest konnte keine breite nur konsumierende Schicht tragen, ohne daß dadurch langfristig die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Region gefährdet wurden. Zudem beschränkte auch die geringe Bevölkerungsdichte, also der schon geringe Umfang verausgabter menschlicher Arbeitskraft, die Basis des regionalen Mehrproduktes.

Andererseits wurden die Möglichkeiten zur Unterwerfung der Bauern unter weitergehende Herrschaftsansprüche dadurch erschwert, daß durch die Notwendigkeit zu langfristigen gemeinsamen Wasserschutzmaßnahmen die Bauern schon frühzeitig Selbstverwaltungsorganisationen entwickelt hatten, die gegenüber den Feudalherren als kollektive Macht zur Verteidigung der bäuerlichen Rechtspositionen auftreten konnten. Der relativ kleinen Klasse von Adligen stand in Friesland also eine breite Schicht von mittel- bis großbäuerlichen selbständigen Bauern gegenüber, die einen erheblichen Teil des gesellschaftlichen Mehrproduktes für gemeinsame Landgewinnungs-, Erschließungs- und Schutzmaßnahmen mit entsprechenden Organisationen und in gemeinsamer Arbeit investierte.

Die begrenzte Menge verfügbaren Mehrproduktes, die niedrige Bevölkerungsdichte und die geringe Bevölkerungskonzentration behinderten nicht nur die Verbreiterung einer unproduktiven herrschenden Klasse, sondern auch die Entstehung einer differenzierten horizontalen Arbeitsteilung zwischen den selbständigen Produzenten: Die bäuerlichen Schichten konnten nur erste Stufen einer horizontalen Arbeitsteilung (z. B. Entstehung eines Dorfhandwerkes) stimulieren, da durch ihre hohe Selbstversor-

12) Siehe dazu: F. Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Deutsche Agrargeschichte Bd. 3, Stuttgart 1964; **H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands,** Ein Grundriß, **Bd. I,** Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1968, S. 68 ff.

13) Siehe dazu: I. Mangels, Die Verfassung der Marschen am linken Ufer der Elbe im Mittelalter (Land Hadeln, Amt Neuhaus, Land Kehdingen). Eine vergleichende Untersuchung ihrer Entstehung und Entwicklung. Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe A I, N. F., Bd. 48, Bremen-Horn 1957.

gungsrate und verstreute Siedlungsweise ihr Bedarf an Waren begrenzt war und unkonzentriert auftrat. Der Einfluß der Feudalschicht, der in anderen Gebieten wegen der hohen differenzierten und konzentrierten Nachfrage nach Waren häufig Schrittmacherfunktion für die Entstehung eines produzierenden Gewerbes und des Handels besaß,[14]) blieb in Ostfriesland gering.

Deutlich wird dies auch aus der Einbeziehung Ostfrieslands in den überregionalen Güteraustausch: Obwohl Ostfriesland aufgrund der leistungsfähigen Landwirtschaft und des natürlichen Mangels an wichtigen Rohstoffen schon früh überregionalen Austausch betrieb, schloß sich ein Export von gewerblichen verarbeiteten Produkten nur in geringem Maße an.

Entsprechend den sehr undifferenzierten und begrenzten inner- und überregionalen Austauschbeziehungen entstanden in Ostfriesland keine bedeutenden Märkte. Für den Beginn des 16. Jahrhunderts schreibt Hagedorn:

> „Die großen Märkte lagen außerhalb des Landes. Nicht nur für die Gebiete an der Jade, sondern auch für das Norderland und die Stadt Norden, auch für Greetsiel waren Hamburg und Bremen die eigentlichen Märkte; dorthin hatte man seine „tägliche Fahrt". Kaufte man in Emden ein, so bekam man die Waren nur aus zweiter Hand, da der Emder Markt ebenfalls von Hamburg und Bremen aus versorgt wurde. Neben diesen beiden Orten standen Amsterdam und Groningen."[15])

Emden, das von seiner Lage an der Emsmündung her sich durchaus zum überregional bedeutenden Seehandelshafen eignete, war der Konkurrenz der genannten Nordseehäfen nicht gewachsen, da es weder das Hinterland für einen größeren Warenabsatz noch die Gewerbestruktur für einen differenzierten Warenexport besaß.

1.3. **Entwicklungstendenzen während des Umbruchs zur Neuzeit.**

Die auf den Export von Agrarprodukten beschränkte Bedeutung Ostfrieslands in der überregionalen Arbeitsteilung änderte sich vorübergehend, als Emden im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts eine einmalige Blüte als Seehafenstadt erlebte. Der Aufschwung, der Emden laut Hagedorn zeitweise zum Hafen mit dem größten Reederei-Schiffsbestand Europas machte, war allerdings überwiegend von außenpolitischen Ereignissen, nicht von einer Änderung der wirtschaftlichen Funktion Ostfrieslands stimuliert.[16]) Durch die lang andauernden Kämpfe in den Niederlanden zwischen Spanien und den Generalstaaten ab 1568 bis Anfang des 17. Jahrhunderts ging der Handel der niederländischen Seestädte, vor allem des Hauptkonkurrenten Emdens, Groningen, erheblich zurück, so daß ein Teil des früher niederländischen Handels nun über Emden abgewickelt wurde. Die Flucht zahlreicher niederländischer, später auch englischer Reeder und Kaufleute calvinistischen Glaubens in das reformierte Emden lenkte zudem noch einen Teil des niederländischen Schiffsbestandes in die Stadt. Der Vorteil Emdens bestand dabei neben seiner natürlichen Lage (hier vor allem der Nähe zu den niederländischen Seehäfen) in seiner politischen Neutralität, wodurch Schiffe unter Emder Flagge vor Kapereien relativ sicher sein konnten.

14) Siehe dazu u. a. **Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands,** Bd. I, S. 104.

15) **B. Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt I im 16. Jahrhundert,** Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, Bd. 3, Berlin 1910, S. 9.

16) Siehe dazu und dem folgenden: **B. Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt I im 16. Jahrhundert, B. Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt II vom Ausgang des 16. Jahrhunderts** bis zum Westfälischen Frieden (1580—1648), Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, Bd. 4, Berlin 1912.

„Die internationalen Verwicklungen haben das Eindringen der Emder in den großen Handelsverkehr zum mindesten begünstigt, wenn nicht direkt veranlaßt."[17])

Da die außerregionalen Reeder und Kaufleute Emden überwiegend nur als Umschlagplatz oder als nominalen Heimathafen für die Schiffe benutzten, blieb die regionale Breitenwirkung allerdings gering: Weder konnte Emden seine Funktion als Markt entsprechend dem Güterumschlag ausdehnen, noch konnte das regionale Gewerbe in den überregionalen Export eindringen. Auch die insgesamt dreimalige Verlegung des Tuchstapels der englischen Kaufmannsgilde nach Emden zwischen 1564 und 1602 konnte und sollte an der gering entwickelten Handelsfunktion Emdens nichts ändern: Emden war niemals als langfristige Niederlassung geplant, sondern wurde jeweils als Druckmittel gegen die mächtigen Nordseestädte (Antwerpen, Hamburg) benutzt, um bessere Bedingungen für die englische Kaufmannsgilde aushandeln zu können.

Die Emder Kaufleute benutzten diese Scheinblüte dazu, in ständigen Auseinandersetzungen mit dem Ostfriesischen Grafenhaus ihre autonomen Rechte auszudehnen.[18] Da die Stadt sich bei den Auseinandersetzungen zwischen Spanien und den Generalstaaten immer mehr für die Seite der Generalstaaten engagierte, verlor sie schließlich ihre Neutralität; da ihre eigene militärische Macht nicht ausreichte, um die damit beginnenden ständigen Grenzverletzungen und Kapereien der anderen Seemächte in der Emsmündung zu verhindern, fiel der bisher entscheidende Vorteil Emdens im internationalen Seeverkehr weg. Handel und Reedereibestand sanken zu Beginn des 17. Jahrhunderts wieder rapide ab. Die geringe Bedeutung einer Hafenstadt ohne mächtigen politischen und ökonomischen Rückhalt in einer Zeit, in der Handel und Schiffahrt durch die Staatsmacht der einzelnen Länder organisiert und abgesichert waren, wurde wieder sichtbar.

Die begrenzten regionalen Auswirkungen dieser einmaligen Blüte: eine erhebliche Bevölkerungsvermehrung und eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion für den Export wurden im Dreißigjährigen Krieg wieder zunichte gemacht; Ostfriesland fiel wieder auf die Stufe einer überwiegend auf Selbstversorgung beschränkten Region zurück.

„In viel größerem Maße als vordem befriedigte der Landbau die eigenen Bedürfnisse. Der Warenaustausch mit dem Auslande verlor außerordentlich an Bedeutung. ... All das hat zusammengewirkt, um den Verkehr noch mehr zu beschränken. Man brauchte nicht mehr die großen Mengen Ostseegetreide, nicht mehr die gewaltigen Holzmengen. ... Den alten regen Verkehr mit dem westfälischen Hinterlande hat Emden nicht wieder erobern können, auch nach Beendigung des Krieges nicht."[19])

Im 17. und 18. Jahrhundert konnte sich ein inner- und überregional bedeutsames Gewerbe in Ostfriesland nur in Ansätzen entwickeln; die Landwirtschaft absorbierte nach wie vor den größten Teil der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

17) **Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt I im 16. Jahrhundert,** S. 100.

18) Diese Autonomiebestrebungen dürften auch durch die entsprechenden politischen Positionen der nach Emden geflüchteten reformierten Bürger aus den größeren niederländischen Handelsstädten angeregt und unterstützt worden sein; zudem war zu dieser Zeit Althusius, einer der ersten deutschen Aufklärer und Vertreter der Volkssouveränität, in Emden Stadtsyndikus.

19) **Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt II vom Ausgang des 16. Jahrhunderts,** S. 504.

Diese – gemessen an deren Regionen – relative wirtschaftliche Stagnation war eine Folge der stabilen Verhältnisse in der Landwirtschaft und der andauernden Schwäche des ostfriesischen Grafenhauses:

Die agrarischen Produktionsverhältnisse konnten der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus zwei Gründen eine ausreichende Existenzgrundlage sichern:

Durch die in Geest- und Marschgebieten herrschende geschlossene Vererbung der Höfe (im Harlingerland an den Ältesten, im übrigen Ostfriesland an den Jüngsten)[20]) vermehrte sich die Zahl der Höfe und damit der bäuerlichen Familien im großen und ganzen nur in dem Maße, wie neue landwirtschaftliche Flächen erschlossen wurden. Die nicht erbberechtigten Geschwister blieben bei kleineren, finanziell wenig leistungsfähigen Betrieben als unverheiratete mithelfende Familienangehörige auf dem Hof; bei wohlhabenden Höfen (also hauptsächlich in der Marsch) wurden sie ausgezahlt.[21]) Da sich die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht schneller als die landwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten vermehrte, trat – im Unterschied zu Realteilungsgebieten mit ständiger Bevölkerungsvermehrung und Zersplitterung des Grundeigentums – für die bäuerlichen Familien nicht die Notwendigkeit auf, zusätzlich durch gewerblichen Zu- und Nebenerwerb die Existenz absichern zu müssen.

Auch eine Abwanderung von Erwerbstätigen vom landwirtschaftlichen zum gewerblichen Bereich fand nur in geringem Maße statt; denn einerseits blieb die Zahl der „weichenden Erben" beschränkt, da die groß- und mittelbäuerlichen Familien, bei denen die nicht zur Übernahme des Hofes berechtigten Geschwister ausgezahlt wurden, auf eine geringe Kinderzahl achteten. Andererseits expandierte die landwirtschaftliche Produktion im 17. und 18. Jahrhundert durch zunehmenden Export so stark, daß auch die aus den unterbäuerlichen Schichten verfügbaren Arbeitskräfte alle von der Landwirtschaft absorbiert werden konnten.

> „Auch haben wir nicht genug Einwohner, um alle Arbeiten auszuführen, sondern die Westfalen kommen im Sommer zu uns, um zu deichen, mit Sense und Sichel zu mähen, zu schlöten, zu graben und zu dreschen."[22])

Das Zusammenfallen von geschlossener Vererbung und hohem Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft garantierte also sowohl den bäuerlichen als auch den unterbäuerlichen Schichten genügend Erwerbsmöglichkeiten, so daß die Aufnahme gewerblicher Tätigkeit im Haupt- oder Nebenerwerb nicht erforderlich wurde.[23])

Die regionalen Gewerbe waren – außer der Schiffahrt, dem Schiffbau und teilweise dem Torfabbau — auch im 18. Jahrhundert noch eng mit der landwirtschaftlichen

20) **F. Swart, Zur friesischen Agrargeschichte,** Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller und M. Sering, Leipzig 1910, S. 58 ff.

21) Auch die zweiten Söhne blieben meist in der Landwirtschaft, da sie sich häufig einen anderen Hof – auch durch die ständigen Landgewinnungsmaßnahmen – kaufen oder pachten konnten. Vgl. ebenda, S. 64.

22) **Möhlmann, Eine Beschreibung Ostfrieslands, S. 179.**

23) In Realteilungsgebieten oder Regionen mit geschlossener Vererbung, aber stagnierendem Arbeitskräftebedarf war die Zahl der Erwerbstätigen, die vom landwirtschaftlichen in den gewerblichen Bereich überwechselten, wesentlich größer, da diejenigen, die keine oder nur ungenügende Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft fanden, im gewerblichen Bereich neue bzw. zusätzliche Erwerbsquellen suchten. Siehe zum Problem der Vererbungssitten und der ökonomischen Grundlage der Bevölkerungsbewegung: M. Sering, Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, Leipzig 1934, passim; G. Mackenroth, Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953, S. 421 ff.

Produktion verbunden. Die Ziegeleien, die Mühlen und die Leinwandproduktion wurden meist als Zuerwerb zur Landwirtschaft zur Deckung des lokalen Bedarfs betrieben. Differenzierte Verbrauchsgüter mußten eingeführt werden.

„Dachpfannen und Ziegelsteine können wir wohl noch nach Danzig senden, aber Klinker, Fliesen und Pfeifen werden bei uns nicht gemacht, obwohl wir gute Erde dafür haben, aber die wird von Fremden bei uns gekauft und nach auswärts ausgeführt, woher wir dann die gebrannten Waren wieder zurückerhalten. ... Die Einfuhrgüter sind ... Kattun, Laken, Beyen und werden von allen Seiten frei eingeführt und nichts davon bei uns hergestellt, obgleich wir so gute Wolle haben und davon auch so bedeutende Mengen wie die Groninger und die Westfriesen. Die Wolle geht nach Hamburg und Bremen und von dort erhalten wir schlechte Wollwaren wieder zurück."[24])

Die Herstellung differenzierter Ziegelei- und Wollprodukte hätte leistungsfähige selbständige Handwerks- bzw. Manufakturbetriebe vorausgesetzt, d. h. Kapital, qualifizierte, abhängig arbeitende Arbeitskräfte und Absatzgebiete. Da ein Absatz angesichts der geringen Bevölkerungsdichte und der hohen Selbstversorgungsrate in dem notwendigen Umfang keineswegs gesichert war, strömte das in der Region verfügbare Kapital — wie die verfügbaren Arbeitskräfte — in die expandierende Landwirtschaft. Vor allem die Emder Kaufleute bevorzugten Marsch-Höfe, die wegen ihrer hohen Erträge zu Handelsobjekten wurden, als sichere Kapitalanlage. Die Umwandlung von Handels- in Gewerbekapital, die in anderen Regionen mit breiterer handwerklicher Basis die Ausdehnung gewerblicher, z. T. kapitalistischer Produktion unterstützte,[25]) unterblieb in Ostfriesland weitgehend, hier vollzog sich eher im Rahmen einer Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion eine Umwandlung von Handels- zu landwirtschaftlichem Kapital.

Die Absorbierung großer Teile der regionalen Produktivkräfte durch die Landwirtschaft führte dazu, daß in Ostfriesland — im Gegensatz zu anderen Regionen — keine qualitativ neue Stufe der Arbeitsverausgabung und der inner- und überregionalen Arbeitsteilung entstand: Weder der Inhalt noch die Technik, sondern nur der Umfang der Produktion änderten sich entscheidend; auch die Sozialstruktur und Bevölkerungsverteilung blieben etwa gleich, wenn sich auch vor allem in den Marschgebieten der Umfang der unterbäuerlichen Schichten — die Tagelöhner und das feste Gesinde — vermehrte.

Auch von den Trägern der zentralen Herrschaft konnten wenig Anstöße zu einer Entfaltung von Handel und Gewerbe ausgehen Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Veränderungen im 17. und 18. Jahrhundert — die verstärkte aktive merkantilistische Handels- und Gewerbepolitik absolutistischer Einzelstaaten — gingen an Ostfriesland wegen der andauernden Schwäche des Grafenhauses gegenüber den Ständen ohne großen Einfluß vorbei. Während in anderen Regionen durch den vermehrten Luxus- und Heeresbedarf der absolutistischen Staaten die ersten Manufakturen entstanden und der Export regionaler Güter staatlich gefördert wurde,[26])

„reichte die landesherrliche Machtstellung, deren wirtschaftlicher Ausfluß vornehmlich in Dominalrechten und Regalien bestand, nicht aus, ein straff organisiertes

24) **Möhlmann, Eine Beschreibung Ostfrieslands, S. 177.**

25) Siehe dazu **L. Kofler,** Zur **Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft,** Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Soziologische Texte Bd. 38, Neuwied und Berlin 1966, S. 285 ff.; **Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands,** Bd. I, S. 302 ff.

26) Siehe dazu u. a. **Kofler, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft,** S. 140 ff.

Merkantilsystem zu verwirklichen. ... Städtische und zunftmäßige Monopole wirkten der freien Entfaltung der Produktionsfaktoren entgegen und verhinderten weitgehend die ... erstrebte Gleichstellung der ländlichen und städtischen Gewerbe".[27])

Einige, in ihrer Wirkung offensichtlich begrenzte Impulse auf die Gewerbestruktur Ostfrieslands gingen zwar von der Eingliederung Ostfrieslands 1744 in das preußische Königreich aus:

„Die Verwirklichung der preußischen, zentralistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik nach der Regierungsübernahme im Jahre 1744 erforderte eine durchgreifende Reform der ostfriesischen Verwaltung, die die bisherigen Sonderrechte einzelner Gebietskörperschaften und der Städte eindämmte. Ein verstärkter Interventionismus drang damit in das Wirtschaftsgeschehen des Landes ein und beschnitt zunächst einigen, den inneren Wettbewerb hemmende Diskriminierungen, soweit sie das nun mehr vorrangige, fiskalische Interesse nicht berührten."[28])

Aber auch hier beschränkte sich die Gewerbepolitik — mit Ausnahme einer Anfangssubventionierung der neu gegründeten Emder Heringsfischerreigesellschaft im großen und ganzen auf Zoll-, Absatz-, Einkaufs- und Produktionserleichterungen, unterstützte also bereits aufstrebende Gewerbebetriebe, ohne die Entstehung von neuen Zweigen — was für eine umfassende Entwicklung gewerblicher Produktion notwendig gewesen wäre — zu initiieren.

Diese im großen und ganzen stagnierende gewerbliche Entwicklung wurde nur durch den Beginn des Torfabbaues in den Hochmooren und durch die Entstehung der Fehnsiedlungen korrigiert. Beschränkte sich bisher der Torfabbau auf einige Randmoore zur kleinräumigen Versorgung, so daß die ostfriesischen Marschen und Emden auf Torfimporte aus Groningen und dem Saterland angewiesen waren, so pachteten nun Emder Bürger große Moorflächen vom Landesherren und ließen den Torf abbauen. Der Anstoß zu der Erschließung regionaler Rohstoffvorkommen kam allerdings von außen:

„Die offenbar umfangreichen Torflieferungen aus den Niederlanden, vor allem aus den Groninger Fehnkolonien, nach Ostfriesland werden 1621 durch ein Ausfuhrverbot ... und unterbunden. Auch die Lieferungen aus dem Saterland, dem zweiten Großlieferanten für das Gebiet an der unteren Ems, fallen in dieser Zeit aus ... Der dadurch entstehende empfindliche Mangel ist am ehesten vorstellbar als zwingender wirtschaftlicher Antrieb für Emder Unternehmer, nun ihrerseits durch entsprechende Torfgräbereien die Versorgung ihrer Stadt mit Brennmaterial zu gewährleisten."[29])

Das Interesse des Landesherren an der Vergrößerung der Fehnkolonien scheint gering gewesen zu sein, da aktive Unterstützung weitgehend ausblieb.[30])

Das auf die eigene Bedarfsdeckung begrenzte Ziel der Emder Pächter am Torfabbau wurde daran deutlich, daß noch im 17. Jahrhundert die Erbpächter in ihrer unternehmerischen Bedeutung zugunsten der Torfabbauer zurücktraten.

27) **O. Aden, Entwicklung und Wechsellagen** ausgewählter Gewerbe in Ostfriesland von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 40, Aurich 1964, S. 19.

28) ebenda, S. 33.

29) **J. Bünstorf, Die ostfriesische Fehnsiedlung** als regionale Siedlungsform — Typus und Träger sozial-funktionaler Berufstradition, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 45, Aurich 1966, S. 46/47.

30) ebenda, S. 18.

„Aus dem ursprünglichen System, den Torf durch Tagelöhner graben zu lassen, entwickelt sich die Vergabe ganzer Stücke unabgetorften Moores durch die Erbpächter an Interessenten, die dann selber dieses Stück abtorfen. ... Die Fehnunternehmer werden zu **Ober-Erbpächtern** und nehmen nun gegenüber den **Unter-Erbpächtern** – denjenigen, denen sie ihrerseits Moorparzellen in Erbpacht geben – die Stellung ein, die der Landesherr ihnen gegenüber inne hat.[31])

Diese Rollenverschiebung war zwar einerseits ökonomisch rational, weil dadurch ein fester Stamm von Kleinprodukten für die spätere landwirtschaftliche Nutzung der abgetorften Parzellen (ca. 2–5 ha) entstand; erst dadurch bildeten sich auch feste Fehnsiedlungen, deren Bevölkerung sich überwiegend aus den nicht erbberechtigten Bauernkindern und den landlosen Arbeitern der umliegenden Geest-Bezirke mit eher kleinbäuerlicher Struktur rekrutierte.

Andererseits wurde dadurch die Möglichkeit vertan, auf dieser regional-spezifischen Rohstoffbasis ein leistungsfähiges, exportierendes Gewerbe zu gründen. Der Torfabbau wurde statt dessen in eine landwirtschaftliche, auf nur regionale Bedarfsdeckung zielende Produktion integriert. Auch der Abtransport des Torfes auf Fehnschiffen über die zunächst für die Entwässerung angelegten Kanäle ging in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts auf die Unter-Pächter, die Fehnbewohner, über, die Schiffer und Schiffsbesitzer zugleich wurden. Da der Torftransport die Fehn-Schiffe nur auf einem Weg auslastete, übernahmen die Fehn-Schiffer im nächsten Schritt die Versorgung der Fehnsiedlungen mit in Emden bzw. den Marschen geladenen Produkten.

„Torfschiffahrt und Frachtschiffahrt sind somit in bezug auf die Fehnsiedlungen gar nicht voneinander zu trennen. Im gleichen Maße wie die Abtorfung voranschreitet und die Schiffahrt mit Torf als Frachtgut für die Absatzgebiete versorgt, wächst auch die Siedlung selber und verschafft durch ihren steigenden Bedarf vor allem an Baumaterialien und Dungstoffen für die Landbewirtschaftung der Schiffahrt Frachtgut in umgekehrter Richtung, vielfach gerade aus den Absatzgebieten des Torfes in die Siedlungen selber."[32])

In dem Maße wie die älteren Parzellen abgetorft waren, gingen die betreffenden Schiffer ganz zur Binnen-Frachtschiffahrt über. Parallel dazu entstanden im 18. Jahrhundert die ersten Schiffswerften in den Fehnkolonien.

Das Spezifische in der Sozialstruktur der Fehnbewohner gegenüber dem restlichen Ostfriesland trat bereits in dieser Zeit deutlich hervor: Die geringe Größe der verpachteten Parzellen begrenzte einmal zeitlich und mengenmäßig den Torfabbau, drängte zum anderen – da die schlechte Qualität des Bodens keine ausreichende Versorgungsbasis bot – die landwirtschaftliche Nutzung in die Rolle des Nebenerwerbs bzw. der Altersversorgung. Die zunächst für den Transport des Torfes notwendige Schiffahrt verselbständigte sich deshalb häufig zur reinen Auftrags-Frachtschiffahrt und zog wegen ihres Umfanges (die „Fehntjer" spielten bald in der gesamten regionalen Binnenschiffahrt, später sogar in der überregionalen Küstenschiffahrt eine bedeutende Rolle) entsprechende Schiffswerften nach sich. Obwohl diese verschiedenen Gewerbe ökonomisch häufig unabhängig voneinander betrieben wurden, waren sie innerhalb der Familienverbände zumindest personell meist vereint. Da auch in der Schiffahrt und im Schiffbau der Einmann-Betrieb mit familiärer

31) ebenda, S. 49.

32) ebenda, S. 91.

Unterstützung vorherrschte, konnten von einer Familie mehrere Gewerbe (etwa Schiffahrt, Landwirtschaft, Torfabbau) nebeneinander betrieben werden. Der begrenzten Ausdehnungsfähigkeit der einzelnen Gewerbe war diese soziale Basis durchaus angemessen. Die Bevölkerungsdichte war entsprechend den kleinen Parzellen sehr hoch. Hier war also durch die unzureichende landwirtschaftliche Versorgungsbasis und die von Anfang an bestehende gewerbliche Produktion eine Eigendynamik in Gang gekommen, die die Entstehung weiterer Gewerbe nach sich zog. Durch den begrenzten Bedarf der Region an Handels- und Schiffahrtsbetrieben stieß allerdings die sozialökonomische Entwicklung der Fehngebiete bald an ihre Grenzen. Durch die intensive gewerbliche Tätigkeit unterschieden sich die Fehnkolonien entscheidend von den anderen überwiegend rein agrarischen Gebieten Ostfrieslands; durch die kleinbetriebliche Misch-Struktur waren gleichzeitig Ansätze zu kapitalistischem Gewerbe mit überregionaler Bedeutung nicht vorhanden, so daß sich insofern die Fehnkolonien in die bisherige Wirtschaftsstruktur Ostfrieslands wiederum integrierten.

1.4. **Ostfriesland in der Phase der Industrialisierung**

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kann Ostfriesland als eine Region bezeichnet werden, die zwar neben der Landwirtschaft durch die Schiffahrt und den Schiffbau einige überregionale Gewerbe-, Handels- und Verkehrsfunktionen besaß, aber insgesamt über die Ausnutzung der spezifischen natürlichen Standortbedingungen der Region noch wenig hinausgekommen war. Verarbeitende Gewerbe, die keinen unmittelbaren Bezug zu regionalen Rohstoffen, landwirtschaftlichen Produkten oder zur Schiffahrt besaßen, waren — soweit vorhanden — über die Deckung eines lokal begrenzten, undifferenzierten Bedarfs nicht hinausgekommen.

Gegenüber dem preußischen Königreich war das städtische Handwerk nach der Zählung von 1802 in Ostfriesland dementsprechend relativ schwach vertreten:

Beschäftigte im städtischen Handwerk 1802[33])

	Königreich Preußen	Ostfriesland
Meister	240 000	6 365
Gesellen	120 000	1 410
Lehrlinge	61 000	1 200
Handwerksbeschäftigte insgesamt auf 1000 Einwohner	102,5	76,9

Die manufaktur- und fabrikmäßige Produktion war im Vergleich zu Preußen noch schwächer in Ostfriesland vertreten. Die gesamte Produktion des Jahres 1803 besaß

- im Königreich Preußen einen Wert von 85 130 000 Rheinischen Thalern (pro Einwohner = 20,7 Rthlr.),
- in Ostfriesland einen Wert von 750 000 Rthlr. (pro Enwohner = 6,4 Rthlr.).[34])

Die niederländisch-französische Besatzungszeit zwischen 1806 und 1813 brachte für das produzierende Gewerbe — u. a. durch eine weitgehende Liberalisierung der

33) Zusammengestellt (zus.) und berechnet (ber.) nach: **G. Hassel, Statistischer Umriß** der sämtlichen Europäischen Staaten in Hinsicht ihrer Größe, Bevölkerung, Kulturverhältnisse, Handlung, Finanz- und Militärverfassung, Erster Theil, Die Statistische Ansicht und Specialstatistik von Mitteleuropa, Braunschweig 1805, 2. Abschnitt, Specialstatistik der Preußischen Monarchie, S. 17.

34) Zus. und ber. nach ebenda, S. 22.

Gewerbepolitik – einen kurzen Aufschwung, versetzte aber der Emder Schiffahrt durch den Verlust ihrer Flotte und durch die Kontinentalsperre einen empfindlichen Schlag, der sie zunächst auf eine rein regionale Bedeutung zurückwarf. Das Königreich Hannover, dem Ostfriesland 1813 angegliedert wurde, restaurierte dagegen noch über die vorige preußische Gewerbeordnung hinaus, alte Rechte des zünftigen Handwerks und behinderte eine Entfaltung kapitalistischer Produktion mehr als es sie förderte.

„In Anlehnung an die Wirtschaftsstruktur beschränkte sich die Gewerbepolitik ferner auf Anregungen für Investitionen im Sektor der Verarbeitungsindustrie, insbesondere der agrarisch-bodenständigen Erzeugnisse, im Hinblick auf eine aktive Handelsbilanz . . . Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Gewerbestruktur . . . blieben indes eine Ausnahme. Häufiger wurden Unternehmen zinsverbilligte Kredite, Monopolrechte und Privilegien, die den Import förderten oder den Rohstoffexport erschwerten, versagt, so daß sich die öffentlichen Subventionen im wesentlichen auf das Fischerei- und Torfgewerbe beschränkten."[35])

Die Periode der Industrialisierung Deutschlands führte zunächst zu einer allgemein wirtschaftlichen Expansion Ostfrieslands. Die Verbesserung der überregionalen Verkehrsverbindungen:

– die Kanalisierung der Ems

– der Ausbau des Emder Hafens als Umschlagplatz für das Ruhrgebiet

– der Bau einer Eisenbahnlinie nach Westfalen (1855) und

– der Straßenbau

erhöhte durch die Erschließung auch binnenländischer Absatzgebiete in der Nord-Süd-Richtung die Exportchancen der Landwirtschaft.

„Seit dieser Zeit (seit 1830 F. W.) hat die Landwirtschaft in Ostfriesland bedeutende Fortschritte gemacht, doch machte sich ein eigentlicher Aufschwung erst dann bemerkbar, als im Jahre 1855 die erste Eisenbahn in Ostfriesland dem Verkehr übergeben wurde. Die isolierte Lage unseres Ländchens, der Mangel an stets fahrbaren Verkehrswegen, Eisenbahnen etc. erschwerte bis in die neueste Zeit sowohl den landwirtschaftlichen Betrieb als auch den Absatz von Produkten . . . Mit dem Anfang dieser Epoche konnte der Landwirt für sein Getreide und Vieh viel höhere Preise bedingen, ohne fürchten zu brauchen, daß er keinen Abnehmer finde, wodurch der Reichtum unseres Landes sich in den letzten Jahren recht entfalten konnte und schon jetzt der ostfriesische Landwirt mit als einer der bestgestellten in unserem ganzen Königreich angesehen werden kann."[36])

Die Landwirtschaft Ostfrieslands konnte sich diesen Expansionsmöglichkeiten relativ gut anpassen, da sie durch ihre mittel- bis großbäuerliche Struktur schon vorher auf Exportproduktion eingestellt war und nach wie vor erhebliche Kapital- und Arbeitskräftereserven absorbieren konnte.

Insgesamt dominierten vor allem in den Marschgebieten um Norden und Emden Höfe zwischen 20 und 100 ha.

35) **Aden, Entwicklung und Wechsellagen,** S. 87.

36) **Wiarda – Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ostfrieslands –,** S. 67.

Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Betriebsgrößenklassen in %, 1895[37]).

Kreise	unter 2 ha	2-unt. 5 ha	5-unt. 20 ha	20-unt. 100 ha	100 ha u. mehr
Norden	6,46	7,24	11,81	65,48	9,01
Emden Stadt	7,44	13,28	49,06	30,22	—
Emden Land	1,89	1,96	4,95	83,29	7,91
Wittmund	3,53	7,03	24,08	61,48	3,88
Aurich	4,66	13,39	35,42	45,94	0,59
Leer	8,67	14,44	29,53	46,12	1,24
Weener	3,98	3,33	7,78	82,17	2,74
Deutsches Reich	5,36	10,11	29,90	30,35	24,08

Der Umfang der Bodenfläche, der Arbeitskräftezahl und die Bedeutung der Exportproduktion stellten an die Besitzer der großen Höfe so hohe Anforderungen in der Betriebsführung, daß sie mehr Unternehmern als dem Typus des auf Selbstversorgung und Existenzabsicherung gerichteten Bauern ähnelten.

„Von großer Bedeutung ist die vielartige Verwendbarkeit des Bodens. Sie erlaubt dem Marschbauern eine weitgehende Freiheit in der Fruchtfolge, so daß er im Anbau den anhaltenden Bewegungen der Marktpreise folgen kann . . . Diese ganze Wirtschaftsweise stellt hohe Ansprüche an den Bauern. Er muß in hohem Grade mit dem Boden vertraut sein, er muß den Markt überblicken und die Konjunkturen benutzen, er muß seinen Betrieb rechnungsmäßig übersehen. So kommt es, daß in der Marsch der Bauer in erster Linie Wirtschaftsleiter ist und erst in zweiter Linie selbst körperlich mitarbeitet."[38])

Daneben expandierten auch regional ansässige Gewerbezweige: die Bauwirtschaft durch den Ausbau der Verkehrswege, die Schiffswerften (überwiegend in den Fehnsiedlungen ansässig) durch die Intensivierung des See- und Binnenverkehrs, die Ziegelei- und Torfbetriebe durch wachsenden regionalen Bedarf. Von außerregionalen Unternehmen stimuliert entstanden einige neue Betriebe der Eisenverarbeitung, der Papier- und Pappe-Erzeugung, die sich bald zu Großbetrieben entwickelten, in ihrer regionalen Relevanz aber unbedeutend blieben und später zum großen Teil wieder geschlossen wurden.

Im Gegensatz zu den betrieblichen Neugründungen änderte sich bei der Expansion der bereits bestehenden Gewerbezweige weder die kleinbetriebliche Struktur noch der regionale Absatzmarkt; die Expansion folgte also nur der gewachsenen Nachfrage. Insofern kann von Ansätzen einer Industrialisierung trotz der auch gewerblichen Expansion nicht gesprochen werden. Denn das Spezifische an der Industrialisierung in anderen Regionen war gerade, daß die Produktionsausweitung in den einzelnen Unternehmen auf einen überregionalen, nicht bekannten Markt hin vorgenommen wurde, so daß die Kapitalinvestitionen insgesamt spekulativen Charakter trugen, weil sie über den augenblicklichen Bedarf hinaus gingen.[39]) Nur durch diese sehr rasche

37) **Swart, Zur friesischen Agrargeschichte,** S. 31.

38) ebenda, S. 48/49.

39) Siehe dazu: H. Mottek, Einleitende Bemerkungen — Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: **H. Mottek,** u. a. Studien zur **Geschichte der industriellen Revolution** in Deutschland, Veröffentlichungen des Institutes für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1, Berlin 1960, S. 18 ff.

Expansion und durch die hohen Kapitalinvestitionen konnten aber Betriebsgrößen und technische Produktionsverfahren eingeführt werden, die einerseits durch die Verbilligung der Produkte neue Absatzgebiete (auf Kosten der bisherigen Produzenten) erobern konnten, andererseits über den sprunghaft wachsenden Bedarf nach Maschinen, Rohstoffen, Verkehrsverbindungen eine Expansion anderer Gewerbezweige in Gang setzten; durch diese beiden Prozesse der Verdrängung kleingewerblicher Betriebe und der Initiierung weiterer kapitalistischer Unternehmen konnten diese zunächst vereinzelten Ansätze kapitalistischer industrieller Produktion einen allgemeinen Industrialisierungsprozeß einleiten.[40]) In Ostfriesland fehlten sowohl das regionale Kapital als auch die notwendigen natürlichen (Rohstoffe) und gesellschaftlichen (Arbeitskräfte und Absatzmöglichkeiten) Standortvoraussetzungen, die für eine Einbeziehung der Region auch mit außerregionalem Kapital in den Industrialisierungsprozeß erforderlich gewesen wären.

Aber auch die infolge der allgemeinen Industrialisierung begonnene begrenzte gewerbliche Expansion in Ostfriesland wurde bald durch die stärker werdende außerregionale Konkurrenz unterbrochen: Regionale, noch handwerklich arbeitende Gewerbezweige, deren Produkte wegen der geringen Transportkostenbelastung am ehesten außerregionaler Konkurrenz ausgesetzt waren, unterlagen sehr bald den kapitalistisch produzierenden Unternehmen. Für Ostfriesland bedeutete das die Vernichtung der wenigen verarbeitenden Gewerbebetriebe, die sich in der Phase davor in der Region entwickelt hatten:

> „Im Textilsektor hörte das Verlagssystem auf zu bestehen, so daß zum Beispiel die Leinwandweber nur noch gegen Lohn und Lieferung der Halbware produzierten. Gleichzeitig kam die gewerbliche Zwirnherstellung fast völlig zum Erliegen. Ausländische Fabrikate, insbesondere aus Wolle und Baumwolle, erorberten den Markt, dessen Erfordernissen sich zunächst nur die städtische Produktion mit dem Überhang auf Leinenwollerzeugnisse anpaßte. Die Textilherstellung auf dem flachen Lande wurde bis etwa in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts auf grobe Fabrikate zurückgedrängt, die, im Nebenerwerb hergestellt, nur zum geringeren Teil auf den Markt gelangten. Gleichzeitig stagnierte der Flachsanbau."[41])

Aber auch die Expansion traditioneller, standortabhängiger Gewerbezweige Ostfrieslands blieb im Verlauf der Industrialisierung nicht von außerregionaler Konkurrenz ungestört: zunächst wurde der wirtschaftlich bedeutende Bereich der Binnen- und Seeschiffahrt und des Schiffsbaus davon betroffen, daß mit dem wachsenden Umfang der Transportmengen die Ansprüche an Schnelligkeit und Größe der Schiffe so stiegen, daß die bisherigen Holz-Segelschiffe erst durch Eisen- und dann durch Dampfschiffe verdrängt wurden. An Schiffbauer und Reeder wurden dadurch Kapitalanorderungen für den Bau bzw. den Kauf und Unterhalt der Schiffe gestellt, die die ostfriesischen Kleinbetriebe nicht erfüllen konnten; sie mußten außerregionaler Konkurrenz weichen. Vor allem die Fehnsiedlungen, die die meisten Schiffswerften und Schiffseigentümer besaßen, wurden dadurch schwer getroffen.

> „Die spätere starke Abnahme des Seeschiffsbestandes wird hier in Gestalt der abnehmenden Neubauzahlen der Schiffswerften bereits vorweggenommen. Die Zahlen sinken von 43 (1841) innerhalb 3 Jahrzehnten auf 12 im Jahre 1871."[42])

40) Siehe zum Begriff der Industrialisierung kap. 3.3.8.

41) **Aden, Entwicklung und Wechsellagen,** S. 89.

42) **Bünstorf, Die ostfriesischen Fehnsiedlungen,** S. 125.

Der Seeschiffsbestand in den 10 Hauptreedereistädten des Emsbezirkes sank von 496 (1873) auf 82 (1902) Schiffe, die Zahl der Schiffsbesatzungen von 2923 auf 469 Personen.[43])

Die regionale Binnenschiffahrt, obwohl immer noch Haupttransportmittel, erlitt neben der Zunahme außerregionaler Binnenschiffer noch dazu im Nord-Süd-Verkehr Einbußen durch die Konkurrenz der Eisenbahn; 1887 wurde in Papenburg die Hälfte aller Güter von fremden Schiffen transportiert.[44]) Ein erheblicher Teil bisher selbständiger Schiffer wechselte in abhängige Position zu den Groß-Reedereien der Hafenstädte Hamburg und Bremen über; ein Viertel der bisherigen Seeleute hatte 1902 eine andere Haupterwerbstätigkeit aufgenommen — überwiegend als Landwirte auf dem bisher im Nebenbetrieb bewirtschafteten Hof.[45]) Auch die anderen rohstofforientierten Gewerbezweige konnten ab Mitte des 19. Jahrhunderts ihre Bedeutung nicht halten. Der Torfabbau ging zurück, da im gewerblichen und im außerregionalen Energieverbrauch Kohle und Koks den Torf verdrängten. Die regionale Baustoffindustrie konnte die überregionale Umstellung auf Massenproduktion wegen Kapitalmangel nicht mitvollziehen.[46])

> „Besonders stark nahmen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts diejenigen Gewerbe- oder Handwerksbetriebe ab, die der Konkurrenz der großindustriellen Massenproduktion unterlegen waren, so die ledererzeugenden Betriebe 1875 bis 1895 um 19 % (von 67 auf 54), die Töpferbetriebe um 77 % (von 43 auf 10).“[47])

Die Vernichtung der Existenzgrundlage vieler kleingewerblicher Produzenten führte gleichzeitig zu einer Trennung zwischen agrarischer und gewerblicher Produktion: die außerregionale Konkurrenz hatte im Verlauf der Verdrängung vieler regionaler Kleinbetriebe zu einer scharfen innerregionalen Konkurrenz um die verbleibenden Absatzmöglichkeiten geführt, die mit einer Konzentration der regionalen Produktion auf wenige, aber selbständige Betriebe endete. Der gewerbliche Neben- oder Zuerwerbsbetrieb, der dem landwirtschaftlichen Familienbetrieb angegliedert war, war den technischen Möglichkeiten kapitalistischer Industrieproduktion nicht mehr gewachsen.

Auch von den Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion her wurde diese Trennung möglich und erforderlich: Die allgemeine Erhöhung der Flächenproduktivität durch die Einführung des Kunstdüngers und die Verbesserung der Bearbeitungstechnik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts führte dazu, daß kleine Betriebe um 5 ha nun zum Vollerwerb ausreichten und größere Betriebe den vollen Arbeitskräfteeinsatz erforderten.

Die bisher im Kleingewerbe tätigen und ihrer Existenz beraubten Ostfriesen kehrten also entweder voll in die Landwirtschaft zurück oder mußten sich als abhängig

43) **H. Spillmann,** Die **Lage der Schiffahrt** und der Schifferbevölkerung im Emsbezirk, in: Die Lage der in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 1, Abteilung II, Leipzig 1903, S. 371, Tab. V.

44) **L. E. Lübbers, Ostfrieslands Schiffahrt** und Seefischerei, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungshet VII, Tübingen 1903, S. 71 f.

45) **Spillmann — Lage der Schiffahrt —,** S. 373.

46) Siehe dazu: **Aden, Entwicklung und Wechsellagen,** S. 143.

47) ebenda, S. 149/150.

Arbeitende hauptsächlich in der überregionalen Binnen- und Seeschiffahrt Arbeitsmöglichkeiten suchen bzw. abwandern.[48])

Insgesamt wurde die Expansion einiger Gewerbezweige zu Beginn der Industrialisierung durch die sich später verstärkende außerregionale Konkurrenz beendet, teilweise wieder rückgängig gemacht. Dementsprechend sank — entgegen der Gesamtentwicklung — der Anteil der vom Produzierenden Gewerbe lebenden Bevölkerung zwischen 1861 und 1882, der Anteil der im Dienstleistungsbereich Erwerbstätigen stieg durch die Arbeitsaufnahme bei den nahen überregional bedeutenden Handels- und Transportunternehmen, während die Bedeutung der Landwirtschaft relativ stabil blieb.

Bevölkerung Ostfrieslands nach Wirtschaftsbereichen 1780—1895
Erwerbspersonen und deren Angehörige in %[49])

	Land-wirtschaft	Industrie Handwerk	Dienst-leistungen	Berufslose u. ohne Berufsang.
1780	65,5	34,5		—
1861	51,7	24,9	18,5	4,9
1882	51,4	22,6	22,0	4,0
1895	49,4	24,0	22,2	4,3

Im Deutschen Reich dagegen lebten 1882

- 41,4 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft,
- 34,0 % von Industrie und Handwerk,
- 18,6 % vom Dienstleistungsbereich und
- 6,0 % hatten keinen Beruf.[50])

Lag der Anteil der außerhalb der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung 1780 in Ostfriesland wegen der regionalen Relevanz des Handels- und Transportgewerbes, gemessen am Deutschen Reich, um den bzw. unter dem allgemeinen Durchschnitt, so verschlechterte sich dieses Verhältnis in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, da entgegen der Gesamtentwicklung die Erwerbsstruktur sich nur wenig veränderte.

Die geringen bzw. zerstörten Ansätze zu industrieller, lokal zentralisierter Produktion führten auch in der Siedlungsstruktur nur zu geringen Konzentrationstendenzen und vergrößerten den Abstand gegenüber dem Deutschen Reich.

48) Zwischen 1859 und 1871 wanderten insgesamt 11 351 Personen = 5,82 % der Bevölkerung aus Ostfriesland aus, siehe **Wiarda. Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ostfriesland**, S. 79. Die Abwanderung hielt sich allerdings im Verhältnis zu anderen Regionen noch in Grenzen, sie führte zu keiner Bevölkerungsabnahme, sondern beeinträchtigte den relativ stetigen Bevölkerungszuwachs, der in anderen Regionen zu Beginn des 19. Jahrhunderts sprunghaft gestiegen war und deshalb zu einem Überschuß führte, nicht. Siehe dazu auch **W. Weitz**, Die Auswanderung aus Ostfriesland im 19. Jahrhundert, in **Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Künste und vaterländische Altertümer zu Emden**, hrsg. von der Ostfriesischen Landschaft Bd. 38, Jg. 1958, Aurich 1958.

49) **Aden, Entwicklung und Wechsellagen**, S. 197, Tab. XIII.

50) **Handwörterbuch der Staatswissenschaften**, hrsg. von J. Conrad u. a., Jena 1890, 2. Band, S. 396

Aufteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in Ostfriesland und dem Deutschen Reich[51])

	Ostfriesland		Deutsches Reich	
	1871	1885	1871	1885
unter 2000 Einwohnern	77,7	74,1	63,9	56,3
2000—unter 5000 Einw.	6,5	5,9	12,4	12,4
5000 und mehr Einw.	15,8	20,1	23,7	31,3

Ostfriesland zog sich gerade in der und durch die allgemeine Industrialisierung wieder zunehmend auf seine traditionelle Erwerbsbasis – die Landwirtschaft – zurück.

Dieser Rückzug, der typisch für großbäuerliche Gebiete war, trug allerdings für die Erwerbsbevölkerung zunächst durchaus nicht den Charakter eines ökonomischen Funktionsverlustes oder einer Verarmung einer vorher wohlhabenden Region; denn die Existenzbedingungen waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts für die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung sicherlich besser als für die proletarisierten Schichten der industriellen Gebiete. Daß sich z. B. kaum lohnintensive Unternehmen, die schon früh standortunabhängig waren, in großbäuerlichen Gebieten ansiedelten, lag daran, daß hier nicht die ausreichende Zahl von Arbeitskräften vorhanden war, die aufgrund ihrer Verelendung gezwungen waren, die dort herrschenden Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Isenberg beschreibt dieses Phänomen, wenn auch zu sozialpsychologisch:

> „Im übrigen waren großbäuerliche Gebiete im allgemeinen wegen der Haltung der Bevölkerung industriearm geblieben – wegen des Widerstandes gegen die Fremdkörper und die ‚Fabrikler'. Im Verhältnis zum damaligen Lohnniveau gewährten die landwirtschaftlichen Erträge dem Hof ein recht gutes Auskommen und bildeten auch ohne Industrie eine Basis, tragfähig für die mittelständischen Zentren wie in Bayern, im nördlichen Niedersachsen und Schleswig-Holstein."[52])

Die sehr handfeste ökonomische Grundlage dieses Widerstandes gegen die „Fabrikler" bestand darin, daß die Industrialisierung insgesamt zu einer erheblichen Verschlechterung der Existenzbedingungen führte und daß es insofern damals eher als Vorteil denn als Nachteil erschien, sich diesem Prozeß entziehen zu können.

Der ökonomische Funktionsverlust dieser Regionen wurde für die Erwerbstätigen erst deutlich spürbar, als die allgemeine Krise der landwirtschaftlichen Produktion ab der Jahrhundertwende die wichtigste ökonomische Grundlage Ostfrieslands zurückwarf, ohne daß andere Erwerbsmöglichkeiten vorhanden waren.

1.5. Ostfriesland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

An dem ökonomischen Entwicklungsstand Ostfrieslands hat sich auch im 20. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg wenig geändert. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

51) Ostfriesland: **Aden, Entwicklung und Wechsellagen**, S. 196, Tab. XII.
Deutsches Reich: **Handwörterbuch der Staatswissenschaften**, 2. Bd., S. 431.

52) G. Isenberg, Raumordnung und regionale Wirtschaftspolitik in nationaler und europäischer Sicht, in: **G. Isenberg, Existenzgrundlagen** in Stadt- und Landesplanung, Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Bd. 14, Tübingen 1966, S. 133.

gab industriell zurückgebliebenen Regionen nach wie vor keine Chance zum Aufholen: denn die Produktionsausweitung, die jetzt eher von einer Intensivierung der Produktion getragen wurde, kam überwiegend den in der Industrialisierung entstandenen bzw. expandierten Ballungsgebieten zugute. Dabei waren nicht nur die besseren Standortbedingungen der Ballungsgebiete, sondern auch der wachsende Monopolisierungsgrad der Industrie entscheidend. Die Monopolisierung der entscheidenden Industriezweige – auch der erst in dieser Zeit relevant werdenden Chemie-, Elektro-, Optik-, Kraftfahrzeugindustrie – erhöhte nicht nur die Betriebsgrößen auf Kosten kleinerer Betriebe entscheidend; sie verschlechterte auch zunehmend die Chance, durch Betriebsneugründungen in die industrielle Produktion einzudringen. Da die Zuwachsraten der Produktion deshalb überwiegend bereits existierenden Unternehmen an ihren augenblicklichen Standorten (die eine Expansion noch zuließen) zugute kam, sanken auch dadurch die Chancen gering industrialisierter Regionen, durch Unternehmensgründungen ihre Produktion zu erweitern. Der Bedeutungs- und Rentabilitätsverlust der landwirtschaftlichen Produktion verschlechterte die Existenzbedingungen überwiegend agrarischer Regionen wie Ostfriesland weiterhin entscheidend. Ein Indiz dafür war nicht nur die anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften, sondern auch die zunehmende Aufteilung der landwirtschaftlichen Höfe, da die Erben des Hofes nicht mehr in der Lage waren, ihre weichenden Geschwister auszuzahlen. 1939 lag der Anteil der Industrie- und Handwerksbeschäftigten an der Wohnbevölkerung im RB Aurich mit 27 % deutlich unter dem bereits relativ niedrigen Landesdurchschnitt von 33 %.[53])

1.6. Gesamtgesellschaftliche Aspekte des Funktionsverlustes Ostfrieslands

Der Funktionsverlust Ostfrieslands im 19. Jahrhundert ist kein Einzelfall. Der Industrialisierungsprozeß in seiner kapitalistischen Form war notwendig mit einer Polarisierung der Regionalstruktur – der Entstehung von Ballungsgebieten auf Kosten anderer zurückbleibender Regionen – verbunden. Er verlief nicht als geplanter Prozeß, in dem die gesellschaftlich optimale Verwertung und Entwicklung der vorhandenen Produktivkräfte Priorität besaß, sondern als anarchistischer Prozeß in der Auseinandersetzung einzelner Kapitalisten um die günstigsten Bedingungen privater Kapitalakkumulation – um die günstigste Kosten- und Produktionsstruktur und um die günstigsten Absatzbedingungen. Nicht die potentiellen Standortbedingungen und Produktivkräfte einer Region, für deren Entfaltung noch gesellschaftliche Investitionen notwendig gewesen wären, gaben den Ausschlag für den Ort der Kapitalinvestitionen, sondern nur die aktuellen Standortfaktoren, die mit einem Minimum an privaten Kosten für eine Produktion verwertbar waren. Dementsprechend wurden nur Regionen in den Industrialisierungsprozeß einbezogen, die bereits diese Standortvoraussetzungen entwickelt hatten.

Da die Expansion der Industrieunternehmen und Folgeeinrichtungen und die Einführung neuer technischer Verfahren einer erheblichen Menge von Kapital und Arbeitskräften und einer erheblichen Ausweitung der Produktion bedurfte, vollzog sich dieser Prozeß notwendig in Form einer allgemeinen Konzentration der Produktivkräfte. In seiner kapitalistischen Form führte er zu einem Funktionsverlust derjeni-

53 K. Werner, Die Industrie des Wirtschaftsgebietes Niedersachsen. Statistischer Strukturbericht auf Grund der Produktionserhebung 1936 und der Arbeitsstättenzählung 1939. Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V. N. F. Bd. 28. Bremen-Horn 1948, S. 24.

gen Regionen, die die notwendigen Standortbedingungen für eine Industrialisierung nicht besaßen, sie stellten gezwungenermaßen über eine Abwanderung der Arbeitskräfte, eine Zerstörung ihrer vorgewerblichen Produktion und über Kapitalabfluß die Produktivkräfte und Absatzgebiete zur Verfügung, die für eine Expansion der anderen Regionen notwendig waren. Auch in Ostfriesland nahm z. B. die Abwanderung von Arbeitskräften hauptsächlich in das Ruhrgebiet – ausgelöst durch eine Aufhebung der stabilen landwirtschaftlichen Basis etwa durch den Beginn der Realteilung – im 19. und 20. Jahrhundert einen erheblichen Umfang an.

Gleichzeitig bildete die Zerstörung bisher bestehender Gewerbezweige die Folge und die Voraussetzung für die Entstehung außerregionaler kapitalistisch produzierender Industriebetriebe. Die sprunghafte Vergrößerung der Schiffe erforderte ebenso eine Konzentration in der Werftindustrie wie in den Reedereien. Der rasche Anstieg der Güterproduktion in der Textil- oder Baustoffindustrie erforderte eine Ausdehnung in den Absatzgebieten, die vorindustriell arbeitende Betriebe eines bisherigen Marktes berauben mußte. Der Funktionsverlust Ostfrieslands war insofern auch eine notwendige Bedingung dafür, daß andere Gebiete expandieren konnten. Der anarchische, am Profit der einzelnen Unternehmen orientierte Charakter des Industrialisierungsprozesses zeigte sich daran, daß zwar die Produktivkräfte einzelner Regionen erheblich entwickelt wurden, andere Regionen aber dadurch in ihrer gesellschaftlichen Produktivität zurückgeworfen wurden. Die Folge davon war, daß nur ein Teil der regionalen Produktivkräfte durch Abfluß in expandierende Regionen in den Industrialisierungsprozeß einbezogen wurde, ein anderer erheblicher Teil aber wurde durch die außerregionale Konkurrenz aus jeglichem Produktionsprozeß herausgedrängt und brachgelegt bzw. vernichtet. Die Zerstörung von noch verwertbaren Produktivkräften durch die Verdrängung handwerklicher Produktion, die Entstehung einer großen Reservearmee an Arbeitskräften durch den Verlust an Arbeitsmöglichkeiten zeigen, daß der Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung sich nicht nur auf Kosten bestimmter Regionen und bestimmter Erwerbsgruppen, sondern auch über eine Zerstörung gesellschaftlicher Produktivkräfte durchgesetzt hat. Ostfriesland hat deshalb nicht nur den Anschluß an die industrielle Entwicklung nicht gewinnen können, sondern gleichzeitig eine erhebliche Beeinträchtigung bzw. Zerstörung seiner gesellschaftlichen Produktionsbasis hinnehmen müssen, die auch weiterhin eine Industrialisierung erschwerte, partiell verminderte.

2. Zur Qualität ausgewählter Standortfaktoren in der Untersuchungsregion

In der Volkswirtschaftslehre nimmt die Standorttheorie für die Ableitung räumlicher Entwicklungsunterschiede einen entscheidenden Platz ein. Ihre inhaltlichen Erklärungsmöglichkeiten sind allerdings meist durch Einschränkungen im theoretischen Ansatz begrenzt.

> „Auf der einen Seite übersieht die Standortstheorie als reine Marktttheorie die Besonderheiten eines historischen Wirtschaftssystems und seiner Brechungen, durch welche die Zusammenhänge des reinen Marktes sich in diesem historischen System konkretisieren. Auf der anderen Seite zeigt sie, da sie auf den Verhaltensweisen einzelner privater Wirtschaftssubjekte aufbaut, nicht die Differenzen zwischen privaten und sozialen Kosten oder Erträgen."[1])

Das Interesse dieser Standorttheorien beschränkt sich also weitgehend darauf, nach welchen konkreten Standortkriterien die einzelnen Wirtschaftssubjekte bei verschiedenen regional-spezifischen Standortbedingungen ihre lokale Wahl treffen.[2]) Auch Isenberg beschreibt gemäß diesem Ansatz die Gesetzmäßigkeiten regionaler Differenzierung:

> „Ein Gefälle zwischen den Standorten wird immer in Erscheinung treten. Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus gesehen ist dies auch nicht unerwünscht, denn daraus ergibt sich eine Spezialisierung der einzelnen Teile und eine Erhöhung der allgemeinen Leistungsfähigkeit dank dem Zusammenwirken der im einzelnen aufgespaltenen Prozesse innerhalb der spezialisierten Produktionszweige . . . Wie soll nun dabei die Arbeitsteilung entstehen? Auch hier ist wieder vom Prinzip der Ökonomie, in diesem Fall vom Prinzip der komparativen Kosten auszugehen. Jedes Gebiet wird danach diejenigen Vorteile wahrnehmen, bei denen der Vorsprung im Vergleich zu den anderen Gebieten am relativ größten ist."[3])

Diese zunächst sehr rational klingende Erklärung wird problematisch, wenn man sie mit der realen regionalen Differenzierung konfrontiert: auf der einen Seite findet man in Ballungsregionen eine Übernachfrage nach Arbeitskräften aller Art und nach Grund und Boden, eine überlastete Infrastruktur, auf der anderen Seite existieren in ländlichen Regionen nach wie vor eine erheblich offene und versteckte Arbeitslosigkeit und Bodenreserven; einer Überbeanspruchung regionaler Produktivkräfte steht also in anderen Regionen eine Unterauslastung gegenüber, was gesamtwirtschaftlich die optimale Verwertung der gesellschaftlichen Produktivkräfte eindeutig hemmt. Die ökonomische Rationalität dieser Diskrepanz ist schwer ersichtlich, zumal sie außerdem ständig volkswirtschaftliche Kosten – die Kostenprogression bei Infra-

1) E. Egner, Die regionale Entwicklung der Industriewirtschaften, in: Industrialisierung ländlicher Räume, Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bd. XVII, Raum und Wirtschaft I, Hannover 1961, S. 35.

2) Auch Alfred Weber, der häufig als Begründer der industriellen Standorttheorie zitiert wird, geht in seiner „Industriellen Standortlehre" (Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standorts), Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VI, Tübingen 1923, nicht darüber hinaus.

3) G. Isenberg, Volkswirtschaftliche Überlegungen zum Leitbild der Regionalplanung, in: **Isenberg, Existenzgrundlagen,** S. 136.

struktureinrichtungen in Ballungsgebieten und die ständige Subventionierung von ländlichen Gebieten – verursachen.[4])

Trotz dieser gesamtgesellschaftlichen Irrationalität bleibt das Gesetz der komparativen Kosten und seiner regionalen Auswirkungen rational: für diejenigen nämlich, die auf der Grundlage einzelbetrieblicher Kostenrechnung ihre am Gewinn orientierten standortrelevanten Entscheidungen fällen – also die Gesamtheit privater Unternehmen; denn in ihre Kalkulation gehen gesamtgesellschaftliche Faktoren wie Überbeanspruchung regionaler Infrastruktur auf der einen, schlechte regionale Versorgungs- und Erwerbsbedingungen auf der anderen Seite nur insoweit ein, wie sie sich in einzelbetrieblichen Kosten niederschlagen.

Diese Unterschiede in den Zielsetzungen von einzelbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen besitzen für die Regionalentwicklung einige Relevanz, da die privaten Unternehmen als Entscheidungsträger regionaler Wirtschaftskraft mit ihren profitorientierten standortrelevanten Entscheidungen die gesamtwirtschaftliche Regionalstruktur in hohem Maße prägen, während die Gesamtgesellschaft die Folgen davon tragen muß.

Ein Beispiel für die einzelbetriebliche, ohne Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung formulierte Interessenausrichtung ist die Definition des „Ballungsoptimums" von Müller.

> „Vom Überschreiten eines ‚Ballungsoptimums' kann ökonomisch stets nur dann die Rede sein, wenn bei der gegebenen Art des Kapitaleinsatzes eine intensive kapitalmäßige Nutzung innerhalb eines bestimmten Teilraumes zu absinkenden Grenzerträgen des Kapitals führt, die ihrerseits unter den Grenzerträgen anderer, noch nicht im gleichen Ausmaß genutzter Teilräume liegen."[5])

Während für die Bewohner der Ballungsgebiete angesichts der überlasteten Infrastruktur, des angespannten Wohnungsmarktes usw. das Ballungsoptimum häufig erreicht, wenn nicht überschritten sein kann, können die Standortvorteile für Unternehmen noch immer so hoch sein, daß eine weitere Expansion in den Ballungsgebieten in ihrem Interesse liegt.

Die ökonomischen Standortbedingungen einer Region für die Ansiedlung oder Ausdehnung von privatkapitalistischen Unternehmen sind also keine neutrale Größe: sie werden danach gemessen und bewertet, inwieweit sie also optimale Voraussetzungen für eine profitable Produktion bieten.

Die hier zitierte Standorttheorie übersieht wegen ihres begrenzten Ansatzes nicht nur den interessengebundenen, sondern auch den gesellschaftlichen Charakter der Standortbedingungen; sie behandelt das regionale Standortgefüge häufig unabgeleitet als geradezu naturhafte Konstante und verabsolutiert es damit. Denn Standortfaktoren sind überwiegend gesellschaftlicher Natur, im Entwicklungsprozeß einer Region entstanden, bewußt oder unbewußt gemacht worden und deshalb auch beeinflußbar. Eine Aufzählung der mit der Abnahme der rohstoff- und bodengebundenen Industriebetriebe immer wichtiger werdenden Standortfaktoren läßt ihren historisch-gesellschaftlichen Charakter sofort deutlich werden:

4) Siehe zur Kostenprogression: N. J. Lenort, Strukturforschung und Gemeindeplanung, Zur Methodenlehre der Kommunalpolitik, Köln und Opladen 1960, S. 198 ff. Die Kostenprogression ist nur teilweise eine Folge qualitativ differenzierterer Versorgungseinrichtungen (Ausbildungsstätten, Krankenhäuser); nur durch die dichte Besiedlung ergeben sich bereits Probleme für die Versorgungseinrichtungen, die qualitativ neue und sehr aufwendige Lösungen notwendig machen (z. B. U-Bahn-Bau).

5) H. Müller, Wirtschaftliche Grundprobleme der Raumordnungspolitik, Berlin 1969, S. 41.

- Nähe zu Absatz- und Bezugsmärkten, also Orientierung an der regionalen Gewerbe- und Bevölkerungsverteilung,
- Qualität und Quantität des vorhandenen Arbeitskräftepotentials, also Orientierung an der bisherigen Arbeitsmarktauslastung und Erwerbs- und Ausbildungsstruktur,
- Quantität und Qualität der regionalen Infrastruktureinrichtungen und zentralen Dienste, also Orientierung an den aufgrund entsprechender Bedürfnisse entstandenen Einrichtungen.

Gesellschaftlicher Natur sind diese Standortfaktoren insofern, als sie das **Ergebnis** einer bestimmten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sind: etwa einer differenzierten gewerblichen und politischen Struktur, mit der ein entsprechend leistungsfähiger Absatz-, Bezugs- und Arbeitsmarkt, ein ausgebautes Verkehrsnetz, zentrale Dienste usw. verbunden sind. Standortbedingungen wie Verkehrswege, zentrale Dienste entstanden erst in dem Maße, wie sie mit dem Ausbau und der Differenzierung der gewerblichen Struktur einer Region notwendig wurden.

Gleichzeitig bilden diese Faktoren auch die **Voraussetzung** für eine weitere gewerbliche Expansion — ob Ansiedlung neuer oder Erweiterung alter Betriebe — einer Region: jede Ansiedlungsentscheidung aufgrund guter regionaler Vorbedingungen verbessert die Standortstruktur einer Region zusätzlich, da sie zu einer weiteren Ausdehnung und Differenzierung der Absatz-, Bezugs- und Arbeitsmärkte und zu einem weiteren Ausbau der regionalen Infrastruktur führt. Der Entwicklung der regionalen Standortbedingungen ist also eine Eigendynamik immanent, die letztlich zu einer Polarisierung in der Regionalstruktur — wie sie aktuell auch zu beobachten ist — führen muß: da die einzelnen kapitalistischen Unternehmer bei ihren Standortentscheidungen möglichst hohe Vorleistungen für die Produktion schon vorfinden möchten, um die eigenen Investitionen (z. B. für die Ausbildung von Arbeitskräften, die Erschließung des Bodens) möglichst gering halten zu können, bevorzugen sie Regionen, die diese Vorzüge aktuell bieten; die potentiellen, also entwicklungsfähigen Standortbedingungen anderer, noch gering erschlossener Regionen bleiben demgegenüber uninteressant, weil nicht die gesamtwirtschaftlich rationale Nutzung aller vorhandenen Produktivkräfte, sondern die einzelbetrieblich orientierte Kostenrechnung im Vordergrund steht.

Die Standortstruktur ist also — soweit sie nicht bewußt aus bestimmten politischen Gründen beeinflußt worden ist —, weder zufällig, noch aufgrund der bewußten gesellschaftlichen Gestaltung einer Region zustande gekommen: sie ist das gesamtgesellschaftliche Ergebnisse von Entscheidungen, die von **Einzelnen** aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Interessen getroffen worden sind, ohne gesamtgesellschaftliche Konsequenzen dabei einzubeziehen.

Diese Ausgangsthesen zur regionalen Relevanz und Entstehung eines Standortgefüges gelten nicht nur für die folgende Darstellung einzelner Standortbedingungen in Ostfriesland; da alle sozialökonomischen Strukturmerkmale den Doppelcharakter des Ergebnisses und der Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklungsprozesse tragen, dienen die aufgestellten Thesen gleichzeitig für die gesamte Darstellung der ostfriesischen Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen als Hintergrund.

Die folgende Beschreibung muß sich auf Standortfaktoren beschränken, die von der Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zunächst getrennt werden können. Das schließt diejenigen Standortfaktoren aus, die nur als Ergebnis einer be-

stimmten sozialökonomischen Entwicklung behandelt werden können. Es bleiben also neben den natürlichen Faktoren noch diejenigen gesellschaftlichen Bedingungen übrig, die aufgrund einer in der Beschreibung isolierbaren politischen Entscheidung zustande gekommen sind.

Die bisher geförderten **Bodenschätze** der Region beschränken sich — neben absoluten Ubiquitäten — auf Torf, Ton und Muschelkalk. Da die Rohstoffe und Rohstoffprodukte nur in geringem Umfang exportiert werden konnten (sie waren einerseits auch in anderen Regionen vorhanden, andererseits immer einer starken Substitutionskonkurrenz ausgesetzt), konnte ihr Abbau nur geringe Impulse für eine regionale wirtschaftliche Expansion geben. Inzwischen sind sie durch Verwendung anderer Rohstoffe auch im regionalen Verbrauch weitgehend verdrängt. Die Erschließung neuer Bodenschätze — Erdgas und Erdöl — befindet sich noch im Versuchsstadium, wobei die Ausbeutung von Erdölfeldern im Emsland und von Erdgasfeldern im angrenzenden holländischen Gebiet fündige Quellen auch in der Untersuchungsregion vermuten lassen. Da die Konsortien, die die Versuchsbohrungen durchführen, sich weitgehend mit den in den benachbarten Gebieten bereits fördernden decken, ist zweifelhaft, ob die Gesellschaften ernsthaft daran interessiert sind, vor der Ausbeutung der bereits fündigen Quellen neue Abbaufelder zu erschließen. Von seinen Bodenschätzen her bot Ostfriesland also nie den Ansatz zu einer bedeutenden rohstofforientierten Industrie. Entscheidend wurden Infrastruktur und regionales Gewerbe durch die **Wasserverhältnisse** beeinflußt: Da Teile der Region unter dem Meeresspiegel liegen, wird nicht nur die landwirtschaftliche Nutzung, sondern auch die Erschließung des Bodens zur Bebauung mit dem Problem belastet, Wasserschutzmaßnahmen zu treffen. Die Trink- und Brauchwasserversorgung war bis nach dem 2. Weltkrieg problematisch, weil sich die Versalzung des Grundwassers (durch Brackwasser in geringer Tiefe) teilweise bis an den Geestrand verschiebt, die Moorwasserqualität gleichzeitig wegen hoher organischer Beimengungen (Huminsäure) schlecht ist.[6]) Die Marschgegenden mußten bis zum Anschluß an eine zentrale Wasserversorgung aus den Geestgebieten ihren Bedarf überwiegend mit Regenwasser decken. Industrieansiedlungen mit hohem Wasserverbrauch scheiterten deshalb in der Marsch an den beschränkten Mengen brauchbaren Wassers.[7]) Diese Versorgungsschwierigkeiten in einzelnen Teilen Ostfrieslands wurden erst dann durch eine überregionale Grundwasserversorgung gelöst, als die wirtschaftliche und bevölkerungsmäßige Expansion den Rahmen der bisherigen Regenwasserversorgung sprengte.[8]) Heute kann die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auch noch einen expandierenden Bedarf ohne große Schwierigkeiten decken. Nach wie vor sind bei der landwirtschaftlichen Nutzung und der Bebauung des Bodens Entwässerungssysteme notwendig. Die Wasserverhältnisse bilden also für das Gewerbe und die Privatverbraucher einen Standortnachteil; in welchem Maße er hemmend wirken kann, hängt allerdings weitgehend davon ab, inwieweit es Betroffenen lohnend erscheint, durch Investitionen die konkreten Auswirkungen dieses Nachteils zu beseitigen.

6) Siehe dazu: **E. K. Schneider, Wasserversorgung** und Abwasserbeseitigung **im Raum Ostfriesland,** in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, Heft 3, Göttingen, September 1968.

7) **Schneider, Wasserversorgung im Raum Ostfriesland,** S. 232, als Beispiel für die Schwierigkeiten bei der Industrieansiedlung: „Die Reißverschlußfabrik in Westrhauderfehn beschloß die Ansiedlung erst, als die Bereitstellung von einwandfreiem Wasser und die Erstellung einer zentralen Abwasserbeseitigung von der Gemeinde zugesichert wurden." Ebenda, S. 234.

8) Für Emden, das bis in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich auf Zisternenwasserversorgung angewiesen war, erzwang schließlich der Ausbau des Hafens den Anschluß an eine zentrale Versorgung mit dem Grundwasser der Geestgebiete. **Schneider, Wasserversorgung im Raum Ostfriesland,** S. 232/233.

Nach der Umstellung des Kraftwerkes Wiesmoor von Torf- auf Erdgasbasis beruht die **Energieversorgung** Ostfrieslands nur noch auf importierten Primärenergien. Die Preise für Erdgas, Heizöl und Kohle liegen unter dem Bundesdurchschnitt, da die Transportverbindungen zu den Importgebieten (Holland, Übersee, Ruhrgebiet) über den Dortmund-Ems-Kanal und den Emder Hafen günstig sind.[9]) Dieser Standortvorteil wirkt sich allerdings nur begrenzt aus: bei Erdgas kann die günstige Lage zum Importgebiet durch die monopolistische Preispolitik der Erdgaslieferanten nicht ausgenutzt werden; deutsche Abnehmer des holländischen Erdgases müssen bei gleicher Transportkostenbelastung 45,7 % mehr bezahlen als holländische Abnehmer.[10]) Die Möglichkeiten, US-Kohle einzuführen, werden seitens des Staates durch Importkontingentierung beschränkt: die Heizölpreise werden durch Zölle künstlich hochgehalten. So verhindern die Stützungsmaßnahmen für die deutschen Kohleproduzenten und die Preispolitik der Erdgaslieferanten, daß Ostfriesland seine Standortvorteile in dieser Hinsicht voll ausnutzen kann.

Für die **regionale Verkehrsanbindung** und den **innerregionalen Verkehrsausbau** trifft die einleitende Bemerkung voll zu, daß öffentliche Infrastrukturmaßnahmen nicht nur als Ergebnis der augenblicklichen Bedürfnisse einer Region, sondern auch als Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Expansion verstanden werden müssen. Der Gesichtspunkt der Transportkostenbelastung für Industrieunternehmen spielt in Ostfriesland, dessen Hauptindustriezweige relativ transportkostenunempfindlich sind, keine entscheidende Rolle. Die Bedeutung des Küstengebietes in Ostfriesland als Güterumschlagsplatz zwischen Übersee-Ländern und deutschen Ballungsgebieten hängt allerdings wesentlich von dem Ausbau der Verkehrswege und den Transportkosten ab. Hier lassen sich kostenmäßige Verschiebungen am Transportaufkommen und am Umschlag der beteiligten Träger sehr genau ablesen. Neben den Transportkosten entscheidet auch der Zeitaufwand bei der Verbindung zwischen zwei Regionen darüber, inwieweit eine Region in überregionale wirtschaftliche Beziehungen integriert werden kann. Die Randlage Ostfrieslands zu den Ballungsgebieten, die größere Entfernung

- zu den Absatz- und Bezugsmärkten,
- zu überregional bedeutenden kulturellen Einrichtungen und Ausbildungsstätten,
- zu überregional bedeutenden gewerblich orientierten Diensten und Organisationen,
- zwischen Ballungsgebieten und ostfriesischen Fremdenverkehrsgebieten

können durch schnelle und mühelose überregionale Verbindungen gemildert werden.

Innerhalb der Region setzt die Konzentration des Gewerbes und zentraler Dienste auf zentrale Orte einen entsprechenden Ausbau der innerregionalen Verkehrswege voraus, da sonst die Gefahr einer Unterausnutzung der in den zentralen Orten angebotenen Dienste und Arbeitsplätze und ungenügender Ausschöpfung des regionalen Arbeitskräftepotentials besteht.

Mangelhafte innerregionale Kommunikations- und Verkehrsbeziehungen verringern außerdem die Transparenz des regionalen Arbeitsmarktes und setzen regionale Mobi-

9) Zu den Energiepreisen siehe **R. G. Wieting,** Wirtschaftliche **Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen** bis zum Jahre 1980. Untersuchung im Auftrag des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr, Prognos AG, Basel 1967, S. 54 ff.; **Schröder** u. a. **Analyse und Prognose der regionalen Wachstumsunterschiede,** S. 193 ff.

10) Nach unveröffentlichten Unterlagen der IHK Ostfriesland/Papenburg.

lität der Arbeitskräfte herab, die daran gehindert werden, die nach Arbeitsbedingungen und Einkommenshöhe günstigsten Erwerbschancen wahrzunehmen. Dadurch werden u. U. überholte Produktionsformen, die die regionale Produktivität vermindern, stabilisiert.

Die Qualität und Quantität der inner- und überregionalen Verkehrsverbindungen in Ostfriesland zeigen, daß sie noch überwiegend Ergebnis und Stabilisator der bisher geringen sozialökonomischen Entwicklung der Region sind; die Erkenntnis, daß sie als eine Voraussetzung für die gewünschte wirtschaftliche Expansion über den aktuellen Bedarf hinaus ausgebaut werden müssen, ist noch nicht in eine entsprechende regionale Verkehrspolitik umgesetzt worden. Das Netz **überregionaler** Straßen und Eisenbahnen ist dünn und zudem schlecht ausgebaut: es führt keine Autobahn nach Ostfriesland; die Eisenbahnstrecke ist noch nicht elektrifiziert. All diese Faktoren mindern über die rein quantitative Entfernung zu den umliegenden Regionen und Ballungsgebieten hinaus auch noch die Schnelligkeit und Bequemlichkeit der Verbindung. Beim Güterfernverkehr, der nach den Vorstellungen der Bundesregierung in stärkerem Maße von der Eisenbahn übernommen werden soll, führt das dünne Eisenbahnnetz zu erheblichen Anfahrtswegen zwischen dem Ziel- bzw. Herkunftsort und der nächsten Eisenbahnstation; der reine Straßengüterfernverkehr, der in Ostfriesland einen Sondertarif besitzt, wird durch die unausgeglichenen Warenströme zwischen Ostfriesland und anderen Regionen erheblich mit Leerfahrten belastet.

Durch die — auch weiterhin fortschreitende — Konzentration der Hauptindustrien und der zentralen Leistungen auf die Kreisstädte sowie auf Papenburg und Emden stellt sich für den **innerregionalen Verkehr** vor allem die Aufgabe, die Distanzrelationen zwischen diesen und dem flachen Land auszugleichen, um

- das Versorgungsgefälle zwischen zentralen Orten und Umland zu verringern,
- den zentralen Diensten weite Einzugsbereiche und damit ihre Rentabilität zu sichern,
- die sozialgeographische Pendelwanderung und die horizontale soziale Mobilität des regionalen Arbeitskräftereservoirs zu erhöhen,
- die regionalen potentiellen Arbeitskraftreserven zu aktivieren (insbesondere weibliche Arbeitskräfte sind an kurzen Wegezeiten interessiert),
- die Fühlungsmöglichkeiten zwischen den verstreuten Unternehmen und Betrieben zu verbessern.

Die **Straßendichte** liegt im relativ dünn besiedelten Ostfriesland zwar pro Einwohner über dem Bundesdurchschnitt, bleibt aber — auf die Fläche umgerechnet — hinter dem Durchschnitt zurück.[11]) Das ist insofern negativ, als die Siedlungsstruktur Ostfrieslands — Streusiedlung, Marsch- und Moorhufendörfer — eigentlich überdurchschnittliche Werte notwendig macht.

Der innerregionale Personenverkehr ist in erheblichem Maße Individualverkehr, wenn die Kfz-Dichte auch noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt: Auf ein Kraftfahrzeug kamen 1968 im Bundesgebiet 4,2, im RB Aurich 4,5 Einwohner.[12]) Daß der in den letzten 10 Jahren stark gewachsene Kfz-Bestand nicht nur Ausdruck des ge-

11) Zus. u. ber. nach: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, **Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen** 1969, S. 157/158.

12) Zus. u. ber. nach: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, **Statistische Monatshefte für Niedersachsen**, 23. Jg. (1969) H. 4.

stiegenen Wohlstandes, sondern auch der unzulänglichen Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist, zeigt die innerregionale Differenzierung der Kfz-Dichte. Während die Stadt Emden 1968 mit 5,3 Einwohnern pro Kraftfahrzeug den niedrigsten Kfz-Bestand besaß, lag der gering industrialisierte und gering erschlossene Landkreis Wittmund mit 3,9 Einwohnern pro Kfz an der Spitze. Eine ausreichende Versorgung der Region mit innerregionalen Verbindungen im öffentlichen Personenverkehr wird durch die Streusiedlung sehr erschwert; vor allem Rentabilitätsgesichtspunkte (besonders bei der Errichtung privater Buslinien entscheidend) schränken die Versorgung ein.

> „Bemühungen um neue Linien scheitern jedoch nicht selten an der fehlenden Rentabilität, die um so mehr beeinträchtigt wird, je höher der Anteil der zu Sozialtarifen beförderten Fahrgäste steigt."[13])

Hier taucht ein Widerspruch auf zwischen der gesamtgesellschaftlichen Zielrichtung, die Mobilität und damit auch die Arbeitsproduktivität der Einwohner zu heben, und der einzelwirtschaftlichen Zielrichtung, den öffentlichen Personenverkehr möglichst kostengünstig oder (bei privaten Linien) sogar profitabel zu gestalten.

Die abseitige Lage Ostfrieslands gegenüber anderen Ballungsgebieten ist also nicht nur eine Folge der geographischen Entfernung, sondern auch der ungenügenden Verkehrserschließung. Der Ausbau von Verkehrsverbindungen konzentrierte sich bisher auf die Regionen, deren ökonomische Expansion einen verstärkten Ausbau direkt erforderte. Da die Verkehrsinvestitionen in den Ballungsgebieten einer sehr starken Kostenprogression unterliegen, verschlingen sie als Folgeleistungen der Überbeanspruchung einer Region genau die Mittel, die zum Verkehrsausbau ländlicher Regionen als Voraussetzung für eine Entlastung dieser Regionen notwendig wären.

13) Der Regierungspräsident in Aurich/Ostfriesland, Verwaltungsbericht 1963 für den Regierungsbezirk Aurich, S. 36.

3. Zur sozialökonomischen Struktur Ostfrieslands

3.1. Allgemeiner Überblick

Zu Beginn der 50er Jahre konnte Ostfriesland noch als agrarische Region bezeichnet werden, die neben der landwirtschaftlichen Grundlage allenfalls noch im Verkehrssektor, in einigen Industriezweigen und im Fremdenverkehr überregionale Funktionen aufzuweisen hatte. Eine Industrialisierung der Region — d. h. nicht nur eine Ausweitung industrieller Produktion, sondern im Zuge fortschreitender gesellschaftlicher Arbeitsteilung auch des Dienstleistungssektors — setzte erst in den späten 50er und verstärkt in den 60er Jahren ein.

Die sektorale Struktur der Erwerbstätigen 1950 und 1961 in %[1])

	1950			1961		
	BRD	Niedersachsen	RB Aurich	BRD	Niedersachsen	RB Aurich
Landwirtschaft	25,5	35,3	49,7	14,2	20,2	32,5
Industrie	24,5	17,4	6,5	31,4	25,1	10,6
Kleingewerbe	11,4	9,1	7,6	8,4	7,5	5,8
Energie	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,7
Baugewerbe	7,4	7,6	7,1	8,1	8,9	10,3
Handel	10,5	10,3	9,5	13,4	13,8	14,0
Verkehr	5,8	5,8	6,5	5,9	5,7	7,1
Kredit und Versicherung	1,0	0,9	0,5	1,7	1,6	1,1
Priv. Dienstl.	8,6	8,7	7,8	11,5	11,7	11,7
Staatl. Organ.	4,7	4,4	4,3	4,7	5,0	6,2

In welchem Ausmaß der wirtschaftliche Entwicklungsgrad Ostfrieslands hinter dem der BRD nach wie vor zurückbleibt, zeigt sich am Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf der Wohnbevölkerung, das als grober — wenn auch bei kleinen Gebietseinheiten problematischer — Maßstab für die Wirtschaftskraft einer Region dienen kann.

BIP pro Einwohner in 1000,— DM[2])

BRD	4,3	5,8	7,1	8,1
Niedersachsen	3,6	5,1	6,2	7,0
RB Aurich	2,7	3,9	4,8	5,4
Emden	5,9	7,8	10,0	12,2
L Aurich	2,0	3,2	3,7	4,2
L Leer	2,4	3,2	4,1	4,6
L Norden	2,5	4,3	5,2	5,1
L Wittmund	1,9	2,7	3,1	3,5
L Aschendorf-Hümml.	2,5	3,1	4,0	4,7

1) **Schröder, Analyse und Prognose der regionalen Wachstumsunterschiede,** Tab. 15 u. 16.
2) Alle Daten zum regionalen BIP sind zus. u. ber. nach: Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966, Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter, Wiesbaden 1968.

Die Zuwachsraten des BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung lagen im RB Aurich – allerdings mit einer deutlichen Annäherungstendenz an die allgemeinen Zuwachsraten – über dem Bundesdurchschnitt:

Zunahme des BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung in %

	1957–1961	1961–1964	1964–1966
BRD	35,7	22,5	11,8
Niedersachsen	42,0	23,1	12,8
RB Aurich	43,4	22,6	12,1

Offensichtlich hat die Umschichtung in den Arbeitskräften von gering zu höher produktiven Bereichen (hauptsächlich von der Landwirtschaft zum produzierenden Gewerbe) und die Eingliederung bisher arbeitsloser Erwerbstätiger in den Produktionsprozeß – also die Phase der extensiven Produktionssteigerung, die immer mit sehr hohen Zuwachsraten verbunden ist – in Ostfriesland zu einer Zeit begonnen, als die Produktionssteigerung in der BRD insgesamt immer mehr von einer Intensivierung der Produktion — also einer Produktionssteigerung durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige – getragen wurde.[3])

Trotz der hohen Zuwachsraten vergrößerte sich die Differenz im BIP pro Einwohner zwischen dem RB Aurich und der BRD von 1560 DM (1957) auf 2710 DM (1966). Nach wie vor ist einmal der Anteil wenig produktiver Wirtschaftssektoren am BIP relativ hoch (der Anteil der Landwirtschaft betrug 1966 im RB Aurich noch 11,6 %, in der BRD 4,2 %); zum anderen erreichte zumindest 1961 die Produktivität innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche nicht den Bundesdurchschnitt.

BIP pro Beschäftigte in DM, 1961

	Insgesamt	Land- und Forstwirtsch.	Warenprod. Gew.	Handel und Verkehr	Restl. Dienstl.
Niedersachsen	11 710	6 990	13 470	11 080	12 640
RB Aurich	9 650	5 410	12 510	10 290	10 730

Obwohl also Ostfriesland in den 50er und 60er Jahren zunehmend in die überregionale Arbeitsteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung einbezogen wurde, reichten die damit verbundenen ökonomischen Umschichtungsprozesse offensichtlich nicht aus, um den Entwicklungsabstand zu anderen Regionen – weder in der quantitativen Verteilung noch im qualitativen Einsatz der Erwerbstätigen – entscheidend zu verringern.

Die folgende Darstellung der einzelnen Wirtschaftsbereiche soll dazu beitragen, die Hintergründe und das Ausmaß dieses Umschichtungsprozesses und damit auch die Ursachen für den nach wie vor bestehenden Entwicklungsabstand vor allem unter folgenden Fragestellungen zu fassen:

3) Zu dieser Differenzierung und Phaseneinteilung vgl. Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e. V. **(RKW)**, Hrsg. Wirtschaftliche und soziale **Aspekte des technischen Wandels** in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Band, **Sieben Berichte – Kurzfassung der Ergebnisse,** Frankfurt 1970, S. 22 ff.

– Welche Hemmnisse oder Anreize bestanden bei der Umschichtung der Erwerbstätigen in produktive Bereiche,
– Welche Rolle spielten extensive bzw. intensive Wachstumsprozesse in den einzelnen Bereichen,
– welche Impulse setzte die allmähliche Industrialisierung in Gang, welche Impulse gingen davon auf die Gesamtregion aus.

3.2. **Land- und Forstwirtschaft**

Der Hauptumschichtungsprozeß in Ostfriesland wurde von dem Beschäftigtenrückgang in der Landwirtschaft getragen: bot sie 1950 noch 72 350 Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz, so ging die Zahl der Beschäftigten bis 1961 auf 49 743 zurück.[1]) Im Frühjahr 1966/67 wurden bei einer Schätzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte für den RB Aurich 17 175 vollbeschäftigte und 34 354 teilbeschäftigte (also überwiegend nebenberufliche) Arbeitskräfte ermittelt.[2])

Im folgenden soll deshalb hauptsächlich untersucht werden,

– unter welchen agrarökonomischen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen sich der Beschäftigtenrückgang vollzog,
– welche Beschäftigtengruppen aus der Landwirtschaft vorwiegend ausschieden,
– wie die landwirtschaftlichen Betriebe sich dem Beschäftigtenrückgang und den veränderten technischen und ökonomischen Anforderungen anpaßten.

„Der Boden im Regierungsbezirk Aurich ist recht verschiedenartig. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen rund 38 % auf Marschboden, rund 23 % auf Moormarsch (Marsch auf Niedermoor), rund 2 % auf eines Niedermoor, rund 25 % auf Hochmoor, Flach- und Leegmoor und anmoorige Böden, sowie rund 12 % auf Sandböden."[3])

Während sich die Altmarsch, die Moormarsch und die reinen Niederungsmoore fast nur für Grünlandnutzung eignen, bieten die Jungmarsch und die Poldergebiete auch gute Voraussetzungen für Ackerbau.

Der extrem hohe Grünlandanteil, der in den letzten Jahren noch gestiegen ist (das Acker-Grünlandverhältnis im RB Aurich lag 1967 schließlich bei 1:2,75, in Niedersachsen bei 1:0,88)[4]), resultiert also überwiegend aus den Bodenverhältnissen; er

1) **1950:** Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik **(NALS),** Die **wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung** nach den Ergebnissen der Berufszählung **am 13. Sept. 1950,** Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 15, Heft 2, Hannover 1955; **1961:** Niedersächsisches Landesverwaltungsamt **(NLV),** Die **wirtschaftiche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens am 6. Juni 1961,** Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen Bd. 61, Hannover 1966.
2) **NLV, EWG-Strukturerhebung** in der Landwirtschaft 1966/67, Zusammenfassende Darstellung für Niedersachsen, Statistik von Niedersachsen, Bd. 121, Hannover 1969.
3) **Raumordnung in Ostfriesand,** S. 30.
4) Zus. nach: **NLV,** Bodennutzung und Ernte 1968, Statistik von Niedersachsen, Bd. 126, Hannover 1969.

kommt allerdings auch — und deshalb die allgemeine Tendenz zur Erhöhung des Grünlandanteils — betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten entgegen: durch die eher extensive Nutzung der Fläche werden für Grünlandbetriebe weniger Arbeitskräfte pro ha als bei den intensiveren Ackerbaubetrieben benötigt, so daß auch ohne Änderung der Betriebsgröße ein starker Arbeitskräfterückgang durch Erhöhung des Grünlandanteils aufgefangen werden kann. Entsprechend der Bodennutzung ist der Verkauf von Vieh und Viehprodukten — hauptsächlich Rinderhaltung zur Milchproduktion — die Haupterlösquelle für die ostfriesischen Landwirte. Der größte Teil der regionalen Milchproduktion wird vom Libby-Werk in Leer übernommen und zu Kondensmilch verarbeitet.[5])

Der betriebswirtschaftliche Aspekt bei der Erhöhung des Grünlandanteils verweist auf eine generelle Diskrepanz in der landwirtschaftlichen Entwicklung Ostfrieslands: Troz des erheblichen Arbeitskräfterückganges veränderten sich die Zahl und Größenstruktur der Betriebe im Vergleich zu Bund und Land in weit geringerem Maße.

Die landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in %[6])

	0,2- unt. 2 ha	2- unt. 5 ha	5- unt. 10 ha	10- unt. 20 ha	20- unt. 50 ha	50 ha u. mehr	ins- gesamt
BRD							
1949	30,9	28,5	20,8	13,2	5,8	0,8	100
1969	27,1	20,8	18,8	20,9	11,1	1,3	100
Veränderung in %	− 39,8	− 49,7	− 37,6	+ 9,3	+ 32,3	+ 13,9	− 31,1
Niedersachsen							
1949	29,7	22,2	18,6	17,4	10,4	1,7	100
1969	25,6	16,6	14,0	21,2	19,2	3,4	100
Veränderung in %	− 37,3	− 45,8	− 45,3	− 10,9	+ 34,7	+ 44,9	− 27,2
RB Aurich							
1949	29,9	25,5	18,2	13,5	10,4	2,5	100
1969	29,6	22,3	15,4	17,0	13,6	2,1	100
Veränderung in %	− 6,2	− 19,0	− 22,1	+ 16,4	+ 19,9	− 21,2	− 7,6

Der Vorsprung, den der RB Aurich 1949 in seiner Betriebsgrößenstruktur vor Bund und Land besaß, ist durch die sehr geringen Abnahmeraten der Betriebe unter 5 ha

5) O. Plagge, Das Dauermilchwerk der Deutschen Libby-GmbH, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1954 H. 1/3, Göttingen März 1954.

6) Zus. u. ber. nach: Der Regierungspräsident Aurich Ostfriesland, **Strukturmappe**, Ergänzungen zu „Raumordnung in Ostfriesland", o. O., o. J., Tab. B. 11.2.

zugunsten der oberen Betriebsgrößenklassen fast ganz zunichte gemacht worden. Konnte man Ostfriesland bis in die 50er Jahre hinein noch als ein Gebiet mit überwiegend mittel- bis großbäuerlicher Struktur bezeichnen, so trifft diese Bezeichnung heute angesichts der ständig steigenden Betriebsrichtgrößen und der geringen Veränderungen in Ostfriesland nicht mehr zu.

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen bei fast stagnierender Betriebszahl und hoher Grünlandbewirtschaftung führte dazu, daß sowohl der Arbeitskräftebesatz pro Betrieb als auch die Arbeitseinheiten[7]) pro 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) in den einzelnen Betriebsgrößenklassen unter dem Landesdurchschnitt lagen.

Das Übergewicht an Betrieben in relativ unproduktiven Größenklassen, in denen wegen der geringen Nutzfläche Rationalisierungs- und Mechanisierungsmöglichkeiten und damit die Möglichkeiten einer rentablen Bewirtschaftung sehr begrenzt sind, führte aber gleichzeitig dazu, daß im Durchschnitt aller Betriebe die Arbeitseinheiten pro 100 ha LN über dem Landesdurchschnitt lagen.

Arbeitseinheiten und Arbeitskräftebesatz nach Betriebsgrößenklassen, 1967[8])

	Arbeitseinheiten pro 100 ha LN		Vollarbeitskräfte pro Betrieb	
	Niedersachsen	RB Aurich	Niedersachsen	RB Aurich
unter 2 ha	73,0	66,1	0,14	0,12
2 — unter 5 ha	34,0	34,8	0,28	0,3
5 — unter 10 ha	23,9	23,7	0,8	0,9
10 — unter 20 ha	15,9	15,2	1,5	1,4
20 — unter 50 ha	9,5	8,5	1,8	1,7
50 ha und mehr	6,7	5,6	2,6	2,2
insgesamt	13,7	14,9	1,0	0,8

Die Anpassung an den Zwang zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität vollzog sich also widersprüchlich: Zwar wurde der Arbeitskräfteüberhang in den einzelnen Betrieben abgebaut; da aber die Betriebsgrößen nur in geringem Umfang verändert wurden, konnte die Arbeitsproduktivität der wenigen verbleibenden Arbeitskräfte nicht voll entfaltet werden, da eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sehr bald an die Grenzen des Betriebsumfanges stieß.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen wurde ausschließlich von abhängig Arbeitenden und von mithelfenden Familienangehörigen getragen.

7) „Bei der Arbeitseinheitenberechnung (...) wird jede vollbeschäftigte Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Unterschiede in der jährlich geleisteten Arbeitszeit als eine Arbeitseinheit bewertet, die geleisteten Arbeitszeiten der teilbeschäftigten Arbeitskräfte werden anteilmäßig auf Arbeitseinheiten umgerechnet (2400 Arbeitsstunden bzw. 280 volle Arbeitstage = 1 AE)."

8) Zus. u. ber. nach ebenda.

Landwirtschaftliche Erwerbspersonen 1950 und 1961 nach Stellung im Beruf[9])

	Selbständige		Mithelfende Familienangeh.		Abhängig Arbeitende	
	1950	1961	1950	1961	1950	1961
RB Aurich	16 432	17 297	34 619	24 839	21 299	7 607
Emden	336	222	540	221	670	359
L Aurich	4 162	4 626	9 292	7 059	3 286	1 409
L Leer	5 661	6 282	12 381	8 955	6 775	2 361
L Norden	2 303	2 510	4 541	3 419	6 125	2 306
L Wittmund	3 970	3 657	7 865	5 185	4 443	1 172

Bei den Arbeitskräften mit der geringsten institutionellen Bindung an den Hof waren die Abwanderungsneigung und Abwanderungsmöglichkeiten am höchsten, da dadurch die Existenz des Betriebes noch nicht gefährdet wurde. Die landwirtschaftlichen Betriebe reduzierten deshalb ihre Arbeitskräfte zunehmend auf die engsten Familienangehörigen (neben dem Besitzer häufig nur noch die Ehefrau), da nur diese bereit waren, die für die Aufrechterhaltung des Hofes notwendige Arbeitsleistung und den Konsumverzicht zu erbringen. Ein erheblicher Teil der Familienarbeitskräfte, die eine außerlandwirtschaftliche Haupttätigkeit ergriffen, blieb allerdings als Teilbeschäftigte im Familienbetrieb.

Familienarbeitskräfte nach Art der Beschäftigung in %, 1967[10])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	vollbeschäftigt	teilbeschäftigt	vollbeschäftigt	teilbeschäftigt
unter 2 ha	6,7	93,3	6,1	83,6
2 – unter 5 ha	12,0	88,0	14,2	85,7
5 – unter 10 ha	32,2	67,8	39,3	60,7
10 – unter 20 ha	49,9	50,1	52,1	47,9
20 – unter 50 ha	54,9	45,1	58,8	41,2
50 ha und mehr	52,1	47,9	60,7	39,3
Insgesamt	36,2	63,8	33,6	66,4

Da in den unteren Betriebsgrößenklassen als vollbeschäftigte Arbeitskräfte meist nur noch die Ehefrauen übrig blieben, wurden die Kleinbetriebe dann als Nebenerwerbsbetriebe weitergeführt.

9) Zus. nach: **1950: NALS, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung am 13. Sept. 1950, 1961: NLV, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens am 6. Juni 1961.**

10) Zus. u. ber. nach: **NLV, EWG-Strukturerhebung.**

Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an allen landwirtschaftlichen Betrieben, 1960 u. 1967[11])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	1960	1967	1960	1967
unter 2 ha	90,5	86,1	91,7	86,6
2 – unter 5 ha	62,8	70,9	60,6	67,1
5 – unter 10 ha	17,7	28,7	14,0	19,8
10 – unter 20 ha	3,4	4,2	2,9	3,2
20 – unter 50 ha	1,1	1,1	0,7	1,0 +
50 ha und mehr	1,7	1,7	0,2	(/)
Insgesamt	41,4	35,6	45,6	41,8

\+ = Relativer Standardfehler 20–30 %;
/ = Relativer Standardfehler 30 % und mehr.

Die ungünstige Betriebsgrößenstruktur führt dazu, daß insgesamt überdurchschnittlich viel Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet werden; innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen liegt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe allerdings unter dem Landesdurchschnitt. Offensichtlich vollzieht sich in Ostfriesland in den unrentablen Betriebsgrößenklassen nicht nur die Auflösung, sondern auch die Umwandlung der Betriebe in Nebenerwerbsbetriebe langsamer. Die Abwanderung derjenigen Arbeitskräfte, die am ehesten die Chance hatten, einen anderen Hauptberuf ergreifen zu können und am wenigsten die Existenz des Betriebes gefährdeten, hat zu einer Überalterung der landwirtschaftlichen Familienarbeitskräfte vor allem in den unteren Betriebsgrößenklassen geführt.

Altersgliederung der landwirtschaftlichen Familien-Arbeitskräfte 1967[12])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	unter 45 Jahren	über 45 Jahren	unter 45 Jahren	über 45 Jahren
unter 2 ha	48,6	51,4	49,3	50,7
2 – unter 5 ha	52,0	47,0	50,6	49,4
5 – unter 10 ha	55,6	44,4	54,7	45,3
10 – unter 20 ha	60,3	39,7	58,9	41,1
20 – unter 50 ha	62,7	37,3	63,2	36,8
50 ha und mehr	62,4	37,6	61,5	38,5
Insgesamt	57,1	42,9	55,2	44,8

Bei den vollbeschäftigten Familien-Arbeitskräften tritt das Problem der Überalterung noch schärfer auf: 1960 betrug der Anteil der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte über 45 Jahren im RB Aurich insgesamt 57,8 %, in den Betrieben unter 5 ha 69,2 %.[13]) Ein Abbau der Vollarbeitskräfte in den unteren Betriebsgrößenklassen wird sich also überwiegend durch Ausscheiden aus Altersgründen oder Tod vollziehen, da die noch

11) Zus. u. ber. nach: **1960: NLV,** Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Niedersachsens, Ergebnisse der Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 45, Hannover 1964, **1966: NLV, EWG-Strukturerhebung.**

12) Zus. u. ber. nach: **NLV, EWG-Strukturerhebung.**

13) Ber. nach: **NLV,** Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Ergebnisse der Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 42, Hannover 1963.

vorhandenen Vollarbeitskräfte zu alt und/oder als Ehefrauen zu sehr an den Haushalt gebunden sind, um noch eine andere Haupterwerbstätigkeit ergreifen zu können. Ob die Betriebe von den Erben zumindest als Nebenerwerbsbetriebe weitergeführt oder ganz aufgelöst werden, hängt davon ab, inwieweit ihnen die regionale Erwerbssituation und die Berufsausbildung akzeptable Arbeitsbedingungen als Abhängig Arbeitende bieten können.

Die sehr zwiespältige und widersprüchliche Anpassung an die notwendigen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft ist typisch für Gebiete, deren Industrialisierung erst begonnen hat, in denen also weder quantitativ noch qualitativ eine ausreichende Alternative zu der bisherigen Beschäftigung besteht: schon die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Haupttätigkeit ist mit Schwierigkeiten verbunden; aber selbst dann wird eine endgültige Trennung vom Familienbetrieb häufig nicht vollzogen, da die neue Tätigkeit meist mit zuviel Nachteilen — Arbeitsplatzunsicherheit, langen Pendelwegen, relativ schlechter Bezahlung — belastet ist, um als einzige stabile Erwerbsquelle gewählt zu werden. Insofern wird gerade in industriefernen Gebieten die Bewirtschaftung des Betriebes im Nebenerwerb häufig als Kompromißlösung zwischen dem Zwang zum außerlandwirtschaftlichen Gelderwerb und dem Wunsch nach ökonomischer Sicherheit und Unabhängigkeit gewählt.

> „Im Gegensatz zu den industrienahen Gebieten, in denen die nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe und die Gruppe der teilbäuerlichen Betriebe sich auf fast die Hälfte verringerten — während auf der anderen Seite eine Zunahme bei den Vollerwerbsbetrieben um 13 % zu verzeichnen war — haben in den industriefernen Untersuchungsgebieten die Betriebe aller drei sozialökonomischen Gruppen zahlenmäßig abgenommen . . . Die geringste Abnahme (4 % weniger als 1949) ist in den industriefernen Gebieten bei den nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben festzustellen, weil Betriebsauflösungen und zahlreichen Abgängen zu ländlichen Heimstätten Zugänge aus den Gruppen ehemals hauptberuflich bewirtschafteter Betriebe gegenüberstanden."[14])

Eine Befragung von Landwirten aus unterschiedlich strukturierten Gebieten der BRD über ihre Vorstellungen zur künftigen Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit ergab:

> „Die westdeutschen Nebenerwerbslandwirte wollen zu 85 % ihre kleinen Betriebe nebenberuflich weiter bewirtschaften (. . .). Rationale Überlegungen werden dafür erst in zweiter Linie angeführt. Die entscheidenden Motive sind die billige Selbstversorgung, die Sicherung vor Ernährungs- und Wirtschaftskrisen sowie die Landbewirtschaftung als Hobby."[15])

Die Angst vor den ökonomischen Risiken einer abhängigen Position sollte dabei nicht einfach als irrational oder konservativ abgetan werden. Häufig genug gehen hier neben den Erfahrungen aus der Vergangenheit (Inflation, Arbeitslosigkeit) auch aktuelle Beobachtungen ein: die Arbeitsplätze in industriefernen Gegenden — meist in der Bauwirtschaft —, die Abwanderer aus der Landwirtschaft mit ihrer nicht verwertbaren Qualifikation ergreifen können, sind häufig zu unsicher und schlecht bezahlt, als daß sie sehr attraktiv wirken könnten. Die Abneigung gegen Unterordnung

14) U. Werschnitzky u. E. Fleischhauer, Nebenberufliche Landbewirtschaftung, Sozialökonomische Veränderungen und betriebswirtschaftliche Ergebnisse, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Berichte über Landwirtschaft, N. F. 184. Sonderheft, Hamburg und Berin 1968, S. 29/30.

15) Sekretariat der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., Hrsg., Die Meinung der Landwirte zur zukünftigen Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit, Göttingen 1969, S. 1.

unter eine Befehlshierarchie und einen festen, dem Arbeitenden fremden Arbeitsrhythmus sollte ebenfalls nicht nur als Ideologie der Selbständigen abgetan werden. Nur von dieser sehr verständlichen Skepsis gegenüber den ökonomischen und betrieblichen Bedingungen abhängiger Arbeit lassen sich auch die erheblichen Anstrengungen vieler Bauern verstehen, durch Rationalisierung, Spezialisierung, Mechanisierung die Produktivität zu erhöhen, um den Betrieb nicht aufgeben zu müssen. Die Strukturveränderungen der letzten 20 Jahre in der Landwirtschaft: die Erhöhung der Arbeits- und Flächenproduktivität und des Mechanisierungsgrades haben in ihrem Ausmaß die anderen Wirtschaftsbereiche weit hinter sich gelassen.[16])

Gleichzeitig hat gerade dies einzelbetrieblich zunächst rationale Verhalten, durch Produktivitätssteigerungen den Betrieb existenzfähig zu halten, gesamtwirtschaftlich irrationale Folgen: Auch bei sehr geringem Arbeitskräftebesatz und hoher Mechanisierung können in den unteren Betriebsgrößen weder die Arbeitskräfte noch die technischen Einrichtungen voll ausgenutzt werden. Übermechanisierung, hohe Verschuldung und trotz aller Bemühungen zu geringe Arbeitsproduktivität sind die betriebswirtschaftlichen Folgen. Gesamtwirtschaftlich hat die steigende Produktivität bei etwa gleicher Betriebsfläche zu einer Steigerung der Gesamtproduktion geführt, die den nur langsam wachsenden Verbrauch weit überholt hat; Lebensmittelvernichtung, Abschlachtprämien, staatliche Stützung einzelner Preise sind Ergebnis der ständigen Überschußproduktion.

> „Die aufgeführten Punkte verweisen alle in die gleiche Richtung: seit der 2. Hälfte der 50er Jahre hat sich der Widerspruch zwischen dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, die große Bearbeitungseinheiten verlangen, und der typischen bäuerlichen Produktionsweise verschärft."[17])

Die notwendige gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung der Landwirtschaft verlangt durch das Nebeneinander

- von stagnierendem Produktionsumfang und wachsender Arbeits- und Flächenproduktivität,
- von niedrigen Erzeugerpreisen und hohem Kapitalbedarf,
- von Abwanderungszwang und (in ländlichen Gebieten) geringem Arbeitsplätzeangebot

Anpassungsprozesse, die einer gesamtgesellschaftlichen Planung der landwirtschaftlichen Produktion und der Umschichtung der Arbeitskräfte bedürfen.

Müssen diese Anpassungsprozesse überwiegend von landwirtschaftlichen Familienbetrieben und -arbeitskräften in einer kapitalistischen Wirtschaft vollzogen werden, dann nur unter erheblichen Widersprüchen, sozialen Konflikten und ökonomischem Zwang.

Welche Folgen Konflikte und Hemmnisse mit dem Übergang von landwirtschaftlicher zu gewerblicher, abhängig arbeitender Tätigkeit verbunden waren, wird in den folgenden Abschnitten jeweils zu untersuchen sein.

3.3. **Industrie**

3.3.1. **Allgemeine Daten zur industriellen Entwicklung**

Zu Beginn der 50er Jahre war die ostfriesische Industrie noch nicht über die Ausnutzung natürlicher Standortbedingungen (Lage am Meer, Rohstoffe, landwirtschaft-

16) Siehe dazu: **E. Dähne,** Zu einigen **Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft** in beiden deutschen Staaten, in: BRD—DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 157 ff.

17) ebenda, S. 158.

liche Produkte) und/oder über die Deckung des regionalen Bedarfs hinausgekommen. In einem Strukturbericht für den Arbeitsamts-Bezirk (AA-Bezirk) Leer von 1959 wird die Wirtschaftsstruktur der Teilregion folgendermaßen beschrieben:

„Die Landwirtschaft, das Handwerk und der Handel sind die bestimmenden Elemente der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung des Handwerks zur Industrie wurde nur vereinzelt unternommen. Wo Industrie überhaupt vorhanden ist, dient sie in erster Linie der unmittelbaren Bedürfniserfüllung und der Bearbeitung von Landesprodukten."[1])

Unter den von natürlichen Standorten abhängigen Industriezweigen hatten sich nur der Schiffbau und einige Betriebe der Nahrungs- und — Genußmittelindustrie überregionale Bedeutung verschaffen können. Die restlichen Industriezweige blieben in ihrem Absatz überwiegend auf die Region beschränkt; für eine überregionale Bedeutung waren einerseits die verwandten Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte nicht selten genug, andererseits die Leistungsfähigkeit der Betriebe gegenüber außerregionaler Konkurrenz nicht groß genug.

Standortunabhängige, verarbeitende Industriezweige, die den Ort ihrer Produktion überwiegend nach gesellschaftlichen Standortfaktoren bestimmten (Fühlungsvorteile, Quantität und Qualität der Arbeitskräfte), waren in Ostfriesland nur schwach vertreten, da die historische Entwicklung diese Bedingungen nicht geschaffen hatte.

Insgesamt überwogen Industriebetriebe, die mit der ländlichen Wirtschaftsstruktur noch eng verflochten waren. Die Beschreibung Egners der einzelnen Typen ländlicher Industrien können z. T. auch auf Ostfriesland übertragen werden.

„Drittens bildete sich im ländlichen Bereich eine Industrie heraus, die dort aufgrund besonderer Standortvoraussetzungen, nämlich ortsgebundener Rohstoffe, Hilfsstoffe oder Kraftquellen Fuß fassen konnte: Die Industrie der Steine und Erden, Glasindustrie, Keramik, Holzverarbeitung, Molkereien, Zuckerfabriken, Obst- und Gemüseverarbeitung usw. . . . Fünftens gab und gibt es einen Typ der konsumorientierten ländlichen Industrie, dort wo der Bedarf im ländlichen Bereich breit gestreut und groß genug ist, um eine örtliche Produktion zu ermöglichen. Dabei spielen Ubiquitäten als Ausgangsbasis vielfach eine Rolle: Mühlen, Ziegeleien, Brauereien sind Beispiele dafür."[2])

1950 besaß der RB Aurich 8815 Industriebeschäftigte und eine Industriedichte von 23 Beschäftigten auf 1000 Einwohner (Landesdurchschnitt: 67).[3]) Ostfriesland konnte also weder von seiner quantitativen noch von seiner qualitativen Industriestruktur her als industrialisierte Region bezeichnet werden. In den folgenden 20 Jahren begann ein Wachstum der industriellen Produktion, das die gesamte Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur und die überregionale Funktion Ostfrieslands entscheidend veränderte: Die Zahl der Industriebeschäftigten stieg bis 1969 auf 26 309 (September-Wert); der Abstand in der Industriedichte zu den übergeordneten Vergleichsregionen konnte wesentlich verringert werden.

1) Arbeitsamt Leer, Strukturbericht des Arbeitsamtes Leer, Stand: Februar 1959, o. O., hektograph. Manuskript, S. 14.

2) **E. Egner,** Die **Industrialisierung ländlicher Gebiete,** in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 169, 1957, S. 49.

3) Nach: **NALS,** Die Industrie in Niedersachsen 1950, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Heft 4, Hannover 1952.

Industriebeschäftigte*) auf 1000 Einwohner[4])

	1952	1960	1962	1965	1966	1967	1968	1969
BRD	110	142	146	144	140	130	133	139
Niedersachsen	74	109	111	112	109	101	106	110
RB Aurich	29	41	46	53	58	54	62	65
Emden	95	132	142	200	240	227	280	295
L Aurich	8	23	25	20	22	19	24	29
L Leer	33	45	53	56	55	53	54	56
L Norden	12	21	25	23	21	20	19	19
L Wittmund	21	8	8	14	15	12	12	13
L Asch.-Hümml.	·	·	57	60	59	56	58	·

*) September-Werte

Die **Zuwachsraten der Industrieumsätze** im RB Aurich lagen zwischen 1960 und 1965 an der Spitze der niedersächsischen Regierungs- und Verwaltungsbezirke:

September-Umsätze in Mio. DM, Veränderung in %[5])

	1955–1965	1960–1965
Niedersachsen	+ 127	+ 48
RB Aurich	+ 387	+ 107

Zwischen 1965 und 1969 dürfte die Steigerungsrate der Industrieumsätze in Ostfriesland wegen dem Ausbau des Volkswagenwerkes in Emden noch höher gelegen haben.

Die industrielle Expansion verlief weder branchenmäßig noch innerregional gleichmäßig:

Aus der innerregionalen Konzentration der Industriebeschäftigten auf die Stadt Emden und den Landkreis Leer wird deutlich, daß die Industrialisierung Ostfrieslands hauptsächlich die Teilregionen erfaßt hat, die bereits 1950 eine für die Region relativ hohe Industriedichte besaßen.

Der innerregionalen Konzentration auf einige Industriestandorte entsprachen die Verschiebungen in der Industriestruktur: die Industrialisierung wurde nicht von den traditionellen und regional relativ breit getreuten Industriezweigen der Region getragen (deren Bedeutung relativ und zum Teil auch absolut zurückging), sondern von in der Region neuen Industriezweigen, die sich überwiegend in den zentralen Orten der bereits relativ entwickelten Teilregionen ansiedelten.

4) Aus den jährlich erscheinenden Veröffentlichungen des NALS, ab 1961 des NLV „Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1950 ff.", wurde ein umfangreiches Tabellenwerk zusammengestellt und berechnet; aus ihm sind, soweit nicht anders vermerkt, alle Angaben zur Entwicklung von Betrieben, Beschäftigten und Umsatz der Industrie entnommen. Die entsprechenden Daten für die **BRD** wurden entnommen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, **Statistisches Jahrbuch** für die Bundesrepublik Deutschland **(BRD)**, 1950 ff.
Erfaßt wurden in beiden Veröffentlichungsreihen jeweils alle Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten.

5) **Wieting, Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen,** S. 14. Die Tabelle konnte nicht fortgeführt werden, da ab 1967 in der jährlichen Industrieberichterstattung der Jahresumsatz, nicht mehr der Septemberumsatz, ausgewiesen wurde. Die beiden Umsatzgrößen konnten nicht vergleichbar gemacht werden, da der Septemberumsatz wegen des Gewichtes der saisonabhängigen Industrie in Ostfriesland über dem durchschnittlichen Monatsumsatz liegt.

Industriebeschäftigte Oktober 1950 und September 1969 in ausgewählten Industriezweigen, abs. und in %

	Niedersachsen		RB Aurich			
	1950	1969	1950		1969	
	%	%	abs.	%	abs.	%
Torfindustrie	1,3	0,6	1374	15,7	(150)	(0,6)
Mineralölverarbeitung	2,5	0,5	76	0,9	(500)	(1,9)
Chemische Industrie	3,9	4,2	161	1,8	·	·
Industrie der Steine und Erden	6,1	3,4	562	6,4	825	3,1
Eisen-, Stahl- und Temper-Gießerei	2,1	0,7	437	5,0	—	—
Sägewerke u. holzbearb. Industrie	2,5	1,2	141	1,6	·	·
Bergbau, Grundstoff- u. prod. Güterindustrie insgesamt	34,7	23,2	2752	31,5	(2027)	(7,7)
Stahl- und Leichtmetallbau	2,2	1,9	24	0,3	86	0,3
Maschinenbau	7,8	10,9	742	8,5	3545	13,5
Straßenfahrzeug- und Luftfahrzeugbau	6,5	16,3	7	0,1	(7500)	(28,5)
Schiffbau	1,1	1,5	1791	20,5	6594	25,1
Elektrotechn. Ind.	4,3	10,2	13	1,5	1159	4,4
Investitionsgüterindustrie	27,9	46,8	2813	32,2	18535	70,5
Holzverarbeitende Industrie	5,4	2,9	340	3,9	153	0,6
Papier- u. pappeverarb. Industrie	1,2	2,0	97	1,1	193	0,7
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	2,3	2,2	273	3,1	532	2,0
Kunststoffverarbeitende Industrie	0,5	1,9	—	—	·	·
Schuhindustrie	0,7	0,7	—	—	653	2,5
Textilindustrie	8,2	4,3	264	3,0	·	·
Bekleidungsindustrie	3,9	4,6	8	0,1	665	2,5
Verbrauchsgüterindustrie insgesamt	25,4	20,7	1037	11,9	3354	12,7
Obst- u. Gemüseverarb. Industrie	1,1	0,8	120	1,4	537	2,0
Milchverwertung	1,0	1,1	564	6,5	775	3,0
Spirituosenindustrie	0,3	0,3	152	1,7	659	2,5
Nahrungs- u. Genußm.-industrie insgesamt	12,0	9,3	2135	24,4	2735	10,4
Industrie insgesamt	100,0	100,0	8737	100,0	26309	100,0

Die Industrialisierung Ostfrieslands wurde überwiegend von einigen Zweigen der Investitionsgüterindustrie getragen.

Aber auch innerhalb der stark expandierten Industriezweige bestand keine breite betriebliche Streuung, sondern eine Konzentration auf wenige Großbetriebe. So waren allein in den Betrieben der 3 größten in der Region vertretenen Unternehmen,

- dem Volkswagenwerk in Emden,
- den Rheinstahl-Nordseewerken (Schiffbau) in Emden und
- den 4 Betriebsstätten der Olympia-AG (Büromaschinen) in Leer, Norden, Wiesmoor und Burhafe

Ende 1969 insgesamt 14 706[6]) (= 55,9 % aller Industriebeschäftigten des RB Aurich) abhängig Arbeitende beschäftigt. Die Dominanz einiger relativ hoch mechanisierter und materialintensiver Großbetriebe macht sich in den durchschnittlichen Umsatz- und Betriebsgrößen der Gesamtindustrie bemerkbar; herrschte in den 50er Jahren noch der Typus des Klein- bis Mittelbetriebes mit relativ hoher Arbeitsintensität vor, so lagen 1969 aufgrund des Gewichtes dieser Großbetriebe sowohl die Betriebsgröße als auch die Umsatzbezugszahlen für die Gesamtindustrie bereits über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Strukturdaten der Industrie 1955 und 1969

	Beschäftigte pro Betrieb		Umsatz* pro Betrieb in 1000 DM		Umsatz* pro Beschäftigten	
	1955	1969	1955	1969	1955	1969
BRD	132	157	296	8362	2238	55824
Niedersachsen	133	159	335	9405	2517	59014
RB Aurich	96	164	184	10946	1915	66567
Emden	286	592	141	42272	492	71410
L Aurich	84	73	93	2917	1113	39883
L Leer	76	119	250	6294	3309	52722
L Norden	44	65	168	8402	3802	129420
L Wittmund	28	43	102	2543	3693	58658
L Asch.-Hümml.	116	114	196	5110	1689	44734

* 1955 September-Umsatz, 1969 Jahres-Umsatz.

Als Hauptmerkmal der Industrialisierung Ostfriesland kann nach diesem groben Überblick festgehalten werden, daß sich seit den 50er Jahren die Industriestruktur polarisiert hat: auf der einen Seite existieren — mit zum großen Teil rückläufiger Bedeutung — die traditionellen, an die regionalen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte bzw. an den regionalen Bedarf anknüpfenden kleinen und mittleren Industriebetriebe; auf der anderen Seite sind als eigentliche Träger des Industrialisierungsprozesses Industriebetriebe mit zum Teil hohem Produktionsumfang ohne Ausrichtung auf die regionalen Rohstoffe oder den regionalen Bedarf entstanden, die sich auf einige Schwerpunkte innerhalb der Region konzentrieren. Eine relevante Ausnahme bildet nur der Schiffbau, der als traditioneller Industriezweig seine überregionale Bedeutung weiter ausdehnen konnte. War Ostfriesland bis zu Beginn der

6) Ergebnisse der Interviews mit Vertretern der Personalabteilungen der drei genannten Werke im Frühjahr 1971.

50er Jahre für Kapitalinvestitionen außerregionaler Industrieunternehmen aufgrund seiner Standortstruktur uninteressant, so scheint sich dies im Verlauf der folgenden 20 Jahre geändert zu haben.

Der sich daran anschließenden Frage, welches die Voraussetzungen, die Form und die Auswirkungen dieser spezifischen Art der Industrialisierung waren, soll ansatzweise mit einer Beschreibung der einzelnen Industriezweige nachgegangen werden. Da für die meisten Industriezweige bzw. -betriebe nur Material aus der amtlichen Statistik und den Arbeitsamtsberichten zur Verfügung stand, mußte die Beschreibung häufig sehr allgemein bleiben. Um zumindest für einige wichtige Zweige der ostfriesischen Industrie genauere Angaben zu bekommen, wurden in den drei bereits genannten Großbetrieben Ostfrieslands Experteninterviews mit Vertretern der Personalabteilung durchgeführt, deren Ergebnisse gesondert dargestellt werden.

3.3.2. Zur Entwicklung des Bergbaus und der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie

In dieser Industriegruppe besitzen bzw. besaßen nur 3 Industriezweige; die

- Torfindustrie
- Steine- und Erden-Industrie und
- Mineralölverarbeitung

einige Bedeutung. Die vier **Chemiebetriebe,** die über einen regional begrenzten Absatz nicht hinauskamen (sie stellten hauptsächlich Farben und Lacke für den Schiffbau her), verringerten ihre Beschäftigtenzahl bis 1969 auf etwa 100. Von den wenigen, zu Beginn der 50er Jahre existierenden **Gießereien** (1950: 437 Beschäftigte) blieb 1969 kein Betrieb mehr übrig.

Die **Torfindustrie** gehört zu den traditionellen Industriezweigen der Region. Ihre überregionale Bedeutung war bereits im 19. Jahrhundert durch die Substitutionskonkurrenz der Kohle zurückgegangen. Nach einem kurzen Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg (als Folge des Kohlenmangels) wurde die Produktion dann endgültig auf den Abbau von Weißtorf zu Düngezwecken eingeschränkt; zwischen 1950 und 1969 verringerte sich auch infolge der Mechanisierung des Torfabbaus die Zahl der Beschäftigten von 1374 auf etwa 150 (Oktober- bzw. Sptemberwerte).

Die Veränderungen in der **Steine- und Erden-Industrie** Ostfrieslands zeigen zum Teil typische Entwicklungstendenzen einer zunächst weitverbreiteten ländlichen Industrie mit überwiegend regionalem Absatz: Da einerseits die geförderten und bebzw. verarbeiteten Rohstoffe zum großen Teil ubiquitär sind, andererseits der Transport gerade bei den traditionellen Baustoffen (Ziegel, Kies, Backsteine) relativ aufwendig ist, konnten Betriebe dieser Branche in allen Regionen gemäß dem dortigen Bedarf entstehen, ohne in besonderem Maße außerregionaler Konkurrenz ausgesetzt zu sein. Zu Beginn der 50er Jahre konnte dieser Industriezweig in Ostfriesland mit der Ausdehnung der Bautätigkeit zunächst sehr stark expandieren. In dem Maße, wie mit der Verschiebung in den Baumaterialien von den arbeits- und transportaufwendigen Ziegeln und Backsteinen zu Beton hochmechanisierte Produktionsbetriebe mit überregionalem Absatz die traditionellen ländlichen Steine-und-Erden-Betriebe verdrängen konnten, ging ab Anfang der 60er Jahre in Ostfriesland die Zahl der Beschäftigten — zum Teil durch Produktionsrückgang, zum Teil aufgrund der Anpassung an die Mechanisierung der Produktion — bei allerdings steigendem Umsatz zurück.

Betriebe* und Beschäftigte* in der Steine- und Erden-Industrie im RB Aurich

	Betriebe	Beschäftigte
1950	·	562
1955	·	913
1961	31	998
1965	35	971
1969	32	825

* 1950 Ende Oktober, Rest Ende September

Diese Entwicklung ist insofern für Teile der ländlichen Industrie typisch, als diese Betriebe zunächst an der wirtschaftlichen Expansion der 50er Jahre partizipierten, bis diese eher quantitative Expansion die Voraussetzungen und die Notwendigkeit für technische Veränderungen in den Produkten und den Produktionsverfahren schuf, durch die die kapitalintensiven Großbetriebe aus industrialisierten Regionen ihren Absatz auch auf ländliche Gebiete ausdehnen konnten.

In der **Beschäftigtenstruktur** weisen die Industrie der Steine und Erden und die Torfindustrie Ähnlichkeiten auf: bei beiden unterliegt die Zahl der Arbeitskräfte starken saisonalen Schwankungen, die bei der Steine-und-Erden-Industrie durch die direkte Abhängigkeit von der konjunkturell stark beeinflußten Bauwirtschaft noch verstärkt wird. In beiden Industriezweigen ist der Anteil der an- und ungelernten Arbeiter sehr hoch: er betrug 1966 in Niedersachsen

- in der Torfindustrie 67,5 %,
- in der Steine-und-Erden-Industrie 54.8 %.[7])

Die Arbeitsplätzestruktur der beiden Industriezweige ließ sich relativ gut in eine ländliche Region integrieren, da die Arbeitsanforderungen Ähnlichkeiten mit landwirtschaftlicher Tätigkeit aufweisen: es werden nur geringe Anforderungen an Spezialqualifikationen gestellt (die Zahl der Maschinenbediener wächst allerdings mit der Mechanisierung), dafür um so höhere an die physische Leistungsfähigkeit unter freiem Himmel. Außerdem sind die Betriebe aufgrund ihrer Rohstoffabhängigkeit und des noch geringen Mechanisierungsgrades relativ klein und über die ländlichen Gebiete breit gestreut.

Durch den Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten wurden also Arbeitskräfte freigesetzt, die von ihrer Qualifikation und ihrer innerregionalen Herkunft her in zentral gelegenen Industriebetrieben mit mechanisierter Produktion relativ schwer zu verwenden waren.

In dem einzigen Betrieb der **Mineralölverarbeitung,** den Erdölwerken Frisia AG in Emden (1969 etwa 380 Beschäftigte) wird hauptsächlich Benzin hergestellt und über das Frisia-Tankstellennetz mit seinen 650 Tankstellen vertrieben. Wegen der schlechten Ertragslage wurde die Frisia-AG 1969 von der Saarbergwerk AG an die Gulf Oil Corporation verkauft, die das Verarbeitungswerk offensichtlich nur als Anhängsel der 650 Tankstellen, über die sie ihren BRD-Benzin-Marktanteil von 1,5 % erheblich

7) 1966 wurde in der Veröffentlichung, **NLV,** Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1966, Statistik von Niedersachsen, Bd. 105, Hannover 1967, als einmalige Sonderauswertung auch die Beschäftigtenstruktur in der Industrie ausgewiesen: für Niedersachsen auch für die einzelnen Industriezweige, für Regierungsbezirke und Kreise nur für die Industrie insgesamt.

ausweiten will, ansieht.[8]) Die Ertragslage des Werkes ist schlecht, weil die Raffinerie eine zu geringe Verarbeitungskapazität hat; ein Ausbau ist wegen der Entfernung zu den Hauptabsatzgebieten (Raffinerien werden wegen der billigen Transportmöglichkeiten des Rohöls über Pipelines zunehmend in die Hauptabsatzgebiete verlegt) und wegen der beschränkten Leistungsfähigkeit des Emder Hafens (bereits 40 000-t-Öltanker können den Hafen nicht anlaufen) unwahrscheinlich. Hier zeigt sich die Unsicherheit einer Betriebsansiedlung, die sich nur an einem isolierten Standortfaktor: an der guten Verkehrslage für Übersee-Rohöl-Transporte orientierte; sobald dieser eine Standortfaktor durch technische Neuerungen wie die Pipelines und die Vergrößerung der Öltanker überholt ist, wird die Existenz des gesamten Betriebes gefährdet.

3.3.3. **Zur Entwicklung der Investitionsgüterindustrie**

Diese Industriegruppe besitzt inzwischen nicht nur den größten Anteil an Beschäftigten und Umsatz, sondern umfaßt auch die größten und umsatzstärksten Betriebe.

Strukturdaten der Investitionsgüterindustrie im RB Aurich und Niedersachsen

	Niedersachsen		RB Aurich	
	1961	1969	1961	1969
Beschäftigte pro Betrieb	340	335	372	618
Umsatz* pro Betrieb 1000 DM	1087	17539	1003	30975
Umsatz* pro Beschäftigte	3201	52313	2694	50135

* 1961 Sept.-Umsatz, 1969 Jahresumsatz

Die hier folgende Beschreibung der einzelnen Industriezweige wird kurz gehalten, da die Struktur der 3 Unternehmen, die diese Industriegruppe weitgehend bestimmen, später gesondert dargestellt wird.

Unter den einzelnen in der Region vertretenen Industriezweigen dieser Gruppe besitzt nur der **Schiffbau** traditionell überregionale Bedeutung. Neben der dominierenden Rheinstahl-Werft mit internationaler Bedeutung in Emden haben sich eine Reihe kleiner Werften (insgesamt vier) auf den Bau von Küsten-, Fischerei- und anderen kleineren Schiffen spezialisiert. Von den Werften hängen eine Reihe von regionalen Zulieferer- und Reparaturbetrieben ab, die von einer Stagnation oder einem Rückgang der regionalen Werftindustrie mitbetroffen würden.[9])

Die anderen Industriezweige – **Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik** – haben erst in den 50er und 60er Jahren durch die Ansiedlung von Betrieben (meist Zweigwerken überregionale Bedeutung gewonnen: während die regional ansässigen Betriebe des Maschinenbaus und der Elektrotechnik über eine eher handwerkliche Produktion für den regionalen Bedarf kaum hinausgekommen waren (...), (z. B.

8) Nach Industriekurier, Nr. 44 vom 21. 3. 1970.

9) Eine Untersuchung für Schleswig-Holstein ergab, daß die Vorleistungen des dortigen Schiffbaus einen Anteil von 59,8 % am Bruttoproduktionswert 1965 erreichten. Allerdings kam der größte Teil der Vorleistungen aus dem übrigen Bundesgebiet; nur 19,7 % stammten aus Schleswig-Holstein. Vgl. **B. Lehbert,** Die **Interindustrielle und interregionale Verflechtung** der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein, Kieler Studien, Bd. 81, Tübingen 1967, zitiert nach: **Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung** e. V. (Hrsg.), Möglichkeiten wirtschaftlicher **Schwerpunktbildung in Schleswig-Holstein,** 1. Band, Hauptgutachten, Bonn 1969, Tab. 4, S. 104.

Reparaturbetriebe für Schiffsmaschinen), existierte der Industriezweig Fahrzeugbau überhaupt nicht; er entstand erst 1965 durch die Ansiedlung des Volkswagen-Werkes in Emden (1970: ca. 8000 Beschäftigte).

Beschäftigten- und Betriebsentwicklung* in Maschinenbau und Elektrotechnik im RB Aurich

	Maschinenbau		Elektroindustrie	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1950	·	742	·	13
1955	·	2016	·	55
1961	7	2369	5	306
1965	8	2853	5	734
1969	12	3545	7	1159

* jeweils September-Werte

Die Gründe für die Ansiedlung von Betrieben in ländlichen Regionen wie Ostfriesland sind bei diesen drei sehr expansiven Industriezweigen relativ ähnlich: Da die ausgeschöpften Arbeitskräfte- und Bodenreserven in den Hauptstandorten (Maschinenbau und Elektrotechnik konzentrieren sich überwiegend in Ballungsgebieten) die Expansion behinderten, verlagerten einige Unternehmen Teile der Produktion zunächst an die Randgebiete der Ballungsregionen und dann auch in ländliche Regionen.[10]) Der Hauptansiedlungsgrund waren also in Ostfriesland die noch verfügbaren Arbeitskräfte, wobei sich die Betriebe mit ihrem Produktionsprogramm meist auf das geringe Qualifikationsniveau der Region einstellten. Dadurch weicht die Beschäftigungsstruktur dieser Industriezweige mit Sicherheit von der im Bundes- und Landesdurchschnitt erheblich ab. Vor allem im Maschinenbau wird der normalerweise hohe Facharbeiteranteil (der eine Verlagerung im Unterschied zur Elektrotechnischen Industrie mit ihrem hohen Anteil standardisierter Fertigungsbereiche normalerweise erschwert) durch die Dominanz der Betriebsstätten der Olympia-AG (Ende 1970 mit insgesamt 3280 Beschäftigten) nicht erreicht: die aufgrund der Serienproduktion generell geringeren Qualifikationsanforderungen im Büromaschinenbau sind in Ostfriesland wegen des Übergewichtes von Montagetätigkeiten in den Betriebsstätten noch niedriger. Die Dispositions- und Verwaltungsaufgaben der angesiedelten Zweigwerke verbleiben offensichtlich zum großen Teil bei den Hauptwerken; entgegen der allgemeinen Tendenz sank in den Industriegruppen, in denen die drei Industriezweige ein eindeutiges Übergewicht besitzen, im Verlauf ihrer Expansion der Angestelltenanteil an den Beschäftigten insgesamt.

10) Für die regionalen Verteilungstendenzen im Maschinenbau ergab eine Untersuchung: „Überblickt man die in dieser Untersuchung dargelegten Tatbestände, so ergibt sich zusammenfassend, daß der Maschinenbau während des Beobachtungszeitraumes von 1952 bzw. 1954 bis zum Jahre 1964 die Tendenz gezeigt hat, sich aus industriell erschlossenen Gebieten nach industriell weniger erschlossenen Gebieten auszuweiten." H. Baumann, Agglomerations- und Deglomerationstendenzen im Maschinenbau, in: **A. Gebhardt u. a., Agglomerations- und Deglomerationstendenzen** in der westdeutschen Industrie, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses — Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 4, IFO-Institut, München 1967, S. 172; ähnliche Tendenzen sind in der elektrotechnischen Industrie aufgetreten, die allerdings die Konzentration der beiden Industriezweige auf Ballungsgebiete kaum abschwächen konnten. Vgl. dazu: K. Schworm, Agglomerations- und Deglomerationstendenzen in der elektrotechnischen Industrie, in: ebenda, S. 180 ff.

Anteil der Angestellten an allen Industriebeschäftigten* in der BRD und im IHK-Bezirk Ostfriesland/Papenburg[11])

	BRD		IHK-Bezirk	
	1963	1969	1963	1969
Stahlbau, Eisen-, Stahl-, Tempergießerei, Maschinenbau	25,4	28,9	14,2	12,0
Fahrzeugind., Elektrotechnik, Heiz- u. Kochgeräteindustrie	24,3	25,6	10,6	5,3

* September-Werte

Regionen wie Ostfriesland wurden also in dem Maße für eine Ansiedlung industrieller Produktionsstätten interessant, wie die Expansion in den bisherigen Standorten durch die ausgeschöpften Produktivkräfte gehemmt wurde und Produktionsbereiche mit relativ geringen Standortansprüchen abgetrennt und ausgelagert werden konnten.

3.3.4. Zur Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie

Die Verbrauchsgüterindustrie war zu Beginn der 50er Jahre in Ostfriesland nur schwach vertreten, da die für die Ansiedlung notwendigen überwiegend gesellschaftlichen Standortfaktoren (hochentwickeltes Handwerk, Arbeitskräftereservoir, günstige Absatzlage) in Ostfriesland nicht vorhanden waren. Zwei generelle Entwicklungsprozesse führten dazu, daß in den 50er und 60er Jahren die Beschäftigtenzahl in Ostfriesland stieg: zum einen konnten mit der Zunahme des regionalen Bedarfs an Industrieprodukten in Ostfriesland Industriezweige (z. B. Druckereien und Vervielfältigungen) und -betriebe expandieren, die überwiegend für den regionalen Markt produzierten. Zum anderen wurden vor allem Betriebe der Pappe-, Papier- und Kunststoffverarbeitung, der Schuh- und Bekleidungsindustrie angesiedelt, z. T. auch ausgelagert, die — ähnlich wie Maschinenbau und Elektrotechnik — die vorhandenen Arbeitskräfte ausnutzen wollten.

Beschäftigte in Industriezweigen der Verbrauchsgüterindustrie* im RB Aurich

	1950	1955	1961	1969
Holzverarb.	340	·	·	153
Druckereien u. Vervielfältigungen	273	360	567	532
Textilindustrie	264	161	149	·
Bekleidungsindustrie	8	22	270	665
Sonstige	52	·	·	·
Insgesamt	1037	824	1795	3354

* Schuh-, Papier-, Pappe-, Kunststoff-verarbeitende Industrie nicht ausgewiesen.

Unterschiede gegenüber der Form der Industrieansiedlung in den Zweigen der Investitionsgüterindustrie bestehen allerdings insofern, als hier die Verlagerungen in ländliche Regionen früher begonnen und nicht nur von expandierenden, sondern von zum Teil (mit Ausnahme der Kunststoffverarbeitung) stagnierenden bzw. schrumpfenden Branchen getragen wurden. Bei diesen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie kam es mehr auf die Kostenvorteile als auf die Expansionschancen bei der An-

11) Zus. u. ber. nach: **BRD,** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1965 u. 1971; **IHK-Bezirk:** Nach unveröffentlichtem Material der IHK Ostfriesland/Papenburg.

siedlung von Werken in ländlichen Regionen an, da die Unternehmen in scharfer Konkurrenz um die insgesamt nur gering wachsenden Absatzsteigerungen kämpften, die die Expansion einzelner Unternehmen häufig nur auf Kosten anderer zuließ. Die Marktchancen der einzelnen Unternehmen differierten dabei im großen und ganzen in dem Maße, wie sie durch Einführung neuer Produktionsverfahren (was häufig durch die damit verbundene Produktionsausweitung zu Überkapazitäten führte) oder durch andere Mittel die Betriebskosten senken und dadurch auf Kosten anderer Unternehmen stärker expandieren konnten.[12])

Kleinere arbeitsintensive Betriebe, die nicht die technischen und finanziellen Möglichkeiten zur Mechanisierung der Produktion besaßen, versuchten zunächst, ihre Profitrate durch Verlangerung der Produktion in ländliche Regionen mit niedrigerem Lohnniveau zu erhöhen.[13]) Häufig wurden dabei „verlängerte Werkbänke" mit sehr niedrigen Anfangsinvestitionen ausgesiedelt, die jederzeit ohne große Verluste wieder geschlossen werden konnten. Da diese Versuche der Kostensenkung, die nur selten mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Mechanisierung verbunden waren, den Konzentrationsprozeß nur hinauszögern, nicht aufhalten konnten, mußten eine Reihe dieser dem „Kostendruck der Ballungsgebiete" gewichenen Betriebe (der häufig nur aufgrund der geringen Arbeitsproduktivität so drückend war) im Verlauf der 50er und 60er Jahre wieder schließen.[14]) In Ostfriesland wirkte sich dieser Prozeß je nach der Betriebsgröße und dem Mechanisierungsgrad unterschiedlich aus: Während die Beschäftigung in der Textilindustrie wegen der Dominanz von Betrieben, die dem Konkurrenzdruck nicht gewachsen waren, zurückging, konnte sie in der Schuhindustrie, die sich aus mehreren Zweigwerken eines großen Schuhunternehmens zusammensetzte, steigen.

Die relativ hohen Indexziffern Beschäftigte pro Betrieb und Umsatz pro Beschäftigten verweisen darauf, daß „verlängerte Werkbänke" nur (noch) in geringem Ausmaß existieren. Trotzdem kann von einer Stabilität der Arbeitsplätze nicht ausgegangen werden, da entscheidende Konzentrations- und Mechanisierungs- bzw. Rationalisierungsprozesse (vor allem in der Bekleidungsindustrie) noch bevorstehen.

3.3.5. **Zur Entwicklung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie**

Neben der Torfindustrie und dem Schiffbau gehört die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zu den traditionellen Wirtschaftszweigen Ostfrieslands, die bereits vor dem

12) Siehe zu den technischen und ökonomischen Veränderungen in der Textilindustrie aus der Reihe: Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft e. V. **(RKW),** Hrsg. **Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft** durch soziale und technische Anpassung der Arbeit an den Menschen bei technischer Umstellung die Branchenberichte M. Breitenacher, IFO-Institut, 9. Textilindustrie, Teil A, Technische Veränderungen und ihre ökonomischen Auswirkungen, Oktober 1968; M. Breitenacher u. a., 9. Textilindustrie, Teil B, Technische Veränderungen und ihre Auswirkungen in untersuchten Betriebsteilen (Fallstudien), Juni 1968.

13) So stellte sich z. B. eine Untersuchung aus den 50er Jahren die Aufgabe, für die lohnkostenorientierte Ansiedlung arbeitsintensiver Industriebetriebe die regionalen Lohnunterschiede in der BRD mit einem Schwergewicht auf ländliche Regionen zusammenzustellen: **B. Wronski, Regionale Lohnunterschiede** und Industriestandort, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 33, Bad Godesberg, Dezember 1956.

14) Für die regionale Verteilung der Textilindustrie ergab sich daraus insgesamt eine Deglomerationstendenz, da auch für die größeren, mechanisierten Textilunternehmen niedrige Lohnkosten eine Rolle spielen. Siehe dazu: K. Schworm, Die Agglomerations- und Deglomerationstendenzen in der Textilindstrie, in: **Gebhard u. a., Agglomerations- und Deglomerationstendenzen,** S. 236 ff.

2. Weltkrieg teilweise für einen überregionalen Bedarf produzierten. Das Hauptgewicht lag und liegt dabei auf der Milchverwertung (1969: 775 Beschäftigte), der Spirituosenindustrie (1969: etwa 500 Beschäftigte) und der Obst- und Gemüseverarbeitung (1969: 537 Beschäftigte). In den ersten beiden Zweigen dominiert jeweils ein Betrieb mit überregionaler Bedeutung: ein Werk der Deutschen Libby-Gesellschaft in Leer mit etwa 350—400 Bechäftigten (1927 gegründet), das die von Molkereien gelieferte Milch zu evaporisierter Dauermilch verarbeitet, und das Doornkaat-Werk in Norden (etwa 500 Beschäftigte).

Obwohl die Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Ostfriesland in ihrer Industriezweigstruktur relativ günstig zusammengesetzt ist, ging die Zahl der Beschäftigten seit 1965 zurück.

Beschäftigte* und Betriebe* in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

	Niedersachsen		RB Aurich	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1950	·	54840	·	2134
1955	·	63340	·	1980
1961	835	65228	46	2856
1965	837	69544	51	3001
1969	773	72722	50	2735

* September-Werte

Auch hier haben — zum Teil wie in der Steine-und-Erden-Industrie — Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse stattgefunden, die die Zahl der Beschäftigten bei steigendem Umsatz senkten. Waren zunächst die Betriebe vor allem der Nahrungsmittelindustrie ähnlich verstreut wie die landwirtschaftliche Produktion, so führten die Konzentrationsprozesse — verbunden mit einer Vergrößerung der Betriebe und einer Mechanisierung der Produktion — bei dem insgesamt gering wachsenden Absatz zu einer generellen Abnahme der Beschäftigten, da die kleineren Betriebe schließen mußten, die größeren gleichzeitig die Arbeitsproduktivität erheblich steigerten.[15]) Da der Konzentrationsprozeß, der auch zu einer Mechanisierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion führte, noch nicht abgeschlossen ist, muß auch weiterhin zumindest mit einer Stagnation in der Beschäftigtenzahl gerechnet werden.

Wie in der Steine-und-Erden-Industrie hat auch in diesem Bereich die allgemeine Tendenz zur Unternehmenskonzentration, zur Spezialisierung und Mechanisierung der Produktion eine typische und für Ostfriesland entscheidende ländliche Industriegruppe in ihrer Bedeutung zurückgedrängt und in ihrem Charakter verändert.

3.3.6. Exkurs: Struktur und regionale Funktion der 3 in Ostfriesland vertretenen Groß-Unternehmen

Im März 1970 wurden mit Vertretern der Personalabteilungen des Volkswagen-Werkes in Emden, der Rheinstahl-Nordsee-Werke in Emden und der Olympia-Werke in Wilhelmshaven Gespräche geführt, und zwar hauptsächlich

15) Siehe zum Monopolisierungsgrad in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie: **Dähne, Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft,** S. 151; E. Batzer, M. Eli,, Der deutsche Agrarmarkt. Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., 1970, S. 68 ff.

- über Entwicklung und Struktur der Beschäftigten,
- über Qualifikationsanforderungen und innerbetriebliche Qualifizierungsmöglichkeiten,
- über regionale und fachliche Herkunft der Beschäftigten,
- über die Ansiedlungsgründe und Standortprobleme,
- über Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt.

Die Auswahl dieser drei Unternehmen hatte rein quantitativ den Vorteil, daß damit mehr als die Hälfte der in Ostfriesland arbeitenden Industriebeschäftigten erfaßt wurde. Qualitativ konnten wegen der unterschiedlichen Produktions- und Beschäftigtenstruktur der Werke verschiedene Arbeitsmarktprobleme erfaßt werden: Während in der Rheinstahl-Werft noch der Typus des traditionellen Facharbeiters dominiert, überwiegen im VW-Werk die angelernten Tätigkeiten am Montageband; die Betriebsstätten und Zweigwerke der Olympia-AG sind sowohl in ihrer regionalen Verteilung als auch in ihren Arbeitsanforderungen überwiegend darauf ausgerichtet, weibliche Arbeitskraftreserven für un- bzw. kurzfristig angelernte Tätigkeiten zu erschließen.

Das erfragte und dargestellte Material geht über die bisherige Darstellung der ostfriesischen Industrie hinaus; es werden hier bereits Probleme aufgeworfen, die in ihrer Relevanz für Ostfriesland erst in späteren Teilen über die mit der Industrialisierung verbundenen Arbeitsmarktprobleme verarbeitet werden können. In der dann folgenden zusammenfassenden Darstellung der spezifischen Industrialisierung Ostfrieslands können daher noch nicht alle hier beschriebenen Aspekte aufgenommen werden.

3.3.6.1. **Das Volkswagenwerk in Emden**

Das VW-Werk nahm 1965 die Produktion auf, nachdem 1964 etwa 350 Ostfriesen (meist spätere Meister und Vorarbeiter) in Wolfsburg eingearbeitet worden waren. Bis 1970 stieg die Beschäftigtenzahl auf über 8000.

Beschäftigtenentwicklung im VW-Werk Emden*

1964	784
1965	3016
1966	4487
1967	5402
1968	6557
1969	7002
1970	8123

* jeweils zum 31. 12. des Jahres.

Das Werk dient überwiegend der Rohkarosserie- und Endmontage von „Käfern" (pro Tag etwa 1160) und VW-Bussen (pro Tag etwa 260), die dann per Schiff in die USA transportiert werden. Das Material wird mit 8 Güterzügen pro Tag von den anderen Werken geliefert. Daneben werden Einzelteile wie Nackenstützen, Schaumteile, Aktivkohlebehälter usw. für andere Werke des Konzerns gefertigt.

Die Ansiedlung des Montagebetriebes in Emden bot sich aus mehreren Gründen an: Zunächst kann durch den Umfang der einzelnen Fertigungsbereiche (hauptsächlich eine Folge der hochmechanisierten und genau aufeinander abgestimmten Transportbänder) die Ausdehnung von Kapazitäten meist nur in Sprüngen erfolgen.

„Im Mittelpunkt der Fertigung stehen dabei umfangreiche und vielgliedrige Montagesysteme (Bänder), die mit einer großen Zahl von fertigungstechnischen Nebensystemen koordiniert sind und mit ihnen einen komplizierten und aufeinander eingespielten Mechanismus bilden. Eine spürbare Kapazitätserweiterung ist unter diesen Umständen in der Regel nur durch die Installation vollständig neuer Aggregate unter gleichzeitiger Ausdehnung der Kapazitäten der Nebensysteme möglich. Besonders deutlich wird dies, wenn zur Produktion eines das Produktionsprogramm ergänzenden neuen Modells ganz neue Fertigungsanlagen in Form eines neuen Werkes aufgebaut werden, . . ."[16])

Die neuen Fertigungsanlagen werden dann in einiger Entfernung vom bisherigen Hauptwerk errichtet, wenn die Expansionsmöglichkeiten am bisherigen Standort erschöpft sind und wenn andere Standorte außerdem für diesen Teilbereich bestimmte Vorteile bieten.

Emden bot sich als Standort an, weil

- die Arbeitskraftreserven im Hinterland eine reibungslose Beschäftigtenrekrutierung garantierten,
- das Gelände sowohl im notwendigen Umfang als auch mit den erforderlichen Verkehrsanschlüssen (eigener Gleisanschluß, eigene Hafenanlage) und anderen Infrastruktureinrichtungen für 1 DM pro qm zur Verfügung gestellt wurde,[17])
- die direkte Lage am Emder Hafen kostengünstige Transportmöglichkeiten zu den USA bot, weil direkt vom Werk auf die Schiffe verladen werden kann.

Welche Rolle bei der Standortwahl die Investitionszuschüsse von 15 % aus regionalen Förderprogrammen und der niedrige Bodenpreis (eine versteckte Ansiedlungssubventionierung) spielten, ist nicht bekannt. Es kann aber vermutet werden, daß einmalige Sonderleistungen bei der Relevanz langfristiger Standortvorteile bereits gefallene Standortentscheidungen nur verstärken, nicht primär beeinflussen können.

Die Arbeitskraftreserven dagegen spielen gerade bei der Ansiedlung eines Montagebetriebes eine erhebliche Rolle, weil dieser Bereich gegenüber der Fertigung sehr arbeitsintensiv ist und zugleich sehr geringe Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten stellt.

„Nimmt man die Belegschaft der Rohkarossenmontage hinzu, so beträgt der Anteil der in den Montagebetrieben beschäftigten Arbeiter mehr als die Hälfte aller Produktionsarbeiter. Dieser Tatbestand läßt die überdurchschnittlich hohe Arbeitsintensität der Montagebereiche erkennen, deren Ursache in dem relativ niedrigen Mechanisierungsgrad der Arbeiter in diesen Abteilungen zu suchen ist."[18])

Die Montagetätigkeiten werden überwiegend mit Handmaschinen ausgeführt. Die Anlernzeiten schwanken (nach Angaben des Emder Werkes) zwischen 2 Tagen und

16) W. Büssinger u. a., 10. Fahrzeugbau, Teil A, Technische Veränderungen und ihre ökonomischen Auswirkungen (Branchenbericht), in: **RKW, Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft,** S. 88.

17) Siehe J. Lemelsen, Das neue Volkswagenwerk in Emden, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 14, Heft 1, Göttingen April 1965, S. 69; die Kosten für den Ausbau des VW-Umschlagplatzes am Emder Hafen (über 1 Mill. DM) wurden dazu noch von der öffentlichen Hand im Rahmen der allgemeinen Haushaltsplanung für den Seehafen getragen; siehe ebenda, S. 70.

18) **S. Braun** u. a., **10. Fahrzeugbau, Teil C,** Ablauf und soziale Folgen von technischen Umstellungen in der mechanischen Fertigung und der Endmontage eines Automobilwerkes (Soziologische Intensivstudie), in: **RKW, Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft,** S. 12.

einem Jahr; die kurzen Anlernzeiten überwiegen dabei eindeutig. Durch das Übergewicht stark unterteilter, repetitiver Handgriffe werden weniger technisch-inhaltliche Qualifikationen als „extrafunktionale Fähigkeiten“[19]) wie Genauigkeit, Zuverlässigkeit usw. gefordert.

> „Für die stark unterteilte Bandarbeit der Endmontage braucht man nach Meinung der betrieblichen Vorgesetzten keine beruflich vorgebildeten Arbeiter. Berufliche Vorbildung und ein gewisser Anspruch an die Arbeit werden deswegen von vielen eher als ein Hindernis denn als ein Vorteil angesehen.“[20])

Diese generellen Bedingungen im Montagebereich der Automobilherstellung wirken sich im Emder Werk so aus, daß von den 7721 Lohnempfängern (31. 12. 1970)

- 5821 (= 75,4 %) Produktionsarbeiter und
- 1951 (= 24,6 %) Instandhaltungs-, Reparatur-, Kontrollarbeiter waren.

Im Gegensatz zu den Produktionsarbeitern werden für die zweite Gruppe überwiegend Facharbeiter eingestellt, deren Berufsausbildung zwischen Kfz-Schlossern, anderen Schlossern, Elektrikern, Malern, Tischlern streut. Es überwiegen traditionelle Metallfacharbeiterberufe. Bei der Einstellung für qualifizierte Tätigkeiten müssen die meist im Handwerk ausgebildeten Facharbeiter noch zusätzlich ausgebildet werden.[21])

Die Tätigkeiten am Band – die taktgebundene Arbeit, die durch genaue Arbeitszerlegung monotonen Handgriffe, die Bandgeschwindigkeit – sind so konstruiert, daß sie zu starken physischen und nervlichen Belastungen führen die wiederum bei der Einstellung der Arbeitskräfte ein – je nach der Arbeitsmarktlage unterschiedlich – scharfes Auswahlverfahren nach der Leistungsfähigkeit erfordern. In Emden geht der Einstellung eine werksärztliche Untersuchung voraus; eine Altersbegrenzung besteht offiziell nicht; allerdings spricht das Durchschnittsalter der Lohnempfänger von 32 Jahren (31. 12. 1970) im Emder Werk für eine relativ scharfe Altersauslese.

Der Durchschnittslohn liegt

- mit 7,50 DM bei Männern,
- mit 7,01 DM bei Frauen

erheblich über dem regionalen Lohnniveau. Die Produktionsarbeiter werden im „Akkord“ (da an den taktgebundenen Arbeitsplätzen die Arbeitsleistung kaum individuell beeinflußt werden kann, ist der Akkord von vornherein auf 134 % festgelegt), die Instandhaltungs-, Kontroll-, Reparaturarbeiter im Zeitlohn bezahlt. Die 1155 weiblichen Lohnempfänger werden – soweit sie an gleichen Arbeitsplätzen wie die Männer stehen – gleich bezahlt; die Frauen-Leichtlohngruppen 1 und 2 existieren nicht. Die einzelnen Löhne werden nach den Methoden der analytischen Arbeitsplatzbewertung berechnet. Insgesamt gilt für das Werk der zwischen dem Volkswagen-Konzern und der Industriegewerkschaft Metall abgeschlossene Haustarifvertrag. Es kann angenommen werden, daß die Löhne nicht unter dem Niveau anderer Volkswagen-Werke liegen.

19) Siehe dazu Kap. 4.5.1.

20) **Braun, 10. Fahrzeugbau, Teil C, RKW, Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft,** S. 128.

21) Siehe dazu auch: D. L. Limon, Veränderungen der beruflichen Anforderungen der Automobilarbeiter, in: Automation – Risiko und Chance, Bd. II, Beiträge zur zweiten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt 16. bis 19. März 1965 in Oberhausen, Frankfurt/Main 1965, S. 626.

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte bot vom Arbeitsmarkt her bei keiner der Beschäftigtengruppen Schwierigkeiten; zeitweise lagen über 1000 Bewerbungen vor, die mangels Bedarf nicht berücksichtigt wurden. Die Vorteile der angebotenen Arbeitsplätze

- hoher Lohn, Sozialleistungen,[22])
- relativ hohe Arbeitsplatzsicherheit (in Emden auch während der Rezession 1966/1967),
- hohes Prestige der Beschäftigung bei VW

waren offensichtlich so groß, daß die Nachteile

- physische und nervliche Belastung, monotone Arbeit,
- Wechselschicht (im wöchentlichen Turnus zwischen Früh- und Spätschicht),
- bei den meisten Beschäftigten lange Anfahrtswege

dafür in Kauf genommen wurden. Die Fluktuationsrate von 12–13 % (Ende 1970) ist für ein in den letzten Jahren stark expandiertes Werk nicht sehr hoch.[23])

Regionale Verteilung der im VW-Werk Emden Beschäftigten, 31. 12. 1970

	abs.	%
Stadt Emden	1733	21,3
L Norden	3016	37,1
L Leer	1020	12,6
L Aurich	2038	25,1
L Wittmund	259	3,2
Übrige	57	0,7
Insgesamt	8123	100,0

Daß die Stadt Emden nur mit 21,3 % an den Beschäftigten vertreten ist, ergibt sich nicht nur daraus, daß das städtische Arbeitskräftereservoir bei weitem nicht den Bedarf des Werkes decken konnte;[24]) wahrscheinlich mindert das Angebot an Arbeitsplätzen mit höherer Qualifikation, besseren Aufstiegsmöglichkeiten, geringerer Arbeitsmonotonie in Emden die Attraktivität der VW-Arbeitsplätze für die Emder Erwerbstätigen; auch der relativ industrialisierte Landkreis Leer, der direkt an Emden angrenzt, stellt absolut und relativ zu seiner Bevölkerung wesentlich weniger Arbeitskräfte als die noch gering industrialisierten Landkreise Norden und Aurich.[25])

22) U. a. der Bezug eines Volkswagens zu Werkskosten.

23) Siehe dazu: **B. Lutz, F. Weltz,** Der zwischenbetriebliche **Arbeitsplatzwechsel,** Zur Soziologie und Sozioökonomie der Berufsmobilität, Eine Veröffentlichung des RKW, Frankfurt/Main 1966, S. 12 ff.; L. v. Friedeburg, Soziologie des Betriebsklimas, Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 13, Frankfurt/Main 1963, S. 67 ff.

24) Es kann allerdings vermutet werden, daß ein Teil der Einpendler aus Gemeinden kommt, die direkt an Emden angrenzen und inzwischen den Status von Wohngemeinden mit eindeutiger Ausrichtung auf Emden bekommen haben.

25) Diese Vermutung kann mit Ergebnissen aus einer anderen Untersuchung über die regionale Herkunft der Beschäftigten in neu angesiedelten Industriebetrieben in zentralen Orten ländlicher Regionen belegt werden: Siehe dazu: **F. Wiethold,** zum **Verhältnis von beruflicher und regionaler Mobilität** in einer gering industrialisierten Region – Mobilitätstypen im Berufsverlauf männlicher Erwerbspersonen im Kleinraum Neukirchen, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Beschreibung und Analyse verschiedener Formen sozialer Mobilität in Osthessen und ihre Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung, Untersuchungsphase II, Teil 2, Marburg, September 1970, S. 87 ff.

Der Landkreis Wittmund ist mit seinen Pendlerströmen hauptsächlich auf Wilhelmshaven orientiert.

Das VW-Werk hat also in seiner Arbeitskräfterekrutierung überwiegend auf die vor allem in den ländlichen Gebieten Ostfrieslands bestehenden Arbeitskräftereserven und vorhandenen Qualifikationen zurückgegriffen, da die Standardisierung der Produktion nur wenig Spezialkräfte erforderlich macht. Ein Teil dieses Facharbeiterbedarfs wird durch eine eigene Lehrlingsausbildung (insgesamt 60 gewerbliche Lehrlinge bei einer Anzahl von über 7000 Lohnempfängern!) gedeckt, bei der hauptsächlich Betriebsschlosser und Elektriker herangebildet werden. Es melden sich jeweils etwa 4 Bewerber für eine Lehrstelle. Die Personalabteilung des VW-Werkes hat nach ihren Angaben bei der Einstellung (nach Absprachen mit den Arbeitsämtern Emden und Leer) darauf geachtet, die betriebliche und branchenmäßige Herkunft der Beschäftigten möglichst breit zu streuen, da die regionale Industrie (vor allem die Rheinstahl-Werft) und das Handwerk von der Ansiedlung des Werkes eine Existenzgefährdung ihrer Betriebe (durch Abwanderung und Steigerung des Lohnniveaus) befürchteten. Die Personalabteilung konnte den Vorwürfen des regionalen Gewerbes aus dem Wege gehen, indem bei der Einstellung Saisonarbeitslose (die anderen Arbeitslosen genügten wegen ihrer angeblich schlechten Arbeitsmoral, wahrscheinlich wegen ihres hohen Alters dem Werk nicht) bevorzugt wurden und angeblich nur in geringem Umfang Arbeitskräfte aus anderen Betrieben eingestellt wurden. Entsprechend dieser Auswahl rekrutierten sich die beim VW-Werk Beschäftigten etwa zu $^2/_3$ aus den Bereichen des Baugewerbes und der Urproduktion, der Rest aus Industrie und Handwerk. Obwohl durch diese Einstellungspolitik regionale Betriebe nicht direkt betroffen wurden, mußte zumindest das Baugewerbe seine bisherige Arbeitsmarktpolitik modifizieren: konnten früher bei Saison- oder Auftragsschluß die Arbeitskräfte einfach entlassen werden, da eine Abwanderungsgefahr wegen fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten nicht bestand, begannen nun die Bauunternehmen vor allem bei Baufacharbeitern, im Winter statt einer Entlassung die Schlechtwettergeldregelung anzuwenden.[26])

Auch in der regionalen Streuung waren alle Gebiete Ostfrieslands von der Ansiedlung des VW-Werkes betroffen. Der Pendleranteil an den Beschäftigten betrug am 31. 12. 1970 78,4 %, der Einzugsbereich umfaßt etwa 50 km.

Die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiter Ostfrieslands ist durch die Ansiedlung des VW-Werkes mit Sicherheit nicht angehoben oder erweitert, eher gesenkt worden. Das VW-Werk konnte die Arbeitsplatzanforderungen völlig mit den fachlichen Voraussetzungen der ostfriesischen Arbeitskräfte in Einklang bringen, ohne umfangreiche Ausbildungs- oder Umschulungsinvestitionen aufbringen zu müssen, da es für die Gruppe der Produktionsarbeiter keine fachlichen Anforderungen, für die sehr kleine Gruppe der Instandhaltungs-, Kontroll-, Reparaturarbeiter überwiegend traditionelle berufliche Anforderungen stellte.

Das gleiche Phänomen wiederholt sich bei den Verwaltungs- und Dispositionstätigkeiten des Werkes: von den 8123 Beschäftigten waren Ende 1970 351 (= 4,3 %) Angestellte. Da alle Richtlinien und Planungen im Hauptwerk Wolfsburg getroffen werden, sind auch unter diesen wenigen Angestellten die qualifizierteren Positionen

26) Nach dem Arbeitsförderungsgesetz (§§ 74–81) bezahlen die Arbeitsämter den Beschäftigten von Baubetrieben Schlechtwettergeld, soweit sie im Winter aus rein witterungsbedingten Gründen nicht vom Betrieb beschäftigt werden können, ohne daß dadurch das Arbeitsverhältnis aufgehoben wird.

unterrepräsentiert. Da auch die Lohnabrechnung und Materialdispositionen über die zentrale EDV-Anlage des Hauptwerkes laufen, bleiben der Verwaltung des Emder Werkes überwiegend noch vorbereitende und ausführende Tätigkeiten.

Die geringe Selbständigkeit des Werkes im Produktions- und Verwaltungsbereich beeinträchtigt auch den regionalen Multiplikatoreffekt – also die Auswirkungen auf das regionale Gewerbe – erheblich; neben der – allerdings wahrscheinlich beträchtlichen Erhöhung der regionalen privaten Kaufkraft wirkte sich die Ansiedlung des Werkes nur noch auf das Baugewerbe und die regionalen Transportzweige (Eisenbahn, Hafen, Transport der Pendler) aus. Weder bei den Vorleistungen für die Produktion noch beim Absatz der Güter oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen wird das regionale Gewerbe in relevantem Umfang in Anspruch genommen.

Die Ansiedlung des VW-Werkes hat für den ostfriesischen Arbeitsmarkt also eine zwiespältige Funktion gehabt: einerseits sind dadurch regionale Arbeitskräftereserven abgebaut worden, saisonunabhängige Arbeitsplätze[27]) geschaffen worden und das Lohnniveau erhöht worden, wodurch auch andere ostfriesische Betriebe gezwungen wurden, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern; andererseits haben sich das durchschnittliche regionale Qualifikationsniveau und die Qualifikationsmöglichkeiten nicht verbessert; die Undifferenziertheit und fachliche Begrenztheit des ostfriesischen Arbeitsmarktes ist eher noch verstärkt worden.

3.3.6.2. **Die Betriebsstätten der Olympia-AG in Ostfriesland**

Die Olympia-AG hat neben ihrem Hauptwerk in Roffhausen (Vorort von Wilhelmshaven) eine Reihe von Betriebsstätten im nordwestdeutschen Raum gegründet, in Ostfriesland in

- Leer
- Burhafe (L Wittmund)
- Wiesmoor (L Aurich)
- Norden.

Das Büromaschinenwerk verfolgte bereits seit Jahren die Politik, durch Ansiedlung kleiner Betriebsstätten in ländlichen Regionen, sich billige Arbeitskraftreserven – vor allem Frauen – zu erschließen. Eine Anpassung an die Standortvoraussetzungen auch kleiner zentraler Orte ist hier relativ leicht möglich, da die Fertigungsbereiche auch in kleine Einheiten untergliedert werden und je nach der Struktur des vorhandenen Arbeitskräftereservoirs (innerhalb der einzelnen Bereiche differieren die Arbeitsplatzanforderungen sehr stark) ausgesiedelt werden können, zumal an bestimmte Infrastruktureinrichtungen wie Verkehrsverbindungen wegen der niedrigen Transportkostenbelastung keine hohen Anforderungen gestellt werden. Der hohe Frauenanteil an den Beschäftigten erfordert außerdem eher die Aussiedlung von kleinen Betriebsstätten, da der regionale Einzugsbereich für weibliche Arbeitskräfte begrenzt ist: für Frauen ist wegen ihrer Doppelbelastung in Beruf und Haushalt die Länge des Arbeitsweges ein entscheidender Faktor bei der Aufnahme einer Berufstätigkeit und bei der Wahl des konkreten Arbeitsplatzes.

27) Inwieweit das Emder VW-Werk auch langfristig stabile Arbeitsplätze bieten kann, ist allerdings angesichts der einseitigen Ausrichtung auf den US-Export fraglich, da jede ökonomisch oder wirtschaftspolitisch verursachte Gefährdung des Absatzes von Volkswagen in den USA sich direkt auf die Beschäftigung im Emder Werk auswirken muß.

Zunächst wurde 1957 in Leer ein Werk angesiedelt, das bis zum 31. 12. 1970 auf 2361 Beschäftigte expandierte, darunter

- 1268 (53,7 %) weibliche Lohnempfänger,
- 970 (41,1 %) männliche Lohnempfänger,
- 66 (2,8 %) Angestellte,
- 57 (2,4 %) Lehrlinge.

Da ab Mitte der 60er Jahre auch hier die Schwierigkeiten bei der Arbeitskräfterekrutierung eine weitere Expansion behinderten, wurden weitere Betriebsstätten

- 1964 in Wiesmoor (1970 308 Beschäftigte),
- 1969 in Burhafe (1970 196 Beschäftigte)

und

- 1970 in Norden (1970 415 Beschäftigte)

gegründet.

Diese Betriebsstätten besitzen im Gegensatz zum Werk Leer auch als technische Einheiten keine Selbständigkeit; auch in der Unternehmensstatistik werden sie jeweils beim Hauptwerk miterfaßt, so daß Angaben über die Beschäftigungsstruktur nicht vorlagen.

Einige – allerdings nicht quantitativ belegbare – Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur ergeben sich aus der Produktionsstruktur und aus der Größe und Lage der Betriebe: während in den Betrieben Leer und Norden neben sehr einfachen Montagearbeiten auch die Fertigung von Einzelteilen (die dann meist von Männern ausgeübt wird) ausgelagert wurde, beschäftigen die Betriebe Burhafe und Wiesmoor fast ausschließlich Frauen mit der Montage bestimmter Schreib- und Rechenmaschinentypen. Sollten differenzierte und anspruchsvollere Produktionsbereiche, zu denen auch männliche Fachkräfte benötigt wurden, angesiedelt werden, wählte das Unternehmen für diese Betriebe eher zentrale Orte mit differenzierterem Arbeitsmarkt, während reine Frauenbetriebe eher in ländliche Gemeinden verlagert wurden, um die dort vorhandenen und lokal viel gebundeneren Arbeitskraftreserven zu erschließen.

Dementsprechend dürfte auch die Lohngruppenverteilung in den einzelnen Betrieben differieren: während bei den Frauen die Lohngruppen 1–3 überwiegen, arbeitet der Hauptteil der Männer in den Lohngruppen 3–6, bei Montagetätigkeiten in den Gruppen 3 und 4. Es wird überwiegend Akkord gearbeitet. Die Anlernzeiten schwanken zwischen einer und 6 Wochen. Da genau nach Tarif bezahlt wird, liegt das Lohnniveau etwa 30 % unter dem des Emder VW-Werkes. Auch Sozialleistungen werden in geringerem Maße gewährt.

Bei der Rekrutierung der Arbeitskräfte ergeben sich unterschiedliche Probleme: Trotz der niedrigen Frauenerwerbsquote im RB Aurich und des Mangels an Frauenarbeitsplätzen in der Industrie kann der Bedarf an weiblichen an- und ungelernten Arbeiterinnen nicht gedeckt werden, so daß die Betriebe in den letzten Jahren Gastarbeiterinnen eingestellt haben. Der Vertreter der Personalabteilung der Olympia-AG begründete diese Schwierigkeiten mit einer generellen Abneigung der Frauen gegenüber industrieller Tätigkeit und der Belastung in landwirtschaftlichen Betrieben. Da das VW-Werk nach anfänglichen Schwierigkeiten ein erhebliches Überangebot an weiblichen Bewerbern hatte, dürften diese Gründe nicht entscheidend sein. Nach anderen Informationen spielen

- der niedrige Lohn (die Lohngruppen 1 und 2 wurden nach dem Firmentarifvertrag vom Oktober 1970 mit einem Tarifgrundlohn von 3,64 DM und 3,76 DM vergütet),
- die hohe Arbeitsbelastung,
- die nach Alter und Leistungsfähigkeit sehr strengen Auswahlkriterien,
- die fehlenden Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit

die entscheidende Rolle. Die Arbeitsanforderungen sind durch die extrem einseitige nervliche und physische Belastung (die wegen der Montage viel kleinerer Teile im Sitzen höher als beim VW-Werk ist) durch die hohe Bandgeschwindigkeit so hoch angesetzt worden, daß diese Tätigkeiten in der Tat nur von jüngeren, voll leistungsfähigen Frauen ausgeübt werden können. Dieses Problem taucht häufig bei Tätigkeiten am Band auf:

„Wenn man aber eine Arbeit so aufbaut, daß man die Griffzeiten der Zwanzig- bis Dreißigjährigen als Norm zugrundelegt, müssen bei den älteren Frauen Schwierigkeiten entstehen."[28])

Auch vom Olympia-Werk wurde bei der Einstellung von Frauen ein Höchstalter von 40 Jahren angegeben. Im Werk Leer waren Ende 1970 70,2 % aller Beschäftigten unter 40 Jahren.

Altersverteilung der Beschäftigten im Werk Leer der Olympia-AG, 31. 12. 1970 in % (ohne Lehrlinge)

bis unter 20 Jahren	10,5 %
20—29 Jahren	35,8 %
30—39 Jahren	23,9 %
40—49 Jahren	19,4 %
50—59 Jahren	9,0 %
60 Jahren und älter	1,3 %
insgesamt	100,0 %

Durch diese Arbeitsbedingungen werden nicht nur die Zahl der Bewerberinnen für die Arbeitsplätze der Olympia-Betriebsstätten, sondern auch darunter die Zahl derjenigen, die den gestellten Anforderungen genügen, eingeschränkt.

Bei der Rekrutierung der männlichen Arbeitskräfte ergaben sich dagegen geringere Schwierigkeiten, da sie überwiegend für qualifiziertere Arbeiten (also weniger einseitige und monotone Arbeiten) bei besserer Bezahlung eingestellt wurden, so daß der Vorteil einer höheren Kontinuität in der Beschäftigung gegenüber den Tätigkeiten in Betrieben mit starken saisonalen und konjunkturellen Schwankungen eher zum tragen kam. Diese Unterschiede in den Rekrutierungsmöglichkeiten von Männern und Frauen wirkten sich schließlich auf die Planung des jüngsten Betriebes in Norden aus: obwohl die zunächst vorgesehene Produktionsstruktur des Betriebes überwiegend auf Frauenarbeitsplätze abgestellt war, bewarben sich in der Periode der Planung bereits so viele Männer um Arbeitsplätze, daß durch die Angliederung einiger Fertigungsbereiche (Kunststoffabteilung und Teilefertigung) die Zahl der Männerarbeitsplätze erhöht wurde.

28) O. Graf, Gesundheitliche Gefahren bei der Frauenerwerbsarbeit — Vorbeugung und Bekämpfung, in: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Protokoll der 2. Bundesfrauenkonferenz des DGB in Dortmund vom 12. bis 14. Mai 1955, Düsseldorf 1955, S. 132.

Auch die Ansiedlung der Betriebe der Olympia-AG in Ostfriesland hatte zwiespältige Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt: zwar wurde dadurch die Zahl der Frauenarbeitsplätze in der Region beträchtlich erhöht; da aber die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung auch für ostfriesische Verhältnisse unattraktiv und den spezifischen Arbeitsanforderungen der Frauen nur ungenügend angepaßt sind, ist es dem Werk noch nicht einmal gelungen, die bestehenden offenen Arbeitskräftereserven auf dem Frauen-Arbeitsmarkt zu mobilisieren.

3.3.6.3. **Die Rheinstahl-Nordseewerke in Emden**

Die Rheinstahl-Werft besteht seit Beginn dieses Jahrhunderts in Emden. Beschäftigte sie nach dem Krieg noch einige hundert Arbeiter, so konnte sie bis Anfang 1971 auf 5693 Beschäftigte expandieren.

In ihrer Produktionsstruktur unterscheidet sie sich erheblich von den beiden anderen Unternehmen. Sind beim VW-Werk und der Olympia-AG durch die Serien- bzw. Massenfertigung die Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung soweit vorangeschritten, daß die einzelnen Arbeitsplätze jeweils auf sehr begrenzte Tätigkeitsbereiche (häufig auf bestimmte Handgriffe) und genau definierte fachliche Anforderungen begrenzt und Spezialisiert werden konnten, so besteht diese Möglichkeit beim Schiffbau bisher kaum. Durch die noch vorherrschende Einzelanfertigung nach jeweils unterschiedlichen Aufträgen[29]) konnten bisher nur einzelne Bereiche der Produktion, mechanisiert oder automatisiert werden.

> „Beim Zusammenbau der Sektionen hört die Mechanisierung im Schiffbau auf. Die davor liegenden Arbeitsgänge hat die Werft (die Rheinstahl-Werft F. W.) inzwischen weitgehend automatisiert bzw. mechanisiert. So laufen die Schiffbauplatten automatisch durch die Richtwalzen in die Brennhalle, wo sie durch foto-elektronisch gesteuerte Brennautomaten zurechtgeschnitten werden."[30])

Da der Zusammenbau die meisten Arbeitskräfte beansprucht, dominieren in der gesamten Beschäftigtenstruktur die traditionellen Fach- und Spezialarbeiter, die — im Gegensatz zu Maschinenbedienern oder Fließbandarbeitern — am Produkt selbst mit Handmaschinen in einem von ihnen beeinflußbaren Rhythmus arbeiten.

Insgesamt gliederten sich Anfang 1971 die 5693 Beschäftigten in

- 3897 (68,5 %) Arbeiter,
- 961 (16,9 %) Angestellte,
- 443 (7,8 %) Leasing-Kräfte,[31])
- 392 (6,9 %) Lehrlinge auf.

Unter den Lohnempfängern dominieren die Lohngruppen 4 (Spezialarbeiter) und 5 (Facharbeiter ohne zusätzliche Qualifikationen).

29) Eine Standardisierung in den Schiffstypen und eine dementsprechende Serienanfertigung besteht erst in Ansätzen.

30) B. Schröer, Rheinstahl-Nordseewerke GmbH. in Emden, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 15, Heft 4, Dezember 1966, S. 336.

31) Die Leasing-Kräfte (Beschäftigte von fremden Firmen, die an die Werft „ausgeliehen" wurden) sind vorübergehend für Spezialarbeiten, die normalerweis in der Werft nicht anfallen, eingesetzt worden.

Aufteilung der Lohnempfänger nach Lohngruppen in %, Anfang 1971

Lohngruppe 1	1,2 %
2	11,5 %
3	9,1 %
3½	5,2 %
4	17,2 %
4¼	8,9 %
4½	10,8 %
4¾	5,6 %
5	12,5 %
6	3,7 %
Meister und Vorarbeiter	14,3 %
Insgesamt	100,0 %

Die Facharbeiter setzen sich hauptsächlich aus Schiffbauern (ein Lehrberuf mit Qualifikationsmerkmalen von Schlossern, Drehern, Schweißern) und aus anderen traditionellen Metallberufen zusammen; die Spezialarbeiter sind überwiegend Elektro-Schweißer, die diese Qualifikation in mehrwöchiger Anlernzeit und folgender Berufspraxis erworben haben. Im Gegensatz zu den beiden anderen Werken ist es der Rheinstahl-Werft nicht möglich, auf das regionale Arbeitskräftereservoir ohne besondere Qualifizierungsmaßnahmen zurückzugreifen, da die Qualifikationsansprüche über dem durchschnittlichen Niveau des regionalen Arbeitsmarktes liegen: Die eigene Lehrlingsausbildung (von den 392 Lehrlingen zu Beginn 1971 wurden 26 in kaufmännischen, 22 in technischen und 344 in gewerblichen Berufen ausgebildet), durch die vor allem Schiffbauer, daneben noch Werkzeugmacher, Schlosser, Dreher, Zimmerer ausgebildet werden, deckt den Bedarf an Facharbeitern nicht; es muß zusätzlich auf das begrenzte regionale Reservoir an Metallhandwerkern zurückgegriffen werden, die zunächst als Schiffbauhelfer oder Elektroschweißer eingestellt werden und sich dann bei Eignung durch eine Anlernzeit zu Facharbeitern qualifizieren können. Auch diejenigen, die als Schiffbauhelfer oder Elektroschweißer eingestellt werden, müssen meist erst eine Anlernzeit von mehreren Wochen durchlaufen. Die Schiffswerft ist also darauf angewiesen, einmal Arbeitskräfte zu finden, die bereit und in der Lage sind, sich zu Spezialarbeitern oder Facharbeitern ausbilden zu lassen (Anlernzeiten sind meist mit niedrigen Löhnen verbunden, was sich bei den hier vorherrschenden langen Anlernzeiten auf die Anlernwilligkeit negativ auswirkt) und die dann längere Zeit im Werk bleiben, damit die anfänglichen Ausbildungsinvestitionen profitabel ausgenutzt werden können. Diese Vorbedingungen waren so lange gegeben, wie die Schiffswerft der einzige große und expandierende industrielle Arbeitgeber in der Region war, der gute Verdienstmöglichkeiten und sichere Arbeitsplätze bot: In der Einstellung von gering qualifizierten Beschäftigten bestanden damals keine Schwierigkeiten; die Engpässe bei der Rekrutierung von Fachkräften blieben gering.

Die Ansiedlung des VW-Werkes hat die Arbeitsmarktposition der Werft erheblich verändert; vor allem auf dem Teilarbeitsmarkt gering qualifizierter junger Lohnabhängiger, die für bestimmte Tätigkeiten angelernt werden sollen, treten beide Werke mit einem erheblichen Arbeitskräftebedarf auf. Da das VW-Werk für diese Gruppe den Vorteil bietet, bei kürzeren Anlernzeiten höhere Löhne zu bezahlen, hat die Werft seit dessen Ansiedlung erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeitsplätzebesetzung – teils durch Abwanderung, teils durch wenige Bewerbungen – und muß seitdem auf Gastarbeiter zurückgreifen.

Bei Spezial- und Facharbeitern ist die Konkurrenz des VW-Werkes weniger spürbar: da die meisten angelernten Positionen einnehmen müßten, wäre für sie die Abwanderung zu VW nicht nur mit einer weitgehenden Aufgabe der beruflichen Qualifikation verbunden; auch von den Arbeitsanforderungen her müßte eine Tätigkeit mit noch relativer Selbständigkeit im Arbeitsvollzug und noch breit gestreuten Arbeitsverrichtung gegen eine taktgebundene, in einige wenige Handgriffe zerlegte Tätigkeit vertauscht werden. Die Beobachtung der Rheinstahl-Werft, daß Facharbeiter nur in geringem Umfang abgewandert sind, trifft sich mit der des VW-Werkes, daß Metallfacharbeiter am meisten unter der Monotonie und Einseitigkeit der Fließbandtätigkeit leiden. Auch vom Lohn her bestehen für diese Gruppe keine großen Differenzen zwischen den beiden Werken, da die Spezial- und Facharbeiter fast alle im Akkord arbeiten und dabei im Schnitt Leistungen erbringen, die 35–50 % über dem Akkordrichtsatz liegen.

In einem Punkt ähneln sich die sonst sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der beiden Werke; auch bei der Rheinstahl-Werft sind die Anforderungen an die Belastbarkeit der Arbeiter (allerdings nicht nervlicher, sondern überwiegend körperlicher Art) so hoch, daß ältere Arbeiter den Leistungsansprüchen nur mit Schwierigkeiten nachkommen können. Arbeiter über 40 Jahre können nur noch in Einzelfällen eingestellt werden; Beschäftigte über 50 Jahre kündigen nach Angaben des Werkes häufig, da sie dem Arbeitsdruck nicht mehr gewachsen sind.[32])

Altersverteilung der bei der Rheinstahl-Werft beschäftigten Lohnempfänger in %, Anfang 1971 (ohne Lehrlinge)

bis 20 Jahren	1,5 %
21–30 Jahren	23,2 %
31–40 Jahren	24,9 %
41–50 Jahren	25,4 %
51–60 Jahren	10,9 %
61 Jahren und älter	4,7 %
Insgesamt	100,0 %

Der Altersdurchschnitt liegt trotzdem über dem des VW-Werkes: einmal führt die längere Existenz des Werkes und die längere Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten dazu; zum anderen spielen hauptsächlich bei Fach- und Spezialarbeitern wegen der noch wenig standardisierten Arbeit die betrieblichen und beruflichen Erfahrungen eine erhebliche Rolle, so daß die mit dem Alter abnehmende körperliche Belastbarkeit eine Zeitlang noch durch die Berufserfahrung kompensiert werden kann. Der Alterszeitpunkt, zu dem die Beschäftigten den an sie gestellten Belastungen normalerweise nicht mehr gewachsen sind, tritt also später als beim VW-Werk ein.

Die betriebliche und unternehmerische Selbständigkeit des Werkes wirkt sich direkt auf den regionalen Arbeitsmarkt aus: da hier die Produktion durch Ausgliederung einzelner Teilbereiche nicht dem geringen regionalen Qualifikationsniveau angepaßt werden konnte, ist das Werk gezwungen, die Qualität der regionalen Arbeitskräfte durch innerbetriebliche Ausbildung, Einarbeitungs-, Anlern- und Umschulungsmaßnahmen zu verbessern. Auch die Autonomie des Unternehmens wirkt sich auf den

32) Ob diese Kündigung allerdings so freiwillig erfolgt, wie es im Gespräch dargestellt wurde, muß angesichts der schlechten Arbeitsmarktbedingungen für ältere Arbeitskräfte in Ostfriesland bezweifelt werden.

Arbeitsmarkt dadurch aus, daß der Angestelltenanteil an den ständig Beschäftigten (also ohne Leasing-Arbeitskräfte) mit 18,3 % (Beginn 1971) für die Region relativ hoch liegt, wobei auch hochqualifizierte Entscheidungspositionen darunter vertreten sind.

Die traditionelle regionale Verankerung und die Selbständigkeit des Unternehmens erhöht auch den regionalen Multiplikatoreffekt: ein relevanter Teil des Grundbedarfs (außer dem Stahlbedarf) einschließlich der Schiffsausrüstung wird in Emden gedeckt, was dazu führt, daß das Emder Gewerbe zum erheblichen Teil von den Aufträgen der Werft lebt.

Generell unterscheidet sich die Rheinstahl-Werft in ihrer regionalen Funktion von den beiden anderen Werken darin, daß die Struktur nicht von vornherein auf die Standortbedingungen einer gering industrialisierten Region (z. B. breites, aber gering qualifiziertes Arbeitskräftereservoir) abgestellt ist und sie damit weiter verfestigt, sondern durch darüber hinausgehende Anforderungen an den Arbeitsmarkt und das regionale Gewerbe bestimmte regionale Standortbedingungen selbst positiv beeinflußt und verbessert.

3.3.7. **Zur Struktur der Industriebeschäftigten in Ostfriesland**

In Ostfriesland konnte sich bisher ein differenziertes industrielles Beschäftigtenpotential nicht herausbilden:

Die zu Beginn der 50er Jahre noch dominierenden traditionellen Industriezweige wie die Torfindustrie, die Industrie der Steine und Erden, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (eine Ausnahme ist der Schiffbau) stellten an die meisten Beschäftigten keine besonders hohen und differenzierten Qualifikationsansprüche, da die Bearbeitung der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte sich auf wenige, relativ einheitliche Arbeitsvorgänge beschränkte. Da der Arbeitsprozeß durch seine meist noch unmittelbare Nähe zu den zu bearbeitenden Rohstoffen oder landwirtschaftlichen Produkten natürlichen Bedingungen (Einfluß durch Wetter, Erntezeit) unterworfen war, ähnelte er in vielen Punkten mehr landwirtschaftlicher als industrieller Tätigkeit.

Die Industrialisierung Ostfrieslands, die hauptsächlich von der Ansiedlung neuer Betriebe getragen wurde, veränderte zwar den Charakter industrieller Tätigkeit entscheidend, ohne aber in gleichem Maße die Qualität und Differenziertheit des industriellen Arbeitsmarktes zu verbessern. Zwar überwogen hier Unternehmen und Industriezweige mit insgesamt sehr differenzierter und umfassender Produktion; aber durch die Massenproduktion konnte die Vielzahl von Bearbeitungsschritten soweit in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und standardisiert werden, daß sie entweder maschinell oder mit relativ einfachen Handgriffen ausgeführt werden konnten.[33]) Auch hier bleiben die formalen Qualifikationsansprüche niedrig — allerdings nicht wegen eines noch wenig differenzierten Arbeitsprozesses, sondern weil nur wenige Arbeiter genaue Kenntnisse über größere Komplexe dieses Arbeitsprozesses besitzen müssen. Auch im Verwaltungsbereich der Industriebetriebe entstanden nur in geringem Maße qualifizierte Positionen: auf der einen Seite ist bei den kleinen und mittleren Industriebetrieben mit regional und fachlich relativ einheitlichem Absatz-

33) Siehe zu den Veränderungen in den industriellen Arbeitsanforderungen: **H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein.** Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Teil I, Forschungsprojekt des RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Achter Band, S. 70 ff.

bereich der Bereich der Verwaltung, Vorbereitung und Planung noch so unkompliziert und beschränkt, daß viele Tätigkeiten, die in anderen Betrieben aus der Produktion ausgelagert und von extra Arbeitskräften übernommen werden (etwa Arbeitsvorbereitung, Materialbeschaffung und -verteilung)[34]), hier häufig von Beschäftigten aus der Produktion miterledigt werden.

Auf der anderen Seite besitzt ein großer Teil der neu angesiedelten Zweigwerke nur begrenzte Verwaltungs- und Dispositionsfunktionen. Hier ging die Auslagerung und Zentralisierung spezieller Funktionen so weit, daß sie nicht mehr im Betrieb selbst, sondern zentral von den Hauptwerken übernommen werden.

Obwohl die Arbeitsanforderungen und die Arbeitsorganisation in den traditionellen und den neu angesiedelten Industriebetrieben sehr unterschiedlich sind, wirken sie sich in ihren formalen Qualifikationsansprüchen auf die Beschäftigtenstruktur – und damit auf die Verteilung der Beschäftigten nach ihrer sozialen Stellung – ähnlich aus. Dementsprechend war 1966 im RB Aurich gegenüber Niedersachsen der Anteil der Angestellten an den Industriebeschäftigten deutlich unter-, der Anteil der un- und angelernten („sonstigen") Arbeiter deutlich überrepräsentiert.

Industriebeschäftigte nach Stellung im Beruf, September 1966

	Tätige Inh. u. mithelf. Fam.-Ang.	Kaufm. Angest.	Techn. Angest.	Fach- arb.	Sonst. Arb.	Kaufm. Lehrl.	Gew. Lehrl.
Niedersachsen	0,5	10,7	8,0	29,7	46,8	1,3	3,0
RB Aurich	0,4	7,6	5,7	29,9	52,2	0,9	3,3
Emden	0,1	6,4	7,1	38,5	44,5	0,7	2,7
L Aurich	0,6	5,8	3,3	14,7	69,6	0,8	5,2
L Leer	0,5	8,2	5,0	20,6	60,3	1,4	4,0
L Norden	1,1	16,0	3,4	32,2	43,9	0,7	2,7
L Wittmund	1,4	4,5	3,1	20,5	67,8	0,7	2,0
L Asch.-Hümml.	0,5	4,6	4,0	37,1	49,3	1,0	3,5

Bezieht man die Facharbeiter auf die Gesamtheit der Arbeiter, zeigt sich, daß auch sie unterrepräsentiert sind, was in der obigen Tabelle nur durch das Übergewicht aller Arbeiter verborgen blieb.

Anteil der Facharbeiter an allen Industriearbeitern, September 1966

	Facharbeiter	
	abs.	in % aller Arbeiter
Niedersachsen	224 835	38,8
RB Aurich	6 745	36,4
Emden	4 316	46,4
L Aurich	251	17,5
L Leer	1 476	25,5
L Norden	544	42,3
L Wittmund	164	23,2
L Asch.-Hümml.	1 570	43,0

Da seit 1966 u. a. das VW-Werk in Emden und die Betriebe der Olympia-AG, bei denen sowohl der Angestellten- als auch der Facharbeiter-Anteil sehr niedrig ist,

34) Siehe dazu: H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 29 ff.

stark expandiert haben, ist zu erwarten, daß der Anteil der sonstigen Arbeiter auf Kosten der Angestellten und Facharbeiter weiter gestiegen ist. Beim Verhältnis Arbeiter/Angestellte ist dieser Trend bereits eingetreten.

Anteil der Arbeiter an den Industriebeschäftigten, September-Werte[35])

	1963	1965	1967	1969
BRD	78,7	77,8	75,6	75,6
Niedersachsen	80,8	80,2	78,4	79,0
IHK-Bezirk Ostfriesland/Papenburg	82,9	84,5	84,9	86,4

Besonders kraß ist der geringe Qualifikationsgrad bei den in der Industrie beschäftigten Frauen. Hier überwiegen eindeutig die an- und ungelernten Arbeiterinnen.

Weibliche Industriebeschäftigte nach Stellung im Beruf in %, September 1966

	Tätige Inh. u. mithelf. Fam.-Ang.	Kaufm. Angest.	Techn. Angest.	Fach-arb.	Sonst. Arb.	Kaufm. Lehrl.	Gew. Lehrl.
Niedersachsen	0,3	17,7	2,6	10,7	65,4	2,4	0,9
RB Aurich	0,3	11,7	2,3	8,0	74,9	2,0	0,8
Emden	0,1	20,8	4,0	0,3	71,6	3,1	0,1
L Aurich	0,1	4,8	0,5	1,9	89,5	1,3	1,9
L Leer	0,2	9,1	2,6	4,2	81,7	2,1	0,1
L Norden	0,8	16,0	1,7	32,2	46,0	0,8	2,5
L Wittmund	0,6	5,3	—	18,9	72,0	1,3	1,9
L Asch.-Hümml.	0,3	6,4	0,7	21,8	68,3	2,4	0,1

Diese Beschäftigtenstruktur ist überwiegend auf die Arbeitsplätzestruktur der neu angesiedelten Betriebe zurückzuführen: Da in den traditionellen Industriezweigen kaum Frauen beschäftigt waren, entstanden erst mit der Ansiedlung von Verarbeitungsbetrieben des Büromaschinenbaus, der Elektrotechnik, der Kunststoffverarbeitung, der Schuhindustrie industrielle Arbeitsplätze für Frauen. Auch 1966 lag der Anteil der Frauen an den Industriebeschäftigten noch unter dem Landesdurchschnitt.

Frauen auf 100 Männer in der Industrie, September 1966

Niedersachsen	37,6
RB Aurich	34,0
Emden	12,0
L Aurich	94,3
L Leer	53,7
L Norden	95,3
L Wittmund	88,2
L Asch.-Hümml.	41,2

35) Zus. u. ber. nach: **BRD und Niedersachsen:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1964 ff., **IHK-Bezirk Ostfriesland/Papenburg:** Unveröffentlichtes Material der IHK Ostfriesland/Papenburg.

3.3.8. **Zusammenfassung: Spezifische Merkmale der Industrialisierung Ostfrieslands**

Die 50er und 60er Jahre können als die Periode bezeichnet werden, in der die Industrialisierung Ostfrieslands stattfand: Die Industrie verdrängte die Landwirtschaft als Haupterwerbsquelle der Region und veränderte damit nicht nur innerregional die Wirtschaftszweig- und Arbeitsmarktstruktur, sondern auch die überregionale Funktion der Region, indem an die Stelle der an natürliche Voraussetzungen anknüpfenden Produktion überwiegend standortunabhängige Verarbeitungsprozesse traten.

Bei dieser verspäteten Industrialisierung stellt sich die Frage, inwieweit Ostfriesland die Industrialisierungsphasen und -prozesse anderer Regionen nachvollzogen hat und damit den Entwicklungsrückstand zumindest teilweise aufholen konnte, oder inwieweit Ostfriesland nur einige Teilfunktionen der industriellen Produktion übertragen bekam, so daß neue qualitative Differenzen zu Ballungsgebieten entstanden sind. Bei der Beschreibung der Entwicklungsprozesse innerhalb der einzelnen Industriezweige ergab sich, daß die Impulse und der Anstoß zur industriellen Expansion von außen kamen und kommen mußten. Denn zu Beginn der 50er Jahre dominierten in der Region überwiegend Industriezweige und -betriebe, von denen ein Industrialisierungsprozeß nicht getragen werden konnte. Einmal gehörten sie Branchen an, die in ihrer gesamtindustriellen Bedeutung eher rückläufig waren; zum anderen konnten sich die ostfriesischen Betriebe wegen ihrer meist kleinbetrieblichen Struktur und geringen Mechanisierung nur selten behaupten bzw. auf Kosten anderer Betriebe überregionale Bedeutung erlangen. Abgesehen vom Schiffbau waren leistungsfähige Betriebe mit überregionaler Bedeutung (wie das Doornkaat-Werk und die Libby-Milchverwertung) relativ selten. Der Anstoß zur Industrialisierung mußte also von außen kommen, da das ansässige Gewerbe entscheidende Wachstumsimpulse nicht selbst geben konnte. Die Industrialisierung in Ostfriesland konnte deshalb nur erfolgen, weil hauptsächlich in den 60er Jahren außerregionales Kapital aus Industriezweigen, deren überdurchschnittliche Expansion in ihren traditionellen Standorten erschwert wurde, in Ostfriesland investiert wurde. Dementsprechend sank der Anteil der Beschäftigten in den traditionellen Industriezweigen Ostfrieslands (Torfindustrie, Industrie der Steine und Erden, Schiffbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie), der 1961 noch 64,5 % betragen hatte, bis 1969 auf 39,2 %.

Die Industriestruktur der Region polarisierte sich also zunehmend in traditionelle Betriebe mit insgesamt geringer bzw. rückläufiger Beschäftigten- und Produktionsentwicklung und in neu angesiedelte Industriebetriebe aus stark expandierenden Branchen. Dieser Gegensatz wird sichtbar, wenn man die einzelnen Industriezweige nach ihren Entwicklungstendenzen in der Beschäftigung und Nettoproduktion zusammenfaßt und nach ihrem Beschäftigtenanteil 1966 (nur für dieses Jahr liegen für den RB Aurich Schätzungen der Beschäftigtenzahlen in den nicht ausgewiesenen Industriezweigen vor) gewichtet.[36])

36) Den Entwicklungstendenzen in den einzelnen Industriezweigen wurde eine Prognose aus **Wieting, Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen,** Graphik 3 u. 4 zugrundegelegt. Die Schätzung ist allerdings fragwürdig, da sie im großen und ganzen nur auf einer Verlängerung der bisherigen Entwicklungstrends bis 1980 beruht. Vor allem für den Schiffbau ist zweifelhaft, ob zumindest kurzfristig die Prognose einer sinkenden Nettoproduktion und Beschäftigung zutrifft. Die Schätzungen der Beschäftigtenzahlen im RB Aurich für die nicht ausgewiesenen Industriezweige wurden ebenfalls der oben zitierten Untersuchung, Tab. 5, entnommen.

Anteil der Industriezweige nach künftigen Entwicklungstendenzen in Beschäftigung und Nettoproduktion an den Industriebeschäftigten im September 1966

Zukünftige Entw. der Netto-prod.	Beschäf-tigten	Industriezweige	BRD	Nieder-sachsen	RB Aurich
—	—	Bergbau, Schiffbau	6,0	5,8	26,8
+	—	Holzbearb., Leder, Textil, Nahrung und Genuß	18,5	19,1	17,1
—	—	Feinkeramik, Glas			
+	—	Steine und Erden	3,2	4,0	3,9
±	±	Eisenschaffende Industrie, Gießereien, Kaltwalzwerke, Stahlbau, Holzverarbeitung, Bekleidung, Spielwaren	17,3	15,2	4,2
±	+	ESBM-Industrie, Maschinenbau, Feinmechanik, Optik, Druckerei, Gummi und Asbest	25,6	23,2	17,7
+	+	Mineralölverarbeitung, Chemie, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Papierverarbeitung, Kunststoff-verarbeitung, NE-Metallindustrie	29,4	32,7	30,2
		Gesamtindustrie	100 %	100 %	100 %

— = sinkend; ± = unterdurchschnittl. Zunahme; + = überdurchschnittl. Zunahme.

Nur die beiden Extremgruppen lagen in ihren Anteilen über dem Landes- und Bundesdurchschnitt; der Anteil der überdurchschnittlich wachsenden Industriezweige ist im RB Aurich bis 1969 durch die regionale Expansion des Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik und der Kunststoffverarbeitung weiter gestiegen.

Da die entscheidenden industriellen Wachstumsimpulse weder von der Region ausgelöst und getragen wurden noch an die bisherige Gewerbestruktur Ostfrieslands anknüpfen, können sie nicht aus der Region immanenten Tendenzen, sondern nur aus gesamtwirtschaftlichen Prozessen in der Entwicklung und der Standortverteilung industrieller Produktion abgeleitet werden.

Generell begann ab Mitte der 50er Jahre bei der Standortwahl von Industriebetrieben eine Tendenz, in wachsendem Maße ländliche Gebiete zunächst in der Nähe von Ballungen, später auch in ballungsfernen Gebieten als Industrieansiedlungsorte zu wählen, um die dort vorhandenen Arbeitskraft- und Bodenreserven in die Kapitalverwertung einzubeziehen.[37]) Der ökonomische Hintergrund dieser Dezentralisie-

37) Siehe dazu: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, (Hrsg.), Die Standortwahl der Industriebetriebe in der BRD im Zeitraum von 1955 bis 1960, Bonn 1961, ders., Die Standortwahl der Industriebetriebe in der BRD, Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963, Bonn 1964; ders., **Die Standortwahl der Industriebetriebe** in der BRD, Verlagerte und neuerrichtete Betriebe **in den Jahren 1964 und 1965,** Bonn 1966; ders., Die Standortwahl der Industriebetriebe in der BRD, Verlagerte, neuerrichtete und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1966 und 1967, Bonn 1968; W. Uebe, Industriestruktur und Standort, Regionale Wachstumsunterschiede der Industriebeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1962, Prognosstudien 1, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1967, Eine inhaltliche Darstellung geben vor allem die einzelnen Aufsätze in dem Sammelband **Industrialisierung ländlicher Räume,** Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XVII, Raum und gewerbliche Wirtschaft I, Hannover 1961.

rungstendenz war unterschiedlich: Versuchten vor allem kleinere Unternehmen verarbeitender Industriezweige, ihre Betriebskosten durch die niedrigeren Löhne und Bodenpreise ländlicher Regionen zu senken, um innerhalb des allgemeinen Konzentrationsprozesses standhalten zu können, so wollten die Unternehmen expansiver und häufig bereits monopolisierter Zweige neue Produktivkräfte für die Kapitalverwertung erschließen, da Kapitalinvestitionen am bisherigen Standort wegen der Ausschöpfung verwertbarer Arbeitskraft- und Bodenreserven behindert wurden.

Die Verlagerung von Unternehmen und Betrieben überwiegend aus Kostengründen konzentrierte sich zeitlich auf die 50er und den Beginn der 60er Jahre, räumlich auf abgelegene ländliche Gebiete mit hoher Überschußbevölkerung (meist in kleinbäuerlichen Gebieten). Da die Betriebe dadurch ihre Wettbewerbssituation nur kurzfristig verbessern konnten und zum erheblichen Teil bald wieder schließen mußten, führte diese Verlagerung nicht zu einer langfristigen Industrialisierung ländlicher Regionen. Sie begann erst, als die expansiven Unternehmen auch in den ballungsnahen Gebieten auf Expansionshemmnisse stießen und auch entferntere Regionen einbezogen. Zwischen 1964 und 1965 wurden 75 % aller neu gegründeten bzw. angesiedelten Betriebe der BRD in ländlichen Regionen und 25 % in Ballungsgebieten errichtet.[38]) Eine Einbeziehung gering industrialisierter Regionen in die Kapitalverwertung wurde für diese Unternehmen allerdings erst möglich, als sie Teilbereiche ihrer Produktion auslagern konnten, deren Standortbedingungen auch von diesen Regionen erfüllt werden konnten:

- als aufgrund der verbesserten Nachrichten- und Transporttechnik und der abnehmenden Transportkostenbelastung in einigen Industriezweigen eine Produktion in einiger Entfernung von der Produktionsplanung und dem Produktabsatz möglich wurde,
- als aufgrund der Mechanisierung und Standardisierung in einer großen Zahl von Produktionsbereichen der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften sank,
- als durch die steigende Unternehmens- und Konzerngröße in relevanten Wachstumsindustrien diese Produktionsbereiche einen solchen Umfang annahmen, daß eine isolierte Ausgliederung bzw. Ansiedlung in einiger Entfernung vom Hauptwerk sich lohnte.

Nur durch die Möglichkeiten zur Aufspaltung der Produktionsbereiche bei gleichzeitig zentraler Verwaltung konnten also die ländlichen Regionen trotz ihrer meist undifferenzierten Standortbedingungen in die Kapitalverwertung einbezogen werden.

„Die Industrialisierung ländlicher Bezirke durch Errichtung von Zweigbetrieben städtischer und großstädtischer Unternehmungen stellt insofern einen besonderen Typus dar, als es bei dieser Art von Industrialisierungsprozessen möglich ist, die Vorteile ländlicher Standorte mit den Vorzügen großbetrieblicher Organisation zu verbinden und damit die Nachteile ländlicher Standräume, die aus ihrer Verkehrsferne und aus dem Mangel an Fühlungsvorteilen resultieren, auszugleichen oder wesentlich zu vermindern."[39])

Insgesamt führte diese Tendenz dazu, daß die anfänglichen Konzentrationsprozesse durch den Rückgang der traditionellen ländlichen Industrie und der aus Kosten-

38) Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, **Standortwahl der Industriebetriebe in den Jahren 1964 und 1965,** S. 17.

39) G. Stavenhagen, Typen ländlicher Neuindustrialisierung in der BRD, in: **Industrialisierung ländlicher Räume,** S. 18.

gründen ausgelagerten Betriebe sich umkehrten und zu einer Dezentralisierung in der Beschäftigtenverteilung führten.

In der Aufteilung der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe für 1961 und 1968 nach Gemeindegrößenklassen spiegelte sich dieser Prozeß so wieder, daß der Anteil in den beiden Extremgruppen unter 3000 und über 100 000 Einwohnern[40]) zugunsten der anderen Gemeinden sank.

Verteilung der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in der BRD nach Gemeindegrößenklassen, 1961 und 1968, in %[41])

	1961	1968
unter 1 000 Einwohnern	11,3	9,0
1 000 – unter 2 000 Einwohnern	9,1	8,7
2 000 – unter 3 000 Einwohnern	5,7	5,2
3 000 – unter 5 000 Einwohnern	7,4	8,0
5 000 – unter 10 000 Einwohnern	9,5	10,4
10 000 – unter 20 000 Einwohnern	7,2	9,9
20 000 – unter 25 000 Einwohnern	3,6	2,7
25 000 – unter 50 000 Einwohnern	8,1	9,1
50 000 – unter 100 000 Einwohnern	5,9	6,2
100 000 Einwohnern und mehr	32,2	31,0

Ostfriesland wurde entsprechend dieser Gesamtentwicklung erst in den allgemeinen Ansiedlungstrend in ländlichen Regionen einbezogen, als die ballungsnahen Gebiete nicht mehr ausreichten. Die Industrialisierung durch Betriebe, die die Kostenvorteile ausnutzen wollten, hat eine relativ geringe Rolle gespielt, da hier Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte und einer Schicht in industrieller bzw. gewerblicher Arbeit geschulter Arbeitskräfte bevorzugt wurden, um die Mobilisierung der benötigten Arbeitskräfte möglichst unproblematisch zu machen.[42])

Aus der Tatsache, daß Ostfriesland überwiegend von den Wachtumsindustrien in die industrielle Gesamtproduktion einbezogen wurde, darf allerdings nicht der Schluß

40) Bei einer Untersuchung des Stuttgarter Raumes ergab sich sogar eine absolute Abnahme der Industriebeschäftigten. Vgl. R. Grotz, Zweigbetriebe und Betriebsverlagerungen Stuttgarter Industriebetriebe, in: Informationen des Institutes für Raumforschung, 20. Jg., Nr. 16 vom 31. 8. 1970, Bonn-Bad Godesberg 1970.

41) Zus. u. ber. nach: **Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Entwickung der Erwerbstätigkeit** (Ergebnisse des **Mikrozensus),** Fachserie A, Reihe 6, Heft 1, Wiesbaden April 1968, S. 52.. Durch die Verschiebungen in der Bevölkerungsverteilung auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen vermittelt die Gegenüberstellung kein exaktes Bild; eine Berechnung der jeweiligen Dichte des verarbeitenden Gewerbes (Beschäftigte pro 1000 Einwohner) verschleierte aber die Dezentralisierungstendenz, da die generelle Abnahme der Beschäftigtendichte die Unterschiede in der regionalen Verteilung verbarg.

42) Siehe zur Ansiedlung von Industriebetrieben im Weser-Ems-Gebiet: I. Esenwein-Rothe, Die Persistenz von Industriebetrieben in strukturschwachen Wirtschaftsgebieten (Eine Untersuchung über Industrieklima und Standortdynamik in entwicklungsbedürftigen Randgebieten), in: **Industrialisierung ländlicher Räume.**

Lemelsen hat für eine Reihe von niedersächsischen Landkreisen die Auswirkungen von Industrieansiedlungen untersucht. Siehe vor allem: J. Lemelsen, Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Aurich, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 16, Heft 1, Göttingen, März 1966; ders., Untersuchungen über die Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten Niedersachsens, Bemerkungen zur Methode und zu den Ergebnissen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, Heft 2, Göttingen, Juni 1968.

gezogen werden, daß die Region nun – wenn auch mit einem Sprung in der Entwicklung – Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung oder sogar an die Entwicklung expandierender Branchen gewonnen hätte. Dies setzte voraus, daß die in Ostfriesland angesiedelten Betriebe die gleiche Struktur und die gleichen Expansionschancen und -auswirkungen hätten wie die Gesamtbranche. Gerade weil aber nach Ostfriesland meist nur Teilbereiche der Produktion mit niedrigen Ansprüchen an die regionalen Standortbedingungen und mit geringer Selbständigkeit verlegt wurden, blieben die regionalen Auswirkungen und die künftigen Expansionschancen begrenzt:

Da bei der Ausgliederung von Zweigwerken die Verwaltungen, die Forschungs- und komplizierten Produktionsabteilungen, also die Abteilungen mit qualifiziertem Arbeitskräftebedarf und hohen Ansprüchen an

- differenzierte Dienstleistungen (Werbung, Beratung, Banken, Versicherungen),
- qualifizierte Vor- und Zulieferanten,
- spezielle Reparaturbetriebe,
- qualifizierte Arbeitskräfte

an den bisherigen Standorten verbleiben, setzen diese Zweigwerke einmal keine Entwicklungsprozesse in Gang, die zu einer Verbesserung der regionalen Standortbedingungen führen; zum anderen bleibt der regionale Multiplikatoreffekt der Ansiedlung gering, da die mit der erweiterten Produktion gestiegenen Aufträge an andere Gewerbe überwiegend in der Verteilungsgewalt der Hauptwerke verbleiben, die vor allem bei differenzierten Ansprüchen Regionen wie Ostfriesland nicht berücksichtigen. Selbst der Multiplikatoreffekt über die Steigerung der Konsumeinkommen – der für Ostfriesland relevanteste – bleibt durch die gering qualifizierte Beschäftigtenstruktur beschränkt, da die hohen Einkommensgruppen in Produktion und Verwaltung unterrepräsentiert sind.

Aber auch eine Expansion der Zweigwerke gemäß der Gesamtentwicklung in der Branche ist unsicher, da die Entscheidung über den Ort der Investition der in Ostfriesland erwirtschafteten Gewinne beim Hauptwerk gefällt wird; wenn die angesiedelten Zweigwerke die geplante Ausbaustufe erreicht haben, kann eine weitere Expansion unterbleiben bzw. an einen anderen Ort verlegt werden. Dem anfänglichen Kapitaltransfer bei der Ansiedlung in die Region steht nach Beendigung der Ausbauphase meistens ein ständiger Einkommens- und Kapitalabfluß in andere Regionen gegenüber:

- intern über die Versorgung der Zweigwerke mit zentralen Verwaltungsdiensten durch das Hauptwerk,
- extern durch die Inanspruchnahme außerregionaler Gewerbe und
- durch die eventuelle Investition der erwirtschafteten Gewinne außerhalb der Region.

Egner unterscheidet unter dem Gesichtspunkt der regionalen Einkommensvermehrung durch die Industrialisierung zwischen ortsfremden und ortsgebundenen Unternehmen:

„Die Einkommensvermehrung ist das entscheidende Kriterium. Unter diesem Gesichtspunkt kann man ortsfremde und ortsgebundene Unternehmungen unterscheiden. Die ortsfremde Unternehmung hat hier zwar ihren Standort, ihre Leistungen gehen aber nach draußen und ihre Einkäufe werden draußen getätigt. Sie hat

entweder wenig Arbeitskräfte am Ort oder diese verzehren ihr Einkommen ebenso draußen . . . Umgekehrt die ortsgebundene Unternehmung, die hier zusätzliche Einkommen entstehen läßt, die wiederum am Ort verausgabt werden, und so das örtliche Gesamteinkommen in die Höhe treibt."[43])

Es hat sich also eine neue Arbeitsteilung in der industriellen Produktion zwischen den Regionen angebahnt. Expandierten die kapitalistischen Unternehmen der späteren Ballungsgebiete in der Phase der Industrialisierung auf Kosten der ländlichen Regionen, indem sie Arbeitskräfte, Kapital, Kaufkraft abzogen und für ihre Kapitalverwertung bzw. -realisierung nutzbar machten, so werden heute die ländlichen Regionen mit ihren Produktivkräften direkt in den industriellen Kapitalverwertungsprozeß einbezogen, um neue Quellen der Mehrwertproduktion und Kapitalanlage zu erschließen; an die Stelle des früher vorherrschenden Abflusses von Kapital und Arbeitskräften für die hauptsächlich in den Ballungsgebieten stattfindende Kapitalverwertung ist jetzt partiell der Abfluß von bereits verwertetem Kapital getreten.

Für die Entwicklungschancen der Regionen wie Ostfriesland hat diese Form der Arbeitsteilung zur Folge, daß zwar ein Teil der bisher unterausgelasteten Produktivkräfte (und auch hier nur ein Teil, da ältere Arbeitskräfte z. B. kaum eingestellt wurden) produktiver verwertet wurden, daß aber einerseits – gemessen an den bereits industrialisierten Regionen – ihre Entfaltung, Differenzierung und Qualifizierung auf einem niedrigen Stand gehalten werden, andererseits die Ergebnisse der Verwertung nur teilweise der Region zugute kommen.

Chancen zur nachhaltigen Verbesserung der sozialökonomischen Position dieser Regionen bestehen also nicht – im Gegenteil: die Trennung in der gesamtwirtschaftlichen Funktion zwischen Ballungs- und Streuungsregionen ist durch die direkte Einbeziehung in die Kapitalverwertung ohne eigene ökonomische Funktion noch stabilisiert worden.

Die Industrialisierung Ostfrieslands ist in entscheidenden Punkten anders als in der Hauptindustrialisierungsphase Deutschlands im 19. Jahrhundert verlaufen: zwar war Deutschland auch darauf angewiesen, daß die ersten Anstöße zur Expansion einzelner Industriezweige von außen – mit Hilfe fremder Kapitalien, ausländischer Maschinen, Produktionsverfahren, ausländischer qualifizierter Arbeitskräfte und mit Hilfe des Staates – in Gang kamen. Daß diese Anstöße aber einen umfassenden Industrialisierungsprozeß auslösten, der durch seine Eigendynamik auch andere Wirtschaftszweige und Regionen einbezog, lag daran, daß im Verlauf der Expansion die notwendigen technischen und ökonomischen Voraussetzungen dafür – die Entwicklung der entsprechenden Produktivkräfte und einer eigenen Kapitalbasis – entstanden, die weitere äußere Anstöße und Hilfestellungen weitgehend überflüssig machten. Mottek beschreibt diesen Prozeß für die deutsche Entwicklung anhand der Rolle des Eisenbahnbaus als Anstoß zur Expansion entscheidender Industriezweige:

„Dabei kann man die Bedeutung der Anlagen von fixem Kapital im Eisenbahnbau nicht allein an dem Verhältnis der dabei aufgewandten Mittel zu den Kapitalanlagen in den anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere der Leichtindustrie, messen, obschon dieses Verhältnis eindeutig zugunsten des Eisenbahnbaus spricht. Vielmehr muß man auch das qualitative Moment im Auge behalten. Darunter ist die Tatsache zu verstehen, daß die Anlage von fixem Kapital im Eisenbahnbau, wenn wir von der

43) E. Egner, Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Bd. 12, Jg. 1963, Göttingen 1963, S. 141.

ersten Bahn Nürnberg–Fürth absehen, sich nicht auf die bestehende Nachfrage nach Transportleistungen orientierte, die ja einen Eisenbahnbau in großem Umfange noch gar nicht rechtfertigen konnte, sondern vielmehr auf die zukünftige Nachfrage nach Transportleistungen. Die Kapitalanlage im Eisenbahnbau stellte also eine spekulative Kapitalanlage dar; diese Kapitalanlage wiederum, die durch sie erzeugte Nachfrage nach Transportmitteln, wie Lokomotiven, Wagen, Schienen, führte dann zur erneuten Anlage von konstantem fixem Kapital in den betreffenden Zweigen, in der Schwerindustrie überhaupt, wobei diese Anlagen also von den Kapitalanlagen im Eisenbahnbau abhängig waren."[44])

Dieser Prozeß, bei dem durch einen Anstoß von außen eine industrielle Entwicklung in Gang kommt, die sich dann die Voraussetzungen für eine weitere Expansion selber schafft, hat sich in Ostfriesland nur in geringem Maße abgespielt, da die Industrieansiedlung nicht nur von außen in die Region getragen wurde, sondern auch in ihrer weiteren Entwicklung und weiteren Auswirkung auf andere Gewerbe weiterhin überwiegend in der Verfügungsgewalt außerregionaler Unternehmen verblieb. Egner beschreibt diesen Prozeß der „Regionalisierung" der Industrie (der Ausdehnung und Verlagerung von Teilen der industriellen Produktion über die Ballungsgebiete hinaus) wie folgt:

„Die arbeitsteilige Verflechtung wird nicht gelockert, sondern führt umgekehrt zu einer steigenden Abhängigkeit aller Teile voneinander. Die örtliche Produktion bleibt auf das subregionale Zentrum, dies auf das regionale und dies wiederum auf das supraregionale Zentrum angewiesen. So muß man statt von einer Dezentralisierungstendenz besser von einer **Dekongestion bei fortschreitender Zentralisierung** sprechen."[45])

Dieser Prozeß ist notwendiges Produkt der Monopolisierung, die hauptsächlich in den expandierenden Industriezweigen weit fortgeschritten ist: Da die Gründung neuer Unternehmen und Konzerne hier kaum noch möglich ist, kommt die Expansion fast ausschließlich den bereits bestehenden Konzernen zugute. Die Einbeziehung von bisher kaum industrialisierten Regionen in die industrielle Produktion läuft also nicht mehr mit der Gründung neuer kapitalistischer Unternehmen parallel, die dann durch die Identität von Produktion, Verwaltung und Entscheidungsfunktion in der Standortregion eine Eigendynamik in Gang setzen; sie verbleibt überwiegend in der Hand monopolistischer Unternehmen, die an der Ausnutzung bisher unerschlossener regionaler Produktivkräfte nur insoweit interessiert sind, wie dies mit möglichst niedrigen Aufwendungen für die Erschließung und Mobilisierung der regionalen Produktivkräfte und für die Benutzung der regionalen Standortbedingungen verbunden ist.

Die geringe ökonomische Dynamik und der ständige Kapitalabfluß in andere Regionen, die mit der spezifischen Industrialisierung Ostfrieslands verbunden sind, führen dazu, daß Ostfriesland nach wie vor darauf angewiesen sein wird, Wachstumsimpulse von außen — u. a. durch weitere Ansiedlung von Zweigwerken — zu empfangen. Aber auch ein weiteres Wachstum aufgrund dieser Impulse ist sehr schnell gefährdet, wenn die augenblicklichen Vorteile Ostfrieslands gegenüber einigen Standortbedin-

44) H. Mottek, Einleitende Bemerkungen — Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: **Mottek, Geschichte der industriellen Revolution,** S. 30/31.

45) **Egner, Industrialisierung ländlicher Gebiete,** S. 53.

gungen in den Ballungsgebieten nicht mehr bestehen: Sie können sich entscheidend abschwächen,

- wenn auch in den Wachstumsindustrien die Expansionsrate im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Abschwächung nachläßt,
- wenn eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben ab Mitte der 70er Jahre den Arbeitskräftemangel darüber hinaus senkt, oder
- wenn die Ausschöpfung der profitabelsten Produktivkräfte in Ostfriesland (etwa die junger Arbeitskräfte zu günstigen Arbeitsbedingungen) die Attraktivität der Region gegenüber bisher noch kaum erschlossenen Gebieten (etwa im Ausland) senkt.[46])

Insofern muß der Ruf nach Industrialisierung als Allheilmittel für wirtschaftlich rückständige Regionen je nach dem Träger dieser Industrialisierung und dem damit verbundenen Interesse differenziert werden. Denn erst dann kann entschieden werden, ob Regionen dadurch in eine neue Abhängigkeit gebracht werden oder die Chance zur Entwicklung einer eigenständigen sozialökonomischen Funktion innerhalb der Gesamtwirtschaft bekommen.

3.4. Restliches Produzierendes Gewerbe

3.4.1. Handwerk

Handwerkliche Produktion konnte sich in Ostfriesland wegen der hohen Selbstversorgungsrate in den landwirtschaftlichen Betrieben, der lokal unkonzentrierten Kaufkraft und der insgesamt undifferenzierten Wirtschaftsstruktur nur gering entwickeln. 1949 lag sowohl die Betriebs- als auch die Beschäftigtendichte erheblich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt.

Handwerk 1949, 1956 und 1963[1])

	Betriebe je 1000 Einw.			Beschäftigte je 1000 Einw.		
	1949	1956	1963	1949	1956	1963
BRD	18,1	15,0	11,9	65,8	72,5	70,4
Niedersachsen	14,6	13,2	11,1	54,4	68,0	67,2
RB Aurich	13,8	13,8	11,6	45,9	62,2	68,4
Emden	14,9	12,2	10,2	73,9	81,7	77,3
L Aurich	13,6	12,6	10,3	41,1	59,4	64,9
L Leer	14,3	14,3	12,4	46,4	61,8	69,2
L Norden	11,8	14,3	12,1	38,5	58,5	70,7
L Wittmund	15,2	15,3	12,0	43,9	57,5	60,3

Der Anpassungs- und Verdrängungsprozeß, dem einige Handwerkszweige durch die Industrialisierung bisher handwerklicher Fertigungsbereiche ausgesetzt waren, blieb in Ostfriesland entsprechend dem niedrigen Ausgangsstand relativ gering. Die Zahl der Handwerksbetriebe ging zwischen 1949 und 1963 im RB Aurich weniger stark zurück, die Zahl der Beschäftigten stieg überdurchschnittlich an.

46) So hat im Jahr 1971 mit der sich abschwächenden Konjunktur bereits die Expansion von gewerblichen Arbeitsplätzen in den Bundesbaugebieten stark nachgelassen.

1) Zus. u. ber. nach: **Niedersachsen und RB Aurich:** NALS, Das Handwerk in Niedersachsen 1949, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Heft 2, Hannover 1951, NALS, Das Handwerk in Niedersachsen 1956, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Heft 18, Hannover 1958 NLV, Das Handwerk in Niedersachsen, Ergebnisse der **Handwerkszählung 1963,** Statistik von Niedersachsen Bd. 82, Hannover 1965; wenn nicht anders angegeben, sind alle weiteren Datenangaben nach diesen Veröffentlichungen zusammengestellt.

Veränderungsraten der Handwerksbetriebe und -beschäftigten

	Betriebe		Beschäftigte	
	1949/63	1956/63	1949/63	1956/63
Niedersachsen	— 34,7	— 15,6	+ 20,3	+ 3,6
RB Aurich	— 24,3	— 13,8	+ 43,1	+ 15,3

Die einzelnen Handwerkszweige besaßen allerdings nach ihrer ökonomischen Funktion unterschiedliche Entwicklungschancen:

Soweit die Betriebe noch überwiegend oder teilweise mit eigener, langfristig standardisierbarer Fertigung von Produkten beschäftigt waren, mußten sie zunehmend kapitalistischen, industriell arbeitenden Betrieben weichen. Expansionschancen bestanden nur in den Bereichen, in denen die geringe Technisierung und Standardisierung der Produktion eine direkte Verbindung zwischen Auftrag und Produktion bzw. Produktion und Verkauf noch vorschrieb: bei Spezialanfertigungen, Reparaturen, Installationen, handwerklichen Dienstleistungen.[2]) Hier lohnten sich die Investitionen von auf ständige Akkumulation und Expansion angelegten Kapitalmengen nicht, da der Produktionsumfang noch eng an den augenblicklichen örtlichen Bedarf gebunden blieb. Entsprechend diesen Entwicklungstendenzen mußte ein erheblicher Teil der noch produzierenden Betriebe des Textil-, Leder- und teilweise des Nahrungsmittelhandwerks industrieller Konkurrenz weichen, während

- das Bau- und Teile des Holzhandwerks als Zulieferer und Ergänzung der noch wenig mechanisiert und standardisiert arbeitenden Bauindustrie,
- das Metallhandwerk als Reparatur- und Installationsgewerbe
- und das Dienstleistungshandwerk im Zuge der Zunahme differenzierter Konsumbedürfnisse

expandieren konnten. In Ostfriesland haben sich dabei die gleichen Tendenzen — wenn auch mit einem Vorsprung der expandierenden Zweige — wie in übergeordneten Vergleichsregionen niedergeschlagen.

Beschäftigtendichte im Handwerk (Beschäftigte auf 1000 Einwohner) nach Handwerkszweigen

	Niedersachsen		RB Aurich	
	1949	1963	1949	1963
Bau - Ausbau	15,8	25,9	15,5	30,4
Metallhandwerk	11,5	16,4	10,2	16,6
Holzverarb. Handwerk	6,3	4,4	3,6	4,1
Textil-, Bekleidung-, Lederverarb. Handwerk	10,3	4,5	6,9	3,5
Nahrungsmittelhandwerk	7,7	8,5	7,8	8,5
Gesundheits-, Körperpflegehandwerk	3,2	6,3	2,3	4,1
Glas-, Papier-, Keramikhandwerk	0,8	1,1	0,5	1,1

Langfristig muß allerdings mit einer Abnahme der Wachstumsraten in den bisher expandierenden Handwerkszweigen gerechnet werden, da auch hier aufgrund der Standardisierung des Hochbaus und der Reparaturen im Kfz-Bereich einerseits die Tendenz zur Einschränkung handwerklicher Produktionsleistungen zugunsten industriell organisierter Fertigung auf diese Zweige übergreift, andererseits im Hand-

2) Siehe dazu: W. Wernet, Handwerk im Wettbewerb, Voraussetzungen, Verwirklichung und Ergebnisse des Wettbewerbs im Handwerk, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 15, Münster 1967.

werksbereich selber aufgrund der gleichen Prozesse die Arbeitsproduktivität steigen wird.

In der Beschäftigungsstruktur dominieren aufgrund der geringen Standardisierung der Produktion nach wie vor die Gesellen und Facharbeiter.

Beschäftigte im Handwerk nach Stellung im Beruf 1963

	Niedersachsen	RB Aurich
Tätige Inhaber u. Teilhaber	17,0	17,7
Mithelfende Familienangehörige	6,4	6,3
Betriebsleiter	0,6	0,5
Techn. u. kaufm. Angestellte	6,6	5,3
Techn. u. kaufm. Lehrlinge	1,2	1,7
Gesellen u. Facharbeiter	41,4	40,5
Angelernte u. ungel. Arbeiter	15,6	15,0
Handwerkslehrlinge	11,0	12,9
Heimarbeiter	0,2	0,1
Beschäftigte insgesamt	100 %	100 %

Der hohe Prozentsatz von Handwerkslehrlingen läßt vermuten, daß auch in Ostfriesland trotz der überdurchschnittlichen Beschäftigungsexpansion im Handwerk ein ständiger Arbeitskräfteabfluß von im Handwerk Ausgebildeten bzw. Beschäftigten in andere Wirtschaftszweige stattfindet.[3]) Der Mangel an Lehrstellen – vor allem außerhalb zentraler Orte – erhöht die Zahl der Bewerber um Ausbildungsstellen im Handwerk so, daß die – für die Handwerksbetriebe meist gewinnbringende – Ausbildung von Handwerksgesellen weit über dem eigentlichen Bedarf liegt.

Insgesamt besaß und besitzt das Handwerk in Ostfriesland keine bedeutende wirtschaftliche Funktion; konnte es sich im 19. Jahrhundert wegen der fehlenden sozioökonomischen Voraussetzungen nicht weit entwickeln, so expandierte es in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts nur in dem Maße, wie die ihm übertragenen ökonomischen Funktionen nicht für die Kapitalverwertung kapitalistisch arbeitender Betriebe interessant wurden.

3.4.2. **Bauhauptgewerbe**

Das Bauhauptgewerbe übt einen entscheidenden Einfluß auf die regionalen Arbeitsmärkte aus:

- Die starken saisonalen und konjunkturellen Schwankungen verändern – zumal eine „Vorratsproduktion" nicht möglich ist – die Beschäftigtenzahlen ständig.
- Durch die große Rolle der Zulieferanten (55 % des Bruttoproduktionswertes des Bauhauptgewerbes bestehen aus Vorleistungen)[4]) werden diese Schwankungen sofort an andere Wirtschaftszweige, deren Betriebe meist in der Region ansässig sind, weitergeben – vor allem an Steine-und-Erden-Industrie, das Säge- und Holzverarbeitende Gewerbe und das Nahverkehrsgewerbe.

3) Siehe zum Problem der Lehrlingsausbildung im Handwerk Kap. 4.3.3.

4) Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Probleme des bayrischen Arbeitsmarktes, Bad Windsheim 1968, S. 29. Nach einer Berechnung von Lehbert wurden 75,7 % der Vorleistungen des schleswig-holsteinischen Baugewerbes 1965 aus Schleswig-Holstein selbst bezogen, wodurch die konjunkturellen Schwankungen der Bauwirtschaft in der Region sofort weitergegeben werden. Vgl. **Lehbert, interindustrielle und interregionale Verflechtungen,** zitiert nach: **Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Schwerpunktbildung in Schleswig-Holstein,** Tab. 4, S. 104.

In ländlichen Regionen wirken sich diese Einflüsse des Baugewerbes besonders stark aus, da die Beschäftigtendichte gerade in kleinen Gemeinden besonders hoch ist und die Schwankungen durch andere stabile Erwerbsmöglichkeiten kaum ausgeglichen werden können.

Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in der BRD auf 1000 Einwohner nach Gemeindegrößenklassen, 1968[5])

unter 1 000 Einw.	44,0
1 000 bis unter 2 000 Einw.	41,1
2 000 bis unter 3 000 Einw.	40,7
3 000 bis unter 5 000 Einw.	39,3
5 000 bis unter 10 000 Einw.	32,5
10 000 bis unter 20 000 Einw.	32,9
20 000 bis unter 50 000 Einw.	30,3
50 000 bis unter 100 000 Einw.	27,2
100 000 Einw. und mehr	30,6
Insgesamt	34,3

Das Übergewicht des Baugewerbes in kleineren Gemeinden hängt neben der dort geringen Arbeitsproduktivität damit zusammen, daß durch das höhere Angebot an Arbeitskräften viele Bauunternehmen in ländlichen Regionen auch Aufträge in ballungsnahen Gebieten mit Arbeitskräftemangel übernehmen.

Auch in Ostfriesland lag die Beschäftigtendichte ab Ende der 50er Jahre über dem Landesdurchschnitt. Aus den Strukturdaten geht allerdings hervor, daß dies nicht Folge einer hohen regionalen Bauleistung, sondern geringer Arbeitsproduktivität war; während der Umsatz pro Einwohner 1969 im RB Aurich unter dem Landesdurchschnitt lag, lag die Beschäftigtenzahl pro 1000 Einwohner darüber.

Strukturdaten des Bauhauptgewerbes, 1969[6])

	Beschäftigte		Umsatz pro:		
	abs.	pro 1000 Einw.	Besch. in 1000 DM	Betrieb in 1000 DM	Einw. in DM
Niedersachsen	185 190	26,1	20,8	498,5	543,4
RB Aurich	11 738	29,2	17,8	403,0	519,4
Emden	1 221	25,3	21,0	639,8	529,7
L Aurich	2 582	32,1	20,1	553,4	709,5
L Leer	4 009	30,1	17,5	389,5	525,9
L Norden	2 637	31,5	14,2	335,3	448,0
L Wittmund	1 289	22,6	14,7	225,2	332,3

Gleichzeitig dominieren die kleineren Betriebe: über die Hälfte aller Beschäftigten arbeitete 1969 in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten.

5) Zus. u. ber. nach: **Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Mikrozensus.**

6) Die Daten dieses Kapitels sind — wenn nicht anders angegeben — zus. u. ber. nach: NLV, Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen 1969, Statistik von Niedersachsen, Bd. 135, Hannover 1970.

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe nach Betriebsgrößenklassen 1969 in %

	Beschäftigte in Betrieben mit			
	1–9	10–19	20–49	50 und mehr
	Beschäftigten			
Niedersachsen	9,2	12,8	23,4	54,7
RB Aurich	8,7	21,5	25,0	44,9

Die geringe Produktivität des Bauhauptgewerbes wird hauptsächlich durch die Struktur der regionalen Bauaufträge (außerregionale Aufträge werden hier relativ selten sein, da Ballungsgebiete zu weit entfernt sind) und durch die regionalen Arbeitsmarktbedingungen bestimmt.

Da die Baubetriebe einzelne, differenzierte Bauaufträge an wechselnden Orten ausführen, muß der konkrete Produktionsablauf jeweils dem einzelnen Auftrag angepaßt werden; die technischen Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Rationalisierung (also durch Vereinheitlichung der Arbeitsabläufe) werden überwiegend von einer Vergrößerung und Vereinheitlichung der Aufträge bestimmt.[7]) Die Auftragsstruktur des ostfriesischen Bauhauptgewerbes konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte mit entgegengesetzten Anforderungen an den Produktionsablauf und die Betriebs- und Beschäftigtenstruktur.

Aufteilung der geleisteten Arbeitsstunden nach Bauart 1969 in %

	Privater Bau			Öffentl. u. Verkehrsbau		
	Wohnungsbau	Landwirtsch. Bau	Gewerbl. u. ind. Bau	Hochbau	Straßenbau	Tiefbau
Niedersachsen	42,1	3,6	15,4	8,3	14,8	15,8
RB Aurich	49,0	3,2	8,0	7,4	11,0	21,4
Emden	42,5	–	24,5	6,5	14,0	12,5
L Aurich	47,4	4,4	7,1	6,5	6,7	27,7
L Leer	49,2	2,3	5,4	6,6	17,1	19,4
L Norden	49,3	2,2	6,9	11,0	7,7	23,0
L Wittmund	56,9	8,5	4,3	5,7	4,7	19,9
L Asch.-Hümml.	30,8	7,3	6,8	6,5	14,0	34,7

Im Bereich des Wohnungsbaues dominiert eine eher kleinbetriebliche, gering mechanisierte Bauweise mit entsprechend niedriger Arbeitsproduktivität, da Aufträge mit geringerem Umfang und breiter Differenzierung überwiegen; die Aufträge werden meist von Betrieben des Bauhandwerkes ausgeführt. Diese Tendenz wird in Ostfriesland durch das Übergewicht an Einfamilienhäusern am Wohnungsbau noch verstärkt. Der generell unterdurchschnittliche Umsatz pro Beschäftigten im hauptsächlich damit befaßten Baugewerbezweig – dem Hoch- und Ingenieurbau – liegt in Ostfriesland deswegen noch unter dem Landesdurchschnitt; 1969 waren in diesem Zweig im RB Aurich 44,9 %, in Niedersachsen 37,1 % aller Beschäftigten vertreten. Auch der Tief- und Ingenieurbau (offensichtlich die Folge der ständigen See- und Binnenwasser-

7) Siehe dazu: T. Beckermann, M. Wulff, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Entwicklung und Situation des Baumarktes, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln und Opladen 1961, S. 29 ff.

bauten und des Nachholbedarfes beim Bau von Kanalisations- und Wasserversorgungsanlagen) war 1969 mit einem Beschäftigtenanteil von 11,9 % (Landesdurchschnitt 10,4 %) leicht überrepräsentiert. Dieser Zweig bietet durch seine umfangreichen und in den Ausführungsformen gering differenzierten Aufträge gute Mechanisierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten. Umsatz- und Betriebsbezugsgrößen liegen dementsprechend über dem Durchschnitt des gesamten Baugewerbes. In diesem Gewerbezweig liegt in Ostfriesland der Umsatz pro Beschäftigten über dem Landesdurchschnitt, weil hier offensichtlich die sehr aufwendigen und gleichförmigen Hafen- und Wasserbauten dominieren.

„Charakteristisch für den Verlauf der Mechanisierung im Baugewerbe war, daß sie zunächst im Tiefbau einsetzte; Erdarbeiten . . . lassen sich leichter mit Maschinen ausführen als Hochbauleistungen. Hinzu kommt, daß die Aufträge im Tiefbau seit jeher durchschnittlich größer sind als im Hochbau."[8])

Da die anderen Baugewerbezweige zum überwiegenden Teil mit ihren Umsatzbezugsgrößen unter dem Landesdurchschnitt liegen (ebenfalls eine Folge von Aufträgen mit geringem Umfang und geringer Gleichförmigkeit), prägt eine kleinbetriebliche Struktur mit geringer Arbeitsproduktivität das Gesamtbild des ostfriesischen Bauhauptgewerbes.

Verstärkt wird die niedrige Arbeitsproduktivität noch dadurch, daß das hohe Arbeitskräfteangebot zu unterdurchschnittlichen Stundenlöhnen in Ostfriesland Rationalisierungsbestrebungen nur wenig stimuliert. Dieses hohe Arbeitskräfteangebot ist nicht nur Folge des generellen Arbeitsplätzemangels, sondern eine spezifische Erscheinung in Regionen auf der Schwelle der Industrialisierung. In agrarischen Regionen mit starkem Arbeitsplätzerückgang in der Urproduktion ohne eine entsprechende gewerbliche Expansion werden als Übergang zu gewerblicher Tätigkeit in abhängiger Arbeit am häufigsten Arbeitsplätze im Baugewerbe gewählt,

- weil hier die besten Möglichkeiten bestehen, auch außerhalb des regionalen Arbeitsmarktes, der zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, als Pendler einen Arbeitsplatz zu bekommen und
- weil die Arbeitsanforderungen denen in der Urproduktion (überwiegend körperliche Tätigkeiten unter freiem Himmel, unregelmäßige, saisonal abhängige Arbeitsbelastung) sehr ähnlich sind.[9])

Diese Faktoren bestimmen die Wahl des Wirtschaftszweiges nicht nur beim direkten Wechsel aus der Landwirtschaft, sondern auch beim Generationenwechsel, wobei dann häufig eine Berufsausbildung als Baufacharbeiter absolviert wird. Für die regionalen Bauunternehmen besteht wegen des hohen Angebots an Bauarbeitern nicht nur die Möglichkeit, die Lohnkosten durch niedrige Einzellöhne, sondern auch durch kurzfristige Entlassungen bei Auftragsmangel zu senken, ohne eine Abwanderung in relevantem Umfang zu anderen Betrieben befürchten zu müssen.

Durch diese regionalspezifischen Faktoren lag die Arbeitsproduktivität in Ostfriesland erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Allerdings hatten sich die generellen Tendenzen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Baugewerbe durch Rationalisierung

8) ebenda, S. 30.

9) Der Wechsel ins Baugewerbe ist allerdings häufig eine Notlösung; die damit verbundenen Nachteile — hauptsächlich die Arbeitsplatzunsicherheit — sind vor allem für gering qualifizierte Bauarbeiter so groß, daß diese Tätigkeit häufig nur ein Übergang ist, bis sich stabile gewerbliche — meist industrielle — Arbeitsplätze in der Region finden. In Ostfriesland hat die Ansiedlung des VW-Werkes für eine Reihe von Bauarbeitern diese Möglichkeit geboten.

Siehe dazu: **Wiethold, Verhältnis von beruflicher und regionaler Mobilität,** S. 79 ff.

und Mechanisierung der Baumethoden auch in Ostfriesland so ausgewirkt, daß die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten zurückgegangen war.

Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe[10])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1960	7748	187 595	563	10 437
1964	8041	212 153	569	13 118
1966	7939	202 803	553	12 474
1967	7920	179 286	545	10 826
1969	7741	185 190	519	11 738

Auch in Ostfriesland konnte sich vor allem im Hochbau die Tendenz zur Vergrößerung der Bauaufträge (Mietshäuser anstelle von Einfamilienhäusern) und zur Veränderung der Baumethoden (zunehmende Verwendung von Beton und Fertigteilen anstelle von Backsteinen) allmählich durchsetzen.[11]) Dieser Prozeß wird sich allerdings erst in Zukunft voll auswirken.

Die Beschäftigtenstruktur im Baugewerbe wird durch diese Steigerung der Arbeitsproduktivität entscheidend verändert. Ihr augenblicklicher Stand im ostfriesischen Baugewerbe kann nur aus der Struktur Niedersachsens, differenziert nach Betriebsgrößenklassen, abgeleitet werden.

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe Niedersachsens, 1969 in %

		in Betrieben	
		unter 50	über 50
	insg.	Beschäftigten	
Tätige Inhaber	4,6	8,8	1,0
Mithelf. Familienangehörige	0,3	0,6	0,02
Kfm. Angestellte u. Lehrlinge	4,4	4,2	4,7
Techn. Angestellte u. Lehrlinge	3,0	1,5	4,2
Poliere, Meister usw.	2,5	1,4	3,3
Hilfspoliere, Hilfsmeister, Fachvorarb.	5,8	4,3	7,1
Facharbeiter			
darunter:	49,6	54,7	45,6
Maurer	28,2	35,1	22,6
Betonbauer	1,3	0,6	1,9
Zimmerer	6,6	7,3	6,1
Übrige Baufacharbeiter			
(Dachdecker usw.)	5,0	7,6	2,8
Sonstige Arbeitskräfte			
(Kran-, Baggerführer, Schlosser)	8,5	4,1	12,2
Helfer u. Hilfsarbeiter	26,8	19,9	32,4
Gewerbl. Lehrl., Umschüler,			
Anlernl., Praktikanten	3,1	4,6	1,9
Beschäftigte insgesamt	100	100	100

10) Die Tabelle wurde nach den jährlich erscheinenden Bauberichterstattungen 1960 ff. des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes zusammengestellt.

11) Diese Tendenz ist auch eine Folge der Auflösung von Familienbetrieben; mit der Aufhebung der Identität zwischen Wohn- und Arbeitsort fällt auch die ökonomische Notwendigkeit des eigenen Hausbesitzes weg.

Da die Betriebsgrößen ständig steigen, lassen sich aus der nach Betriebsgrößenklassen unterschiedlichen Beschäftigtenstruktur vor allem zwei Entwicklungstendenzen für die Struktur der Baubeschäftigten ableiten: Mit wachsender Betriebsgröße steigt der Anteil der Beschäftigten, die den Ablauf der Produktion überwachen und planen (also der Anteil der Angestellten, der Meister und Vorarbeiter), da mit wachsendem Umfang der Gesamtaufträge diese Funktionen aus der eigentlichen Produktion ausgegliedert werden können. Gleichzeitig steigt durch die wachsende Mechanisierung der Produktion einerseits der Anteil der technisch qualifizierten Arbeiter und Angestellten (der technischen Angestellten, der Kran- und Baggerführer, der Betonbauer etc.) auf Kosten der traditionellen Facharbeiter; andererseits nimmt durch die Entwertung handwerklicher Fertigkeiten der Anteil der Helfer und Hilfsarbeiter zu. der RB Aurich tendiert augenblicklich entsprechend der überwiegenden Zahl kleiner, gering mechanisierter Betriebe zu einer Beschäftigtenstruktur, in der

- der Anteil der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen,
- der Anteil der Facharbeiter, besonders der traditionellen Berufe (Maurer, Zimmerer, Dachdecker, etc.),
- der Anteil der gewerblichen Lehrlinge

höher als im Landesdurchschnitt ist. Entsprechend unterrepräsentiert sind kaufmännische und technische Angestellte, Beschäftigte mit Anordnungsbefugnis und Spezialarbeiter. Der in Kleinbetrieben geringe Anteil an Helfern und Hilfsarbeitern wird im RB Aurich eher etwas höher liegen, da das hohe Angebot an unqualifizierten Bauarbeitern die Beschäftigung zu niedrigen Löhnen erleichtert.

Da entsprechend dem geringen Mechanisierungs- und Spezialisierungsgrad Beschäftigte mit geringer betriebsspezifischer Qualifikation (wie z. B. die Bedienung besonderer Maschinen oder für Spezialarbeiten) überwiegen, sind die regionalen Baubetriebe nur in geringem Maße darauf angewiesen, sich auch bei Auftragsmangel einen festen Facharbeiterstamm mit Spezialqualifikation zu halten, wie es in Großbetrieben mit differenzierter Betriebsstruktur und technischer Ausrüstung der Fall ist. Da zudem Winterbaumöglichkeiten von Kleinbetrieben wegen mangelnder technischer Ausrüstung selten genutzt werden können, sind in Regionen wie Ostfriesland mit kleinbetrieblicher Baugewerbestruktur und hohem Arbeitskräfteangebot die saisonalen und konjunkturellen Beschäftigtenschwankungen noch größer als in anderen Regionen. Mit einer weiteren Mechanisierung und Vergrößerung der Betriebe wird sich die Beschäftigung stabilisieren; mit dieser Tendenz werden sich allerdings andere qualitative und quantitative Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt verschärfen, da sie mit einer weiteren Beschäftigungsstagnation bzw. -abnahme und einer weiteren Entwertung der traditionellen Qualifikationen verbunden ist. Langfristig ändert sich dadurch auch die Arbeitsmarktfunktion des Baugewerbes als Auffangbecken für Berufs- bzw. Wirtschaftszweigwechsler, da es weder quantitativ die entsprechende Zahl an Arbeitsplätzen stellen kann noch qualitativ bei steigender Mechanisierung die meist handwerklich oder landwirtschaftlich orientierten Fähigkeiten von Wechslern verwerten kann.

3.5. **Verteilungs- und Dienstleistungsbereich**

Die im folgenden dargestellten Wirtschaftsabteilungen werden häufig unter dem Begriff des Tertiären Sektors zusammengefaßt; er wurde hier vermieden, weil in

der Diskussion um die Begriffs- und Funktionsbestimmung und um allgemeine Entwicklungstendenzen des Tertiären Sektors noch so viel Widersprüchlichkeiten bestehen, daß die Differenzen in der ökonomischen Funktion der einzelnen darunter subsumierten Wirtschaftsabteilungen eher verwischt als geklärt werden.[1])

Eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Begriffsbestimmungen würde den Rahmen der Arbeit sprengen und zur eigentlichen Problematik wenig beitragen. Im folgenden sollen deshalb zunächst die einzelnen Wirtschaftsabteilungen in ihrer jeweiligen Funktion und Entwicklung für Ostfriesland dargestellt werden, um dann in einer kurzen Zusammenfassung einige für die Regionalsoziologie wichtige Thesen zur Entwicklung des Tertiären Sektors im Verhältnis zum Produzierenden Gewerbe aufzunehmen und für Ostfriesland zu überprüfen.

Das Verteilungs- und Dienstleistungsgewerbe besaß in Ostfriesland nur wegen der überregionalen Bedeutung der Binnen- und Seeschiffahrt und des Fremdenverkehrs eine überdurchschnittliche Ausdehnung. Die anderen Wirtschaftsabteilungen waren – wie die innerregionale Konzentration der Beschäftigten auf die Hafenstadt Emden und den Landkreis Norden, der die größten ostfriesischen Inseln umfaßt, zeigt – unterrepräsentiert.

Daten zur Beschäftigung im Verteilungs- und Dienstleistungsgewerbe 1961[2])

	Beschäftigte im „tertiären Sektor" in 1000	in % d. Beschäft. insgesamt	Bedeutungs-faktor	Quotient d. Bedeutungs-faktoren 1950/61
Emden	15,0	56,7	1,87	0,95
L Aurich	8,7	30,4	0,68	1,12
L Leer	17,2	34,6	0,79	1,09
L Norden	14,4	47,0	1,08	1,24
L Wittmund	6,2	28,1	0,68	1,09
L Aschend.-Hümml.	7,5	17,6	0,64	1,02

Wie der Quotient der Bedeutungsfaktoren[3]) zeigt, war das Wachstum der Tertiärbeschäftigung zwischen 1950 und 1961 in allen Landkreisen Ostfrieslands stärker als

1) Siehe zum Begriff und zur Entwicklung des Tertiären Sektors: J. Fourastié, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, 2. Auflage, Köln 1969; **J. Kraft,** Die **Entwicklung des tertiären Sektors zwischen 1950 und 1961** und der Agglomerationsprozeß, Teil A, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses, Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 5, München 1967; G. Hecking, Die Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft als städtische Funktion, Diss. TH-Stuttgart, Stuttgart 1967.

2) Zus. u. ber. nach: **Kraft, Entwicklung des tertiären Sektors zwischen 1950 und 1961,** Tab. 45b. Der Bedeutungsfaktor der tertiären Beschäftigung für den RB Aurich im Jahre 1961 wird bestimmt, in dem der %-Anteil des RB an der tertiären Beschäftigung der BRD durch den entsprechenden %-Anteil an der Wohnbevölkerung dividiert wird. Ist also der Anteil an der tertiären Beschäftigung größer als der Anteil an der Bevölkerung, so liegt der Bedeutungsfaktor über 1; übersteigt der Bevölkerungsfaktor den Beschäftigtenanteil, so ist der Bedeutungsfaktor kleiner als 1.

3) Ist der Quotient der BF 1961/50 größer als 1, dann hat sich die Tertiärbeschäftigung im Vergleich zur BRD überdurchschnittlich, ist er kleiner als 1, unterdurchschnittlich entwickelt.

im Bundesdurchschnitt. Inwieweit dieses überdurchschnittliche Wachstum von den unterrepräsentierten oder den überregional bedeutenden Wirtschaftsabteilungen getragen wurde, soll im folgenden untersucht werden.

3.5.1. **Handel**

Diese Wirtschaftsabteilung hat generell die Funktion, die durch die arbeitsteilige Warenproduktion lokal und regional aufgespaltenen Produktions- und Konsumtionsprozesse zu vermitteln. Welche Relevanz der Handel in einem Wirtschaftsgebiet besitzt, hängt überwiegend von dem Grad der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung ab. Da die verschiedenen Handelsfunktionen zur Vermittlung zwischen Produktion und Konsum und zur Realisierung der Warenwerte inner- und überregional teilweise zentralisiert sein können, kann die regionale Verteilung des Handels auch über den jeweiligen Grad der arbeitsteiligen Verflechtung eines Teilgebietes hinaus unterschiedlich sein. Die Ausdehnung des Handels in einer Region hängt also einmal davon ab, inwieweit die regionale Produktion und Konsumtion über- und innerregional arbeitsteilig gespalten ist, zum anderen, inwieweit diese — und darüber hinaus eventuell noch überregionale — Vermittlungsfunktionen von Niederlassungen innerhalb der Region wahrgenommen werden.

In Ostfriesland erreichte nur der Einzelhandel 1961 in seinem Beschäftigtenanteil den Bundesdurchschnitt.

Daten zur Beschäftigung im Handel im RB Aurich, 1961[4])

	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Besch. pro Arbeitsst.	Bedeutungsfaktor
Großhandel	845	6 269	7,4	0,81
Handelsvermittlung	413	881	2,1	0,59
Einzelhandel	4 061	14 237	3,5	1,01

Der **Großhandel** spiegelte zu Beginn der 60er Jahre sowohl in seiner geringen Ausdehnung als auch in seiner Struktur — es dominierte der Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln auf Kosten des Handels mit spezialisierten Industrieprodukten[5]) — die wenig differenzierte Struktur des regionalen Gewerbes und des Konsums wider. Angaben über den Großhandelsumsatz für den IHK-Bezirk Ostfriesland/Papenburg von 1960 bis 1964[6]) zeigen allerdings, daß trotz überdurchschnittlich wachsender industrieller Produktion mit überregionalem Absatz die Umsatzsteigerungen im Großhandel nur den Landesdurchschnitt erreichten. Offensichtlich wird ein erheblicher Teil der mit der industriellen Produktion verbundenen Handelsfunktionen von Niederlassungen außerhalb der Region wahrgenommen, da die in Ostfriesland ansässigen Zweigwerke keine Marktfunktionen besitzen und deshalb keine entsprechenden Handelsaufträge vergeben.

4) Zus. u. ber. nach: **NLV,** Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1961, Ergebnisse der **Arbeitsstättenzählung 1961,** Statistik von Niedersachsen, Bd. 54, Hannover 1965.

5) Siehe dazu: NLV, Der Großhandel in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 35, Hannover 1963.

6) Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Jahresbericht 1965, S. 32.

Auch jetzt dürfte die Struktur des ostfriesischen Großhandels also noch weitgehend von den Bedürfnissen der Landwirtschaft, des traditionellen regionalen Gewerbes und des regionalen Konsums bestimmt werden, seinen kleingewerblichen Charakter also noch nicht verloren haben.

Der Einzelhandel Ostfrieslands war 1960 noch sehr stark von dem insgesamt niedrigen und breit gestreuten regionalen Konsum geprägt.

Strukturdaten des Einzelhandels 1960[7])

	Einw. pro Niederl.	Beschäftigte in 1000	Beschäftigte pro 1000 Einw.	Beschäftigte pro Niederl.	Umsatz (i. 1000 DM) pro Niederl.	Umsatz (i. 1000 DM) pro Beschäft.
Niedersachsen	102	238,1	36,4	3,7	133	36
RB Aurich	91	13,5	37,7	3,4	111	33
Emden	88	2,3	51,3	4,5	151	33
L Aurich	105	2,3	32,8	3,4	118	34
L Leer	80	4,8	39,4	3,2	97	31
L Norden	92	2,8	37,4	3,4	116	34
L Wittmund	104	1,5	29,0	3,0	95	32
L Asch.-Hümml.	87	2,3	34,4	3,0	88	29

Ähnlich wie beim Baugewerbe war die überdurchschnittliche Zahl von Niederlassungen und Beschäftigten pro 1000 Einwohnern eine Folge geringer Kapazitätsauslastung und Arbeitsproduktivität, nicht überdurchschnittlicher Leistungen (wenn auch durch den Fremdenverkehr auf den Inseln dem regionalen Einzelhandel in erheblichem Umfang außerregionale Kaufkraft zufloß). Die verstreute Siedlungsweise der Bevölkerung erforderte einerseits eine quantitativ umfangreiche Grundausstattung mit Einzelhandelsläden und -beschäftigten, behinderte andererseits eine Kapazitätsauslastung, da der Einzugsradius und damit die Absatzmenge zu gering war. Von daher dürfte zumindest 1960 der Anteil von kleingewerblichen Familienbetrieben (wahrscheinlich z. T. noch als Nebenerwerb) hoch gewesen sein, da der Aufbau eines Ladens mit Lohnabhängigen zum Zwecke der Kapitalverwertung sich nur in den zentralen Orten lohnte.

Nach 1960 dürften sich zwei Tendenzen auf die Struktur des Einzelhandels ausgewirkt haben.

Da die Siedlungsdichte sich nur wenig verändert hat, konnte ein erheblicher Teil der — auch infolge der rückläufigen Selbstversorgung — angestiegenen privaten Kaufkraft von den bestehenden Laden- und Beschäftigtenkapazitäten aufgefangen werden. Da gleichzeitig mit wachsender innerregionaler Mobilität und wachsendem Spezialbedarf (der in den Unterzentren nicht befriedigt werden kann) die in zentralen Orten konzentriert auftretende Nachfrage überdurchschnittlich gestiegen ist, dürfte dort die allgemeine Tendenz zur Verdrängung der Familienbetriebe durch leistungsfähige, nach Profit-Gesichtspunkten geführte Filialbetriebe, Warenhauskonzerne, Kettenläden usw. (für die erst ab einer bestimmten Absatzmenge der Markt lohnend wird) aufgetreten sein, was meist zu einem Rückgang der Zahl der Niederlassungen

7) Zus. u. ber. nach: NLV, Der Einzelhandel in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 36, Hannover 1963.

führte.[8]) Da beide Tendenzen zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität führen, kann davon ausgegangen werden, daß von 1960 bis 1970 die Beschäftigtenzahl nicht in dem Maße wie der private Konsum gestiegen ist. Die entscheidende Verdrängung der unproduktiven selbständigen Familienbetriebe zugunsten kapitalistisch geführter Unternehmen steht allerdings noch bevor.

3.5.2. **Verkehr und Nachrichten**

Diese Wirtschaftsabteilung, die durch den Güter-, Personen-, Nachrichtentransport die technische, materielle Seite der Vermittlung zwischen den Kommunikations-, Produktions- und Konsumationsprozessen wahrnimmt, verdankte ihre überdurchschnittliche Ausdehnung zu Beginn der 60er Jahre allein der überregional bedeutenden See- und Binnenschiffahrt. Die anderen Verkehrsgewerbe, die nur den für Ostfriesland notwendigen über- und innerregionalen Austausch besorgten, besaßen zunächst eine nur geringe Beschäftigtendichte, die mit der Zunahme der inner- und überregionalen Güter- und Personenströme im Verlauf der Industrialisierung gewachsen sein dürfte.

Die in der **Schiffahrt und den Häfen** Beschäftigten konzentrierten sich auf die drei größeren ostfriesischen Hafenstädte Emden, Leer und Papenburg.

Beschäftigte in Binnen-, See- und Küstenschiffahrt 1962[9])

	Binnenschiffahrt u. Häfen Beschäftigte		See-, Küstenschiffahrt u. Häfen Beschäftigte	
	insgesamt	pro 1000 Einw.	insgesamt	pro 1000 Einw.
Niedersachsen	3 126	0,5	6 611	1,0
RB Aurich	685	1,8	3 255	8,7
Emden	323	0,7	2 711	58,7
L Aurich	82	1,1	17	0,2
L Leer	269	2,1	267	2,1
L Norden	—	—	222	2,9
L Wittmund	11	0,2	38	0,7
L Asch.-Hümml.	75	1,1	·	·

Alle drei Häfen schlagen überwiegend Massengüter um, besitzen aber unterschiedliche Funktionen. Emden dient hauptsächlich als Umschlagplatz für den Güteraustausch zwischen Übersee und anderen Regionen der BRD, hat also mit den Austauschbeziehungen Ostfrieslands wenig zu tun. Der Seeverkehr der Häfen Leer und Papenburg ist dagegen sehr gering; sie dienen über den Dortmund-Ems-Kanal überwiegend dem Güteraustausch zwischen Ostfriesland und anderen Regionen der BRD.
Der **Emder Hafen** konnte noch in den 50er Jahren als „Werkshafen des östlichen Ruhrgebietes" bezeichnet werden.[10]) Diese Ausrichtung ist historisch bedingt: Erst

8) Siehe zur Entwicklung im Einzelhandel: B. Tietz, Konsument und Einzelhandel, Strukturwandlungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1975, Frankfurt 1966; H. Lindner, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 15. Einzelhandel, Branchenbericht, in: **RKW, Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft,** Februar 1969.

9) Zus. u. ber. nach: NLV, Die verkehrstreibende Wirtschaft in Niedersachsen, Ergebnisse des Verkehrszensus 1962, Statistik von Niedersachsen, Bd. 79, Hannover 1965.

10) „Emdens Kernhinterland ist das Ruhrgebiet; es war an Emdens Binnenverkehr (ohne LKW) 1938 mit rund 79 % (ohne Duisburg) und 1952 mit rund 78 % beteiligt." J. Hagel, Auswirkungen der Teilung Deutschlands auf die deutschen Seehäfen, Eine statistisch-verkehrsgeographische Untersuchung, Marburger geographische Schriften, H. 9, Marburg 1957, S. 11.

im Zusammenhang mit der Expansion des Ruhrgebietes im 19. Jahrhundert gewann er wieder an überregionaler Bedeutung, indem durch die Kanalisierung der Ems und den Ausbau des Hafens eine Überseeverbindung für den Erz- und Kohletransport hauptsächlich des östlichen Ruhrgebietes geschaffen wurde. Das Hauptgewicht im Güterumschlag liegt immer noch auf dem Erzimport; an die Stelle des Ruhrkohlenexportes ist der sehr viel geringere Kohleimport getreten.

Güterumschlag des Emder Hafens im Seeverkehr nach Hauptgütern in % des Gesamtumschlags[11])

	1957	1961	1965	1967	1968	1969
Getreide	6,5	6,5	1,6	1,1	1,6	1,0
Erz/Eisen	73,0	56,8	69,0	59,4	56,1	56,5
Kohle/Koks	16,3	15,4	10,3	12,9	12,1	12,7
Mineralöl	1,5	20,1	15,6	22,1	25,7	24,4
Holz- und Baustoffe	0,3	0,6	1,7	0,9	0,8	0,9
Lebensmittel	1,9	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Kraftfahrzeuge	—	—	—	2,4	3,1	2,9
Rest	0,5	0,3	1,6	1,0	0,4	1,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Diese sehr einseitige Ausrichtung auf das Ruhrgebiet konnte zwar in den 60er Jahren durch den wachsenden Anteil des Mineralölimportes und des Kraftwagenexportes gemildert werden — beides eine Folge der Ansiedlung zweier hafenorientierter Industriebetriebe (Erdöl-Frisia-AG und VW-Werk). Da der Kapazitätsausbau der beiden Werke im großen und ganzen abgeschlossen ist, werden sie das Gewicht des Erz- und Kohle-Umschlages allerdings nicht weiter mindern können. Bisher ist der Umfang des Seeverkehrs im Emder Hafen im großen und ganzen noch gestiegen.

Güterumschlag im Emder Hafen in Mio. t[12])

	Seeverkehr			Binnenverkehr		
	Eingang	Ausgang	Saldo	Eingang	Ausgang	Saldo
1957	7,3	1,2	6,2	1,2	3,6	— 2,4
1961	8,8	2,6	6,2	1,7	3,9	— 2,2
1965	9,7	1,8	7,9	1,4	3,3	— 2,1
1967	8,3	2,1	6,2	1,6	2,1	— 0,5
1968	9,9	2,6	7,3	1,6	2,4	— 0,8
1969	11,5	2,5	9,0	1,7	2,7	— 1,0

Ein weiterer Zuwachs vor allem des Massenguttransportes für das Ruhrgebiet ist allerdings gefährdet: Da durch die steigenden Schiffsgrößen im Massengutverkehr die Ansprüche an den Ausbau der Seehäfen immer mehr steigen, ist Emden bei einer Tiefe des Emsfahrwassers vor dem Hafen von maximal 8,5 m den modernen Erzfrachtern nicht mehr gewachsen; sie werden z. T. in der Emsmündung vor Borkum geleichtert. Gleichzeitig baut der aktuelle Konkurrent Rotterdam seinen Hafen für 250 000-t-Schiffe aus;[13]) die potentiellen Konkurrenten Wilhelmshaven und die Bremer

11) Zus. u. ber. nach: Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Jahresbericht 1957 ff.

12) ebenda.

13) „Es ist bekannt, daß die Industrie des öffentlichen Ruhrgebietes wegen der abwartenden Haltung Niedersachsens ernsthaft prüft, ob eine Verlagerung der Erzeinfuhren auf Großraumschiffe nach Rotterdam zweckmäßiger sei." A. Grunewald, Aspekte niedersächsischer Hafenpolitik, Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Hannover 1963, S. 304.

Häfen besitzen – bei weiteren Ausbauplänen – bereits jetzt eine wesentlich größere Fahrwassertiefe als Emden. Der bisher wichtige Vorteil Emdens, gleichzeitig eine Binnenwasserverbindung zum Ruhrgebiet zu besitzen, nimmt immer mehr ab, da die Bundesbahn auch im Massenguttransport an Bedeutung gewinnt.

Daß sich die Aussichten des Emder Hafens fast ausschließlich danach bestimmen lassen, inwieweit er finanziell und zeitlich günstige Transportverbindungen für den Güteraustausch anderer Regionen zu bieten hat, liegt daran, daß sich im Gegensatz zu anderen Häfen an den Gütertransport nicht eigene Handels- oder Verarbeitungsfunktionen anschlossen.

> „Ein Hafen vermag sein Hinterland auch dann über sein transportkostenmäßiges Vorzugsgebiet hinaus auszudehnen, wenn die Hafenstadt zugleich wichtiger Markt ist . . . Ähnlich liegen die Dinge, wenn eine Hafenstadt einen starken Eigenhandel besitzt, d. h. wenn auf eigene Rechnung exportierende und/oder importierende Handelsfirmen im Hafen ansässig sind; denn diese Firmen ziehen die Güter, die sie dort kaufen, häufig auch dann gern an ihren Firmensitz heran, wenn die Transportkostenlage im Binnenverkehr zugunsten eines anderen Hafens spricht."[14])

Eine eigene Handelsfunktion konnte Emden nicht aufbauen.

> „Die überwiegend landwirtschaftliche Ausrichtung des ostfriesischen Raumes und die verhältnismäßig dünne Besiedlung dieses Wirtschaftsgebietes mit dem Fehlen eines dem Hafen Emden nahen Großverbrauchszentrums mögen unter anderem die Ursache gewesen sein, daß sich in Emden kaum eine den anderen Häfen vergleichbare Handelsfunktion gebildet hat."[15])

Die Ansiedlung hafenorientierter Gewerbe, die einen Teil des Güterex- und importes tragen und damit absichern, erfolgte erst in den 60er Jahren. Von ihrer Ausdehnung hängt aktuell die Chance Emdens ab, einen Teil des Güterumschlages bei einem Verlust der Umschlagsfunktion für das Ruhrgebiet absichern zu können. Für Emden besteht aktuell nur noch die Chance, durch eine Ausweitung des hafenorientierten Gewerbes jedenfalls einen Teil des Güterumschlages abzusichern. Denn die Hoffnung, die auf die nach wie vor sehr vagen Ausbauversprechungen (1923 in einem Staatsvertrag zugesichert) gesetzt wird, scheinen angesichts der Nähe anderer leistungsfähiger Häfen (für Wilhelmshaven ist der Ausbau des Fahrwassers auf 15 m bereits beschlossen) nicht sehr begründet, zumal auch 10 m für die modernen Erzfrachter nicht mehr ausreichen.

Die Beschäftigtenzahl in der Wirtschaftsabteilung Schiffahrt, Wasserstraßen und Häfen ist in der BRD trotz wachsender Gütermenge von ca. 133 000 (1964) auf ca. 102 000 (1969) gesunken.[16]) Die Arbeitsproduktivität ist stark gestiegen, da die nationale und internationale Konkurrenz in der Schiffahrt die Schiffsgrößen und den Mechanisierungsgrad erhöhten (und zu einer steigenden Konzentration unter den Reedereien führte), was gleichzeitig eine Mechanisierung der Verlademethoden (Container-Verkehr) und -vorgänge in den Häfen bedingte. Vor allem in der Binnenschiffahrt, die durch die Substitutionskonkurrenz anderer Verkehrsträger (Eisenbahn und Straßengütertransport) bedroht ist, hat in den letzten Jahren eine Konzentrationstendenz begonnen, die zur allmählichen Auflösung der bisher kleingewerblichen

14) H. Sanmann, Die Seehäfen in der Weltwirtschaft, in: H. Sanmann (Hrsg.), Handbuch der europäischen Seehäfen, Grundfragen der Seeverkehrswirtschaft, Bd. I, Hamburg 1967, S. 222.

15) R. Oldewage, Die Nordseehäfen im EWG-Raum, Basel-Tübingen 1963, S. 30.

16) Zus. nach: **Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Mikrozensus.**

Struktur führt. Da diese allgemeine Tendenz sich auch in Ostfriesland ausgewirkt hat, dürfte auch hier die Beschäftigtenzahl gesunken sein.

Gleichzeitig kann man von erheblichen Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur ausgehen: Einmal wächst mit der Konzentration in den Schiffahrtsunternehmen der Anteil der Lohnabhängigen auf Kosten der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen; zum anderen steigen mit der Mechanisierung und den Schiffsgrößen der Spezialisierungsgrad der Beschäftigten und die Ansprüche an die technischen Kenntnisse: der universell ausgebildete Schiffer und Matrose weicht dem Spezialisten. Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei der Struktur der Hafenbeschäftigten. Neben der erheblichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität, führt die Mechanisierung zu einem Rückgang des Anteils ungelernter Hilfskräfte zugunsten angelernter Maschinenbediener (Kranführer usw.). Gleichzeitig stabilisiert sich dadurch die davor sehr schwankende Zahl von Beschäftigten; denn da die Arbeitskräfte nicht mehr so sehr mit dem Verladevorgang selbst, sondern eher mit dem Bedienen von Transportmaschinen beschäftigt sind, bestimmen nicht mehr die Menge der zu verladenden Güter, sondern die dafür notwendigen konstanten technischen Einrichtungen die Beschäftigtenzahl, zumal schon die dafür notwendigen technischen Kenntnisse eine permanente Beschäftigtenfluktuation verbieten.

3.5.3. **Private Dienste**

1961 (neuere Daten liegen erst bei einer Veröffentlichung der Arbeitsstättenzählung von 1970 vor) waren außer dem Gaststättengewerbe noch sämtliche private Dienstleistungszweige in Ostfriesland unterrepräsentiert.

Beschäftigte im privaten Dienstleistungsgewerbe 1961 im RB Aurich[17])

	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Beschäftigte pro Arbeitsstätte	Bedeutungsfaktor
Kredit und sonstige Finanzen	205	1 374	6,7	0,72
Versicherung	150	310	2,1	0,28
Private Dienstleistungen	3 722	12 692	3,4	0,93
darunter:				
Gaststätten etc.	1 884	6 816	3,6	1,54
Wäscherei, Reinigung	203	987	4,9	0,68
Friseure etc.	334	1 300	3,9	0,85
Wissen, Bildung, Sport	82	155	1,9	0,51
Kunst, Rundfunk etc.	44	178	4,1	0,32
Verlage, Presse etc.	44	131	3,0	0,19
Gesundheitswesen	492	1 199	2,4	0,76
Veterinärwesen	69	114	1,7	1,93
Rechtsberatung etc.	183	808	4,4	0,79
Archit., Labor etc.	81	199	2,5	0,26
Wirtschaftswerbung (ohne Messe)	20	27	1,4	0,12
Grundstücke, Wohnungswesen	30	171	5,7	0,40
Sonstige Dienstleistungen	256	607	2,4	0,88

Die Interpretation dieser Daten und eine Einschätzung der weiteren Entwicklung der privaten Dienste in Ostfriesland im Verlauf der 60er Jahre erfordert eine ungefähre

17) Zus. u. ber. nach: **NLV, Arbeitsstättenzählung 1961.**

Funktionsbestimmung der einzelnen Zweige, wofür zunächst eine grobe Aufteilung der Zweige nach ihren Hauptadressaten: gewerblichen und privaten Nachfragern notwendig wird.[18]) Denn erst dann können Hypothesen darüber aufgestellt werden, inwieweit die allgemeine Tendenz zur Expansion der Arbeitsstätten und Beschäftigten der privaten Dienste sich auch in Ostfriesland vollzogen hat. Die Expansion der **gewerblich orientierten Dienstleistungen** (hauptsächlich Wirtschaftsberatung, Werbung, Architektur- und Ingenieurbüros, aber auch teilweise Banken und Versicherungen) hing damit zusammen, daß mit zunehmender Differenzierung in den Produktions- und Verkaufsmethoden Beratungs-, Planungs- und Verwaltungsfunktionen in den einzelnen Betriebsbereichen sehr stark zugenommen haben, die teilweise von Angestellten der einzelnen gewerblichen Unternehmen, teilweise von selbständigen Dienstleistungsbüros wahrgenommen werden. Die in Anspruch genommenen Leistungen dienen also nicht konsumtiven Zwecken, sondern werden als Mittel eingesetzt, den Betriebsablauf gemäß dem Ziel der Profitmaximierung optimal zu gestalten. Aus dieser qualitativen und nicht mehr rein quantitativen Bestimmung des Zusammenhanges zwischen gewerblicher Produktion und privaten Diensten wird ersichtlich, warum Ostfriesland in den 50er Jahren einen breiten gewerblich orientierten Dienstleistungsbereich nicht entwickeln konnte, da die Produktions- und Absatzplanung des traditionellen Gewerbes im großen und ganzen noch zu wenig differenziert war, um entsprechende Dienste zu benötigen. Auch in den 60er Jahren konnten sich gewerblich orientierte Dienste nicht in dem Ausmaß wie die industrielle Produktion ausdehnen, da vor allem die komplizierten und differenzierten Dienste von den Hauptverwaltungen außerhalb der Region wahrgenommen wurden. Die Ausdehnung, der **konsumorientierten privaten Dienste** wuchs generell überproportional mit der privaten Kaufkraft.[19]) Zwei Tendenzen führten zu einem steigenden Anteil der Dienstleistungsausgaben an den privaten Haushaltsausgaben: Einmal konnten mit steigenden Konsummöglichkeiten Arbeiten, die bisher in privaten Haushalten selbst ausgeführt wurden, in höherem Maße auf entsprechende gewerbliche Betriebe verlagert werden (Gaststätten, Friseure, Reinigung); zum anderen wuchs mit der steigenden Arbeitsentfremdung, Arbeitsintensivierung und den mit Verwendung der Technik steigenden Ausbildungsanforderungen die Notwendigkeit (durch verlängerte Freizeit gleichzeitig die Möglichkeiten) zu differenzierten Methoden der Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Für diesen Bereich kann also angenommen werden, daß in Ostfriesland die Zunahme der privaten Einkommen und die steigende Arbeitsintensität im Zuge der Industrialisierung die Nachfrage nach konsumtiven Diensten in den 60er Jahren erhöht hat, wobei der Bundesdurchschnitt allerdings wegen des Übergewichts gering qualifizierter Erwerbstätiger nicht erreicht worden sein dürfte. Die insgesamt nach wie vor geringe, verstreute und relativ undifferenzierte Nachfrage nach privaten Diensten beeinflußt auch die Beschäftigtenstruktur der einzelnen Betriebe. Soweit noch kleingewerbliche selbständige Betriebe vorherrschten, sind –

18) Siehe dazu die Unterteilung in „consumer services" und „buisiness services" in: K. Vogt, Die Exportfähigkeit von Dienstleistungen, Weltwirtschaftliche Studien 9, Göttingen 1967, S. 30 ff.

19) „Aufgeteilt nach Güterarten (Waren und Dienstleistungen) ergibt sich, daß die privaten Haushalte 1950 knapp 75 % des privaten Verbrauchs für den Kauf von Waren aller Art und – abgesehen von Ausgaben für Wohnungsmiete und Energie – rund 19 % für Dienstleistungen aller Art ausgegeben haben. Bis zum Jahre 1962/63 hat sich der Ausgabenanteil für Warenkäufe auf etwa 66 % verringert, während der für Dienstleistungen auf nahezu 25 % anstieg." A. Schüller, Dienstleistungsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland – Sichere Domäne selbständiger mittelständischer Unternehmen? Abhandlungen zur Mittelstandsforschung Nr. 25, Köln und Opladen 1967, S. 37.

analog zum Einzelhandel – der Grad der Spezialisierung der Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität niedrig. In Dienstleistungsbereichen mit hoher Unternehmenskonzentration – hauptsächlich Banken und Versicherungen – werden in Ostfriesland überwiegend Filialbetriebe mit begrenzter Funktion und entsprechend begrenzter Qualifikation der dort Beschäftigten angesiedelt, während zentrale Verwaltungstätigkeiten und spezielle Beratungsfunktionen außerhalb der Region konzentriert werden.

Aus diesem Rahmen fällt nur das **Gaststätten- und Beherbungsgewerbe,** das seine überdurchschnittliche Bedeutung dem Fremdenverkehr auf den ostfriesischen Inseln Borkum (L Leer), Juist, Norderney, Baltrum (L Norden), Langeoog und Spiekeroog (L Wittmund) und in einigen Küstenbadeorten verdankt. Die außerregionale Kaufkraft, die dadurch jährlich der Region zufließt, kommt dabei neben dem Gastgewerbe auch einer Reihe von konsumorientierten Dienstleistungen in den Fremdenverkehrsorten zugute.

Strukturdaten des Gaststätten- und Beherbungsgewerbes September 1960[20])

		Beschäftigte pro 1000	Umsatz	
	abs.	Einwohner	pro Einwohner	pro Beschäftigte
Niedersachsen	75 656	11,6	210	18,1
RB Aurich	6 163	17,2	208	12,1
Emden	493	11,1	211	18,9
L Aurich	488	7,0	124	17,6
L Leer	1 464	12,1	146	12,1
L Norden	2 891	39,2	399	10,2
L Wittmund	827	16,3	189	11,6
L Asch.-Hümml.	536	8,1	127	15,6

An den unterdurchschnittlichen Umsatzbezugsgrößen zeigt sich allerdings die geringe Auslastung der Beherbergungskapazitäten durch die Beschränkung der Feriensaison auf die 2½–3 Sommermonate. Die Hauptsaison wird dabei nicht nur durch die klimatischen Bedingungen, sondern auch durch die Sommerferien der Schulen bestimmt, da die Hauptgruppe der Besucher aus Familien mit schulpflichtigen Kindern besteht.[21]) Einen Ausgleich gegenüber der saisonalen Auslastung bringen allerdings die Sanatorien, Spezialkliniken, Kinder- und Erholungsheime.

Bietet der Fremdenverkehr in anderen ländlichen Regionen – vor allem in den Mittelgebirgsregionen – für die ansässigen Erwerbstätigen die Möglichkeit, das ungenügende Einkommen aus der Haupterwerbstätigkeit (häufig aus landwirtschaftlichen Familienbetrieben) durch eine Nebenerwerbstätigkeit im Fremdenverkehrsgewerbe aufzubessern,[22]) so besteht diese enge Verbindung zwischen traditioneller

20) Zus. u. ber. nach: NLV, Das Gastgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960. Statistik von Niedersachsen, Bd. 34, Hannover 1963.

21) Siehe Luise Hasbagen, Die ostfriesischen Inseln, Zur Wirtschaftsgeographie eines Fremdenverkehrsgebietes, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Göttingen-Hannover 1964, S. 181; A. Koch, A. Christl, Eine Untersuchung über den Fremdenverkehr auf den ostfriesischen Inseln, Schriftenreihe des Deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institutes für Fremdenverkehr an der Universität München, Heft 11, München 1967.

22) So werden die Programme „Ferien auf dem Bauernhof" auch eingerichtet, um Landwirten einen Nebenverdienst zu sichern.

Tätigkeit und Fremdenverkehr in Ostfriesland kaum. Der Fremdenverkehr hat auf den ostfriesischen Inseln einen solchen Umfang angenommen, daß er einmal während der Saison die dortigen Arbeitskräfte voll absorbiert; zum anderen wurde er dadurch für kapitalistisch arbeitende Betriebe interessant, die klein- oder nebengewerbliche Betriebe in ihrer Bedeutung zurückdrängten.

Ingesamt bietet der Fremdenverkehr erhebliche und noch weiter wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten, die allerdings überwiegend auf gering qualifizierte weibliche Arbeitskräfte für die Hauptsaison beschränkt bleiben. Da die Inseln und Küstenbadeorte als Rekrutierungsgebiete für die saisonalen Arbeitskräfte nicht ausreichen, ist die Einstellung von Aushilfskräften für einige Monate mit Schwierigkeiten verbunden. Unter anderem wird dabei auf Gastarbeiterinnen, Schülerinnen und Studentinnen aus anderen Regionen zurückgegriffen. Der Arbeitsmarkt wird dadurch eher um kurzfristige Verdienstmöglichkeiten als um langfristige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten bereichert. Der Multiplikatoreffekt auf das regionale Gewerbe darf allerdings nicht unterschätzt werden.

3.5.4. Öffentlicher Dienst

In der Entwicklung des öffentlichen Dienstes sind gegenläufige Tendenzen in der regionalen Verteilung der Beschäftigten aufgetreten: Da zunächst angestrebt wurde, auch in Regionen mit geringerem Steueraufkommen den gleichen Versorgungsgrad mit öffentlichen Dienstleistungen wie im Bundesdurchschnitt zu erreichen, stieg die Zahl der öffentlichen Bediensteten gerade in kleinen Gemeinden nach dem Krieg erheblich an, zumal für den gleichen Versorgungsgrad wegen der niedrigen Bevölkerungsdichte mehr Beschäftigte als in Ballungsgebieten benötigt wurden. Da die dezentralisierten Versorgungseinrichtungen weder ihr Angebot differenzieren noch die Grundkapazitäten auslasten konnten, wurde in den 60er Jahren diese Tendenz zur breiten Streuung durch eine innerregionale Konzentration der Versorgungseinrichtungen auf zentrale Orte (Mittelpunktschulen, Krankenhäuser usw.) abgelöst; das Beschäftigtenwachstum konnte – gemessen an den steigenden Leistungen – durch die jetzt entstehenden Rationalisierungsmaßnahmen und die Kapazitätsauslastung abgeschwächt werden.[23])

Diese neue Tendenz fand überregional in der Umstrukturierung zentraler Verwaltungseinrichtungen ihre Ergänzung; da hier der direkte Kontakt zur Bevölkerung eine geringere Rolle spielt, wurden und werden zunehmend einzelne Funktionen überregional zentralisiert (Gerichte, Ämter usw.) oder ganze Verwaltungseinheiten zusammengelegt (Gemeinden, Landkreise, Regierungsbezirke).

In Ostfriesland haben diese Tendenzen seit 1950 zu einer jeweils unterschiedlichen Beschäftigtenrelation im öffentlichen Dienst gegenüber dem Landesdurchschnitt geführt.

23) Siehe dazu: Rationalisierung und Mechanisierung im öffentlichen Dienst. Ein Gutachten des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung e. V. für die Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1968, S. 29 ff.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf 1000 Einwohner[24])

	1950	1961*	1969
Niedersachsen	20,0	30,7	48,3
RB Aurich	15,8	34,1	44,3

* Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

Die Bemühungen in den 50er Jahren um einen durchschnittlichen Versorgungsgrad mit öffentlichen Leistungen bei geringen Auslastungsmöglichkeiten hatten in Ostfriesland 1961 zu einer überdurchschnittlichen Beschäftigten- und Arbeitsstättenquote geführt: so kamen auf 1000 Einwohner 1961

— in Niedersachsen 0,79
— im RB Aurich 1,28

Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften.[25]) 1969 fiel dagegen die Beschäftigtenquote bei allerdings starker absoluter Steigerung wieder unter den Landesdurchschnitt. Die innerregionale und außerregionale Zentralisierung der Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen haben den Beschäftigtenzuwachs gegenüber übergeordneten Vergleichsregionen abgebremst. Diese Tendenz wird bei einer Verwirklichung der angestrebten Verwaltungsreform Niedersachsens, bei der u. a. der RB Aurich aufgelöst werden soll, noch verstärkt werden.

Auch für die regionale Beschäftigtenstruktur hat die allgemeine Zentralisationstendenz Auswirkungen: Zwar werden durch eine Vergrößerung und Differenzierung der innerregionalen Versorgungs- und unteren Verwaltungseinrichtungen entsprechend funktional gegliederte Beschäftigtenpositionen geschaffen. Die Tendenz zur außerregionalen Konzentration zentraler Verwaltungseinrichtungen (denn Ostfriesland wird wegen seiner Standortschwächen überwiegend Funktionen abgeben müssen) führt allerdings zu einer Begrenzung der in der Region vorhandenen Qualifikationen auf untere und mittlere Positionen, da die gehobenen Positionen mit der Zentralisierung der entsprechenden Funktionen außerhalb der Region angesiedelt werden.

3.5.5. **Exkurs: Zum Verhältnis von Produzierendem Bereich und Verteilungs- und Dienstleistungsbereich**

Aus der Darstellung der einzelnen Zweige des Verteilungs- und Dienstleistungsbereichs ergab sich, daß sie offensichtlich nicht in dem Maße wie die industrielle Produktion gewachsen sind. Dieser Beobachtung soll im folgenden näher nachgegangen werden, da in der Regionalforschung häufig von einer einseitigen Abhängigkeit zwischen Produzierendem Bereich und „Tertiärem Sektor" ausgegangen wird, die auf der Annahme beruht, daß es sich

> „. . . bei den privaten und öffentlichen . . . Dienstleistungen sowie dem Verkehr um Folgeeinrichtungen handelt, deren Expansion weitgehend von den im Primären Bereich erzielten Umsätzen und Einkommen abhängt".[26])

24) Zus. u. ber. nach: **1950: NALS,** Die **nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten** in Niedersachsen, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 15, Heft 4, Hannover 1953; **1961: NLV, Arbeitsstättenzählung 1961;** 1969: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 24. Jg., Mai 1970, Heft 5, Beilage: Die kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens in Zahlen.

25) Ber. nach: **NLV, Arbeitsstättenzählung 1961.**

26) H. Jürgensen, D. Marx, Forschungsbericht: Regionalplanung und wirtschaftliches Wachstum, Hamburg 1964, S. 100.

Diese Annahme besitzt praktische Relevanz, weil sie in der regionalpolitischen Planung ihre Quantifizierung im sog. Gesetz vom doppelten Stellenwert findet: ein Beschäftigter im produzierenden Bereich ziehe einen Beschäftigten im „Tertiären Sektor" nach sich. Auch das Regionale Aktionsprogramm Nordwestniedersachsen, in das auch der RB Aurich fällt, arbeitet mit dieser Annahme:

„Im Aktionsgebiet Nordwestniedersachsen wird in den 10 Jahren bis 1980 mit einem zusätzlichen Arbeitsplätzebedarf von rd. 100 000 gerechnet. Es sind mithin in den nächsten 5 Jahren mindestens 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Unter der Annahme, daß mit jedem neuen industriellen Arbeitsplatz ein Arbeitsplatz im tertiären Bereich ohne spezielle Förderung entsteht, müssen demgemäß durch Maßnahmen der regionalen Förderung im Aktionsgebiet in den Jahren 1969–1973 25 000 – . . . – neue Arbeitsplätze geschaffen werden."[27])

Dieses Gesetz beruht in seiner theoretischen Grundlage auf folgenden Thesen: Da Dienstleistungen nicht transportabel sind, sondern Produzent und Konsument meist direkt miteinander in Kontakt treten müssen, beschränkt sich ihr Absatzradius auf einen sehr engen Raum; die Ausdehnung des Tertiären Sektors hängt deshalb von der Höhe der regional verfügbaren Einkommen ab. Die Wirtschaftskraft einer Region (als Bestimmungsgröße für die regionalen Einkommen) wird wiederum davon bestimmt, in welchem Maße eine Region für überregionalen Bedarf produziert.[28])

„Die Leistungen der Nahbedarfstätigen bilden für den Nahbereich den inneren Kreislauf; dieser wird aus dem äußeren Kreislauf, d. h. den Leistungen der Fernbedarfstätigen gespeist. Die Existenz der Nahbedarfstätigen baut sich demnach auf den Fernbedarfstätigen auf."[29])

Diese These läuft letztlich darauf hinaus, daß die wirtschaftlichen Expansionschancen eines Gebietes auf der Produktion für einen überregionalen Markt beruhen, also jeweils durch die Austauschbeziehungen zwischen einzelnen Wirtschaftsgebieten stimuliert werden. Obwohl auch dies bereits fragwürdig ist,[30]) soll hier nur kurz untersucht werden, inwieweit in der gesamtwirtschaftlichen und in der regionalen Entwicklung von einer quantitativ bestimmbaren Beziehung und Abhängigkeit zwischen der Entwicklung des Produzierenden Bereiches und des „Tertiären Sektors" ausgegangen werden kann. Aus den kurzen Funktionsbestimmungen der einzelnen Abteilungen des Verteilungs- und Dienstleistungsbereiches wurde deutlich, daß nur ein Teil aufgrund einer eher quantitativen Vermehrung der Wirtschaftskraft bzw. der Einkommen eines Wirtschaftsraumes expandierte: nämlich derjenige, der konsumierbare Leistungen mit einem autonom bestimmbaren Gebrauchswert anbietet (Gast-

27) Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Regionale Aktionsprogramme Nordwestniedersachsen und Niedersächsisches Zonenrandgebiet, Zusammenfassung, Hannover 1969, S. 5.

28) Siehe zu den verschiedenen Ansätzen der basic-non-basic-Theorie: **E. Dähne, K. Steinhaus,** Problemstudie: Zu ausgewählten **Entwicklungsproblemen des Ruhrgebietes, Teil II,** bearbeitet vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) Marburg/Lahn, Eine Untersuchung im Auftrage des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RWK) e. V., o. O., o. J., S. 92 ff.

29) G. Isenberg, Existenzgrundlagen der Stadt, in: **Isenberg, Existenzgrundlagen,** S. 15.

30) Es wird damit unterstellt, daß das Wachstum einer Region auf dem Austausch mit anderen Regionen beruht; richtig ist vielmehr, daß der **Anstoß** zu einem Wachstum, vor allem der Anstoß zu Produktivitätsfortschritten meist durch die Produktion für einen überregionalen Markt gegeben wird, da durch die interregionale Arbeitsteilung die Produktivkräfte entfaltet und weiterentwickelt werden können, wobei der eigentliche **Träger** wirtschaftlichen Wachstums aber das regionale Mehrprodukt ist, das nicht verkonsumiert, sondern reinvestiert wird.

stätten, Unterhaltungseinrichtungen, Friseure usw.). Die anderen Zweige, die Verteilungs-, Verwaltungs-, Beratungs-, Herrschaftsfunktionen, also abgeleitete Funktionen ohne eigenen Gebrauchswert wahrzunehmen, expandieren nicht so sehr durch quantitative, sondern überwiegend durch qualitative Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur: da sich mit dem Wachstum auch die Form veränderte und verkomplizierte, in der einzelkapitalistisch und gesamtgesellschaftlich produziert, investiert, konsumiert wurde, wurden in steigendem Maße Funktionen notwendig, die dazu dienen, die spezifischen gesellschaftlichen Konsumtions-, Produktions- und Herrschaftsformen vorzubereiten, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Diese Funktionen werden von Teilen des öffentlichen Dienstes, von Banken und Versicherungen, von Handel und Verkehr und von gewerblich orientierten Dienstleistungsbetrieben wahrgenommen.

Das Gesetz vom doppelten Stellenwert muß also schon für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Weise modifiziert werden, daß hier kein mechanistischer, rein quantitativer, sondern ein über die jeweilige gesellschaftliche Form der Produktion vermittelter Zusammenhang besteht.

Wendet man es auf die regionalen Beziehungen zwischen Produzierendem Bereich und „Tertiärem Sektor" an, so wird es für die Prognose der Entwicklung des Tertiären Sektors weitgehend unbrauchbar. Denn weder aktuell noch in der Tendenz decken sich die regionale Verteilung des Produzierenden Gewerbes und des Tertiären Sektors. Besteht beim Produzierenden Bereich teilweise eine Dezentralisierungstendenz, so ist bei den meisten tertiären Zweigen eher eine Zentralisierungstendenz, der nur partiell eine Streuung der Versorgung mit Dienstleistungen entgegenläuft, zu beobachten. Deutlich wird dieser überwiegend städtische Charakter vieler Dienstleistungsbereiche (bei ganz anderer regionaler Verteilung des Verarbeitenden Gewerbes) bei der Verteilung der Beschäftigten auf die Gemeindegrößenklassen:

Beschäftigte auf 1000 Einwohner nach Gemeindegrößenklassen in der BRD 1968[31])

	Handel	Verkehr u. Nachrichten	Banken u. Versicherung.	Private Dienstleistg.	Gebietskörperschaft- u. Soz.-Vers.	Verarb. Gewerbe
unt. 1 000 Einw.	30,2	15,0	4,9	31,8	15,1	126,5
1 000 – unt. 2 000 Einw.	37,2	17,7	5,8	35,3	17,2	158,1
2 000 – unt. 3 000 Einw.	40,1	21,1	6,6	39,4	19,9	159,4
3 000 – unt. 5 000 Einw.	42,6	20,0	7,6	46,9	20,2	184,6
5 000 – unt. 10 000 Einw.	48,5	20,5	7,7	53,1	26,2	168,6
10 000 – unt. 20 000 Einw.	52,7	21,3	8,9	54,8	32,0	186,9
20 000 – unt. 50 000 Einw.	57,4	24,5	10,1	63,9	31,8	186,0
50 000 – unt. 100 000 Einw.	60,5	22,8	9,2	60,5	40,8	156,8
100 000 Einw. und mehr	68,0	33,0	15,5	77,0	35,5	156,1
Insgesamt	52,8	24,2	10,1	57,3	28,2	162,0

Diese Konzentration auf die Großstädte beruht einmal darauf, daß diejenigen Dienstleistungsbereiche, die durch ihre überwiegend planenden, verwaltenden Funktionen keines ständigen Kontaktes mit den Betroffenen bedürfen (zentrale Verwaltungen von Gebietskörperschaften und Organisationen, von Banken und Versicherungen),

31) Zus. u. ber. nach: **Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Mikrozensus.**

vorzugsweise – und zunehmend – in Großstädten zentralisiert werden. Gleichzeitig folgen die gewerblich orientierten Dienstleistungen mit ihren Beratungs- und Planungsfunktionen der Zentralisierung industrieller Verwaltungen in die Großstädte; gerade an dieser engen lokalen Verbindung zwischen Industrieverwaltungen und gewerblich orientierten Diensten wird deutlich, daß der zunehmende Bedarf nach diesen Diensten nicht eine einfache Folge der Zunahme industrieller Produktion ist (dann müßte sich die regionale Verteilung dieser Dienste mit der der industriellen Produktion decken), sondern Folge der spezifischen Planungsformen des gesamten Kapitalverwertungsprozesses, weshalb sie in enge Verbindung mit den Entscheidungsträgern dieses Prozesses – den Hauptverwaltungen – treten müssen. Auch die konsumorientierten Dienstleistungen, die noch am ehesten dezentralisiert verteilt sind, besitzen vor allem in ihren differenzierten Bereichen in den Großstädten ein Übergewicht, da hier durch die Konzentration gehobener differenzierter Beschäftigtenpositionen unter den Konsumenten ein größerer Bedarf nach Dienstleistungen besteht als in ländlichen Regionen.

Die regionale Konzentrationstendenz, die im industriellen Bereich für die Planungs- und Führungstätigkeiten festgestellt wurde, wiederholt sich also bei der Verteilung der tertiären Leistungen.

> „Die hier genannten Teilprozesse der institutionellen und regionalen Konzentration von ökonomischer und politischer Herrschaft vollziehen sich wahrscheinlich stufenweise von den Ausführungsgebieten – über die mittleren großstädtischen Zentren – zu den Metropolen. Parallel dazu vollzieht sich eine Anreicherung von solchen Dienstleistungen in den Führungstädten, die Funktionen für Kommunikation, Entscheidungsfindung und Herrschaftsausübung übernehmen."[32])

Für Regionen wie Ostfriesland führt diese Tendenz zu einer qualitativen und quantitaven Beschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, da entscheidende zentrale Funktionen öffentlicher und privater Planung und Verwaltung in anderen Regionen wahrgenommen werden, die deswegen einen überproportionalen Zuwachs an tertiären Arbeitsplätzen haben. Wurde bereits bei der Beschreibung der spezifischen Industrialisierung Ostfriesland die These aufgestellt, daß sich im industriellen Bereich nach Abschluß der jeweiligen Ausbauphase ein ständiger Kapitalabfluß in die Hauptverwaltungen, in den Aufbau von anderen Zweigwerken vollzieht, so wiederholt sich dieser Prozeß auch auf der Ebene der öffentlichen und privaten Verwaltungen und Dienstleistungseinrichtungen.

Da qualifizierte Beschäftigte mit hohen Einkommen bei den Arbeitsplätzen der zentralen Dienstleistungsgewerbe überdurchschnittlich stark vertreten sind, vergrößert sich auch in der Qualifikationsstruktur und der Höhe der regionalen Einkommen die Diskrepanz zwischen den Regionen, in denen einerseits die Führungspositionen und differenzierten Bereiche der Produktion und des Dienstleistungsbereiches konzentriert sind und den Gebieten andererseits, in denen überwiegend ausführende Tätigkeiten und einfache Versorgungseinrichtungen angesiedelt werden noch mehr. Das Gesetz vom doppelten Stellenwert ist in seiner theoretischen Grundlage nicht nur viel zu mechanistisch, um die komplexen Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen erfassen zu können; es weckt außerdem die Illusion in der Regionalpolitik, durch eine rein quantitative Ansiedlung von Arbeitsplätzen aus dem Produzierenden Bereich Entwicklungsprozesse in bisher ländlichen Regionen in Gang setzen zu können, die langfristig zu einer Annäherung in Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur an die Ballungsgebiete führen könnten.

32) **Dähne, Steinhaus, Entwicklungsprobleme des Ruhrgebietes, Teil II,** S. 87.

4. Zum Wandel in den Erwerbsbedingungen im Zuge der Industrialisierung Ostfrieslands

Bisher wurden aus der sozialökonomischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche Ostfrieslands überwiegend Veränderungen in der Arbeitsplätzestruktur abgeleitet. In dem nun folgenden Komplex soll dargestellt werden, wie sich diese Veränderungen auf die Erwerbsbedingungen in Ostfriesland ausgewirkt haben. Die hauptsächliche Fragestellung ist dabei, wie sich die Anpassung der Erwerbstätigen an die veränderten Arbeitsbedingungen vollzog – inwieweit dadurch bisher bestehende Widersprüche auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen oder neue Widersprüche entstanden sind. Um für diesen Komplex den Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation und Arbeitsmarkt nicht nur empirisch in der jeweiligen konkreten Vermittlung zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften zu beschreiben, werden zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von ökonomischer Situation und Arbeitsmarkt angestellt, die dann für die folgenden konkreten Beschreibungen als Hintergrund dienen.

4.1. Ausgangsüberlegungen zum Verhältnis von ökonomischer Situation und Arbeitsmarkt

Nach der allgemeinen Definition beschränken sich Arbeitsmarktprozesse auf die Probleme und die Bedingungen, unter denen zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften ein Arbeitsverhältnis hergestellt, verändert oder gelöst wird. [1]) Der Begriff „Markt" wird dabei so gefaßt, daß die Bedingungen, unter denen sich dieser Prozeß vollzieht, als ein Austauschprozeß von Waren unter selbständigen freien Warenbesitzern erscheinen, die jeweils das Ziel verfolgen, die zu handelnde Ware – die Arbeitskraft – zu möglichst günstigen Bedingungen zu verkaufen bzw. zu erwerben. Diese Gleichsetzung zwischen Arbeitsmarkt und anderen Warenmärkten wird insofern eingeschränkt (und der Arbeitsmarkt als „unvollkommener Markt" bezeichnet), als das Verhältnis zwischen der Ware Arbeitskraft und dem Besitzer und Anbieter dieser Ware eine besondere Qualität hat, die sich auch auf das Marktverhalten des Besitzers auswirkt.

Da der Arbeitskraft-Anbieter

- nur diese eine Ware besitzt, durch deren Verkauf er seinen Lebensunterhalt sichern kann,
- von seiner Ware nicht trennbar ist, sie also nicht an jedem beliebigen Ort einem Arbeitsplatzanbieter zur Verfügung stellen kann,
- durch die untrennbare Verbindung mit der Arbeitskraft auch von der Form und den Bedingungen, unter denen die Ware Arbeitskraft nach dem Austausch vom Unternehmer verwertet wird, unmittelbar betroffen ist,

werden folgende Einschränkungen der sonst unterstellten Marktgesetze gemacht:

- die Anbieter können in Zeiten sinkender Löhe den Verkauf ihrer Ware nicht bis zur Verbesserung der Lohnsituation einschränken, sondern sind sogar gezwungen, das Angebot an Arbeitskraft (durch Mitarbeit von Frauen, Kindern) zu vergrößern;

1) Siehe dazu: E. Willeke, Arbeitsmarkt, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Hrsg. von Beckerath u. a., Göttingen 1956, Bd. 1, S. 326 ff.

– die Mobilität der Ware Arbeitskraft ist begrenzt, so daß die Anbieter die jeweils regional und fachlich unterschiedlichen und wechselnden Löhne nicht voll ausnutzen können, da dies jeweils mit Wohnort- oder Berufswechsel verbunden wäre;

– in die Bewertung eines Arbeitsplatzes gehen nicht nur die äußeren, am Markt festgesetzten Bedingungen beim Verkauf der Arbeitskraft ein, sondern auch die internen Bedingungen, unter denen die Arbeitskraft im Arbeitsprozeß verwendet wird, die sich allerdings der Beeinflussung des Arbeitenden entziehen.

Eduard Willeke geht in seiner Arbeitsmarkt-Definition einen Schritt über die reine Konstatierung von Unterschieden in den Merkmalen eines Anbieters einer gegenständlichen Ware und der Ware Arbeitskraft hinaus und deutet den ökonomischen Zwang an, dem die Anbieter der Ware Arbeitskraft bei aller formalen Freiheit unterliegen:

„Dieser (der ökonomische Zwang F. W.) ergibt sich daraus, daß der Träger der menschlichen Arbeitsleistung diese marktmäßig nur verwerten und damit die Beschaffung von Lebenserhaltungsgütern erwirken kann, wenn er sie mit sachlichen Produktionsmitteln kombiniert, über die er aber selbst weitestgehend nicht verfügt. Das bedeutet, daß von einer erfolgreichen marktmäßigen Verwertung, also von dem Fremdaustausch der Arbeitsleistung Leben und Schicksal, Existenz und Lebensführung wie Wertbewußtsein ihres Trägers unmittelbar abhängt . . . Wenn es dem Wesen des Arbeitsmarktes entspricht, daß Nichtbesitzer von sachlichen Produktionsmitteln in grundsätzlich freiem Tausch ihre Arbeitsleistung den Besitzern dieser Mittel zur Verfügung stellen, um dadurch gewissermaßen ökonomisch komplett zu werden, dann ist damit gesagt, daß ein Arbeitsmarkt immer dann entsteht, wenn es zu einer nennenswerten Trennung der Arbeitskräfte vom Besitz an Sachgütern kommt."[2])

Aber auch diese Beschreibung des ökonomischen Hintergrundes der Arbeitsmarktvorgänge bleibt in entscheidenden Punkten noch in der Erscheinungsform befangen; denn nicht der Besitz an **sachlichen** Produktionsmitteln bezeichnet den eigentlichen Unterschied zwischen Anbietern und Käufern der Ware Arbeitskraft, sondern der **Kapitalbesitz,** der sich im Besitz an Produktionsmitteln darstellt. Nur durch diese Begriffsbestimmung kann man der Fiktion entgehen, der Produktionsprozeß sei als technischer Prozeß auf die Herstellung von Gütern ausgerichtet, für den man als „ökonomische Komplettierung" neben sachlichen Produktionsmitteln auch menschliche Arbeitskraft brauche; nur dadurch stößt man auf das eigentliche Ziel der Verwertung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozeß, nämlich auf das Ziel der Kapitalverwertung unter möglichst optimalen Profitbedingungen.

Hinter dieser Begriffsbestimmung steckt nicht nur ein Theorienstreit: ihre Relevanz für konkrete Arbeitsmarktprozesse zeigt sich daran, daß die Bedingungen, unter denen Kapitalbesitzer Arbeitskräfte zur Verwertung des investierten Kapitals im Produktionsprozeß verwenden, andere sind, als wenn die Arbeitskräfte eher unter Gebrauchswertgesichtspunkten nur zur Güterherstellung verwandt werden: Werden im ersten Fall Arbeitskräfte nur eingestellt, wenn sie über den bezahlten Lohn hinaus noch eine bestimmte Mehrwertrate erbringen (womit die Anforderungen an die zu erbringende Leistung von vorneherein hoch angesetzt werden), so stünde im zweiten Fall im Vordergrund, inwieweit sie durch ihre Arbeitsleistung die Gütermenge einer

2) ebenda, S. 322.

Gesellschaft erhöhen können (was z. B. die Verwendung auch weniger leistungsfähiger Arbeitskräfte, die aber zu ihrer eigenen und zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktion beitragen können, mit sich brächte).[3]) Die Trennung zwischen Besitzern von Produktionsmitteln und Besitzern der Ware Arbeitskraft bedeutet also, daß der gesamte Produktionsprozeß und damit die Verwertung der Ware Arbeitskraft dem einzelkapitalistischen Interesse der profitablen Kapitalverwertung unterliegt.

Ein Markt, auf dem Erwerbstätige, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen und diese zur Sicherung ihrer Reproduktion den Produktionsmittelbesitzern zur Verfügung stellen müssen, entsteht also erst mit dem Kapitalismus: der Arbeitsmarkt kann sich nur in dem Maße bilden, wie der Produktionsprozeß unter die Verfügungsgewalt weniger Kapitalbesitzer gerät, die die Arbeitsleistung der eigentlichen Produzenten und die gesamte Warenproduktion ihrer privaten Profitmaximierung und Kapitalverwertung unterordnen. Indem die Lohnabhängigen dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft Kapitalbesitzern zur Verfügung zu stellen, sind sie gleichzeitig als Einzelne dazu gezwungen, sich deren Profitinteressen unterzuordnen. Der theoretische Ansatz der gleichberechtigten Warenbesitzer und Marktpartner erweist sich für die Erklärung des Arbeitsmarktes also als Fiktion. Bestimmend für die Struktur eines Arbeitsmarktes ist vielmehr das Interesse der Kapitalbesitzer, da sie mit ihrer Entscheidung darüber, wo und in welchem Umfang Kapital investiert wird, über die wichtigste Voraussetzung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes verfügen: nämlich darüber, in welchem quantitativen Umfang, in welcher regionalen Verteilung und in welcher qualitativen Struktur Arbeitsplätze auf dem Arbeitsmarkt angeboten werden. Welche Chancen die Lohnabhängigen in einer bestimmten Periode und einer bestimmten Region bei dem Verkauf ihrer Arbeitskraft haben, inwieweit sie die Bedingungen durch Auswahl zwischen mehreren Arbeitsplätzen verbessern können, hängt also primär davon ab, ob die Ausdehnung der Produktion und damit der Arbeitsplätze in diesem zeitlichen und räumlichen Rahmen den Kapitalbesitzern profitabel erscheint. Die Lohnabhängigen können in ihrem Arbeitsmarktverhalten nur auf ein bestimmtes, von ihnen nicht direkt beeinflußbares Angebot an Arbeitsplätzen reagieren. Die Bedingungen, zu denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen und unter denen sie später im Arbeitsprozeß verwandt wird, können sie bestenfalls durch Auswahl zwischen Arbeitsplätzen modifizieren.

Daraus ergibt sich der wichtigste Unterschied in der hier vorgenommenen Begriffsbestimmung des Arbeitsmarktes gegenüber den vorher erwähnten gängigen Bestimmungen: Der Arbeitsmarkt kann nicht als autonom, gleichberechtigt neben anderen Märkten definiert werden; denn die Arbeitsplätze existieren nicht autonom, sondern ergeben sich aus einer profitorientierten Produktionsplanung der Kapitalbesitzer, die dann auf dem Markt als Arbeitsplatzanbieter den Arbeitskraftanbietern, die von der Produktionsplanung ausgeschlossen sind, gegenübertreten.[4])

3) Deutlich wird diese Differenz an der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte in kapitalistischen Ländern; sie werden nicht mehr in den Produktionsprozeß einbezogen, weil der Mehrwert, den sie erbringen, nicht hoch genug ist, obwohl sie mit ihrer Arbeitskraft die gesamtgesellschaftliche Gütermenge auch über ihre eigene Reproduktion hinaus erhöhen könnten.

4) Welchen Einfluß die Profitinteressen der Kapitalisten auf die Struktur eines bestimmten Arbeitsmarktes und damit auf die gesamten Erwerbsbedingungen ausüben, wird an der Regionalpolitik klar: wenn sich Regionalplaner etwa bemühen, Industriebetriebe in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit anzusiedeln, haben sie nur dann Erfolg, wenn sie auf die Profitinteressen der in Frage kommenden Kapitalisten eingehen, wenn also gesichert ist, daß die Ansiedlung eines Betriebes in einer ländlichen Region mehr Gewinne erwarten läßt als am alten Standort.

Aus der Definition der profitorientierten Produktionsplanung als strukturbestimmendem Faktor für den Arbeitsmarkt ergibt sich allerdings nicht, daß sich die Vermittlung zwischen Arbeitskräfte- und Arbeitsplätzeangebot gleichsam automatisch vollzieht. Denn wenn sich auch die Arbeitskräfte in ihrer regionalen Verteilung und fachlichen Struktur, partiell auch in ihrer Zahl (über die Mobilisierung oder Stillegung von Arbeitskraftreserven) langfristig an den Arbeitskräftebedarf anpassen müssen, um ihre Existenz sichern zu können, so steht eben diesem notwendig langfristigen Umwandlungsprozeß kein ebenso langfristiger Umstrukturierungsprozeß bei der Planung der Arbeitsplätze gegenüber. Hier verläuft die Entwicklung gerade aufgrund der am einzelbetrieblichen Profit orientierten Planung häufig genug sprunghaft, widersprüchlich, so daß die jeweilige Anpassung der Arbeitskräfte meist nur über entscheidende Reibungsverluste und Diskrepanzen sich vollziehen kann.

Aus diesen allgemeinen Ausgangsüberlegungen können für die Beschreibung der Arbeitsmarktvorgänge in Ostfriesland einige konkrete Fragestellungen abgeleitet werden: Da sich in den letzten 20 Jahren in Ostfriesland die Erwerbsbedingungen entscheidend verändert haben, waren die Erwerbstätigen der Region zu sehr einschneidenden Anpassungsprozessen in mehrfacher Hinsicht gezwungen; die bisher Selbständigen und Mithelfenden (hauptsächlich aus der Landwirtschaft) wurden durch die Aufgabe dieser sozialen Stellung zum ersten Male dem kapitalistischen Verwertungsprozeß der Arbeitskraft unterworfen; sie wurden damit überhaupt in den Arbeitsmarkt integriert, da sie erst jetzt — getrennt von Produktionsmitteln — ihre Arbeitskraft zur fremden Verfügung stellen mußten. Auch innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen fanden Anpassungsprozesse statt, die sich nicht nur darauf beschränkten, die Arbeitskraft anderen Kapitalisten zur Verfügung zu stellen; häufig genug war damit auch ein Berufswechsel bzw. eine Berufsaufgabe, also eine fachliche Neudefinition der Arbeitskraft verbunden.

In den folgenden Beschreibungen der einzelnen Aspekte der regionalen Arbeitsmarktentwicklung soll deshalb untersucht werden, mit welchen Friktionen dieser Anpassungsprozeß abgelaufen ist, welche Widersprüche zwischen dem qualitativen und quantitativen Verhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften jeweils aufgetaucht sind, inwieweit die Berufsausbildung den fachlichen Anforderungen angepaßt wurde, inwieweit sich die Arbeitsmarktbedingungen für die regionalen Erwerbstätigen verbessert haben, und welches Ausmaß die geringen Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen durch Auswahl zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen zu verbessern, inzwischen erreicht haben.

4.2. **Ausgangsdaten zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und Erwerbstätigkeit in Ostfriesland**

Teilt man die ökonomische Entwicklung Ostfrieslands in der Nachkriegszeit sehr grob in zwei Phasen ein, so erfolgte der hauptsächliche Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in den 50er Jahren, während das Produzierende Gewerbe erst in den 60er Jahren entscheidend expandierte: zwischen 1950 und 1961 ging dadurch die Zahl der Erwerbspersonen zurück, um erst in den 60er Jahren (in welchem Ausmaß, kann wegen der noch nicht veröffentlichten Volks- und Berufszählung von 1970 nicht angegeben werden) wieder zu steigen.

Entwicklung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen zwischen 1950 und 1961 im RB Aurich[1])

	1950		1961	
	abs.	%	abs.	%
Land- und Forstwirtsch.	72 350	42,8	49 743	30,2
Produzierendes Gewerbe	43 659	25,8	50 691	30,8
Handel und Verkehr	27 335	16,2	33 213	20,1
Sonstige	25 675	15,2	31 187	18,9
Insgesamt	169 019	100,0	164 834	100,0

Der Rückgang der regionalen Erwerbsmöglichkeiten spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung wider: bis 1958 sank die Einwohnerzahl des RB Aurich, um erst 1965 wieder den Stand von 1950 zu erreichen.

Bevölkerungsentwicklung in 1000 Einwohnern*[2])

	1950	1958	1961	1967	1968	1969
RB Aurich	385,1	359,1	369,2	395,3	398,8	402,6
Emden	37,3	43,8	46,0	47,2	47,2	48,1
L Aurich	71,6	69,0	73,3	78,6	79,4	80,1
L Leer	132,3	120,8	124,3	130,6	131,9	133,0
L Norden	83,1	74,8	75,2	82,6	83,1	83,4
L Wittmund	60,9	50,8	51,9	56,3	56,8	57,0
L Asch.-Hümml.	68,5	65,7	66,6	72,5	73,6	74,6

* Einwohnerzahlen am 30. 6.; 1950 am 13. 9.

Schon im Verhältnis zu den regional ansässigen Erwerbstätigen mußte der Rückgang der Arbeitsplätze in den 50er Jahren zu erheblichen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt führen; verschärft wurden diese Diskrepanzen noch kurzfristig durch die Ansiedlung von Flüchtlingen und Evakuierten während des und nach dem 2. Weltkrieg, langfristig durch überdurchschnittliche Geburtenraten.

Geburtenüberschuß je 1000 Einwohner[3])

	1951	1956	1961	1967	1968	1969
BRD	5,3	4,8	6,9	5,6	3,9	2,6
Niedersachsen	6,6	5,4	7,4	6,7	5,1	3,7
RB Aurich	9,5	8,6	10,7	11,4	9,9	9,2
Emden	7,7	7,4	9,2	8,9	9,7	9,0
L Aurich	12,1	10,9	13,1	13,8	11,5	11,1
L Leer	8,9	8,7	9,8	11,5	9,8	8,9
L Norden	9,3	6,8	10,5	10,5	9,0	9,0
L Wittmund	8,9	8,9	10,9	10,8	9,1	7,7

1) Zus. u. ber. nach: **1950: NALS, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung am 13. September 1950; 1961: NLV, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens am 6. 6. 1961.**

2) Zus. nach: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1952 ff.

3) Zus. u. ber. nach: **BRD** und **Niedersachsen:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1958 ff.; **RB Aurich:** Der Regierungspräsident Aurich Ostfriesland, **Strukturmappe,** Ergänzungen zu „Raumordnung in Ostfriesland, o. O., o. J., A. 2.3. und A. 2.4.

Die notwendige Anpassung in den 50er Jahren in der Zahl der Erwerbstätigen an die regionalen Erwerbsmöglichkeiten führte

- zu hoher Arbeitslosigkeit,
- zu hoher Abwanderung,
- zum Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit.

Zwischen 1950 und 1956 wanderten über 46 000 Einwohner ab;[4]) die Arbeitslosigkeit sank in der gleichen Zeit von 25,8 % (Jahresdurchschnitt von 1950) auf 12,6 % (Jahresdurchschnitt von 1956).[5])

Das Nebeneinander von hohen Geburtenüberschüssen und negativem Wanderungssaldo führte zu einer ungünstigen Altersstruktur der Region; da unter den Abwanderern Personen im erwerbsfähigen Alter (häufig Unverheiratete, die also ohne Kinder abwanderten) überrepräsentiert waren, lag der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) 1961 unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Anteile verschiedener Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt am 6. 6. 1961 (in %)[6])

von ... bis unter ... Jahre	BRD	Niedersachsen	RB Aurich
unter 6	9,4	9,6	10,8
6 –15	12,3	13,0	15,2
15 –18	3,6	3,7	4,0
18 –21	4,7	4,7	4,7
21 –45	32,5	31,5	31,4
45 –65	26,3	26,0	23,2
65 und älter	11,1	11,5	10,7
Insgesamt	100	100	100

Daß dieser Prozeß nicht erst nach dem 2. Weltkrieg, sondern schon vorher eingesetzt hatte, zeigt der bereits geringe Anteil der 45–65jährigen an der Bevölkerung 1961.

Der ständige Abfluß eines Teils der erwerbstätigen Bevölkerung ist nicht nur ein Indiz für eine wirtschaftlich schwache Region, sondern verstärkt diese Schwäche noch. Da die Region zwar die Kosten für die Erziehung und Ausbildung der dort Geborenen tragen muß, aber nur einen Teil dieser „Investitionen" durch die spätere Erwerbstätigkeit der Ausgebildeten wieder zurückerhält, kommt eine hohe negative Abwanderungsrate einem ständigen Kapitalabfluß gleich.

Entsprechend dem ungünstigen Altersaufbau lag die Erwerbsquote in Ostfriesland 1961 unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

4) **Raumordnung in Ostfriesland,** S. 14.

5) ebenda, S. 21.

6) Zus. u. ber. nach: **NLV, Die Bevölkerung Niedersachsens am 6. 6. 1961,** Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 60, Hannover 1967; **BRD:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1963, Beilage.

Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung 1961[7])

	insges.	Männer	Frauen
BRD	47	63,7	33,1
Niedersachsen	45	61,0	31,5
RB Aurich	45	60,3	30,7
Emden	40	61,3	21,5
L Aurich	45	58,9	33,1
L Leer	45	61,1	31,6
L Norden	45	60,4	31,3
L Wittmund	46	60,0	32,6
L Aschendorf-Hümmling	48	59,4	36,7

Hier wirkte sich allerdings auch die geringe Frauenerwerbsquote aus; offensichtlich hatte der Rückgang von landwirtschaftlichen Betrieben (in denen die Ehefrauen meist mitarbeiten) ohne entsprechende Expansion gewerblicher Arbeitsplätze vor allem für verheiratete Frauen die Erwerbsmöglichkeiten verschlechtert. Vor allem die 21- bis 55jährigen blieben in ihren altersspezifischen Erwerbsquoten erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

Altersspezifische Frauenerwerbsquoten am 6. 6. 1961[8])

von ... bis unter ... Jahre	Niedersachsen	RB Aurich
unter 15	2,9	3,8
15 — 21	78,8	80,6
21 — 25	68,3	62,6
25 — 35	44,5	35,9
35 — 45	43,3	38,4
45 — 55	37,5	36,6
55 — 65	25,1	30,6
65 und älter	7,0	11,8
Insgesamt	31,5	30,7

In der Aufteilung der Bevölkerung nach ihrer sozialen Stellung wird der Rückgang der landwirtschaftlich Beschäftigten hauptsächlich an der Abnahme der mithelfenden Familienangehörigen deutlich.

7) Zus. u. ber. nach: **NLV, Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben** und überwiegendem Lebensunterhalt **am 6. 6. 1961,** Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961; Statistik von Niedersachsen Bd. 63, Hannover 1965; **BRD:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1963, Beilage.

8) ebenda.

Erwerbstätige im RB Aurich nach Stellung im Beruf[9])

	Selbständige		Mithelfende		Abhängige	
	1950	1961	1950	1961	1950	1961
RB Aurich	29 764	30 074	37 965	29 193	101 290	105 567
Emden	1 821	1 756	841	627	12 420	16 085
L Aurich	6 256	6 612	9 781	7 704	17 026	18 540
L Leer	10 304	10 626	13 536	10 383	34 187	35 171
L Norden	5 441	5 557	5 412	4 581	24 072	23 658
L Wittmund	5 942	5 523	8 395	5 898	13 585	12 113

In den 60er Jahren hat die Industrialisierung Ostfrieslands durch die starke Zunahme abhängiger Arbeitsplätze

- zu einer weiteren Proletarisierung der Erwerbstätigen (Daten dazu liegen erst mit der Volks- und Berufszählung vor),
- zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit,
- zu einer Abnahme des negativen Wanderungssaldos

geführt. Die Arbeitslosenquoten sanken in den 60er Jahren außerhalb der Wintermonate auf und unter 3 %.[10]) Das Wanderungssaldo blieb in der gleichen Zeit (mit Ausnahme der Jahre 1966 und 1967) negativ; die per Saldo der Region verlorengegangenen Einwohner beschränkten sich zwischen 1961 und 1969 auf 2349 Personen.[11]) Die rein quantitativen Diskrepanzen auf dem regionalen Arbeitsmarkt gingen also – begleitet von weiteren erheblichen Umschichtungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen – zurück. Diese qualitativen Umschichtungen, die im folgenden hauptsächlich behandelt werden sollen, haben sich in drei Dimensionen:

- in der fachlichen Qualifikation,
- in der sozialen Stellung im Beruf,
- in der Wirtschaftszweigzugehörigkeit

vollzogen. Zunächst soll untersucht werden, inwieweit die Ausbildungseinrichtungen den Wechsel in den fachlichen Anforderungen an die Arbeitskräfte vorbereitet haben.

4.3. Zur regionalen Ausbildung der Erwerbspersonen

Mit der branchemäßigen und regionalen Ausdehnung kapitalistischer Produktion wurden in Ostfriesland Arbeitskräfte in einen technisch hochentwickelten Arbeitsprozeß einbezogen, die bisher – häufig auf der Basis einfacher Warenproduktion – überwiegend handwerklich, material-orientiert gearbeitet hatten und ausgebildet waren. Dieser Wechsel in den Qualifikationsanforderungen ist allerdings kein Spezifikum in der Entwicklung Ostfrieslands, wenn er sich auch abrupter als in anderen Regionen vollzog; er läßt sich in der gesamten Arbeitsplätzeentwicklung der BRD finden und führte zu erheblichen Widersprüchen zwischen den Anforderungen an die Ausbildungseinrichtungen und deren Realisierung. Da davon ausgegangen werden kann, daß die Probleme Ostfrieslands bei der Anpassung der Erwerbstätigen an die

9) Zus. nach: **1950: NALS, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung am 13. September 1950; 1961: NLV, wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens am 6. 6. 1961.**

10) Siehe dazu: Monatliche Berichte des Arbeitsamtes Emden vom Jan. 1966 bis Dez. 1969; Monatliche Berichte des Arbeitsamtes Leer vom Januar 1966 bis Dezember 1969.

11) **Nach Strukturmappe** A. 2.4.

veränderten Qualifikationsanforderungen die Gesamtproblematik in der BRD widerspiegeln, sollen zunächst einige generelle Ausgangsüberlegungen zu diesen Problemen angestellt werden.

4.3.1. Ausgangsüberlegungen zur Funktion der Ausbildung im kapitalistischen Produktionsprozeß

Seit Mitte der 60er Jahre begann eine Diskussion über die Ausbildungseinrichtungen in der BRD, die durch ihre wachsende Unfähigkeit, den Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften zu decken, ausgelöst worden war. Es wurde dabei deutlich, daß die Ausbildungseinrichtungen zum einen nicht in der Lage waren, das jeweils aktuelle Angebot an Ausbildungswilligen aufzunehmen und entsprechend den späteren Bedürfnissen zu qualifizieren; zum anderen konnten auch die über das aktuelle Angebot hinaus benötigten Ausbildungsreserven, die vor allem in den unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung und in ländlichen Regionen vorhanden sind, nicht ausgeschöpft werden. Weder in der Zahl, noch in der Qualität der Ausgebildeten konnten die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt veränderten Anforderungen an die Qualifikationsstruktur befriedigt werden. Dabei beruhten diese wachsenden Schwierigkeiten nicht so sehr darauf, daß mit zunehmender Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses das Qualifikationsniveau insgesamt gestiegen wäre; denn gerade im Zuge der Mechanisierung ergab sich die Möglichkeit, mit Hilfe technischer Neuerungen — der Zerlegung, Mechanisierung und Automatisierung bestimmter Arbeitsvorgänge — die Qualifikationsansprüche für bestimmte Beschäftigtengruppen zu senken und dadurch einige der aufgetauchten Diskrepanzen zwischen den Qualifikationsansprüchen und den verfügbaren Fachkräften abzuschwächen. Insgesamt führte die Mechanisierung eher zu einer Polarisierung in der Beschäftigtenstruktur zwischen der zahlenmäßig wachsenden Gruppe von Angelernten einerseits und einer kleinen, qualitativ entscheidenden Gruppe von Fachkräften mit Spezialqualifikationen andererseits, so daß das Qualifikationsniveau im Zuge des technischen Fortschritts eher sank.[1]) Trotzdem stiegen dadurch die Anforderungen an die Ausbildungseinrichtungen, da mit der Entwertung traditioneller Qualifikationen und mit dem raschen Wechsel im jeweiligen technischen Entwicklungsstand neue und zudem ständig wechselnde Qualifikationen benötigt wurden.

Das Problem in der Ausbildung bestand und besteht nicht mehr so sehr in der einmaligen Ausbildung bestimmter Qualifikationen, sondern in der Ausbildung disponibler Arbeitskräfte, die jeweils wechselnden Qualifikationsanforderungen nachkommen konnten: je schneller sich die technischen Formen des Verwertungsprozesses änderten, je mehr auch die Disponibilität des Kapitals wuchs, also je nach den Profitbedingungen zwischen verschiedenen Zweigen der kapitalistischen Produktion, Regionen und Ländern wechselte, desto mehr wuchs auch der Zwang, die Qualifikation der Arbeitskräfte möglichst disponibel, also möglichst breit fundiert zu gestalten, um einen der Kapitalmobilität entsprechenden Wechsel der Arbeitskräfte zu ermöglichen. Dieser gesellschaftlichen Notwendigkeit zur disponiblen Qualifizierung der Arbeitskräfte kamen die Ausbildungseinrichtungen nicht nach, wobei hier nicht fehlende Planung (entsprechende Vorschläge lagen genug vor), sondern ein entscheidender grundlegender Widerspruch im kapitalistischen Gesellschaftssystem

1) Siehe dazu: Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e. V. München, Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Berufsstruktur, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in Bayern, in: Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Soziale Probleme der Automation in Bayern, München 1969, S. 708 f.; **RKW, Aspekte des technischen Wandels, Sieben Berichte — Kurzfassung der Ergebnisse,** S. 306 ff.

deutlich wurde: Da die einzelnen Kapitalisten jeweils nur einen Teil der Qualifikation eines Erwerbstätigen verwenden, ist ihr Interesse zunächst auf die Ausbildung der von ihnen gerade benötigten Qualifikationen konzentriert; die Forderung nach Disponibilität, die aus der gesellschaftlichen Sicht der Kapital- und Arbeitskräftemobilität, nicht aus der Sicht des einzelnen Kapitalisten resultiert, liegt also nur im Gesamtinteresse der Kapitalisten, das sich als zunächst abstraktes gegen die Einzelinteressen durchsetzen müßte.[2]) Diese Widersprüche zwischen einzel- und gesamtkapitalistischem Interesse beschreibt Marx folgendermaßen:

„Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war . . . Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andererseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben und Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen."[3])

Dieser Widerspruch zwischen der notwendigen Disponibilität und der aktuell noch herrschenden Partikularqualifikation der Arbeitskräfte ist bisher noch nicht aufgehoben, sondern hat sich eher noch verschärft. Vor allem in der betrieblichen Ausbildung herrscht noch das Prinzip vor, für den aktuellen Einzelbedarf auszubilden, um die Investitionen auf die Ausbildung der Fertigkeiten zu beschränken, die mit großer Sicherheit später verwendbar und verwertbar sind.

Überträgt man diese Problematik auf Ostfriesland, so stellt sich die Frage, inwieweit die Ausbildungseinrichtungen in der Lage waren, die Veränderungen in den Qualifikationsanforderungen vorzubereiten bzw. welche Widersprüche zwischen einzel- und gesamtkapitalistischem Interesse im Zuge der Industrialisierung deutlich wurden.

4.3.2. **Zur Situation der allgemeinen Schulausbildung**

Die Verteilung der ostfriesischen Schüler auf die einzelnen Schularten hat sich in den letzten 10 Jahren wenig geändert: die Volksschüler blieben hauptsächlich gegenüber den Höheren Schülern deutlich überrepräsentiert.

2) Siehe dazu: M. Baethge, Ausbildung und Herrschaft, Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik, Schriftenreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen, Frankfurt/Main 1970; passim **W. Petschick, Berufsausbildung und technische Revolution** in Westdeutschland, DWI-Forschungshefte 4/1968, Berlin 1968, S. 11 ff.

3) **Marx, Das Kapital, Bd. 1,** S. 510 ff.

Schüler in allgemeinbildenden Schulen auf 1000 Einwohner[4])

	1956	1960	1962	1964	1966	1967
BRD						
Volksschulen	90,4	101,1	99,4	94,8	95,7	96,1
Mittelschulen	6,2	7,1	7,4	8,5	9,9	11,6
Höhere Schulen	15,2	16,3	15,5	15,3	17,4	20,6
Sonderschulen	2,1	2,5	2,7	2,9	3,3	3,8
RB Aurich						
Volksschulen	118,7	120,5	127,6	127,5	127,8	121,1
Mittelschulen	11,4	11,3	11,5	11,9	13,6	14,0
Höhere Schulen	11,0	10,8	10,0	9,9	11,2	11,8
Sonderschulen	1,6	1,7	1,8	2,2	2,6	2,9

Hier schlägt sich nieder, daß trotz veränderter inhaltlicher Qualifikation das formale Qualifikationsniveau nicht wesentlich gestiegen ist. Nur das leichte Ansteigen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen mittlerer Qualifikation schlug sich entsprechend in der Zahl der Mittelschüler nieder. Der aktuelle quantitative Bedarf an Ausbildungsplätzen ist nach den Angaben im Raumordnungsbericht des Regierungspräsidenten nur bei den Volks- und Sonderschulen nicht gedeckt, während die Nachfrage nach Plätzen in Mittel- und Höheren Schulen dem Angebot zu entsprechen scheint.

Bei den **Volksschulen** hat sich eine Konzentration von nicht voll durchgegliederten Schulen zu Mittelpunktschulen vollzogen: Ihre Zahl ging im RB Aurich von 359 (1956) auf 285 (1967) zurück. 1963 besuchten 43,2 % aller Volksschüler Schulen mit 9 Klassen.[5]) Da häufig ein Teil der ersten Grundschulklassen in Schulen unterrichtet wird, die nur die ersten Klassen umfassen, darf aus diesem Anteil nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß der Rest der Schüler in nicht voll durchgegliederte Schulen geht; der Anteil der Schüler, für die das zutrifft, ist aber immer noch zu hoch. Trotz des in Ostfriesland herrschenden Lehrermangels lag 1969 das Verhältnis von Schülern pro Lehrer im RB Aurich mit 30,5 nur geringfügig über dem Landesdurchschnitt von 30,1.[6])

Bei den **Mittelschulen** (1967 gab es im RB Aurich insgesamt 14) lag das Verhältnis Schüler zu Lehrer mit 26,8 (1969) im RB Aurich unter dem Landesdurchschnitt von 27,3.[7]) Auch der Anteil der nichtversetzten Schüler war im Kurzschuljahr 1966/67 mit 6,5 % geringer als in ganz Niedersachsen (7,2 %).[8]) Aus diesen relativ günstigen Daten zog der Raumordnungsbericht den Schluß, daß „die Zahl und regionale Verteilung der Mittelschulen . . . den gegenwärtigen Anforderungen (entspricht) . . ."[9])

4) Zus. u. ber. nach: **BRD:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1957 ff.; **RB Aurich:** Strukturmappe, Tab. D. 33.2. Die Bezugszahl Schüler pro 1000 Einwohner verzerrt das Bild allerdings beträchtlich. Sinnvoller wäre der Bezug zwischen Schülern der spezifischen Schulart und den Jugendlichen der betreffenden Altersgruppen. Der RB Aurich würde dann im Hinblick auf Mittel- und Oberschulbesuch seine Position erheblich verschlechtern, weil der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Erst die Auswertung der Zählung von 1970 wird aber dafür das Material liefern.

5) **Strukturmappe,** Tab. D. 33.1.; **Raumordnung in Ostfriesland,** S. 89.

6) Ber. nach: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 24. Jg. (1970) Beilage zu H. 5: Die kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens in Zahlen.

7) ebenda.

8) Ber. nach: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 22. Jg., 1968, Heft 11, S. 284.

9) **Raumordnung in Ostfriesland, S. 92.**

Die Situation der **Höheren Schulen** ist ähnlich. 1967 existierten 9 Gymnasien im RB Aurich; auch hier lag 1969 die Zahl der Schüler pro Lehrer und 1966/67 die Zahl der nicht versetzten Schüler unter dem Landesdurchschnitt.

Ob durch das augenblickliche Angebot an Ausbildungsplätzen in mittleren und höheren Schulen allerdings der potentielle Bedarf — also auch die mobilisierbaren Reserven — gedeckt werden, muß angesichts der geringen Schülerzahlen bezweifelt werden. Hinter dem scheinbar stabilen Gleichgewicht zwischen geringer Nachfrage nach Ausbildungsplätzen an weiterführenden Schulen und dementsprechendem Angebot verbirgt sich teilweise auch eine Wechselwirkung: je geringer die Zahl und die regionale Streuung entsprechender Ausbildungseinrichtungen ist, je weniger also konkrete Beobachtungen und Erfahrungen mit diesem Schultypus gemacht werden können, je umständlicher der Weg zwischen Schul- und Wohnort ist, desto weniger sind Eltern bereit, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken. Ein geringes Angebot an Ausbildungsplätzen vermindert ebenso die Nachfrage danach, wie ein hohes Angebot sie erhöhen kann.[10]) Bei geringem Ausbildungsangebot bleiben als Besucher überwiegend nur Schüler übrig, deren Eltern selbst diese Ausbildung genossen haben und deshalb auch Schwierigkeiten in Kauf nehmen, um den Kindern die gleiche Ausbildung zukommen zu lassen.

Neben dem geringen Angebot senken vor allem sozial-strukturelle Ursachen die Besucherquoten an weiterführenden Schulen: Der geringe Anteil an Beschäftigten mit gehobener Schulausbildung in Ostfriesland verringert die Zahl der Eltern, die ihren Kindern eine ähnliche Schulausbildung wie die ihre zukommen lassen wollen; außerdem hemmt er bei den Eltern mit geringer formaler Qualifikation die Motivation, ihre Kinder besser ausbilden zu lassen, da Berufspositionen mit höherer Qualifikation und höherer Schulausbildung nicht in ihrem konkreten Erfahrungsbereich liegen oder unerreichbar scheinen. Die Belastungen, die mit einem Besuch weiterführender Schulen verbunden sind:

- die finanziellen Schwierigkeiten,
- die aufgrund der schichtenspezifischen Schulausbildung größeren inhaltlichen Schwierigkeiten der Kinder

scheinen sich dann bei der geringen Zahl von Arbeitsplätzen mit entsprechenden Ausbildungsanforderungen nicht zu lohnen, zumal nur wenige Einrichtungen für die anschließende Berufsausbildung — Fachschulen, Hochschulen, qualifizierte betriebliche Ausbildungsstellen — in der Region vorhanden sind.

Die Industrialisierung Ostfrieslands hat im großen und ganzen nur zu einer geringen Erhöhung des allgemeinen Ausbildungsniveaus geführt, wobei — soweit ersichtlich — auch keine aktuellen Widersprüche zwischen Bedarf und Angebot an Ausbildungsplätzen aufgetreten sind. Die sonst auftretenden Probleme konnten in Ostfriesland offensichtlich teilweise dadurch umgangen werden, daß durch die Anpassung des Niveaus der Arbeitsplätze an den vorhandenen Qualifikationsstand weder der objektive noch der seitens der Schüler auftretende Bedarf nach qualifizierten Schulplätzen so stieg, daß die regionalen Ausbildungseinrichtungen hätten sehr stark expandieren müssen.

10) Siehe dazu: W. Heidtmann und E. Noth, Grundlagen der regionalen Bildungsplanung für den ländlichen Raum. Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., Nr. 74, Göttingen 1968, S. 20: „Es muß betont werden, daß die Zahl der Realschüler nicht nur aus Gründen der Bevölkerungs- und Altersstruktur zunimmt, sondern insbesondere durch die Bereitstellung neuer Schulen. Nach Meinung befragter Lehrer sind viele Schulen, die an bildungsfernen Standorten errichtet wurden, innerhalb kurzer Zeit voll ausgelastet gewesen."

4.3.3. Zur Situation der berufsbildenden Schulen

Entsprechend den hohen Schülerquoten an den Volksschulen der Region konzentrierte sich die Zahl der Schüler an berufsbildenden Schulen auf die Berufsschulen.

Schüler an berufsbildenden Schulen, absolut und je 1000 Einwohner[11])

	1956		1960		1964		1968	
	abs.	je 1000 Einw.	abs.	je 1000 Einw.	abs.	je 1000 Einw.	abs.	je 1000 Einw.
BRD*								
Berufsschulen	2 269	44,9	1 662	31,8	1 742	29,9	1 755	28,8
Berufsfach- u. Berufsaufbauschulen	156	3,1	139	2,7	203	3,5	264	4,3
Fach-, Techniker- und Ingenieurschulen	159	3,1	186	3,6	203	3,5	231	3,8
RB Aurich								
Berufsschulen	12 444	34,5	11 448	31,7	9 871	25,9	13 477	33,8
Berufsfach- u. Berufsaufbauschulen	798	2,2	917	2,5	740	1,9	1 049	2,6
Fach- u. Technikerschulen	586	1,6	586	1,6	568	1,5	471	1,2

* Schüler in 1000

14,0 % aller Schüler von berufsbildenden Schulen besuchten 1968 landwirtschaftliche Schulen; bei den Schülern der Fachschulen betrug 1968 sogar der Anteil 40,6 %.[12]) Da der Rückgang von 2257 (1956) Schülern an landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen auf 2104 (1968) dem Beschäftigtenrückgang in der Landwirtschaft nicht entspricht, kann davon ausgegangen werden, daß ein steigender Teil der landwirtschaftlichen Schüler den erlernten Beruf nicht längerfristig ausüben wird, sondern ihn nur aus Mangel an anderen Ausbildungsmöglichkeiten oder auf elterlichen Wunsch hin zunächst erlernt hat.

Die außerlandwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen sind in ihrer quantitativen Streuung und ihrem qualitativen Angebot sehr begrenzt. Inwieweit an den Berufsschulen die einzelnen Klassen nach Ausbildungsberufen differenziert werden, ist nicht bekannt. Bei den Berufsfachschulen, die hauptsächlich von Mädchen besucht werden, bestehen neben jeweils acht kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Schulen noch eine Kinderpflegerinnenschule. An Fachschulen existieren 3 Technikerschulen mit jeweils einigen Fachrichtungen, eine Seefahrtsschule, eine Fachoberschule und eine Wirtschaftsoberschule.[13]) Ingenieurschulen gibt es im RB Aurich nicht.

11) Zus. u. ber. nach: **BRD:** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1958 ff.; **RB Aurich: Strukturmappe,** Tab. D. 34.1.

12) **Strukturmappe** D. 34.1., 2., 3.

13) **Raumordnung in Ostfriesland,** S. 95.

Angesichts dieses fachlich sehr begrenzten Angebotes kann die geringe Zahl an Fach- oder Ingenieurschülern in der Region nicht verwundern; werden entsprechende Arbeitskräfte in der Region benötigt, müssen sie großenteils von außerhalb geholt werden.

Ähnlich steht es mit Hochschulabsolventen. Bis zur Gründung der Bremer Universität waren Hamburg, Hannover und Münster die am nächsten liegenden Hochschulorte. Entsprechend dieser Entfernung (denn auch beim Hochschulbesuch werden Ausbildungsreserven durch die Nähe zum Hochschulort mobilisiert) und der geringen Zahl höherer Schüler ist auch die Quote der Studierenden aus Ostfriesland gering.

Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen* und Pädagogischen Hochschulen nach regionaler Herkunft, Wintersemester 1964/65**[14])

	wissenschaftl. Hochschulen		Pädagogische Hochschulen	
	abs.	je 1000 Einw.	abs.	je 1000 Einw.
Niedersachsen	26 039	3,8	5 552	8,1
RB Aurich	979	2,6	255	6,7
Emden	176	3,8	40	8,7
L Aurich	179	2,4	53	6,9
L Leer	311	2,5	81	6,9
L Norden	233	3,0	54	6,9
L Wittmund	80	1,5	27	5,0
L Asch.-Hümml.	148	2,1	73	10,4

* aus der BRD, ** aus Niedersachsen

Es kann vermutet werden, daß die an Fach- und Hochschulen Ausgebildeten aus der Region zahlenmäßig nicht einmal in der Lage sind, den relativ geringen Bedarf an entsprechenden Arbeitskräften zu decken. Hier wird bereits ein Aspekt der anfangs aufgeführten Widersprüche deutlich: Da es angesichts des geringen Bedarfes an qualifizierten Fachkräften in der Region nicht lohnend erscheint, dort Ausbildungsstätten in entsprechender qualitativer und quantitativer Streuung zu errichten, wird die Zahl der Schüler, die trotz der hohen Belastungen zu einem Besuch qualifizierter Berufsbildungseinrichtungen bereit und in der Lage sind (was die Auslese überwiegend auf das Kriterium der sozialen Herkunft – der finanziellen Möglichkeiten und der Vertrautheit mit qualifizierten Ausbildungswegen – reduziert), so gering, daß sie noch nicht einmal mehr die für die Region notwendige Ausbildungsquote abdeckt.

4.3.4. **Zur Situation der betrieblichen Berufsbildung**

Bei der betrieblichen Berufsausbildung werden die Widersprüche zwischen einzel- und gesamtkapitalistischen Interessen gegenüber den gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsinvestitionen besonders deutlich: **Insgesamt** sind die Kapitalisten daran interessiert, qualifizierte Fachkräfte im Produktionsprozeß einsetzen zu können; die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind insgesamt profitable Investitionen, da die Arbeitsproduktivität der dadurch Ausgebildeten entsprechend steigt. Als **Einzelne**

14) Zus. u. ber. nach: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 20. Jg. (1966), H. 1 u. 5.

erfüllen sie diese Aufgabe nur ungenügend, da eine qualifizierte Ausbildung den einzelnen Kapitalisten Kosten verursachen würde, deren spätere Rentabilität sehr unsicher ist, da die ausgebildeten Fachkräfte nicht unbedingt im Ausbildungsbetrieb bleiben und dort mit Hilfe ihrer Qualifikation den Profit des Betriebes vergrößern. Das nur auf den Gewinn des eigenen Unternehmens gerichtete Interesse der einzelnen Kapitalisten und die Konkurrenz untereinander verhindert also eine in ihrem Gesamtinteresse liegende Ausbildung. Die betriebliche Berufsausbildung sieht deshalb meist so aus, daß die Betriebe, die an einer späteren Weiterbeschäftigung der Lehrlinge interessiert sind, mit möglichst niedrigen Kosten die Arbeitskräfte nur für ihren eigenen Bedarf ausbilden, so daß die Spannbreite der Verwendbarkeit stark eingeschränkt ist; andere Betriebe (hauptsächlich im Handwerk), die aufgrund einer geringen Beschäftigtenexpansion und eines relativ geringen Qualifikationsniveaus an einer Weiterbeschäftigung qualifizierter Arbeitskräfte kaum interessiert sind, setzen die Lehrlinge dann überwiegend als produktive billige Arbeitskräfte ein, ziehen also aus der Ausbildung noch Gewinne. Dementsprechend liegt hier die Ausbildungsquote weit über dem eigentlichen Bedarf, wodurch ständig Arbeitskräfte herangebildet werden, die dann ihren Beruf wechseln müssen.[15])

Die Folge einer am einzelwirtschaftlichen Kosten- und Gewinnkalkül orientierten Berufsausbildung ist, daß einerseits die berufliche Verteilung der Auszubildenden in keiner Weise dem späteren Bedarf entspricht, andererseits auch innerhalb der einzelnen Berufsgruppen die breite Verwendbarkeit aufgrund einer qualifizierten Grundausbildung nicht gewährleistet ist. Die Möglichkeiten, in einer Region eine später verwendbare Berufsausbildung zu erhalten, hängt also ausschließlich davon ab, inwieweit Betriebe vorhanden sind, die gemäß dem späteren Bedarf ausbilden, also an einer späteren Verwendung der Arbeitskräfte interessiert sind, oder inwieweit die Berufsausbildung Betrieben überlassen bleibt, die sich überwiegend auf den während der Lehrzeit zu erzielenden Extraprofit abgestellt haben.

Die Darstellung der betrieblichen Berufsausbildung in Ostfriesland gemäß den oben entwickelten Kriterien muß sich auf die Lehrlingsausbildung der IHK Ostfriesland/ Papenburg und der Handwerkskammer Aurich beschränken, da Material über die Lehrlinge in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst nicht zur Verfügung stand. Da bei den Angaben der IHK die Stadt Papenburg mit eingeschlossen ist, sind bei einem Vergleich zwischen den Zahlen der Handwerkskammer, der IHK und anderen Werten des RB Aurich die Werte leicht verzerrt.

Für die in der Ausbildung Stehenden besitzt in Ostfriesland das Lehrstellenangebot besonders große Bedeutung, da die anderen Ausbildungswege über Fach- oder Hochschulen nur in geringem Maße wahrgenommen werden. Da zudem die Altersgruppe der 15–18jährigen im RB Aurich überrepräsentiert ist, besteht in der Region eine erhebliche Nachfrage nach Lehrstellen. Der Anteil der Lehrlinge an den Einwohnern lag dementsprechend in den letzten Jahren über dem Bundesdurchschnitt.

15) Siehe dazu: **Petschick, Berufsausbildung und technische Revolution;** W. Lempert, H. Ebel, Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Freiburg 1965; W. Lempert, Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der BRD, Berlin 1966.

Lehrlinge und Anlernlinge der Handwerkskammer und IHK pro 1000 Einwohner[16])

	BRD	RB Aurich
1960	20,6	22,0
1964	20,4	17,3
1967	21,0	23,6
1969	18,8	22,8

Das Lehrstellenangebot kann trotzdem die Nachfrage nicht befriedigen. Bezieht man die beim Arbeitsamt wegen einer Berufsausbildung Ratsuchenden auf die angebotenen Berufsbildungsstellen (wobei viele Ratsuchende den Besuch einer weiterführenden Schule anstreben), so kamen 1969/70 auf eine Berufsausbildungsstelle

- in der BRD 1,43
- im LAA-Bezirk Niedersachsen/Bremen 1,64
- im AA-Bezirk Emden 1,75
- im AA-Bezirk Leer 1,79

Ratsuchende.[17]) Da in der BRD und in Niedersachsen/Bremen mehr Ratsuchende als in Ostfriesland den Besuch weiterführender Schulen beabsichtigten, verschlechterte sich das Verhältnis der ostfriesischen Arbeitsamtbezirke zur BRD und zu Niedersachsen/Bremen noch mehr. Dieses Mißverhältnis zwischen Lehrstellenbewerbern und Lehrstellenangebot führte nicht nur dazu, daß eine erhebliche Zahl von Jugendlichen keine Ausbildungsstellen erhalten konnte, sondern zwang gleichzeitig viele, einen anderen Beruf als den ursprünglich gewünschten zu erlernen. Auch die Zahl der nichtbesetzten Lehrstellen blieb weit unter dem Bundesdurchschnitt. Bezieht man die nach Berufswünschen gruppierten Ratsuchenden auf die schließlich besetzten Berufsbildungsstellen, so ergaben sich zumindest im AA-Bezirk Leer, für den das entsprechende Material vorliegt, für die einzelnen Gruppen erhebliche Unterschiede.

Ratsuchende pro besetzte Lehrstellen nach ausgewählten Berufsgruppen, AA-Bezirk Leer[18])

1. Männliche Ratsuchende

	Insgesamt	Konstruieren, montieren, reparieren	werkend gestalten	verwalten, buchen
1963/64	1,46	1,27	0,97	1,48
1964/65	1,47	1,27	0,83	1,73
1965/66	1,67	1,44	0,99	1,80
1966/67	1,85	1,51	0,86	1,67

16) Zus. u. ber. nach: **BRD:** Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1962 ff.; **RB Aurich:** IHK Ostfriesland/Papenburg, Jahresbericht 1961 ff. und unveröffentlichte Materialien der Handwerkskammer Aurich.

17) Ber. nach: Bundesanstalt für Arbeit, Berufsberatung 1969/70, Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Nürnberg, 15. September 1971.

18) Ber. nach: Arbeitsamtsberichte des Arbeitsamtes Leer, Beilage, Juli 1967.

2. Weibliche Ratsuchende

	Insgesamt	werkend gestalten	werben, verkaufen	verwalten, buchen
1963/64	2,48	2,18	0,94	1,75
1964/65	2,70	2,34	0,96	1,60
1965/66	2,72	3,54	0,98	1,69
1966/67	2,95	3,19	0,92	2,11

So waren bei den männlichen Ratsuchenden die handwerklichen Lehrstellen wenig begehrt, bei den weiblichen Ratsuchenden die Einzelhandelslehre; bei beiden Gruppen bestand zunächst ein Überangebot an Lehrstellen, das dann teilweise mit Lehrlingen besetzt wurde, die zunächst andere Berufswünsche hatten. Auffallend ist vor allem, daß die Berufswünsche

- bei den männlichen Ratsuchenden für die industriellen und die Büroberufe,
- bei den weiblichen Ratsuchenden für die handwerklichen und die Büroberufe

sehr viel stärker gestiegen sind als das Ausbildungsangebot, so daß sich hier die Diskrepanz zwischen Bewerbern und Angeboten laufend verschärft hat. Auffallend ist dies auch deshalb, weil die Ratsuchenden in ihren Berufswünschen offensichtlich von den Berufen mit insgesamt schlechter Ausbildung und unbefriedigenden Zukunftsaussichten weg zu den Berufen mit wachsender Bedeutung (Industrie- und Büroberufe) tendieren. Das quantitativ unzureichende Angebot führte nicht nur zu einem höheren Anteil von Schulabgängern ohne Berufsausbildung; es verschlechterte auch qualitativ die regionale Lehrausbildung, da auch Lehrstellen mit unzureichender Ausbildung besetzt wurden. So wurden in Ostfriesland trotz der relativ geringen Handwerksdichte noch mehr Lehrlinge als in der BRD im Handwerk ausgebildet, obwohl zunehmend erkannt wird, daß der Prozentsatz im Bundesgebiet bereits zu hoch ist.

Lehrlinge und Anlernlinge der Handwerkskammern und IHK nach Gruppen in %[19])

	BRD				RB Aurich			
	IHK		Handwerkskammer		IHK		Handwerkskammer	
	Gew.	Kfm.	Gew.	Kfm.	Gew.	Kfm.	Gew.	Kfm.
1960	20,6	41,8	35,9	1,7	10,4	43,4	44,4	1,8
1964	21,2	40,9	36,4	1,5	10,9	42,2	45,3	1,6
1966	21,6	40,8	35,9	1,6	11,6	43,9	43,0	1,5
1967	20,9	40,9	36,5	1,7	12,8	42,5	43,0	1,7
1969	21,3	40,9	35,9	1,8	14,4	42,7	40,9	2,0

Die in Ostfriesland weit über dem eigentlichen Bedarf liegende Ausbildung im Handwerk wurde auch im Anteil der Lehrlinge an den Handwerksbeschäftigten deutlich. Er betrug 1963

- in der BRD 11,2 %
- in Niedersachsen 12,2 %
- im RB Aurich 14,6 %[20])

Extrem hoch lag die Lehrlingsausbildung vor allem im Metall- und im Gesundheits- und Körperpflegehandwerk.

19) Zus. u. ber. nach: **BRD** Statistisches Jahrbuch für die BRD 1962 ff.; RB Aurich: IHK Ostfriesland/Papenburg, Jahresbericht 1961 ff. und unveröffentlichte Materialien der Handwerkskammer Aurich.

20) Zus. u. ber. nach: **NLV, Handwerkszählung 1963.**

Lehrlinge im Handwerk 1963[21])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	Angest. pro kfm. Lehrling	Gesellen u. Facharb. pro gewerb. Lehrling	Angest. pro kfm. Lehrling	Gesellen u. Facharb. pro gewerb. Lehrling
Bau/Ausbau-Handwerk	10,1	10,1	5,0	7,4
Metallverarb. Handwerk	4,5	1,6	2,6	1,2
Holzverarb. Handwerk	8,9	6,9	5,3	4,0
Bekl.-, Textil-, lederverarb. Handwerk	3,6	2,8	3,4	2,2
Nahrungsmittelhandwerk	5,3	4,7	3,1	3,4
Gesundheits-, Körperpflege-Handwerk	5,9	1,8	4,9	1,4
Glas-, Papier-, Keramikhandwerk	4,9	3,2	3,8	2,8
Handwerk insgesamt	5,5	3,8	3,2	3,1

Einer großen Zahl von im Handwerk Ausgebildeten wird sofort nach der Lehre gekündigt; so übernahm nach Angaben der Personalabteilung das Emdener Volkswagenwerk 1968 80 Kfz-Schlosser, denen sofort mit der Beendigung der Lehre gekündigt worden war.

Als Begründung für die im Handwerk generell zu hohe Lehrlingsquote wird häufig angegeben, das Handwerk bilde Facharbeiter für die Industrie aus. Das setzte aber voraus, daß die im Handwerk erworbene Qualifikation in der Industrie verwandt werden kann, was höchstens mit erheblichen Einschränkungen auf einige Berufe des metallverarbeitenden Handwerks zutreffen dürfte. Aber auch hier vergrößert sich der Unterschied zwischen den Arbeitsanforderungen im Handwerk und in der Industrie, da ein Klempner, Schlosser oder Elektroinstallateur zwar relativ breit angelegte, aber technisch wenig vertiefte Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt und etwa mit komplizierten Maschinen und Schaltungen wenig in Berührung kommt. Bei dem Übergang von einem metallverarbeitenden Handwerksbetrieb in einen Industriebetrieb kann zwar ein Teil der erworbenen Kenntnisse verwertet werden; eine ausreichende Grundlage für eine qualifizierte Tätigkeit in der Industrie dürfte die Ausbildung allerdings in der Regel nicht bieten. So gab z. B. die Personalabteilung des Volkswagenwerkes an, daß Metallhandwerker – wenn sie überhaupt für Facharbeiterpositionen eingestellt werden – für ihre Tätigkeit erst gesondert angelernt werden müssen. Bei den anderen Handwerkszweigen ist ein Übergang in die Industrie fast immer mit einem Verlust der fachlichen Qualifikation verbunden.

Nur das Bauhandwerk, das überwiegend Maurer ausbildet, kann Facharbeiter, soweit sie nicht dort beschäftigt werden, an die Bauindustrie abgeben.

Der Anteil der gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge an den **Industriebeschäftigten** lag 1966

- in der BRD bei 5,5 %
- in Niedersachsen bei 4,3 %
- im RB Aurich bei 4,2 %[22])

21) ebenda.

22) Ber. nach: **NLV,** Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der **Industrieberichterstattung 1966,** Statistik von Niedersachsen Bd. 105, Hannover 1967.

Der geringe Anteil im RB Aurich beruht hauptsächlich auf dem niedrigeren Anteil qualifizierter Industriebeschäftigter. Denn bezieht man die Lehrlinge auf die Beschäftigtengruppen mit überwiegend formaler Berufsausbildung, kehrt sich zumindest im Verhältnis zu Niedersachsen die Differenz um: hauptsächlich im gewerblichen Bereich werden im RB Aurich etwas mehr Lehrlinge im Verhältnis zu den Facharbeitern ausgebildet als in Niedersachsen.

Lehrlinge pro Industriebeschäftigte nach Beschäftigtengruppen, 1966[23])

	Kaufm. Angest. pro kaufm. Lehrlinge	Facharbeiter pro gew. Lehrlinge
Niedersachsen	14,3	10,0
RB Aurich	14,2	9,2
Emden	18,5	14,5
L Aurich	11,8	2,8
L Leer	9,5	5,1
L Norden	29,8	12,1
L Wittmund	10,2	10,3
L Aschendorf-Hümml.	8,7	10,6

Innerregional besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Bedarf an Facharbeitern und der gewerblichen Lehrlingsausbildung. So bilden Emden und der L Norden, die innerhalb des RB Aurich 1966 den höchsten Facharbeiteranteil besaßen, bezogen auf die Facharbeiter, die wenigsten Lehrlinge aus. Offensichtlich decken die Industriebetriebe in Emden und dem L Norden einen Teil ihres Bedarfs mit ausgebildeten Arbeitern aus anderen Landkreisen und aus dem Handwerk.

Trotz des etwas günstigeren Verhältnisses zwischen Facharbeitern und Lehrlingen als im Landesdurchschnitt wird über Facharbeitermangel geklagt, da in einer Region mit einem starken Zuwachs an Industriebeschäftigten die Lehrlingsausbildung über dem augenblicklichen Bedarf liegen muß, wenn sie das Arbeitskräftepotential für weitere Industrieansiedlungen und -erweiterungen schaffen soll. Diesen ständig steigenden Bedarf kann die augenblickliche Ausbildung in Ostfriesland nicht decken.

Über die Verteilung der Lehrlinge auf die einzelnen Ausbildungsberufe lag kein Material vor. Wenn wie in der BRD auch in Ostfriesland die kleineren Betriebe prozentual zu den Industriebeschäftigten mehr Lehrlinge ausbilden als die großen Betriebe[24]) (ein Beweis dafür sind die geringen Lehrlingsquoten der gesondert untersuchten Großbetriebe und die innerregionalen Unterschiede im Verhältnis Facharbeiter/Lehrlinge), dann kann angenommen werden, daß auch innerhalb der Industrie bei den industriell Ausgebildeten Mobilitätsprozesse zwischen kleinen und größeren Industriebetrieben stattfinden. Die Qualifikationsanforderungen werden sich dabei häufig nicht decken, da in kleineren Betrieben mehr materialorientierte Fertigkeiten ausgebildet werden, die in den höher mechanisierten Betrieben nur teilweise verwandt werden können.

Der Anteil der **kaufmännischen** Lehrlinge an allen Lehrlingen lag im RB Aurich leicht über dem Bundesdurchschnitt. Die Berufsstruktur wich allerdings erheblich vom Bundesdurchschnitt ab. Während die — erfahrungsgemäß wenig qualifizierte — Ausbildung in Handelsberufen dominierte, war der Anteil anderer qualifizierter Berufe

23) ebenda.

24) Vgl. **Petschick, Berufsausbildung und technische Revolution**, S. 30.

(Bankkaufmann, Industriekaufmann) unterdurchschnittlich. Vor allem die weiblichen Lehrlinge konzentrierten sich 1969 zu 57,2 % auf die Einzelhandels- und Verkäuferlehre.

Ausbildungsverhältnisse in kaufmännischen Berufen nach ausgewählten Berufen in %[25])

	BRD				IHK-Bez. Ostfriesl./Papenb.			
	1960	1964	1967	1969	1960	1964	1967	1969
Bankkaufmann	4,4	6,1	8,0	8,7	3,8	5,7	4,9	5,0
Bürokaufmann	—	3,9	5,8	7,2	—	11,0	12,3	12,7
Einzelhandelskaufm.	44,3	38,2	36,4	31,5	58,7	43,0	48,2	43,1
Großhandelskaufm.	17,1	15,9	14,1	13,5	17,2	17,1	16,5	16,4
Industriekaufmann	16,7	17,4	16,5	16,3	5,4	3,9	3,0	3,5
Rest	17,5	18,5	16,9	22,8	14,9	19,3	15,1	19,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

In der Verteilung spiegelt sich der geringe regionale Bedarf an qualifizierten kaufmännischen Beschäftigten wider. Die Berufsausbildung konzentriert sich deshalb auf Betriebe und Berufe (z. B. Einzelhandelslehre), bei denen durch den früheren produktiven Einsatz der Lehrlinge die Ausbildung bereits einen höheren Gewinn bringt als sie Kosten verursacht.

Die betriebliche Berufsausbildung in Ostfriesland entspricht nicht den veränderten Anforderungen an die Arbeitskräfte: trotz der Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur ist z. B. der Anteil der im Handwerk Ausgebildeten nur geringfügig gesunken. Offensichtlich stellen die regionalen Industriebetriebe eher handwerklich Ausgebildete nach einer Einarbeitungszeit ein, als daß sie selbst die benötigten Fachkräfte mit dem Risiko des späteren Betriebswechsels ausbilden. Möglich ist diese Politik nur, weil die Ansprüche an Zahl und Qualität der Fachkräfte noch relativ gering sind; erhebliche Schwierigkeiten ergeben sich nur bei der Nachfrage nach Fachkräften mit Spezialkenntnissen, für die eine Einarbeitungszeit nicht ausreicht.

Insgesamt führt diese Beschäftigungspolitik allerdings dazu, daß die Disponibilität der Arbeitskräfte gehemmt wird; denn eine Einarbeitung auf die spezifischen Anforderungen des Arbeitsplatzes bedeutet, daß mit einem Betriebswechsel diese Qualifikation zumindest teilweise wieder verlorengeht. Wahrscheinlich entstehen den Unternehmen zusammen durch die jeweilige Einarbeitung langfristig mehr Kosten als durch eine einmalige, aber breit fundierte Ausbildung. Hier zeigt sich, wie die Ausrichtung auf den einzelbetrieblichen Profit insgesamt irrational werden kann.

Dieses Verhalten gegenüber gesamtgesellschaftlich notwendigen Ausbildungsinvestitionen trat allerdings auch bei den Trägern öffentlicher Einrichtungen auf: vor allem in ländlichen Regionen begegnet man häufig dem Argument, eine Forcierung des Besuches weiterführender Schulen lohne sich nicht, da die Ausgebildeten dann häufig aus der Region abwanderten. Auch hier spielen also Erwägungen der unmittelbaren Rentabilität eine Rolle: der aktuelle Bedarf muß erst groß sein, bis Ausbildungsinvestitionen lohnend erscheinen.

Die Folge davon ist nicht nur, daß das objektive Interesse der regionalen Erwerbstätigen, ohne große Belastungen eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, nicht er-

25) Zus. u. ber. nach: **BRD:** Deutscher Industrie- und Handelstag, Berufsausbildung 1965, Die Berufsausbildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, DIHT-Schriftenreihe Heft 99, Bonn 1966, ders., Berufsausbildung 1969/70, Die Berufsausbildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, DIHT-Schriftenreihe Heft 120, Bonn 1970; **RB Aurich:** IHK Ostfriesland/Papenburg, Jahresbericht 1961 ff.

füllt wird; regionalpolitisch zieht diese Politik, die Ausbildungsinvestitionen nicht als eine Voraussetzung für eine Industrialisierung, sondern als Folge eines bereits existierenden Bedarfs betrachtet, gerade die Ansiedlung von Unternehmen nach sich, die zur qualitativen Verbesserung des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Funktion Ostfrieslands wenig beitragen. Denn da die Ansiedlung dieser Unternehmen nach den vorhandenen Standortfaktoren geplant wird – und hier sind die Quantität und Qualität der Arbeitskraftreserven mangels anderer relevanter Standortvorteile häufig entscheidend –, versuchen die Unternehmen soweit wie möglich, die Struktur der Arbeitsplätze auf das vorhandene Niveau der Arbeitskräfte einzurichten und wecken insofern auch keinen relevanten Bedarf, nach qualifizierten Fachkräften. Insgesamt werden dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten der Region behindert.

4.4. **Zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen in Ostfriesland**

Bei der Vermittlung zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften können hauptsächlich in zwei Dimensionen Ungleichgewichte auftreten:

- **fachlich,** wenn die von der Arbeitsplätzestruktur her erforderlichen Qualifikationen nicht vorhanden sind bzw. für angebotene Qualifikationen keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
- **regional,** wenn die interregionale Verteilung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen nicht übereinstimmt, also in einzelnen Regionen ein Überangebot, in anderen ein Unterangebot fachlich vergleichbarer Arbeitskräfte besteht.

Aber auch innerhalb eines fachlichen Teilarbeitsmarktes können Diskrepanzen auftreten, wenn sich bestimmte leistungsmäßig definierte Anforderungen nicht mit den Fähigkeiten oder Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte decken (etwa durch Altersbegrenzung oder durch bestimmte Arbeitsbedingungen bei der Einstellung von verheirateten Frauen).

„Der" Arbeitsmarkt eines größeren Wirtschaftsraumes ist insofern eine Abstraktion, die sich in der konkreten Vermittlung zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften in einzelne unterschiedliche, fachlich und regional begrenzte Teilarbeitsmärkte auflöst.[1])

Insofern reicht es für die Untersuchung des ostfriesischen Arbeitsmarktes nicht aus, das rein quantitative Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen gegenüberzustellen und zu berechnen, da diese Darstellungsmethode auf der Fiktion beruht, jeder Arbeitsuchende könne jede offene Stelle besetzen. Welche Umstrukturierung des Arbeitsmarktes sich im Laufe der Industrialisierung ergeben hat, offenbart sich erst bei einer regional und fachlich differenzierten Gegenüberstellung.

In der folgenden Darstellung kann nur ein Teilbereich der entsprechenden Arbeitsmarktvorgänge berücksichtigt werden, da als Material nur die Unterlagen der Arbeitsämter zur Verfügung standen. Die Beschreibung beschränkt sich also auf das aktuelle Verhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften für den Bereich der abhängig Arbeitenden, da weder die potentielle Arbeitsmarktnachfrage, die sich unter bestimmten Bedingungen aktualisieren kann, noch die Erwerbsverhältnisse in Familienbetrieben – also außerhalb abhängiger Arbeitsverhältnisse – berücksichtigt werden können. Darüber hinaus erfassen die Arbeitsamtsunterlagen auch diese Arbeitsmarktvorgänge nicht voll, da ein Teil der Vermittlungen zwischen Arbeitssuchenden und offenen

1) Siehe zum Begriff des fachlich und regional desaggregierten Teilarbeitsmarktes u. a.: Beiträge zur Arbeitsmarktforschung, Diskussionsunterlagen aus dem Arbeitskreis „Arbeitswirtschaftliche Strukturprobleme" des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) e. V. und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Sonderdruck aus „Mitteilungen" des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 5, Dez. 1968, S. 7.

Stellen nicht über das Arbeitsamt läuft. Welche Einschränkungen sich daraus für die Aussagefähigkeit des verwandten Materials ergeben, kann nicht angegeben werden.

4.4.1. **Ausgangsdaten zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen**

Die Arbeitslosenquoten der Arbeitsamtsbezirke Leer und Emden gehören zu den höchsten der BRD. Erst Anfang der 60er Jahre pendelte sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf etwa 3 % ein.

Durchschnitttliche Arbeitslosenzahlen und -quoten im RB Aurich[2])

	Arbeitslose	Arbeitslosenquote
1950	25 683	25,8
1956	13 570	12,6
1960	6 485	5,9
1961	4 616	4,1
1962	3 539	3,1
1963	3 943	3,4

Im Sommer 1965 war die Arbeitslosenquote auf weniger als 1 %, dem niedrigsten Stand seit Kriegsende, gesunken. Dieser Tiefstand wurde nach der Rezession bis 1969 nicht wieder erreicht.

Arbeitslosenquoten 1965—1969 in ausgewählten Monaten [3])

	BRD	L AA-Bezirk	AA-Bez. Leer	AA-Bez. Emden
1965				
Januar	1,3	1,7	7,3	7,1
Mai	0,5	0,7	1,5	·
September	0,4	0,5	0,7	·
1966				
Januar	1,2	1,6	6,6	5,6
Mai	0,5	0,7	1,1	1,5
September	0,5	0,6	1,2	1,6
1967				
Januar	2,9	4,0	15,2	10,0
Mai	1,9	2,5	6,6	7,2
September	1,6	2,0	4,5	5,2
1968				
Januar	3,2	4,2	15,0	10,8
Mai	1,3	1,8	4,5	4,7
September	0,8	1,1	2,9	2,6
1969				
Januar	1,8	2,4	11,6	7,5
Mai	0,6	0,9	2,2	3,5
September	0,5	0,7	1,6	1,9

2) **Raumordnung in Ostfriesland,** S. 21.

3) Zus. nach: **BRD und Niedersachsen:** Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit **(ANBA),** Jg. 1965 ff.; **AA-Bezirke Leer und Emden:** Monatliche Arbeitsamtsberichte der Arbeitsämter Leer und Emden 1966 ff. Nach diesen Quellen wurden — soweit nicht anders angegeben — sämtliche Tabellen dieses Gliederungspunktes zusammengestellt.

Die Industrieansiedlungen der letzten 10 Jahre haben weder ausgereicht, die aktuellen Arbeitskraftreserven auszuschöpfen noch die starken saisonalen und konjunkturellen Schwankungen auszugleichen: obwohl die Zahl der Industriebeschäftigten 1967 im RB Aurich im Gegensatz zur BRD noch über dem Stand von 1965 lag, stieg die regionale Arbeitslosigkeit während der Rezession 1966/67 stärker als im Bundesdurchschnitt an. Die Beobachtung, daß gering industrialisierte Gebiete am stärksten und am anhaltendsten von konjunkturellen Rückschlägen betroffen werden, bestätigte sich damit auch für Ostfriesland.[3a])

Anzahl der Arbeitslosen 1966—1969 in ausgewählten Monaten

	AA-Bezirk Emden		AA-Bezirk Leer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1966				
Januar	4245	407	3429	203
September	942	320	501	155
1967				
Januar	7661	635	6986	385
September	3313	792	1777	395
1968				
Januar	7434	1152	6839	503
September	1213	851	1019	390
1969				
Januar	4982	1023	5186	541
September	735	823	399	396

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren fällt auf, daß zwar die Männerarbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1969 wieder unter den Stand von 1966 sank, die Frauenarbeitslosigkeit dagegen erst 1968 anstieg, dafür aber auch 1969 auf hohem Niveau stehen blieb.

Die gleichen Tendenzen zeigen sich bei den Salden zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen. Während der Saldo bei den Männern ab Mitte 1969 zum ersten Male positiv war, konnte bei den Frauen der 1966 noch durchgängig positive Saldo danach nur noch im Arbeitsamtsbezirk Emden jeweils zu Beginn der Fremdenverkehrssaison erreicht werden.

3a) Siehe dazu: Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Probleme des bayrischen Arbeitsmarktes, Eine Untersuchung des Arbeitsmarktgeschehens 1966/67, Bad Windsheim o. J.; Hrsg. Stern-Redaktion, **Arbeitslosigkeit 1967,** Eine Dokumentation des Stern, Hamburg 1967, S. 43 f.

Saldo zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen*)

	AA-Bezirk Emden		AA-Bezirk Leer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1966				
Januar	— 3561	+ 609	— 3249	+ 317
Mai	— 202	+ 1317	— 122	+ 383
September	— 437	+ 271	— 181	+ 294
1967				
Januar	— 6538	— 42	— 6896	— 224
Mai	— 4311	+ 511	— 3481	— 165
September	— 2954	— 319	— 1603	— 172
1968				
Januar	— 7010	— 533	— 6739	— 252
Mai	— 2310	+ 456	— 1502	— 77
September	— 620	— 224	— 680	— 19
1969				
Januar	— 4330	— 361	— 4919	— 191
Mai	— 115	+ 681	— 321	— 127
September	+ 228	— 133	+ 156	— 219

*) +: mehr offene Stellen; —: mehr Arbeitslose

Während sich auf dem Männer-Arbeitsmarkt das rein quantitative Verhältnis zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen 1969 gegenüber 1966 etwas gebessert hat, ist bei den Frauen erst während und nach der Rezession ein manifester Arbeitskräfteüberhang entstanden, der auch 1969 nicht abgebaut werden konnte. Da die Frauenarbeitsplätze in dieser Zeit nicht zurückgingen, müssen sich Verschiebungen zwischen der Quantität und Struktur der Arbeitsplätze und Arbeitskräfte ergeben haben, die Vermittlungsschwierigkeiten nach sich zogen.

Aber auch bei einem gerade ausgeglichenen Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen kann selbst bei einer rein quantitativen Betrachtungsweise nicht von einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt gesprochen werden. Denn das regionale Arbeitskräftereservoir muß über die Zahl der aktuell Arbeitslosen hinaus um die Zahl des potentiellen, aber bei entsprechendem Stellenangebot aktualisierbaren Arbeitsreservoirs (der in der Landwirtschaft und anderen schrumpfenden Wirtschaftszweigen Beschäftigten, mit deren Wechsel zu anderen Tätigkeiten der bisherige Arbeitsplatz erlischt) und der aktuell oder potentiell arbeitssuchenden, bisher nicht beschäftigten Frauen ergänzt werden. Da in beiden Bereichen in Ostfriesland noch mit einem erheblichen potentiellen Arbeitskräftereservoir gerechnet werden muß, besteht nach wie vor ein deutlicher Arbeitskräfteüberhang.

Der aktuelle Arbeitskräfteüberhang schlägt sich in einem hohen Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitsuchenden nieder; dieser Anteil kann als Indiz dafür gelten, inwieweit die abhängig Arbeitenden die Möglichkeit besitzen und wahrnehmen, ihren bisherigen Arbeitsplatz zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Einkommen zu wechseln und sich deshalb beim Arbeitsamt um eine andere Stelle bewerben.

Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitsuchenden

	BRD		AA-Bezirk Emden		AA-Bezirk Leer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1966						
Januar	78,4	52,3	81,9	54,5	92,8	57,8
Mai	54,8	39,3	49,1	37,0	60,5	55,1
September	54,2	38,5	64,5	59,4	68,9	50,5
1967						
Januar	90,1	68,8	96,6	61,3	97,6	71,0
Mai	84,9	69,1	89,5	63,4	96,2	73,7
September	78,0	65,1	85,3	80,4	87,9	75,0
1968						
Januar	89,5	70,2	94,0	79,6	97,1	77,9
Mai	74,4	59,0	77,8	76,4	87,4	77,4
September	65,5	52,3	57,4	79,2	61,2	80,9
1969						
Januar	82,5	58,7	89,4	78,2	89,6	81,4
Mai	55,4	42,2	57,8	74,0	70,1	77,5
September	48,7	40,8	48,0	78,8	57,3	75,1

In der Regel lag der Anteil der Arbeitslosen in Ostfriesland über dem Bundesdurchschnitt: in Perioden mit rückläufigem Arbeitsplätzeangebot — im Winter und während der Rezession 1966/67 — stieg der Anteil noch erheblich an. Offensichtlich sahen jetzt die Beschäftigten noch weniger Möglichkeiten als vorher, den Arbeitsplatz zu wechseln. Welche freiwilligen Mobilitätsprozesse durch eine starke Zunahme der Arbeitsplätze in Gang kommen, zeigt der niedrige Anteil der arbeitslosen an den arbeitssuchenden Männern im AA-Bezirk Emden Mitte 1966; in dieser Zeit wurde das VW-Werk in Emden aufgebaut, um dessen Arbeitsplätze sich viele männliche Beschäftigte bewarben.

Aus dieser noch rein quantitativen Beschreibung des ostfriesischen Arbeitsmarktes können bereits einige Beobachtungen abgeleitet werden, die im folgenden differenziert und begründet werden müssen: Der ostfriesische Arbeitsmarkt besitzt nach wie vor einen Arbeitskräfteüberhang, da die Expansion in einzelnen Wirtschaftszweigen nicht ausreichte, um den Arbeitsplätzerückgang in anderen Bereichen auszugleichen und die wachsende Zahl von Erwerbstätigen aufzunehmen. Verstärkt wird dieses strukturelle Ungleichgewicht noch durch die saisonalen und konjunkturellen Schwankungen in relevanten Wirtschaftszweigen. Die Instabilität in der Beschäftigung und der ständige Arbeitsplatzmangel führen dazu, daß zwischenbetriebliche Mobilitätsprozesse häufig auf ökonomischem Zwang — Entlassungen, unzureichende Verdienstmöglichkeiten — beruhen, während eine Auswahl zwischen verschiedenen fachlich ähnlichen Arbeitsplätzen zur Verbesserung der Erwerbsbedingungen nur in geringem Maße möglich ist.

Die folgende Darstellung der einzelnen fachlichen Teilarbeitsmärkte wird dadurch eingeschränkt, daß in den Berichten des Arbeitsamtes Emden für den ausgewerteten Zeitraum Angaben über die Berufsverteilung der Arbeitslosen, Arbeitsuchenden und offenen Stellen nur so sporadisch ausgewiesen waren, daß sie hier nicht verwandt werden konnten. Dieser Mangel fällt um so mehr ins Gewicht, als die beiden Arbeitsamtsbezirke erhebliche Unterschiede aufweisen. Auf dem Männer-Arbeitsmarkt des Bezirkes Emden dominieren die beiden Großbetriebe der Rheinstahl-Werft und des

Volkswagen-Werkes, während der Frauenarbeitsmarkt durch den Fremdenverkehr sehr stark beeinflußt wird. Entsprechend einflußreiche Arbeitsmarktfaktoren existieren im AA-Bezirk Leer nicht; allerdings beeinflussen sie auch dort — wenn auch abgeschwächt — den Arbeitsmarkt, da der Einzugsbereich der genannten Betriebe sich über den AA-Bezirk Emden hinaus ausdehnt. Da sich die übrige Arbeitsplätze-Arbeitskräftestruktur im großen und ganzen ähnelt, kann insgesamt davon ausgegangen werden, daß die beiden Bezirke in der Grundstruktur ähnlich sind, daß aber bestimmte, auch im Bezirk Leer zu beobachtende Tendenzen im Bezirk Emden deutlicher hervortreten.

4.4.2. Zum Verhältnis von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen bei Männern

Die in den 50er Jahren dominierenden gewerblichen Wirtschaftszweige — Baugewerbe, Schiffbau, Torf- und Steine-und-Erden-Industrie, Handwerk, Transportgewerbe — boten überwiegend Männern Arbeitsplätze. Erwerbsmöglichkeiten für Frauen außerhalb der landwirtschaftlichen Familienbetriebe konzentrierten sich innerhalb des Dienstleistungsbereiches überwiegend auf den Fremdenverkehr, im Produzierenden Gewerbe auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. War für Frauen der Übergang zu den später neu angesiedelten Industriearbeitsplätzen und zum expandierenden Dienstleistungsbereich häufig mit dem Wechsel von der Position der Mithelfenden Familienangehörigen zu abhängiger Arbeit verbunden, so war die Lohnabhängigkeit — teilweise auch als Nebentätigkeit — unter den Männern wesentlich verbreiteter. Die Arbeitsplätzemobilität der Männer beschränkte sich deswegen nicht nur auf einen Wechsel von landwirtschaftlicher zu gewerblicher Tätigkeit, sondern erreichte auch innerhalb des Produzierenden Gewerbes zwischen traditionellen und expandierenden Zweigen einen erheblichen Umfang. Auch von 1966 bis 1969 zeigte sich dieser Prozeß noch daran, daß die Berufe, die sich in ländlichen Regionen am ehesten als Auffangtätigkeit bei einem Rückgang landwirtschaftlicher und ländlicher Arbeitsmöglichkeiten anboten, unter den Arbeitslosen überrepräsentiert waren, während die Berufe, die erst in den letzten 10 Jahren Bedeutung in Ostfriesland bekamen, gemessen am Bundes- und Landesdurchschnitt gering vertreten waren. So lag der Anteil der Bauberufe und Ungelernten Hilfskräfte unter den Arbeitslosen 1969 erheblich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt, der Anteil der Metallarbeiter und Elektriker und der Handels- und Büroberufe darunter.

Männliche Arbeitslose nach ausgewählten Berufsgruppen in % aller Arbeitslosen
1. AA-Bezirk Leer

	Berufe der Urproduktion	Bauberufe	Metallberufe u. Elektriker	Ungel. Hilfskräfte	Handel- u. Büroberufe
1966					
Januar	31,4	27,9	3,2	17,1	0,5
Mai	13,5	27,0	4,2	28,8	2,7
September	10,0	20,2	5,0	31,7	3,0
1967					
Januar	16,9	42,9	5,6	18,7	0,6
Mai	8,1	41,2	9,5	24,2	1,3
September	8,7	28,8	9,4	28,7	3,1

	Berufe der Ur-Produktion	Bau-berufe	Metall-berufe u. Elektriker	Ungel. Hilfs-kräfte	Handel- u. Büro-berufe
1968					
Januar	18,4	37,4	6,6	17,7	1,4
Mai	9,5	28,0	7,1	29,0	2,8
September	14,0	24,2	5,9	29,8	3,6
1969					
Januar	19,1	42,9	2,9	16,7	0,9
Mai	6,3	24,1	4,7	38,2	4,3
September	4,6	16,0	5,1	47,6	3,8
2. **BRD und Niedersachsen 1969**					
BRD					
Januar	14,6	24,7	8,4	24,1	5,1
Mai	3,1	4,6	14,0	30,6	13,0
September	2,8	3,5	13,4	28,2	15,0
Niedersachsen					
Januar	18,1	26,2	7,0	22,5	4,7
Mai	5,5	7,1	10,5	34,3	11,1
September	4,4	4,9	9,6	34,4	13,6

Zwei Tendenzen führten zu diesen Abweichungen in der Berufsverteilung der Arbeitslosen: zum einen waren die Erwerbstätigen in den entsprechenden Berufsgruppen über- bzw. unterrepräsentiert. Daß z. B. die Berufe der Urproduktion ihren Anteil an den Arbeitslosen verminderten, dürfte hauptsächlich an dem Beschäftigtenrückgang in den entsprechenden Wirtschaftszweigen liegen, so daß durch die Abwanderung die Zahl derer, die arbeitslos werden konnten, geringer wurde.

Zum anderen wurden einige Gruppen auch über die realen Beschäftigungsmöglichkeiten hinaus besetzt (vor allem Ungelernte Hilfskräfte, meist auch Bauberufe), so daß hier auch die Salden zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen meist überdurchschnittlich hohe negative Werte aufwiesen. Ein Überangebot an Ungelernten Hilfskräften ist gerade für ländliche Regionen typisch, wo die Verschiebungen in der Arbeitsplätzestruktur und die quantitativ und qualitativ unzureichende Berufsausbildung zu einer ständigen Freisetzung von Arbeitskräften mit nicht verwendbarer Qualifikation führt. Auch eine Untersuchung der Arbeitslosen aus mehreren unterschiedlich strukturierten Arbeitsamtsbezirken im April 1967 ergab:

> „Bei keiner Arbeitslosengruppe sind so viele Berufswechsel zu verzeichnen wie bei den männlichen Ungelernten. Die zuletzt ausgeübte Tätigkeit – beispielsweise als Bauhilfsarbeiter – stellte also die zumindest vorläufige Endstation eines an Wechselfällen reichen Berufsweges dar, der entweder nach einer handwerklichen Lehre oder einer meist ungelernten Beschäftigung in außerindustriellen Branchen (insbesondere Landwirtschaft) über verschiedene Zwischenstationen zu der finanziell lukrativsten, vom eigenen Wohnort aus erreichbaren Stellung führte."[4])

4) **Arbeitslosigkeit 1967,** S. 70/71.

Bei den Bauberufen bestand ein Arbeitskräfteüberhang, der nur während Hochkonjunktur und Hochsaison (auch durch außerregionale Beschäftigung) kurzfristig abgebaut werden konnte.

Saldo zwischen arbeitslosen Männern und offenen Stellen in ausgewählten Berufsgruppen im AA-Bezirk Leer

	Berufe d. Urproduktion	Bauberufe	Metallberufe u. Elektriker	Ungelernte Hilfskräfte	Handels- u. Büroberufe	Verkehrsberufe
1966						
Januar	— 1071	— 934	— 24	— 585	— 5	— 450
Mai	— 10	— 30	+ 42	— 103	— 7	— 17
September	+ 3	+ 2	+ 24	— 150	+ 6	— 68
1967						
Januar	+ 1174	— 2967	— 364	— 1303	— 28	— 612
Mai	— 268	— 1457	— 322	— 864	— 34	— 272
September	— 135	— 446	— 139	— 493	— 42	— 176
1968						
Januar	— 1320	— 2548	— 432	— 1207	— 82	— 729
Mai	— 166	— 468	— 92	— 472	— 40	— 227
September	— 134	— 175	+ 33	— 258	— 34	— 102
1969						
Januar	— 992	— 2197	— 85	— 842	— 27	— 503
Mai	± 0	— 34	+ 49	— 202	— 9	— 34
September	+ 6	+ 99	+ 127	— 93	— 4	— 12

Bei den Metallberufen, bei deren Einstellung entweder eine entsprechende handwerkliche und industrielle Ausbildung oder — bei Anlerntätigkeiten — eine hohe psychische Leistungsfähigkeit (z. B. niedriges Alter) gefordert werden, konnte aufgrund dieser Ansprüche die wachsende Nachfrage nicht ohne weiteres gedeckt werden, so daß sich außerhalb der Rezession ein positiver Saldo angebahnt hat.

Für die einzelnen Berufsgruppen bestehen also unterschiedliche Arbeitsmarktchancen, die sich dementsprechend im Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitsuchenden niederschlagen: er lag bei den Bauberufen und den Ungelernten Hilfskräften generell über dem schon hohen Durchschnitt des AA-Bezirkes Leer, bei den Metallberufen mit — je nach der Arbeitsplätzeexpansion — erheblichen Schwankungen darunter.

Die Umschichtung zwischen Wirtschaftsbereichen mit stagnierender oder rückläufiger Beschäftigung und solchen mit wachsendem Arbeitskräftebedarf hat trotz der relativ geringen Qualifikationsansprüche in den expandierenden Wirtschaftszweigen zu Diskrepanzen zwischen den einzelnen fachlichen Teilarbeitsmärkten geführt, die offensichtlich wegen unterschiedlicher Arbeitsanforderungen nicht ohne weiteres ausgeglichen werden können. Die Chancen für freigesetzte Arbeitskräfte aus Wirtschaftszweigen mit rückläufiger Beschäftigung, einen Arbeitsplatz in expandierenden Zweigen besetzen zu können, werden also nicht nur durch das unzureichende Zahlenverhältnis, sondern auch durch die Diskrepanzen zwischen den Arbeitsbedingungen und den Voraussetzungen der Erwerbstätigen beeinträchtigt. Diese quantitativen und qualitativen Vermittlungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erhöhten die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslose Männer nach Dauer der Arbeitslosigkeit in %[5])

1. **AA-Bezirk Leer**

	unt. 1 Mo.	1—3 Mo.	3—6 Mo.	6 Mo.—1 J.	1 J. u. länger
September 1966	35,7	21,5	12,6	19,7	10,5
September 1967	18,2	18,5	15,4	39,9	8,0
September 1968	26,8	14,4	9,1	17,5	31,6
Mai 1969	8,0	9,0	28,5	16,6	37,9
2. **BRD**					
September 1966	32,1	26,5	24,6	9,5	7,3
September 1967	20,1	26,5	25,1	23,2	5,1
April 1968	17,1	16,7	26,4	21,1	18,7

Die Dauer der Arbeitslosigkeit stieg während und sogar nach der Rezession noch an, so daß im AA-Bezirk Leer im September 1968 49,1 %, im Mai 1969 54,5 % der Arbeitslosen länger als 6 Monate ohne Beschäftigung waren. Offensichtlich waren im Verlauf der Rezession Arbeitskräfte entlassen worden, die – aufgrund der Verschiebung in der Arbeitsplätzestruktur und der Verschärfung in den Einstellungsbedingungen — auch nach dem Abbau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit nicht wieder eingestellt wurden. Wie aus der Altersstruktur der Arbeitslosen hervorgeht, handelte es sich dabei überwiegend um Arbeitslose, die älter als 55 Jahre waren. Der Anteil dieser Altersgruppe an den Arbeitslosen stieg während der Rezession sprunghaft an, obwohl sie 1966 noch relativ schwach vertreten war.

Anteil verschiedener Altersgruppen an den arbeitslosen Männern insgesamt im AA-Leer (in %)

	unter 25 J.	25—45 J.	45—55 J.	55—65 J.	65 J. u. älter
September 1966	5,6	42,3	19,7	18,5	13,9
September 1967	8,7	41,9	14,5	29,2	5,7
September 1968	6,2	35,4	14,3	42,3	1,8
Mai 1969	3,8	31,7	16,9	44,6	3,0

Dieser Trend zum Ansteigen des Arbeitslosenalters während einer Rezession läuft der üblichen Entwicklung entgegen, bei der in der Hochkonjunktur das Durchschnittsalter der Arbeitslosigkeit zunächst hoch ist, um dann in der Rezession zu sinken.

Anteil verschiedener Altersgruppen an den arbeitslosen Männern in der BRD (%)[6])

	unter 25 J.	25—45 J.	45—55 J.	55—65 J.	65 J. u. älter
September 1966	7,4	18,2	9,1	30,1	35,2
September 1967	10,0	27,3	12,0	23,5	17,2
April 1968	8,4	28,1	13,5	40,6	9,4

5) BRD: **Mitteilungen** des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Okt. 1968, Nr. 4, S. 183.

6) ebenda, S. 181.

Dieser „normale" Verlauf beruht darauf, daß in der Hochkonjunktur die Arbeitslosigkeit bis auf den Rest schwer Vermittlungsfähiger (meistens Arbeitslose, die wegen ihres Alters nicht mehr genommen werden) abgebaut ist, so daß das Durchschnittsalter der verbleibenden Arbeitslosen sehr hoch liegt. Während einer Rezession, in der nicht mehr so sehr die persönliche Leistungsfähigkeit, sondern eher der allgemeine Beschäftigungsmangel die Entlassung bestimmt, sinkt das Durchschnittsalter der Arbeitslosen ab, um dann bei einem Abbau der Arbeitslosigkeit wieder anzusteigen. Das relativ niedrige Durchschnittsalter der Arbeitslosen im AA-Bezirk Leer 1966 läßt sich aus der strukturellen Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufsgruppen und dem generellen Arbeitskräfteüberhang erklären.[7]) Das Ansteigen des Durchschnittsalters im Verlauf der Rezession weist demgegenüber darauf hin, daß während und nach der Rezession eine entscheidende Verschiebung im regionalen Arbeitsplätzegefüge mit entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeitskräfte stattgefunden hat: die Rezession traf in Ostfriesland hauptsächlich traditionelle Gewerbe (vor allem das Baugewerbe) und beschleunigte dort den tendenziellen Beschäftigtenrückgang; dadurch wurden überwiegend Arbeitskräfte mit traditioneller Qualifikation und relativ hohem Durchschnittsalter freigesetzt. Dem standen die neu angesiedelten Industriebetriebe gegenüber, die einerseits wegen ihrer teilweise hohen Exportleistung (VW-Werk, Olympia, aber auch der Schiffbau) von der Rezession wenig berührt wurden, andererseits aber bei der Arbeitskräfterekrutierung ein niedriges Durchschnittsalter verlangten und wegen der hohen Arbeitslosigkeit auch realisieren konnten. Andere Unternehmen mit stagnierendem Arbeitskräftebedarf verstärkten diese Diskrepanzen zwischen der Struktur der freigesetzten und der eingestellten Arbeitskräfte noch, indem sie während der Rezession ältere gegen jüngere Arbeitskräfte austauschten.

Die langfristigen Verschiebungen in der Arbeitsplätzestruktur und die dadurch entstandenen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt sind durch die Rezession also beschleunigt und verschärft worden. Es wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die aufgrund ihres Alters und/oder ihrer fachlichen Qualifikation nicht mehr voll ins Erwerbsleben integrierbar waren, da sie für die Besetzung der expandierenden Arbeitsplätze nicht verwandt wurden.[8]) Sie dürften zum großen Teil gezwungen sein, in Wirtschaftszweigen mit saisonal und/oder konjunkturell stark wechselndem Beschäftigtenstand eine Pufferfunktion in Zeiten großen Beschäftigtenbedarfs zu übernehmen.

Die Stabilisierung des ostfriesischen Arbeitsmarktes durch die Ansiedlung von Industriebetrieben ist hauptsächlich jüngeren Arbeitskräften zugute gekommen, bei denen für die expandierenden Unternehmen die Einstellung und die damit verbundene Anlernzeit bei geringen Kosten den höchsten Gewinn bringt.

7) Siehe zum Zusammenhang zwischen Altersstruktur der Arbeitslosen und regionaler Arbeitsmarktstruktur: H. Hofbauer, U. Bintig, W. Dadzio, Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Ergebnisse aus einer Erhebung im Frühjahr 1968, in: **Mitteilungen**, Dez. 1968, H. 5.

8) Das Problem der älteren Arbeitslosen, die den steigenden Belastungen im mechanisierten Arbeitsprozeß nicht mehr gewachsen sind, beschäftigt auch die Instanzen des Staates und der Arbeitsämter mehr und mehr. Siehe dazu: W. Viebahn, Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität zu Köln, Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1969; W. Klaudner, G. Kühlewind, P. Schnur, Zu den Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer, Eine Modellrechnung nach Wirtschaftszweigen bis 1980, in: Mitteilungen 4. Jg., 1971, Heft 1.

4.4.3. Zum Verhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften bei Frauen

Ständige Frauenarbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft sind in relevantem Umfang erst in den 60er Jahren entstanden. Davor überwogen die Beschäftigung im Familienbetrieb oder Saisonarbeiten im Fremdenverkehr und in der Nahrungsmittelindustrie. Auch 1961 war die Frauenerwerbstätigkeit in allen Wirtschaftsbereichen unterrepräsentiert.

Frauenerwerbstätigkeit am 6. 6. 1961 in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, Frauen auf 100 Männer[9])

	Energie, Wasser, Bergbau	Verarb. Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Nachrichten	Restl. Dienstleistung
Niedersachsen	9	41	4	65	97
RB Aurich	11	32	3	52	79
Emden	10	13	5	34	45
L Aurich	8	58	2	59	67
L Leer	10	45	3	58	101
L Norden	20	46	4	67	129
L Wittmund	11	23	2	64	119
L Asch.-Hümml.	15	43	3	54	69

Erst die Ansiedlung industrieller Arbeitsplätze und die Expansion des Dienstleistungsbereiches vor allem in den 60er Jahren erhöhte die außerfamiliären Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, deckte allerdings das Arbeitskräfteangebot nicht ab, so daß auch bei dem 1966 noch insgesamt positiven Saldo zwischen arbeitssuchenden Frauen und offenen Stellen[10]) erhebliche Diskrepanzen bei den Salden der einzelnen Berufsgruppen bestanden. So stand einem Überangebot an Arbeitsplätzen in der Metall- und Leder verarbeitenden Industrie ein Arbeitskräftereservoir vor allem bei den Ungelernten Hilfskräften, den Handels- und Büroberufen und den Hauswirtschaftlichen und Reinigungsberufen gegenüber.

9) Zus. u. ber. nach: **NLV, Arbeitsstättenzählung 1961.**

10) Es wurde hier der Saldo zwischen arbeitssuchenden Frauen und offenen Stellen berechnet, da unter den arbeitssuchenden, nicht-arbeitslosen Frauen eine Reihe von Frauen sind, die wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen, also das Arbeitskräfteangebot effektiv erhöhen.

Saldo zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen nach Berufsgruppen, AA-Bezirk Leer, Frauen

	Metall u. Leder-verarb.	Textil- u. Nähr.m., herst.	Ungelernte Hilfs-kräfte	Handels- u. Büro-berufe	Hausw.- u. Reinigungs-berufe	Insgesamt
1966						
Januar	+ 263	— 11	— 29	— 3	— 31	+ 169
Mai	+ 251	— 8	— 25	— 29	+ 2	+ 265
September	+ 188	+ 23	+ 9	— 33	— 40	+ 142
1967						
Januar	+ 47	— 53	— 72	— 104	— 126	— 382
Mai	+ 48	— 75	— 53	— 105	— 98	— 302
September	+ 53	— 68	— 28	— 113	— 91	— 304
1968						
Januar	+ 63	— 46	— 89	— 117	— 20	— 395
Mai	+ 136	— 42	— 34	— 88	— 100	— 197
September	+ 67	— 7	— 16	— 81	— 46	— 111
1969						
Januar	+ 48	— 44	— 10	— 91	— 100	— 310
Mai	+ 45	— 81	— 2	— 74	— 132	— 259
September	+ 134	— 35	— 32	— 69	— 89	— 141

Gerade die Industriebetriebe, die in Ostfriesland wegen des Frauen-Arbeitskräftereservoirs angesiedelt wurden — im AA-Bezirk Leer vor allem elektrotechnische Betriebe und die Zweigwerke einer Schuhfabrik und der Olympia-AG — hatten trotz des ab 1967 bestehenden Überangebotes an arbeitslosen und arbeitsuchenden Frauen und trotz der geringen Anforderungen an eine formale Qualifikation (meist kurzfristige Anlerntätigkeiten) Schwierigkeiten, ihre Arbeitsplätze zu besetzen. Offensichtlich bestanden zwischen den Anforderungen der Frauen an die Arbeitsbedingungen und den Anforderungen der Arbeitsplatzanbieter an die Arbeitskräfte solche Unterschiede, daß erhebliche Vermittlungsschwierigkeiten auftauchten.

Die Arbeitsanforderungen der ostfriesischen Frauen wurden

- durch die Berufsausbildung, die sich (wenn sie überhaupt eine formale Ausbildung erhalten) auf hauswirtschaftliche, Einzelhandels- und einfache Büroberufe konzentriert,
- durch die große Kinderzahl,
- durch die dünne und verstreute Siedlungsstruktur und die schlechten innerregionalen Verkehrsverbindungen,
- durch die teilweise noch vorhandene Arbeitsbelastung in landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben,

bestimmt. Dementsprechend wurden Arbeitsplätze bevorzugt, die der Berufsausbildung entsprachen, in der Nähe des Wohnortes lagen[11]) und möglichst Teilzeitarbeitsmöglichkeiten boten.[12]) So wuchs in den letzten Jahren die Zahl der Frauen, die Teilzeitarbeitsstellen suchten, auf fast die Hälfte aller arbeitsuchenden Frauen an.

11) Eine Untersuchung der Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen ergab: „Untersuchungen des Instituts haben den Befund erbracht, daß die Streuung der Frauenarbeitsplätze in einer Stadt in ziemlich hohem Maße korrespondiert mit den jeweiligen Frauenerwerbsquoten der einzelnen Ortsteile." Institut für angewandte Sozialwissenschaft, **Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen,** Bad Godesberg Mai 1969, S. 10.

12) Siehe dazu: M. Borris, Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Untersuchung im Auftrag des Rationalisierungs-Kuratoriums der deutschen Wirtschaft e. V., o. O. 1968.

Anteil der Teilarbeit suchenden Frauen an allen Arbeitsuchenden im AA-Bezirk Leer

Oktober 1966	39,1
Oktober 1967	45,4
Oktober 1968	49,2

Von der beruflich/fachlichen Verteilung der arbeitslosen — und verschärft noch der arbeitsuchenden — Frauen her dominierten gerade seit der Rezession die nicht-industriellen Berufe: die ungelernten Hilfskräfte, die Handels- und Büroberufe und die Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe.

Verteilung der arbeitslosen Frauen nach ausgewählten Berufsgruppen in %, AA-Bezirk Leer

	Metall- u. Lederverarb.	Textil- u. Nährm. herst.	Ungelernte Hilfskräfte	Handels- u. Büroberufe	Hausw.- u. Reinigungsberufe
1966					
Januar	0,5	22,2	8,9	19,7	15,2
Mai	0,7	27,6	8,3	26,9	17,2
September	3,2	12,9	6,5	37,4	31,0
1967					
Januar	2,3	13,0	16,9	23,1	25,2
Mai	2,1	20,6	19,0	23,7	21,4
September	3,0	19,0	13,2	25,1	23,3
1968					
Januar	3,4	16,3	14,9	22,6	21,6
Mai	6,2	16,5	11,2	27,7	22,5
September	9,0	12,1	12,6	27,2	21,5
1969					
Januar	3,7	12,0	13,7	23,8	23,5
Mai	4,0	14,1	14,3	26,5	26,9
September	4,8	11,6	16,2	26,3	24,7

Da hier — außer bei einigen Handels- und Büroberufen — keine jeweils fachlich abgeschlossenen Teilarbeitsmärkte bestanden, sondern auch arbeitslose Frauen der Gruppen „Ungelernte Hilfskräfte" und „Hauswirtschaftliche und Reinigungsberufe" sich zu Metall- und Lederverarbeitern anlernen lassen konnten, war die Verteilung der Frauen auf die einzelnen Gruppen weniger eine Folge fachlicher Differenzierung als eine Folge des jeweiligen Verhältnisses von Arbeitsanforderungen und -bedingungen.

Die nicht-industriellen Arbeitsplätze wurden von den Frauen offensichtlich bevorzugt, weil sie regional stärker verstreut, also leichter erreichbar waren und wegen der geringeren technischen Organisation des Arbeitablaufes mehr Teilzeitarbeitsstellen boten. Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie besaßen ähnliche Bedingungen. Zudem blieben Arbeitsdruck und Arbeitstempo in den noch wenig mechanisierten Arbeitsstätten noch relativ gering. Gerade diese Betriebe hatten allerdings die Expansion der Frauenarbeitsplätze nur in geringem Maße getragen, wodurch sich auch die Diskrepanzen zwischen den in den entsprechenden Berufen ausgebildeten Frauen

(Handels-, Büro- und hauswirtschaftliche Berufe) und den angebotenen Arbeitsplätzen verschärften. Auf der anderen Seite expandierten industrielle Betriebe mit Arbeitsbedingungen und Anforderungen an die arbeitssuchenden Frauen, die für viele nicht erfüllbar waren: Die angebotenen Arbeitsplätze wurden überwiegend in zentralen Orten angesiedelt, so daß bei der verstreuten Siedlungsweise der Bevölkerung die Entfernungen zwischen Arbeits- und Wohnort wuchsen. Teilzeitarbeitsstellen boten die Industriebetriebe kaum an, da sie die damit verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten und teilweise höheren finanziellen Belastungen nicht aufzubringen bereit waren, so lange sie auch die Vollzeitarbeitsplätze noch besetzen konnten. So waren die regionalen Unternehmen nur in den Jahren 1965 und 1966, als der Frauenarbeitsmarkt relativ ausgeglichen war, bereit, zusätzliche Arbeitskraftreserven durch das Angebot von Teilzeitarbeitsstellen zu mobilisieren.

Anteil der Teilzeitarbeitsstellen an den offenen Stellen, Junidaten im AA-Bezirk Leer (in %)

1964	6,2
1965	21,6
1966	21,6
1967	5,8
1968	6,3
1969	19,5

Schon von daher mußten sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Vermittlung zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften ergeben, da gerade für verheiratete Frauen mit Kindern eine Erwerbstätigkeit häufig nur bei kurzen Anfahrtswegen und Teilzeitarbeit möglich ist.

Verschärft wurden diese Schwierigkeiten bei der Besetzung industrieller Arbeitsplätze noch dadurch, daß die angebotenen Löhne (häufig Bezahlung nach den Frauenlohngruppen 1 und 2 der Metalltarifverträge) sehr niedrig sind, die Arbeitsanforderungen (meist Akkord-Fließbandarbeit) gleichzeitig aber so hoch sind, daß nur jüngere, leistungsfähige Frauen das Arbeitspensum bewältigen können und eingestellt werden. Vor allem die metall- und lederverarbeitenden Industriebetriebe wenden sich also an eine Altersgruppe der arbeitssuchenden Frauen, die, wenn sie verheiratet sind, wegen des noch niedrigen Alters der Kinder der stärksten familiären Belastung ausgesetzt sind und deswegen häufig nur Teilzeitarbeitsstellen besetzen können; zudem hat ein höherer Anteil unter ihnen als bei den älteren Frauen eine Berufsausbildung erhalten und ist deswegen zu schlecht bezahlter, unqualifizierter und anstrengender Tätigkeit nicht ohne weiteres bereit.

Die Verbreitung regelmäßiger Frauenerwerbstätigkeit außerhalb von Familienbetrieben hat zu wachsenden Diskrepanzen auf dem regionalen Arbeitsmarkt geführt, da gerade die Betriebe, die das dadurch mobilisierte Arbeitskräftepotential auszunutzen gedachten, nicht bereit sind, auf die notwendigen Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen der arbeitssuchenden Frauen einzugehen und eher Gastarbeiterinnen einstellen, als aus den Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung die Konsequenzen zu ziehen, die Anforderungen an die Arbeitskräfte zu senken, die Bezahlung zu verbessern und Teilzeitarbeitsstellen anzubieten.

Durch diese zunehmenden Vermittlungsschwierigkeiten stieg nicht nur die Zahl der arbeitslosen und arbeitsuchenden Frauen, sondern auch die schon hohe Dauer der Arbeitslosigkeit an, so daß im Mai 1969 40 % der arbeitslosen Frauen im AA-Bezirk Leer länger als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung waren.

Arbeitslose Frauen nach Dauer der Arbeitslosigkeit in %[13])

1. **AA-Bezirk Leer**

	unt. 1 Mo.	1–unt. 3 Mo.	3–unt. 6 Mo.	6–unt. 12 Mo.	12 Mo. u. länger
Sept. 1964	33,0	34,0	16,5	16,5	—
Sept. 1966	28,0	34,0	24,2	11,7	1,3
Sept. 1967	22,8	28,9	24,0	20,0	3,8
Sept. 1968	25,1	27,9	20,8	20,8	5,4
Mai 1969	18,3	24,0	17,4	33,2	7,1
2. **BRD**					
Sept. 1966	48,3	28,0	15,1	7,1	1,5
Sept. 1967	27,2	27,4	22,9	21,2	1,3
April 1968	26,9	21,7	25,3	20,3	5,8

Auch bei den Frauen trat also in den letzten Jahren des Problem auf, daß im Zuge der Industrialisierung ein Reservoir an Arbeitskräften entstand, das trotz des Arbeitskräftemangels in einzelnen Bereichen nicht eingestellt wurde, da die Beschäftigung nicht die für die Unternehmen erforderlichen Profite bringt.

Das Hauptproblem auf dem Frauenarbeitsmarkt Ostfrieslands – die Vermittlung zwischen den Bedingungen, unter denen Frauen mit familiärer Belastung bereit sind zu arbeiten und unter denen die Unternehmen bereit sind, sie einzustellen und auszubilden, zeigt sich – wenn auch nicht in der Schärfe – generell bei der Frauenerwerbstätigkeit in der BRD.[14])

Beide – Unternehmer und Frauen – gehen davon aus, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen bei einer Familiengründung normalerweise unterbrochen wird, ziehen aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen an der Erwerbstätigkeit z. T. gegensätzliche Schlußfolgerungen daraus. Da der Wunsch nach einer Verbindung von Erwerbstätigkeit und Haushaltsarbeit bei Frauen wächst, stellen sie zunächst einmal zunehmend höhere Ansprüche an ihre Berufsausbildung, um die Schwierigkeit bei der Rückkehr in den Beruf zu mindern. Unternehmen haben dagegen an einer qualifizierten Ausbildung von Mädchen ein noch geringeres Interesse als bei Jungen, da sie nicht bereit sind, in sie durch ein qualifizierte Ausbildung etwas zu investieren, was sie hinterher durch die zeitlich begrenzte Erwerbstätigkeit nicht ausnutzen können. Lehrstellen für Mädchen werden überwiegend dort eingerichtet, wo die Ausbildung hauptsächlich praktische Fertigkeiten vermittelt, die während der Mitarbeit im Betrieb ohne viel Unterweisung erworben werden können. Hier werden bereits Widersprüche zwischen der Berufsausbildung und den späteren fachlichen Erfordernissen hervor-

13) **BRD: Mitteilungen,** Okt. 1968, Heft 4, S. 181, Die Dauer der Arbeitslosigkeit im AA-Bezirk Leer kann allerdings auch durch eine Veränderung im Erwerbsverhalten der Frauen erhöht worden sein: schieden bei einer noch geringen regionalen Verbreitung gewerblicher Frauenerwerbstätigkeit die häufig nur für die Arbeitssaison (Fremdenverkehr, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) eingestellten Frauen nach der Entlassung ohne Arbeitslosenmeldung aus dem Erwerbsleben wieder aus, so kann sich die Zahl der arbeitslosen Frauen im Zuge der Verbreitung ständiger Erwerbstätigkeit außerhalb des Familienbetriebes auch dadurch erhöht haben, daß mehr Frauen über die finanziellen Vorteile einer Arbeitslosenmeldung informiert wurden und auch in wachsendem Maße an einer ständigen Erwerbstätigkeit interessiert sind.

14) Siehe dazu u. a. B. Kunze, M. Welteke, Zum Problem der Frauenerwerbstätigkeit im Raum Salzgitter, Sozioökonomische Strukturmerkmale und Entwicklungsprobleme der Region Salzgitter unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes, Zwischenbericht Teil II, Eine Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) Marburg, Marburg 1970.

gerufen, die eine spätere Erwerbstätigkeit nach unterbrochener Berufspraxis erschweren.[15]) Weitere Interessengegensätze tauchen dann bei der späteren Erwerbstätigkeit auf: Eine Weiterführung oder Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach einer Familiengründung aus dem Wunsch nach Abwechslung und/oder nach Aufbesserung des Haushaltseinkommens lohnt sich bei Frauen häufig nur bei Teilzeitarbeit, kurzen Arbeitswegen, ausreichender Bezahlung. Viele Arbeitgeber ziehen dagegen aus der Tatsache, daß die meisten Frauen nicht ständig erwerbstätig sein können und wollen, entgegengesetzte Schlüsse: eine optimale Anpassung der Arbeitsbedingungen an die spezifischen Bedürfnisse verheirateter Frauen erfolgt gerade wegen der möglichen Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit und der Fluktuation nicht. Sie werden generell als Arbeitskraftreserven betrachtet, bei denen man wegen der möglichen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit auf geringes Interesse an qualifizierter Arbeit und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten schließt und sie deshalb bevorzugt für monotone an- oder ungelernte Tätigkeiten einsetzt; die Löhne sind entsprechend niedrig. Die Schwierigkeiten, unter denen verheiratete Frauen einen Arbeitsplatz finden, dessen Bedingungen sich mit der Belastung im Haushalt und den eigenen Erwerbsvorstellungen decken, führen bei der Gruppe von Frauen, die nicht unter extremen finanziellen Druck stehen, zum Verzicht auf Erwerbstätigkeit; die Arbeitskraftreserven bleiben also ungenutzt.

Die Gruppe von Frauen, die aus finanziellen Gründen zur Erwerbstätigkeit gezwungen ist, muß häufig angesichts des regionalen Arbeitsplätzeangebotes auf angemessene Arbeitsbedingungen verzichten und eine der zahlreich angebotenen unqualifizierten, schlecht bezahlten, monotonen Arbeiten auf sich nehmen. Daß dadurch weder das Interesse an der noch die Bindung an die Arbeit besonders gefördert wird, ist einleuchtend. Das dann konstantierte Desinteresse an der Arbeit dient wiederum als Begründung für die geringen Bemühungen der Unternehmen, auf die Erwerbsbedingungen der Frauen einzugehen. Es ergibt sich allerdings meist nicht aus einer „naturhaften", vorgebenen Einstellung, sondern aus dem Widerspruch zwischen den eigenen Erwerbsvorstellungen und den realen Arbeitsbedingungen, die die in der spezifischen Erziehung bereits vermittelten Leitbilder über die Frauenrolle wieder bestärken.

Wenn also Unternehmen Frauenarbeitsplätze mit schlechten Arbeitsbedingungen anbieten, da sie von einem generell geringen Interesse an der Arbeit und von einer generell hohen Fluktuation ausgehen, erzeugen sie das entsprechende Erwerbsverhalten der dort arbeitenden Frauen teilweise selbst.

4.5. **Mobilitätsanforderungen an die regionalen Erwerbspersonen in Ostfriesland**

Bisher wurden die Verschiebungen zwischen Arbeitsplätze- und Arbeitskräftegefüge überwiegend unter dem Gesichtspunkt beschrieben, inwieweit die beiden Größen qualitativ und quantitativ jeweils miteinander vermittelbar waren; die Bedingungen, unter denen diese Vermittlung real zustande kommt – also die jeweiligen Mobilitätsprozesse – wurden zunächst noch außer acht gelassen. Im folgenden Abschnitt soll

15) Dabei ergab eine Befragung von nicht berufstätigen Frauen im Rahmen der bereits zitierten Studie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft, daß mit steigender beruflicher Qualifikation der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit steigt: „Einen Einfluß auf die Erwerbsbereitschaft hat auch die eigene berufliche Vorbildung: Von den Frauen, die eine Lehre oder weiterführende Schule besucht haben, sind rund 40 % erwerbsbereit oder nur gegenwärtig an einer Erwerbsbeschäftigung gehindert. Frauen, die keinen Beruf gelernt haben, sind überdurchschnittlich oft in den Gruppen 3 und 4 anzutreffen, für die eine berufliche Tätigkeit entweder gar nicht oder nur in extremen Situationen in Frage kommt: nur 23 % dieser Frauen ohne Berufsausbildung sind an einer beruflichen Arbeit interessiert." **Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen,** S. 35.

deshalb untersucht werden, vor welchen Anforderungen die Erwerbstätigen angesichts der Verschiebungen in der fachlichen und regionalen Arbeitsplätzeverteilung standen, und mit welchen Hemmnissen und Schwierigkeiten dieser Anpassungsprozeß für sie verbunden war.

Mit dieser Fragestellung soll die Darstellung der Mobilitätsprozesse über den Aspekt der reinen Hilfsfunktion zur Vermittlung zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften hinauskommen, indem die Interessen und Bedürfnisse der abhängig Arbeitenden, die denen der Arbeitsplatzanbieter widersprechen können, als eigener Faktor berücksichtigt werden. Vor allem soll dabei — soweit es das zugängliche Material zuläßt — der häufig in ländlichen Gebieten gemachten Beobachtung nachgegangen werden, daß die Erwerbspersonen sich in regionaler wie in beruflicher Hinsicht relativ immobil verhalten, also von sich aus häufig nicht zu einem Wechsel der Wohn- und Erwerbsbedingungen bereit sind und deshalb notwendige Umschichtungen in der Erwerbs- und Wohnstruktur eher hemmen als fördern.[1])

Da Material über konkrete Mobilitätsvorgänge nur für den Bereich der regionalen Mobilität (Pendelwanderung und Wohnortwechsel) vorliegt, muß sich die Darstellung der beruflichen Mobilität auf die Zusammenfassung und Analyse von Vorgängen beschränken, die zwar aus den Verschiebungen in der Erwerbsstruktur abgeleitet, aber statistisch nicht belegt werden können.

4.5.1. **Berufliche Mobilität**

Die beruflichen Mobilitätsprozesse, die sich in den letzten 20 Jahren in Ostfriesland vollzogen haben, dürften in ihrem quantitativen und qualitativen Umfang weit über die Prozesse in anderen, bereits industrialisierten Regionen hinausgegangen sein. Durch das Nebeneinander von schrumpfenden und stark expandierenden Wirtschaftszweigen wurde nicht nur quantitativ ein großer Teil des regionalen Arbeitskräftepotentials umgeschichtet; auch qualitativ änderten sich die Arbeitsbedingungen mit dem Wechsel von ländlicher zu industrieller Produktion sowohl in der sozialen Stellung im Arbeitsprozeß als auch in den konkreten Arbeitsanforderungen entscheidend. Zwei Haupttendenzen in der beruflichen Mobilität ergaben sich aus der bisherigen Darstellung: einmal vollzog sich der Rückgang von selbständigen und mithelfenden Positionen zugunsten abhängiger Arbeit — also die Eingliederung der regionalen Erwerbspersonen in den kapitalistischen Verwertungsprozeß; zum anderen verschoben sich vom Arbeitsprozeß her die Arbeitsanforderungen im Laufe der Technisierung und Standardisierung der Produktion von material- bzw. rohstofforientierten und deshalb branchenspezifischen Qualifikationen zu Fertigkeiten, die sich mehr am technischen und organisatorischen Arbeitsablauf orientieren und entsprechend

1) Siehe dazu **W. Langenheder,** Ansatz zu einer allgemeinen **Verhaltenstheorie in den Sozialwissenschaften.** Dargestellt und überprüft an Ergebnissen empirischer Untersuchungen über Ursachen von Wanderungen, Köln und Opladen 1968. Der Autor argumentiert bei der Gegenüberstellung des unterschiedlichen Mobilitätsverhaltens sozialer Gruppen überwiegend sozialpsychologisch — subjektivistisch, ohne sich um eine Abteilung des jeweiligen Verhaltens aus der objektiven Erwerbssituation zu bemühen. Da dieser Ansatz — wenn auch nicht immer in dieser extremen Form typisch für viele Mobilitätsuntersuchungen ist, soll hier ansatzweise versucht werden, die objektiven Hintergründe für das Mobilitätsverhalten zu beschreiben. Eine kritische Darstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zur sozialen Mobilität gibt K. H. Tjaden, Grundriß eines Bezugrahmens der Analyse sozialer Mobilität, Beschreibung und Analyse verschiedener Formen sozialer Mobilität in Osthessen und ihre Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung, Untersuchungsphase I, Teil 1, Eine Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forderung (ISF), Marburg, August 1969.

material- bzw. rohstoffunspezifischer sind.[2]) Diese beiden Prozesse — die Veränderungen in der sozialen Stellung und in den Arbeitsanforderungen — laufen zum Teil parallel: denn in dem Maße, wie Familienbetriebe und kleine Gewerbebetriebe durch kapitalistisch und kapitalintensiv arbeitende Unternehmen verdrängt werden, wächst mit der Größe der Produktion auch der Grad der Technisierung und der Standardisierung der Arbeitsabläufe.

Die einschneidenste und umfassendste Veränderung in den Erwerbsbedingungen Ostfrieslands ergab sich durch den Wechsel von selbständiger oder mithelfender Tätigkeit in landwirtschaftlichen Familienbetrieben zu abhängiger Arbeit. Der Rückgang erfolgte bei Selbständigen überwiegend im Generationenwechsel, bei Mithelfenden entweder durch Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß (vor allem bei den Ehefrauen) oder durch Wechsel in abhängige Tätigkeit; zwischen dem endgültigen Wechsel zu abhängigen Positionen wurde häufig — an der großen Zahl der Nebenerwerbsbetriebe und teilbeschäftigten Arbeitskräfte ablesbar — die neue Haupttätigkeit mit der Nebentätigkeit im Familienbetrieb gekoppelt.

An Beobachtungen, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form sich dieser Wechsel vollzog, konnten bisher folgende gemacht werden:

- Die Überalterung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte vor allem auf kleinen Höfen zeigt, daß die Abwanderung meist von noch jungen Mithelfenden — also überwiegend von den Söhnen und Töchtern des Hofeigentümers — getragen wurde.[3])
- Die vor allem außerhalb der zentralen Orte quantitativ und qualitativ ungenügenden Berufsausbildungsmöglichkeiten führten dazu, daß ein großer Teil der zunächst Mithelfenden keine außerlandwirtschaftliche Berufsausbildung erhielt.
- Da die drei befragten großen Industrieunternehmen auch während ihrer Expansion nur in geringer Zahl Arbeitskräfte direkt aus der Landwirtschaft einstellten, wurde nach der Aufgabe landwirtschaftlicher Tätigkeit nicht primär eine Stellung in den neu entstandenen Industrieunternehmen, sondern in anderen Wirtschaftszweigen aufgenommen.

Es kann deshalb — gestützt auf Untersuchungen in anderen ländlichen Regionen — vermutet werden, daß ein erheblicher Teil der aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Männer zunächst Hilfstätigkeiten im Baugewerbe ergreift, während die Frauen — soweit sie nicht aus dem Erwerbsleben ausscheiden — un- oder angelernte Dienst-

2) Für die Berufsverschiebungen zwischen Handwerk und Industrie wurde dieser Prozeß so beschrieben: „Mit der Schrumpfung der traditionalen Betriebs- und Arbeitsformen des Handwerks ist eine starke Abnahme von Berufstätigkeiten mit hoher material- und branchenspezifischer sowie relativ hoher formaler Qualifikation verbunden. Mit zunehmender Rationalisierung und Mechanisierung der Warenproduktion und -verteilung gewinnen Erwerbstätigkeiten mit hoher anlagenspezifischer und mittlerer formaler Ausbildung (Spezialarbeiter) sowie von geringer branchenspezifischer und niedriger formaler Qualifikation (weibliche Erwerbspersonen) oder auch angehobenerer Qualifikationsgrade ebenso an Bedeutung wie die Schicht der weitgehend branchenneutralen Arbeitskräfte mit gehobener und hoher formaler Qualifikation." Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Entwurf eines regionalisierten Mobilitätsmodells in Hinblick auf die Arbeitsmarktentwicklung in Osthessen, Beschreibung und Analyse verschiedener Formen sozialer Mobilität in Osthessen und ihre Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung, Untersuchungsphase I, Teil 3, Marburg Januar 1970, S. 11.

3) Zur Abwanderung der Kinder von Landwirten — vor allem der Töchter — vom elterlichen Hof siehe: U. Planck, E. Wagner, Jugend auf dem Lande. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Erhebung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, München 1958; U. Planck, Landjugend im sozialen Wandel. Ergebnisse einer Trenduntersuchung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, München 1970.

leistungsberufe (Verkäuferin, hauswirtschaftliche und Reinigungsberufe) übernehmen. Die Wahl dieser überwiegend unqualifizierten Arbeitsplätze ist eine notwendige Folge der fehlenden außerlandwirtschaftlichen Berufsausbildung. So ergab z. B. eine Befragung von 149 Erwerbstätigen, die nach 1960 den landwirtschaftlichen Hauptberuf aufgaben, in den Landkreisen Meschede/Sauerland und Schleiden/Eifel:

„Im Landkreis Meschede machten knapp 30 %, im Landkreis Schleiden knapp 20 % der aus dem landwirtschaftlichen Hauptberuf Ausgeschiedenen eine Anlern- oder Lehrzeit durch. Überwiegend handelte es sich um Anlernzeiten bis zu 6 Monaten . . . Zur Zeit der Erhebung (1965 F. W.) übten von den Befragten im Landkreis Meschede 60 %, im Landkreis Schleiden 75 % hauptberufliche Tätigkeiten aus, die als Hilfsarbeitertätigkeiten anzusehen sind."[4])

Als wesentlicher Grund für das nur geringe Bedürfnis, eine Berufsqualifikation nachzuholen, wurde die nach wie vor hohe Verbundenheit mit dem landwirtschaftlichen Familienbetrieb angegeben: sowohl unter den ehemaligen hauptberuflichen Betriebsinhabern als auch unter den ehemaligen mithelfenden Familienangehörigen arbeitete der größte Teil weiterhin in der arbeitsfreien Zeit noch im Familienbetrieb mit. Zumindest die Generation, die zunächst voll im Familienbetrieb mitgearbeitet hat, löst sich also nicht vollständig von der bisherigen Tätigkeit, sondern versucht, den Betrieb durch Nebentätigkeit zu erhalten.

Hier bedingen sich zwei Faktoren gegenseitig: Wechsler aus der Landwirtschaft können wegen ihrer nicht mehr verwendbaren Qualifikation häufig nur Arbeitsplätze bekommen, die wegen ihrer Unsicherheit, der körperlichen Anstrengung und der relativ schlechten Bezahlung von anderen bereits gewerblich geschulten Erwerbstätigen nicht besetzt werden, da diese aufgrund ihrer Berufserfahrungen größere Chancen besitzen, die attraktiveren industriellen Arbeitsplätze besetzen zu können. Die ersten Erfahrungen der Wechsler aus der Landwirtschaft mit abhängiger Arbeit – etwa als Bauhilfsarbeiter – sind dementsprechend von der Unsicherheit in diesem Arbeitsverhältnis gezeichnet, so daß der landwirtschaftliche Familienbetrieb auch real die Funktion der Existenzabsicherung in Zeiten der Arbeitslosigkeit erhält. In dem Maße, wie der Familienbetrieb an Gewicht behält, wie vielleicht sogar die Hoffnung auf einen Ausbau des Betriebes zum Haupterwerbsbetrieb besteht, werden Versuche, die abhängige Position durch eine Qualifizierung und durch den Wechsel zu anderen sicheren Arbeitsplätzen zu stabilisieren, nur noch in geringem Maße unternommen. Die schlechten Ausgangsbedingungen nach der Aufgabe der landwirtschaftlichen Haupttätigkeit und die entsprechenden Berufserfahrungen bedingen also die später geringen Versuche, die Berufsposition zu stabilisieren. Daß unter diesen Bedingungen, ältere landwirtschaftliche Erwerbstätige, deren Chancen als Unqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter sind, nur selten zur Aufgabe ihrer Tätigkeit bereit sind, ist nur zu verständlich. Eine völlige Trennung vom bisherigen Familienbetrieb erfolgt meist erst dann, wenn – auf der Grundlage verbesserter außerlandwirtschaftlicher Erwerbs- und Berufsausbildungsmöglichkeiten – die nächste Generation von vorneherein eine abhängige Tätigkeit ergreifen kann und muß und eine entsprechende Berufsausbildung erhält; denn erst mit einer relativ sicheren, außerlandwirtschaftlichen Existenzgrundlage wird ein Nebenerwerbsbetrieb mehr zu einer Belastung als zu einer sicheren Versorgungsquelle.

4) P. Buchholz, H. v. Renner, Probleme der beruflichen Umschulung in kleinbäuerlichen Gebieten, Ergebnisse von Erhebungen in den Landkreisen Meschede/Sauerland und Schleiden/Eifel, Hrsg. vom Sekretariat der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., Göttingen 1966, S. 5/6.

Der ostfriesische Arbeitsmarkt hat also nicht die Bedingungen geboten, die für eine Erleichterung der Aufgabe des landwirtschaftlichen Familienbetriebes notwendig wären, da den Wechslern überwiegend Arbeitsplätze angeboten werden, die sie zwar ohne große Umstellungen und Anlernschwierigkeiten besetzen können, die aber gleichzeitig zu instabil sind, um den Übergang zu abhängiger Arbeit zu erleichtern. Dadurch wird die Skepsis gegenüber dem Wechsel von selbständiger zu abhängiger Tätigkeit noch verstärkt.

Auch die Versuche der Arbeitsämter, durch Umschulungskurse für Kleinlandwirte den Übergang zu erleichtern, haben nicht nur wegen der Schwierigkeiten bei der Mobilisierung der Landwirte nur begrenzten Erfolg: nach Aussagen der Arbeitsämter besteht bei den Industrieunternehmen kein großes Interesse an der Einstellung umgeschulter Landwirte, solange sie auf junge Arbeitskräfte mit größeren Erfahrungen in industrieller Tätigkeit zurückgreifen können. Die Umstellungsschwierigkeiten, die sich beim Wechsel von landwirtschaftlicher zu industrieller Tätigkeit notwendigerweise ergeben, werden also durch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich der Wechsel vollziehen muß, noch entscheidend verschärft; denn da die einzelnen Unternehmen kein Interesse daran haben, die Umstellung zu erleichtern, sondern die ehemaligen oder Nebenerwerbslandwirte als Arbeitskräftereservoir für unqualifizierte, instabile Tätigkeiten benutzen, kann sich der notwendige Wechsel nicht als geplanter Prozeß zur produktiveren Verwendung der Arbeitskräfte, sondern nur durch den ökonomischen Druck auf die einzelnen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen vollziehen, was entscheidende Mobilitätshemmnisse auslöst, und die Beschreibung des konservativen, immobilen Charakters der bäuerlichen Erwerbstätigen zu bestätigen scheint.[5])

Auch innerhalb der abhängig Arbeitenden haben sich erhebliche Mobilitätsprozesse durch die unterschiedliche Beschäftigtenentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen und die den späteren Anforderungen nicht angepaßte Berufsausbildung abgespielt — überwiegend in Form einer Umschichtung der Arbeitskräfte von Klein- zu Großbetrieben, von noch überwiegend handwerklich arbeitenden zu technisierten Betrieben.

Unabhängig von der formalen Qualifikation bestanden die Berufserfahrungen in den zu Beginn der 50er Jahre entscheidenden außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen in Kenntnissen, die noch in engem Zusammenhang mit dem bearbeiteten Material bzw. Rohstoff standen: die geringe Technisierung hatte noch nicht zwischen Arbeitskraft und Produkt rein maschinelle Verrichtungen treten lassen; die geringe Standardisierung erforderte von den Arbeitskräften noch Erfahrungen und Kenntnisse in der Bearbeitung des Materials.

Die Umschichtung eines großen Teils der Arbeitskräfte in die neu entstandenen Industriebetriebe mit häufig technisierten und/oder standardisierten Arbeitsabläufen führte zu völlig neuen Arbeits- und Qualifikationsanforderungen, die nur noch wenig von dem zu bearbeitenden Material, um so mehr von den technischen und organisatorischen Anforderungen des Arbeitsablaufes beeinflußt werden. Denn hier kann die Vielzahl der Bearbeitungsschritte aufgrund des Produktionsumfanges soweit in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt werden, daß sie entweder maschinell oder mit relativ einfachen Handgriffen ausgeführt werden. Bei dieser Stufe der mechanisierten Massen- oder Serienproduktion und je nach der Funktion der einzelnen Arbeitskräfte technische Kenntnisse im Umgang (Bedienung, Reparatur) mit den Maschinen und Anlagen oder die Fähigkeit, sich einem genau durchorganisierten Arbeitsablauf an-

5) So wurde in Gesprächen in Ostfriesland immer wieder als Erklärung für die Mobilitätshemmnisse auf den konservativen, bodenständigen Charakter der Ostfriesen hingewiesen.

zupassen und in den Reaktionen unterzuordnen, gefordert.[6]) Die Zwischenstufe zwischen der noch handwerklichen, materialorientierten und der technisch und ablauforientierten Tätigkeit, bei der die Zunahme der Bearbeitungsschritte die technischen und manuellen Arbeitsverrichtungen zunächst so differenzierte und komplizierte, daß in wachsendem Maße Fachkräfte eingesetzt werden mußten, war und ist in Ostfriesland kaum repräsentiert.

Kann man bei der materialorientierten Tätigkeit die Berufsanforderungen noch konkret, inhaltlich bestimmen, weil der Erwerbstätige einen — wenn auch noch so kleinen — Teil des Produktionsablaufs kennen muß, so werden in dem Maße, wie auch einzelne Arbeitsabläufe immer mehr standardisiert und genau vororganisiert sind, die dabei erforderlichen Fähigkeiten immer abstrakter: Genauigkeit, Reaktionsgeschwindigkeit, Konzentration werden nun anstatt inhaltlicher Kenntnisse verlangt, da diese Erwerbstätigen nicht mehr einen Teilbereich der Produktion zu beherrschen, sondern sich dem Arbeitsablauf möglichst gut anzupassen haben.[7]) Ob eine Frau nach kurzer Anlernzeit in einer Schuhfabrik Teile eines Schuhs näht oder in einer Büromaschinenfabrik Teile einer Schreibmaschine zusammensetzt, setzt zwar in den einzelnen Handgriffen einige Unterschiede; die Fähigkeiten, die zur schnellen Erlernbarkeit und Ausführung erforderlich sind, sind die gleichen.

Insofern sind auch bei qualifizierteren Überwachungstätigkeiten die beruflichen Qualifikationen im Gegensatz zu materialorientierten Arbeitsanforderungen branchenunspezifisch. Disponibel innerhalb der industriellen Fertigung sind allerdings nur die kurzfristig Angelernten, die ihre eher abstrakten Fertigkeiten nach jeweils kurzer Anlernzeit breit gestreut einsetzen können. Arbeitskräfte, deren Qualifikation im Bedienen oder Reparieren bestimmter technischer Einrichtungen besteht, sind in der Verwendbarkeit dieser Qualifikation auf die Existenz ähnlicher Einrichtungen in anderen Betrieben verwiesen; sie besitzen also nicht nur eine anlagenorientierte, sondern auch anlagenspezifische Qualifikation. Gegenüber den bisherigen fachlich genau auf eine Branche definierten Berufsqualifikationen besitzen diese ablauf- oder anlagenorientierten Tätigkeiten den Vorteil, in ihrer Verwendbarkeit nicht nur von der Arbeitsplätzeentwicklung in einer Branche abhängig zu sein. Die Mobilitätsmöglichkeiten zwischen Branchen sind zumindest für Angelernte gestiegen, während die Mobilität von einem der traditionellen Bereiche des Produzierenden Gewerbes zu anderen Arbeitsplätzen meist mit einem Verlust der beruflichen Qualifikation und Position bezahlt werden mußte. Obwohl durch die Zunahme kurzfristig anlernbarer Tätigkeiten die fachlich oder branchenmäßig definierten Teilarbeitsmärkte sich verwischen, ist dadurch die Disponibilität der Arbeitskräfte insgesamt nicht gestiegen: denn die spezifischen Anforderungen an die psychische und physische Leistungsfähigkeit, die zur Erfüllung der abstrakten Fähigkeiten wie Reaktionsgeschwindigkeit usw. notwendig ist, haben faktisch neue Teilarbeitsmärkte geschaffen, die nur der Gruppe junger, noch voll leistungsfähiger Erwerbstätiger mit einer gewissen Erfahrung mit technisch organisierten Arbeitsabläufen den Zugang zum Teilarbeitsmarkt für angelernte Tätigkeiten ermöglicht. Diese Gruppe ist zwar innerhalb dieses Teilarbeitsmarktes branchenmäßig breit verwendbar. Da die gestiegene Disponibilität aber auf diese Gruppe beschränkt bleibt, ist die Gesamtdurchlässigkeit des Arbeits-

6) Zu dieser sehr schematischen Darstellung der Veränderungen der Arbeitsanforderungen im Verlauf der technischen Entwicklung siehe: **Kern, Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein,** S. 70 ff.

7) In der Industriesoziologie wird dafür häufig der Begriff der „extrafunktionalen Fähigkeiten" verwandt. Siehe u. a. R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Sammlung Göschen Bd. 105, Berlin 1956.

marktes nicht gewachsen. — Im Gegenteil: denn wenn inhaltliche Leistungskriterien durch physisch und psychisch definierte Kriterien ersetzt werden, dann besteht für einen älteren Erwerbstätigen auch durch Umschulung, Einarbeitung, Berufserfahrungen nicht mehr die Möglichkeit, die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Kriterien zu gewinnen.

An die Darstellung der veränderten Arbeitsanforderungen an die abhängig Arbeitenden schließt sich die Frage an, inwieweit die Verschiebung und die Expansion im Arbeitsplätzegefüge Mobilitätsprozesse in Gang gesetzt haben, die die beiden Hauptziele im Erwerbsverhalten und den Erwerbsbedingungen der abhängig Arbeitenden — Stabilität des Arbeitsverhältnisses und hoher Verdienst — gefährdet oder gefördert haben. Zunächst kann vermutet werden, daß in den Zeiten hoher Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig hohem Anteil branchenspezifischer Arbeitsplätze die berufliche Mobilität und sogar die Arbeitsplatzwechsel ohne berufliche Veränderungen überwiegend auf ökonomischem Zwang beruhten: auf strukturell, konjunkturell oder saisonal bedingten Entlassungen oder auf dem Zwang, durch Arbeitsplatzwechsel sich ein notwendiges Minimaleinkommen zu sichern. Angesichts der generellen Unsicherheit der Beschäftigtenverhältnisse, angesichts des Arbeitskräfteüberhanges stand im Mobilitätsverhalten der Beschäftigten der Wunsch nach einem stabilen Arbeitsverhältnis mehr im Vordergrund als der Wunsch, durch Arbeitsplatzwechsel die Aufstiegsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen zu verbessern; ein solches Verhalten blieb bestenfalls jungen Erwerbstätigen mit gesuchter Qualifikation vorbehalten.[8])

Dieser Zwang, der den Wunsch hervorrief, sich möglichst bald stabile Beschäftigtenverhältnisse zu suchen und sich nicht mehr den Risiken eines instabilen Arbeitsmarktes auszusetzen, konnte durch die Expansion industrieller und tertiärer Arbeitsplätze zwar gemildert, aber nicht beseitigt werden, wie die nach wie vor bestehenden quantitativen und qualitativen Diskrepanzen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zeigten. Allerdings haben — wie auch aus den Unterlagen der Arbeitsämter hervorging — die Entstehung neuer Industriearbeitsplätze mit relativ guten Verdienstmöglichkeiten erhebliche Mobilitätsprozesse und -wünsche in Gang gesetzt, deren Ablauf aus vorliegendem Material nicht genau belegt, aber in groben Zügen rekonstruiert werden kann.

Da bei der Einstellung für diese Arbeitsplätze junge Erwerbstätige mit Erfahrungen mit arbeitsteiliger, technisierter Produktionsweise bevorzugt wurden (die Herkunft der im Emder Volkswagen-Werk Beschäftigten spricht dafür, daß das Gros der Beschäftigten aus dem Produzierenden Gewerbe kam), wurden die neu entstehenden Arbeitsplätze nicht direkt von aktuellen Arbeitskräftereserven (also von strukturell freigesetzten Beschäftigten oder ehemaligen Landwirten), sondern wahrscheinlich überwiegend aus Bereichen mit noch relativ stabiler Beschäftigung besetzt, da dort die Alterszusammensetzung und die Qualifikation der Arbeitskräfte den Arbeitsanforderungen am ehesten entgegenkamen und sich gleichzeitig von dort — auch als Reaktion auf die relativ guten Arbeitsmarktchancen — die meisten Beschäftigten bewarben.[9])

Es kann also angenommen werden, daß die Arbeitsplätzeexpansion eine Stufenmobilität in Gang setzte, indem durch die Besetzung der neu entstandenen Arbeitsplätze Beschäftigungsmöglichkeiten in den traditionellen Industriebetrieben, im Handwerk und Baugewerbe frei wurden, die nun von Arbeitskräften aus schrumpfenden

8) Diese These kann für eine andere ländliche Region in Osthessen anhand der dort erhobenen Berufslebensläufe belegt werden: **Wiethold, Zum Verhältnis von beruflicher und regionaler Mobilität,** S. 99 ff.

9) Siehe dazu auch ebenda, S. 87 ff.

Wirtschaftsbereichen besetzt werden konnten. Die nach der Ansiedlung des Volkswagen-Werkes verstärkten Bemühungen der Rheinstahl-Werft, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Emden landwirtschaftlich Beschäftigte zu Anlerntätigkeiten als E-Schweißer zu gewinnen, sprechen dafür.

Insofern stiegen – außer für ältere unqualifizierte Arbeitskräfte – mit der industriellen Expansion die Chancen, den Arbeitsplatz stufenweise zu verbessern. Die attraktiven Arbeitsplätze blieben dabei Erwerbstätigen mit niedrigem Alter und industriellen Erfahrungen vorbehalten.

Es läßt sich allerdings vermuten, daß mit der jeweiligen Beendigung der Expansion größerer Betriebe auch die Wechselmöglichkeiten wieder sinken. Die Voraussetzungen für eine ständige Auswahlmöglichkeit zwischen Arbeitsplätzen – ein quantitativ ausgeglichener und qualitativ differenzierter, aber durchlässiger Arbeitsmarkt – sind nach wie vor nicht vorhanden; denn dafür reicht weder die Zahl an Arbeitsplätzen, noch ist die Differenzierung in den Arbeitsbedingungen und Berufspositionen groß genug, um Arbeitsplatzwechsel im Sinne eines Aufstieges oder einer ständigen Verbesserung der Erwerbsbedingungen möglich zu machen.

4.5.2. **Regionale Mobilität**

Parallel mit der Zurückdrängung einfacher Warenproduzenten durch kapitalistische Unternehmen konzentrierten sich die Arbeitsplätze zunehmend auf die zentralen Orte Ostfrieslands: in dem Maße, wie die an Boden, Rohstoffen und Naturprodukten und die am lokalen Bedarf orientierten Betriebe zugunsten verarbeitender standortunabhängiger Betriebe mit größerem Absatzradius und höheren Ansprüchen an Infrastruktureinrichtungen an Bedeutung verloren, verschob sich die Standortverteilung von den ländlichen Gebieten zu den zentralen Orten. Für die Erwerbstätigen, die bisher in Familienbetrieben gearbeitet hatten, für die also durch den eigenen Besitz an Produktionsmitteln Wohn- und Arbeitsort identisch waren, entstand durch die Aufnahme abhängiger Arbeit zum ersten Male das Problem, den Arbeitsort unabhängig vom Wohnort wählen zu müssen; für diejenigen, die bisher in ländlichen Betrieben des Produzierenden oder Dienstleistungsgewerbes gearbeitet hatten, entstand der Zwang, entweder weite Pendelwege oder eine Verlegung des Wohnortes in die regionalen Arbeitszentren auf sich zu nehmen. Die quantitativen und qualitativen Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt lösten also nicht nur berufliche, sondern auch über- und innerregionale Mobilitätsprozesse aus.

Trotz der erheblichen innerregionalen Verschiebungen in der Arbeitsplätzeverteilung hat sich die Bevölkerungsverteilung in Ostfriesland nur wenig verändert.

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in %[10])

	Niedersachsen		RB Aurich	
	1961	1967	1961	1967
bis unter 500 Einw.	8,4	7,9	9,7	8,9
500 – unter 1 000 Einw.	11,7	10,6	17,2	16,8
1 000 – unter 2 000 Einw.	12,3	11,9	22,2	22,2
2 000 – unter 5 000 Einw.	14,4	14,8	17,1	17,6
5 000 – unter 10 000 Einw.	9,9	9,5	7,9	9,7
10 000 – unter 20 000 Einw.	9,2	11,5	7,9	7,5
20 000 – unter 50 000 Einw.	7,7	8,3	18,0	17,3
50 000 – Einw. und mehr	26,4	25,5	–	–

10) Zus. u. ber. nach: **1961:** NLV, **Die Bevölkerung Niedersachsens am 6. Juni 1961; 1967: Strukturmappe** Tab. A. 5.1.

Eine Konzentration der Bevölkerung fand nur insofern statt, als der Anteil der Bevölkerung in den Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern zugunsten der Gemeinden von 2000–10 000 Einwohnern sank, während in Niedersachsen vor allem die Mittelstädte zunahmen. Die innerregionale Mobilität, die durch die Zentralisierung der Arbeitsplätze ausgelöst wurde, fand offensichtlich mehr in der Form der Pendelmobilität als in der Form von Wanderungsbewegungen statt.

4.5.2.1. **Pendelwanderung**

In Regionen wie Ostfriesland, in denen sich erst eine nennenswerte Industrie entwickelte, nachdem die Erwerbsmöglichkeiten in vorwiegend landwirtschaftlichen Familienbetrieben zurückgegangen waren, vollzog sich das Auseinandertreten von Arbeitsplatz und Wohnort in mehreren Stufen.[11]) In der ersten Phase, in der die traditionellen Erwerbschancen in der Region ohne entsprechende innerregionale Kompensationsmöglichkeiten zurückgingen, begann neben der Abwanderung auch die **Fernpendelei** hauptsächlich ins Ruhrgebiet. Der dauerhaften Verlegung des Wohnortes an den Arbeitsort standen meist eigener Haus- oder Landbesitz und die häufig unsicheren Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet gegenüber. Wohnort, Hauseigentum und Landbesitz vermittelten die primäre Bindung des Fernpendlers; die außerregionale Arbeit wurde meist als vorübergehende Möglichkeit zum Gelderwerb betrachtet. Mit dem Wachstum außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in Ostfriesland ging die Bedeutung der Fernpendelei zurück. Eine gewisse Rolle spielt sie noch in der Bauwirtschaft, u. a. weil von innerregionalen Unternehmen Lehrlinge über den ostfriesischen Bedarf hinaus ausgebildet werden. Zudem bieten die Auslösung und die spezifischen innerbetrieblichen Aufstiegs- und Qualifikationsmöglichkeiten für fernpendelnde Bauarbeiter Erwerbsvorteile, die mit der Aufgabe der Fernpendelei ebenfalls wegfallen würden.[12])

Eine umfangreiche innerregionale Pendelbewegung entstand ab Ende der 50er Jahre, als der Rückgang ländlicher Arbeitsplätze durch die Entstehung gewerblicher Arbeitsmöglichkeiten in zentralen Orten kompensiert wurde. Bereits 1961 lag die Pendlerquote der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbspersonen über dem Landesdurchschnitt.[13])

11) Zum Verhältnis von Regionalstruktur und Pendelwanderung siehe: **W. Hartke, K, Ganser, Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz** – Struktur, Entwicklungsprozesse und Raumordnungskonsequenzen bearbeitet vom Geographischen Institut der Technischen Hochschule München, Mainz 1969; H. Staupach, Pendelwanderung und Raumordnung, Der Einfluß der Pendelwanderung auf die Standortpolitik im Wohnungs- und Siedlungswesen, Köln und Opladen 1962.

12) Die Vermutung, daß die Fernpendelei von Bauarbeitern aus ländlichen Regionen eine nur vorübergehende Notlösung sei, solange in der Heimatregion keine Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind, ist in einer Studie des ISF München widerlegt worden, da die Fernpendler weit höhere Aufstiegs-, Verdienst- und Qualifizierungsmöglichkeiten besaßen als die am Wohnort Arbeitenden mit vergleichbar schlechter Ausbildung. B. Lutz, D. Kreuz, Wochenendpendler. Eine Extremform des Erwerbsverhaltens in wirtschaftlich schwachen Gebieten, dargestellt am Beispiel Ostbayerns, Eine Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. München 1968, S. III f., Entsprechende Ergebnisse – allerdings nur für Baufacharbeiter – konnten in der Untersuchung **Wiethold, Zum Verhältnis von beruflicher und regionaler Mobilität,** S. 6 ff. und S. 79 ff. gemacht werden.

13) Es wurden die Pendler auf die nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen bezogen, da in der Landwirtschaft wegen der Struktur der Betriebe eo ipso kaum Pendler zu finden sind; ein hoher Anteil landwirtschaftlicher Erwerbspersonen kann deshalb eine hohe Pendlerquote im gewerblichen Bereich verdecken.

Auspendler in % der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen am 6. 6. 1961[14])

	insgesamt	Frauen
Niedersachsen	30,6	23,9
RB Aurich	34,1	25,9
Emden	1,1	-
L Aurich	46,6	38,9
L Leer	39,9	41,3
L Norden	34,8	21,6
L Wittmund	40,7	25,2
L Aschend.-Hümml.	23,1	17,6

Am deutlichsten lag 1961 die Pendelquote im Produzierenden Gewerbe über dem Landesdurchschnitt: Während in Niedersachsen 40,3 % aller Erwerbspersonen des produzierenden Gewerbes auspendelten, lag der Anteil im RB Aurich bei 48,5 %. Die innerregionale Konzentration der Pendler auf einige zentrale Orte war bereits 1961 relativ hoch: 60,0 % der 36 561 Einpendler des RB Aurich pendelten in die zentralen Orte Emden, Leer, Aurich, Norden und Wittmund.[15])

Die quantitativen Diskrepanzen innerhalb des regionalen Arbeitsmarktes führten zu einem negativen Pendlersaldo.

Pendlersaldo nach Wirtschaftsbereichen, RB Aurich am 6. 6. 1961[16])

Produzierendes Gewerbe	— 2 700
Baugewerbe	— 1 100
Handel und Verkehr	— 500
Übrige Dienstleistungen	— 300
Insgesamt	— 4 600

Einen erheblichen Anteil an dem im Produzierenden Gewerbe negativen Pendlersaldo hatte der Landkreis Wittmund, dessen Pendlerströme sich wegen der Randlage im RB Aurich eher auf die Industriestandorte Wilhelmshaven und Jever als auf Orte innerhalb Ostfrieslands orientierten. Die Pendlerquote ist bis 1970 mit Sicherheit noch erheblich gestiegen; dies kann auch mit den Ergebnissen einer Befragung arbeitsloser Männer im Nebenstellenbereich Aurich des AA-Bezirkes Emden im April und Mai 1968 belegt werden:[17]) danach gaben 85 % aller Befragten an, zu ihrer letzten Arbeitsstelle gependelt zu sein. Diese Quote darf wegen der spezifischen Berufsstruktur der

14) Zus. u. ber. nach: **NLV, Aus- und Einpendler** — Erwerbspersonen, Studierende und Schüler nach Arbeits- und Ausbildungsort **am 6. 6. 1961,** Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen Bd. 65, Hannover 1965.

15) **NLV,** Gemeindestatistik Niedersachsen 1960 61, Teil 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Statistik von Niedersachsen, Bd. 27, Hannover 1964.

16) **NLV, Aus- und Einpendler am 6. 6. 1961.**

17) Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg, Untersuchung über die Zusammensetzung und Mobilität der männlichen Arbeitslosen in ausgewählten Dienststellenbezirken der Arbeitsverwaltung, Dortmund 1968, S. 166. Im folgenden Zitat als: **„Sechs-Ämter-Untersuchung."** In den Arbeitsamtsbezirken Hersfeld, Coesfeld, Deggendorf, Emden (Nebenstellenbezirk Aurich), Hannover, Oberhausen wurden im April und Mai 1968 2261 männl. Arbeitslose bis 59 Jahre befragt. Ausgeschieden wurden dabei saisonalen Arbeitslose, die mit einiger Sicherheit zu Beginn der Saison wieder eingestellt würden. Der Ausschluß der Arbeitslosen über 59 Jahre und der Saisonarbeitslosen läßt es nur bei den Problemen zu, die weder vom Alter noch von der Beschäftigtenstruktur entscheidend beeinflußt werden, von den Ergebnissen der Befragung auf die Struktur aller Arbeitslosen und Beschäftigten zu schließen.

befragten Arbeitslosen – z. B. dem hohen Bauarbeiteranteil – nicht verallgemeinert werden; immerhin lag sie aber an der Spitze der 6 für die Befragung ausgewählten, unterschiedlich struktuierten Arbeitsamtbezirke.

Die hohen Pendlerquoten und langen Pendlerwege in Ostfriesland haben einen anderen Charakter als entsprechende Erscheinungen in Ballungsgebieten. Während das Ausmaß der Pendelbewegung in den Ballungsgebieten eine Folge der Funktionsdifferenzierung zwischen Wirtschafts- und Wohngebieten ist,[18]) beruht sie in Ostfriesland als weiträumige Auspendelbewegung auf der quantitativ und qualitativ ungenügenden Ausstattung der Region mit Arbeitsplätzen, als innerregionale Pendelbewegung auf den Diskrepanzen zwischen noch ländlicher Siedlungsstruktur und zentralisierter Arbeitsplätzestruktur. Dabei ist die geringe Anpassung der Siedlungsstruktur nicht nur mit einer noch festen Bindung an den Wohnort zu erklären (in welchem Ausmaß das zutrifft, muß im nächsten Kapitel geklärt werden), sondern gerade Folge des quantitativ und qualitativ ungenügend entwickelten Arbeitsmarktes: Denn da das Angebot an Arbeitsplätzen auch in den einzelnen zentralen Orten (vielleicht mit Ausnahme Emdens) noch zu gering und zu undifferenziert ist, um innerhalb eines Ortes für Erwerbstätige mit einer bestimmten Qualifikation mehrere entsprechende Arbeitsplätze zu garantieren, ist die Wahl bzw. der Wechsel zwischen mehreren Arbeitsplätzen notwendigerweise meist auch mit regionaler Mobilität verbunden. Nur diejenige Gruppe, die mit einem Arbeitsplatzwechsel nicht mehr zu rechnen braucht, könnte dabei als Alternative zum Pendeln den Wohnort an den Arbeitsort verlegen. Für die übrigen (und diese Gruppe dürfte angesichts der Zahl lang- oder kurzfristig instabiler Arbeitsverhältnisse größer sein) wäre eine Verlegung des Wohnortes an den Arbeitsort (die als endgültig verstanden wird) zu riskant.

4.5.2.2. **Wanderungsmobilität**

Für den RB Aurich lassen sich vier Phasen der Wanderungsentwicklung unterscheiden:

- 1950 bis 1956 hohes Wanderungsvolumen (Wanderungsfälle pro 1000 Einwohner); stark negative Wanderungsbilanz hauptsächlich infolge der Abwanderung von Flüchtlingen und Evakuierten;
- 1956 bis 1965 weiterhin negative Wanderungsbilanz bei abnehmendem Wanderungsvolumen;
- 1966 und 1967 als Sonderentwicklung im Vergleich zu Niedersachsen und den meisten übrigen Rückstandsregionen der BRD ein positives Wanderungssaldo bei leicht ansteigendem Wanderungsvolumen;
- 1968, 1969 negatives Wanderungssaldo.

Mit dem Rückgang der zu Beginn der 50er Jahre extremen Arbeitslosigkeit sank also nicht nur der negative Saldo, sondern auch das gesamte Wanderungsvolumen, so daß seit den 60er Jahren die Wanderungsmobilität unter dem Landesdurchschnitt liegt.

18) Siehe dazu **Hartke, Ganser, Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz,** S. 18.

Zuzüge und Fortzüge auf 1000 Einwohner[19])

	1956	1961	1963	1967	1969
Niedersachsen					
Zuzüge	77,0	71,6	70,7	69,3	74,6
Fortzüge	83,6	70,3	69,8	72,3	69,6
RB Aurich					
Zuzüge	72,6	69,6	63,2	69,4	69,9
Fortzüge	89,0	70,2	65,6	68,7	71,0

In den Wanderungszielen hat sich gleichzeitig eine breitere Streuung ergeben: Während in der 2. Hälfte der 50er Jahre

- bei der Wanderung innerhalb der Landesgrenzen die innerregionalen Wanderungsfälle überrepräsentiert waren,
- bei der Wanderung über die Landesgrenzen hinaus Nordrhein-Westfalen das Schwergewicht besaß,

schwächten sich diese Schwerpunkte in den 60er Jahren zugunsten der anderen Teile Niedersachsens und der BRD ab.

Verteilung der Zuzüge und Fortzüge im RB Aurich nach Wanderungszielen in %[20])

	1956–1960		1961–1965	
Wanderungsziele	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
Innerhalb des RB Aurich	55,9	49,4	49,3	48,4
Restl. niedersächsische Bezirke	17,4	18,4	19,7	20,2
Nordrhein-Westfalen	13,5	17,5	13,4	12,8
Restl. Bundesgebiet und Ausland	13,2	14,7	17,6	18,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Gemessen an den anderen niedersächsischen Bezirken ist der Anteil der innerregionalen Wanderung nach wie vor überdurchschnittlich hoch.
Kombiniert man diese statistischen Daten mit der ökonomischen Entwicklung Ostfrieslands und einigen Einzelbeobachtungen, so ergibt sich folgende Interpretation der Wanderungsphasen:

In den 50er Jahren wurde die Wanderungsbewegung überwiegend von der Auflösung ländlicher Arbeitsplätze und von den unzureichenden regionalen Erwerbsmöglichkeiten bestimmt. Bereits der Rückgang landwirtschaftlicher Arbeitsplätze setzte eine umfangreiche Wanderungsbewegung in Gang; denn für Arbeitskräfte aus landwirtschaftlichen Familienbetrieben war die völlige Aufgabe dieser Tätigkeit häufig auch – wegen der dort herrschenden Identität von Wohn- und Arbeitsort – mit dem Zwang zum Wechsel des Wohnsitzes verbunden. Der Rückgang der Landarbeiter und die Trennung von mithelfenden Familienangehörigen vom Familienbetrieb führten dazu, daß sich die Zahl der selbständigen Haushalte vergrößerte und entsprechende Wanderungsbewegungen auslöste.[21])

19) Zus. u. ber. nach **Niedersachsen:** Statistisches Jahrbuch der BRD 1957 ff. **RB Aurich: Strukturmappe** A. 2.4.

20) **Wieting, Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen, Tab. 9.**

21) Häufig können die Kinder von Landwirten, die eine außerlandwirtschaftliche Haupttätigkeit ergriffen haben, nur dann der weiteren Mithilfe am elterlichen Hof entgehen, wenn sie ausziehen.

Das Problem, daß der ostfriesische Arbeitsmarkt auch rein quantitativ nicht genügend Arbeitsplätze zu bieten hatte, veranlaßte am ehesten – neben den angesiedelten Flüchtlingen und Evakuierten – junge Arbeitskräfte zur Abwanderung; bei dieser Gruppe war einerseits die institutionelle Bindung an den Wohnort – eigenes Haus, Familie usw. – am geringsten, andererseits waren bei der insgesamt niedrigen oder nicht verwendbaren Qualifikation der ostfriesischen Erwerbstätigen die Chancen für diese Gruppe am größten, aufgrund ihrer noch hohen Leistungsfähigkeit einen Arbeitsplatz außerhalb der Region zu finden. Das Ruhrgebiet bot sich als eines der größten Auffangbecken für Abwanderer aus Ostfriesland an, weil hier der rein quantitative Bedarf an Arbeitskräften – also ohne Ansprüche an eine besondere berufliche Qualifikation – am höchsten war; dagegen waren die Arbeitsmöglichkeiten in den anderen umliegenden Industriegebieten Hamburg, Hannover, Bremen mit dem Schwergewicht auf verarbeitender Industrie nicht nur quantitativ geringer (zumal die Gebiete noch über ein unausgeschöpftes Hinterland verfügten), sondern auch durch höhere Qualifikationsanforderungen begrenzt. Seitens der Arbeitskräfte bot sich eine Abwanderung ins Ruhrgebiet auch eher an, weil dort die früheren Abwanderungsströme des 19. und 20. Jahrhunderts informelle Bindungen über Verwandte und Bekannte hatten entstehen lassen, die den Wanderungsentschluß erleichterten.

Die rückläufige Mobilität in den 60er Jahren ist dementsprechend darauf zurückzuführen, daß die Zunahme innerregionaler Arbeitsplätze die Abwanderung aus der Region und die innerregionale Wanderung aus den Dörfern (an deren Stelle teilweise das Pendeln trat) nicht mehr in dem vorigen Maße erzwang.

Die Verschiebungen in den Wanderungszielen deuten gleichzeitig darauf hin, daß auch die Wanderungsgruppen sich verändert haben; mit dem Rückgang des rein quantitativen Arbeitsplätzemangels gewannen die unzureichende qualitative Ausstattung der Region mit Arbeitsplätzen und die unzureichenden Arbeitsbedingungen an Gewicht: Arbeitskräfte, die nicht die gewünschten Ausbildungsmöglichkeiten, Aufstiegsmöglichkeiten oder Einkommensbedingungen fanden, bildeten in höherem Maße das Wanderungspotential, während in den 50er Jahren der Wunsch überhaupt nach einer Erwerbsmöglichkeit wesentlich war. Diesen differenzierteren Erwerbsvorstellungen und Wanderungsanlässen entsprach eine Differenzierung der Wanderungsziele: es ging nicht mehr nur darum, den Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften in Ballungsgebieten zu decken (zumal dieser Bedarf vor allem im Ruhrgebiet zurückging), sondern die qualitativ vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten auf den umliegenden regionalen Arbeitsmärkten in Anspruch zu nehmen.[22])

Bei der Zuwanderungsbewegung fällt auf, daß die Gebiete außerhalb Ostfrieslands, die die größten Abwanderungsströme an sich zogen, auch die größten Zuwanderungsströme nach Ostfriesland stellten. Das Wanderungssaldo zwischen Nordrhein-Westfalen und Ostfriesland wurde in den 60er Jahren sogar positiv. Zwei Tendenzen spielten dabei – je nach der Struktur der Wanderungsströme – eine Rolle:

Die aus rein ökonomischem Zwang ausgelöste Wanderungsbewegung produzierte gleichzeitig über eine große Zahl von Rückwanderern eine Zuwanderungsbewegung: gerade die Arbeitskräfte, die in umliegenden Ballungsgebieten relativ unqualifizierte Arbeitsplätze besetzten – auch in der Form der Fernpendelei mit 2. Wohnsitz am Arbeitsort – besaßen innerhalb dieser Ballungsgebiete die unsichersten Arbeitsbe-

22) Arbeitskräfte mit qualifizierter Ausbildung besitzen eher die Chance, auch in Regionen mit insgesamt geringem Arbeitskräftemangel Arbeitsplätze zu bekommen, während dort Arbeitskräfte für un- oder kurzfristig angelernte Arbeiten meist in genügender Zahl aus dem eigenen Hinterland gewonnen werden können.

dingungen, zumal sich ihre Arbeitsmarktchancen mit wachsendem Alter zunehmend verschlechterten. Da deshalb aufgrund ihrer geringen Qualifikation eine stabile Integration in den dortigen Arbeitsmarkt häufig nicht möglich war, war die Motivation oder – bei Entlassungen – der Zwang zur Rückkehr in die Region angesichts der dort langsam wachsenden Arbeitsmöglichkeiten relativ hoch. Deutlich zeigte sich diese Tendenz 1966 und 1967, wo ausgerechnet während einer Wirtschaftskrise das Wanderungssaldo Ostfrieslands zum ersten Male positiv wurde: die Zahl der Zuwanderer erhöhte sich z. T. deshalb, weil die in den Ballungsgebieten entlassenen Arbeiter (häufig Bauarbeiter) in die Heimatregionen zurückkehrten. Das Arbeitsamt Emden schätzt, daß in der ersten Phase der Rezession ca. 800–1000 Rückwanderer ihren Wohnsitz wieder nach Ostfriesland verlegten und sich dort arbeitslos meldeten.[23]) Die zweite Tendenz ergänzt die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte: Die Industrialisierung Ostfrieslands schuf einen quantitativ zwar geringen, aber qualitativ entscheidenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften (Akademikern, höheren und mittleren Beamten und Angestellten, Facharbeitern mit Spezialqualifikationen), die in der Region nicht oder in ungenügender Zahl ausgebildet wurden und deshalb über Zuwanderung gewonnen werden mußten. Der geringe Bedarf an qualifizierten Fachkräften, der eine eigene Ausbildung unrationell erscheinen ließ und deshalb über Zuwanderung gedeckt werden mußte, löste gleichzeitige Abwanderungstendenzen in der gleichen Gruppe aus. Da in der Region nur wenig Aufstiegs- oder auch nur Wechselmöglichkeiten geboten wurden, war für viele Erwerbstätige die Beschäftigung in Ostfriesland nur eine Anfangs- oder Zwischenstufe, der bei Arbeitsplatzwechsel häufig eine Abwanderung in Regionen mit differenzierteren Arbeitsmärkten folgte.

Die strukturellen und quantitativen Veränderungen in der Wanderungsbewegung können relativ einleuchtend aus den ökonomischen Verschiebungen erklärt werden. Ungeklärt bleibt allerdings noch, warum trotz der nach wie vor bestehenden Ungleichgewichte auf dem ostfriesischen Arbeitsmarkt und der innerregionalen Verschiebungen in der Arbeitsplätzeverteilung sowohl die Abwanderung als auch die innerregionale Wanderung insgesamt so niedrig war, daß sich z. B. die Siedlungsstruktur relativ wenig verändert hat.

Zunächst ist mit der noch hohen Zahl von Selbständigen und Mithelfenden die Gruppe von Erwerbstätigen überrepräsentiert, für die aufgrund der Identität von Arbeitskraft und Arbeitsplatz und von Arbeitsplatz und Wohnort Mobilitätsprozesse kaum in Frage kommen, wenn sie nicht ihre Positionen gleichzeitig aufgeben. Aber auch unter den abhängig Arbeitenden ist die Wanderungsbereitschaft offensichtlich relativ gering. So ergab eine Befragung von arbeitslosen Männern im Nebenstellenbezirk Aurich des AA-Bezirkes Emden, daß nur 18,6 % der Befragten bereit waren, den Wohnort unter bestimmten Bedingungen zu wechseln, während der Durchschnitt bei allen Befragten aus den sechs Arbeitsamtsbezirken bei 31,5 % lag.[24]) Dabei nannten die Befragten des Nebenstellenbezirkes Aurich, die nicht zu einem Umzug bereit waren, als Hauptgründe (Mehrfachnennungen möglich)

- zu 62,9 % heimatliche Verbundenheit,
- zu 57,0 % familiäre Bindungen,
- zu 55,9 % Hausbesitz.[25])

23) Nach einer schriftlichen Auskunft des Arbeitsamtes Emden.

24) **Sechs-Ämter-Untersuchung**, S. 36.

25) Ebenda, S. 37. Dabei verbergen sich hinter der Kategorie „heimatliche Verbundenheit" wahrscheinlich Motive wie die sozialen Kontakte, die Vertrautheit mit der Umgebung usw., die die Befragten nicht ohne weiteres artikulieren können und für die sie deshalb als Sammelbegriff diese sehr konservativ klingende Kategorie wählen.

Objektiv stärkstes Hemmnis ist dabei der eigene Haus- oder Wohnbesitz: im Nebenstellenbezirk Aurich wohnten nur 27,8 % der Befragten zur Miete gegenüber einem Durchschnitt von 54,1 %.[26]) Aber insgesamt scheint dieses Ergebnis zunächst die These vom konservativen, bodenständigen Charakter der ostfriesischen Bevölkerung, die sich in ihren Verhaltensmustern der industriellen Gesellschaft noch nicht angepaßt hat, zu bestätigen. Bevor man es bei einer sozialpsychologisch-historisierenden Erklärung beläßt, sollte allerdings untersucht werden, inwieweit die objektiven Arbeitsmarktbedingungen und die Erfahrungen mit den Arbeitsbedingungen im kapitalistischen Verwertungsprozeß eine Wanderungsmobilität behindert haben.

Die Forderung, sich in seinem regionalen und beruflichen Mobilitätsverhalten an die jeweiligen Arbeitsmarktbedingungen anzupassen und zur Verbesserung der eigenen Erwerbssituation auszunutzen, setzt voraus, daß die jeweiligen Arbeitsmarktbedingungen als sicher und dementsprechend eine Anpassung daran als risikolos und sogar erfolgversprechend erscheinen und auch erlebt worden sind. Dieses Mobilitätsverhalten, bei dem die Erwerbstätigen im Rahmen einer längeren, bewußten Planung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Berufsposition zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen wählen und wechseln, setzt neben einer qualifizierten Berufsausbildung einen differenzierten Arbeitsmarkt mit ständiger Nachfrage nach den entsprechend qualifizierten Erwerbstätigen voraus. Da der ostfriesische Arbeitsmarkt und die dortige Berufsausbildung solche Erwerbschancen und -erfahrungen nicht vermittelten, konnte sich ein „mobiles" Verhalten auch nicht bilden. Erwerbstätige, die die bisherige Tätigkeit meist durch ökonomischen Zwang — unzureichende Einkommensbedingungen oder Verlust des Arbeitsplatzes — aufgeben mußten, die im Anschluß an diese erzwungene Mobilität häufig genug einen Verlust der bisherigen Berufsposition, und wiederum — vor allem bei steigendem Alter — unsichere Arbeitsverhältnisse auf sich nehmen mußten, hatten die Arbeitsmarktverhältnisse überwiegend als unsicher, gefährdet und nicht als aussichtsreich erlebt, so daß viel eher der Wunsch nach Stabilität als nach Mobilität im Vordergrund stand. Die Aussichten zur Verbesserung der Erwerbsbedingungen durch Wohn- und Arbeitsortwechsel waren viel zu riskant und unsicher, als daß dafür die Aufgabe des Hauses und der bisherigen sozialen Kontakte als lohnend erschien.

Diese Erfahrungen mit der Unsicherheit der Arbeitsmarktchancen führen nicht nur zu der rationalen Position, daß eine Verlegung des Wohnortes an den Arbeitsort häufig nur vorübergehend ist, da mit einem Arbeitsplatz- und Arbeitsortwechsel gerechnet werden muß. Der Wohnort, die vertraute Umgebung, bekommt dadurch häufig gleichzeitig — als Kompensation der instabilen, fremden Arbeitsbedingungen — die Funktion, all das an Stabilität und Vertrautheit zu vermitteln, was am Arbeitsplatz fehlt.

> „Der Wohnort wird gegenüber dem Arbeitsort überbewertet. Er bietet Schutz und Geborgenheit, vermittelt soziales Ansehen. Der Arbeitsort wird als unwirtliche Fremde angesehen."[27])

Hier werden also gerade durch die Bedingungen der abhängigen Arbeit bei gering qualifizierten Erwerbstätigen Verhaltensweisen wachgehalten bzw. hervorgerufen, die nach außen hin einer hochindustrialisierten Gesellschaft zuwiderlaufen, aber gerade deshalb als Kompensation notwendig sind.

26) Ebenda, S. 158.
27) **Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz**, S. 12.

Die Anpassung der Arbeitskräfte an die Verschiebungen in der Arbeitsplätzeverteilung brachte insgesamt erhebliche Widersprüche mit sich. Die objektiven Diskrepanzen, die in der jeweiligen Vermittlung zwischen Arbeitskräften und Arbeitsplätzen in fachlicher, altersmäßiger oder regionaler Hinsicht auftauchten und die rein quantitative Unausgeglichenheit des Arbeitsmarktes noch verstärkten, beeinflußten die Mobilitätsbereitschaft (nachweisbar in regionaler Hinsicht, in beruflicher Hinsicht zumindest die Umschulungsbereitschaft) negativ; da für die Erwerbstätigen die Gefahr der Arbeitslosigkeit und der Abqualifikation jeweils größer war als die Möglichkeit zur Verbesserung der Erwerbsbedingungen, stand und steht der Wunsch nach Stabilität mehr im Vordergrund als der nach Mobilität. Diese Tatsache ist kein Spezifikum Ostfrieslands, wenn sie auch hier besonders ausgeprägt ist; sie findet sich z. B. in verschiedenen Untersuchungen zur Frage des Arbeiterbewußtseins in der Priorität eines sicheren Arbeitsplatzes unter den Erwerbsbedingungen.[28]) Da die abhängig Arbeitenden die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen — die konjunkturellen, strukturellen, regionalen Aspekte der Arbeitsplätzeverteilung — nicht beeinflussen können, sondern nur darauf reagieren können, entsteht mit Notwendigkeit der Wunsch nach stabilen Erwerbsbedingungen, um möglichen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgeliefert zu sein. Werden dann in einer Region Lohnabhängige aufgrund der dortigen Arbeitsmarktdiskrepanzen mit der Erfahrung konfrontiert, daß die Arbeitsplätzeverschiebungen nur teilweise ihre Erwerbsbedingungen verbessert und stabilisiert haben, häufig genug aber mit Abqualifikation und Arbeitsplatzverlust verbunden waren, dann kann sich der generelle Wunsch nach stabilen Erwerbsbedingungen zu einem Mißtrauen gegen berufliche und regionale Mobilitätsprozesse konkretisieren.

4.6. **Zur Struktur der privaten Einkommen in Ostfriesland**

Die Höhe der privaten Einkommen in einem Wirtschaftsraum bestimmt sich nach mehreren Faktoren: Da nur die Selbständigen direkt entscheiden können, welcher Anteil der in ihrem Betrieb erwirtschafteten Werte in ihren privaten Konsum eingeht, besteht nur bei dieser Erwerbsgruppe ein direkter Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Einkommen; bei den Lohnabhängigen entscheidet primär die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft über die Höhe des Einkommens, die einerseits von der Qualifikation, andererseits — innerhalb der einzelnen Qualifikationsgruppen — von der jeweiligen Marktmacht der Arbeitsmarktparteien (kollektiv im Tarifvertrag geregelt, in einzelnen Betrieben je nach der Arbeitskräftenachfrage durch über- und außertarifliche Leistungen modifiziert) bestimmt wird. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsstruktur und abhängigen Einkommen wird also über die Struktur des Arbeitsmarktes und über das Machtverhältnis der Tarifparteien vermittelt.

Für große regionale Einheiten lassen sich auf der Basis globaler Vergleichszahlen relativ parallel laufende Entwicklungen zwischen Wirtschaftssituation und Einkommenshöhe nachweisen, da der Grad der qualitativen und quantitativen Auslastung eines regionalen Arbeitsmarktes einerseits von dem Grad der wirtschaftlichen Auslastung einer Region abhängt, andererseits ebenso die Höhe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit bestimmt. Für regionale Lohndifferenzen hieße das, daß sie mit wachsender Differenzierung oder Nivellierung in der interregionalen Verteilung der wirtschaftlichen Produktivität sich verstärken bzw. zurückgehen. Für die inter-

28) Siehe dazu die kritische Aufarbeitung entsprechender Untersuchungen von F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, passim.

regionalen Unterschiede (auf der Ebene der Bundesländer) in den Industriefacharbeiterlöhnen konnte für die Periode 1950 bis 1966 eine entsprechende Entwicklung nachgewiesen werden:

„Der Variationskoeffizient für die interregionale Lohnstruktur steigt tendenziell bis 1958 an. In der Phase vor 1958 bedeutet das für die Lohnstruktur einen interregionalen Differenzierungsprozeß zwischen den Bundesländern . . . Ab 1958 setzt für die gesamte weitere Periode ein längerfristiger Nivellierungsprozeß ein, der wahrscheinlich zwischen 1962 und 1963 und zwischen 1964 und 1965 durch einen kurzfristigen Differenzierungsprozeß aufgehalten wird und zu einer Verringerung des Variationskoeffizienten von 5,17 (1958) auf 4,47 (1965) bzw. 3,87 (1966) führt."[1])

Bezieht man diese Ergebnisse auf die jeweiligen Phasen wirtschaftlicher Entwicklung, ergibt sich folgender Zusammenhang:

„Das wichtigste Ergebnis aus der hier vorgenommenen Untersuchung der regionalen Arbeitsmärkte ist die Tatsache, daß die interregionale Lohnstrukturentwicklung Bestandteil eines allgemeinen interregionalen Strukturprozesses ist, der sich auch an anderen wirtschaftlichen Größen als den Löhnen verfolgen läßt. Dieser Prozeß ist, bedingt durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik nach dem Kriege, zweigeteilt und findet seinen kritischen Punkt mit dem Abschluß des Wiederaufbaues Ende der 50er Jahre. Einer nicht auf strukturellen Ausgleich angelegten Aufbauphase folgt danach die Periode eines ausgeglichenen Wachstums . . . Die interregionale Lohnstrukturentwicklung ist ein gestreuter Ausdruck dieser Entwicklung: Sie unterliegt in Zeiten starker Unterbeschäftigung einer Differenzierungstendenz; in Zeiten ausgeglichener Beschäftigungssituation ist sie aufgrund des Wachstumsprozesses einem Nivellierungsprozeß unterworfen."[2])

Da dieser generelle Prozeß sich innerhalb kleinerer Regionen wesentlich differenzierter abspielt, stellt sich die Frage, inwieweit die Industrialisierung Ostfrieslands dazu geführt hat, daß sich die Einkommensdifferenzen zu anderen Regionen abgeschwächt haben.

1962/63 wies die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die privaten Haushalte (ohne Landwirte und Ausländer) des RB Aurich noch ein unterdurchschnittliches Einkommen aus:

Monatliches Einkommen der Privathaushalte (ohne Landwirte und Ausländer) nach Einkommensgruppen (in %), 1962/63[3])

DM	bis 375	375–760	760–1050	1050–1515	1515 u. mehr
BRD	12,3	31,8	24,1	19,2	12,6
Niedersachsen	13,7	35,3	21,6	16,7	12,7
RB Aurich	14,3	40,1	19,7	15,9	10,0

Die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Haushalte würde die Relation des RB Aurich zur BRD und zu Niedersachsen noch verschlechtern. Mehrere Faktoren senken die regionalen Durchschnittseinkommen: Zunächst sind die Einkommen der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen durch die kleingewerbliche Struktur und die geringe Arbeitsproduktivität der Betriebe relativ niedrig; viele Kleinbetriebe werden durch Konsumverzicht der arbeitenden Familie am Leben erhalten. Dement-

1) W. Steden, Der Arbeitsmarkt der bayrischen Industrie. Ein interregionaler Vergleich. Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin 1969, S. 37.

2) Ebenda, S. 45/46.

3) Zus. u. ber. nach: A. Schwietert u. a., Einkommen und Verbrauch 1972/73, Entwicklung und Struktur der Einkommen und des Verbrauchs privater Haushalte in den Ländern und Regierungsbezirken der BRD 1962/63 und 1972/73, prognos report nr. 2, Basel 1967.

sprechend lag 1966 im RB Aurich nicht nur die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen, sondern auch das versteuerte Gesamtvermögen pro Steuerpflichtigem wesentlich unter dem Landesdurchschnitt.

Vermögenssteuerpflichtige natürliche Personen, 1966[4])

	Einwohner je Steuerpflichtigen	Durchschnittliches Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen
Niedersachsen	153	205 647
RB Aurich	186	162 809
Emden	135	183 368
L Aurich	295	146 133
L Leer	181	159 221
L Norden	150	188 176
L Wittmund	243	100 827
L Asch.-Hümml.	377	242 111

Auch nach 1966 bestanden und bestehen nur geringe Chancen für eine Angleichung: einerseits verschlechtert sich im Zuge der Konzentration die Rentabilität vieler Betriebe in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Teilen des Dienstleistungssektors zunehmend, wodurch auch die privaten Konsummöglichkeiten der Selbständigen häufig sinken. Andererseits treten in Ostfriesland an deren Stelle nicht andere selbständige Betriebe mit höherer Arbeitsproduktivität, sondern — am deutlichsten in der Industrie, aber auch im Einzelhandel und im Fremdenverkehr — Filialbetriebe, die also in Ostfriesland nur Lohn- und Gehaltspflichtige beschäftigen.

Eine Erhöhung der regionalen privaten Einkommen müßte also überwiegend von den Verdiensten der abhängig Arbeitenden getragen werden. Hier wurde auch für die Industriebeschäftigten für den Zeitraum zwischen 1966 und 1969 eine Tendenz zur Angleichung des regionalen Lohn- und Gehaltsniveaus an den Landesdurchschnitt sichtbar.

Durchschnittliche Löhne und Gehälter in der Industrie, 1966 u. 1969[5])

	Durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigten in DM					Lohnsumme pro gel. Arbeiterstunde
	1966		1969		Zuwachsrate	
	abs.	Nds=100	abs.	Nds=100	1966/69	1969
Niedersachsen	10 275	100,0	12 542	100,0	22,1	6,10
RB Aurich	9 735	94,7	12 031	95,9	23,6	6,24
Emden	11 291	109,9	14 091	112,4	24,8	7,67
L Aurich	7 499	73,0	8 370	66,7	11,6	4,56
L Leer	8 327	81,0	9 828	78,4	18,0	4,72
L Norden	8 517	82,9	10 283	82,0	20,7	4,35
L Wittmund	7 827	76,2	9 777	78,0	24,9	4,82
L Asch.-Hümml.	8 567	83,4	10 943	87,3	27,7	5,19

4) Zus. u. ber. nach: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 22. Jg. (1968), H. 5, S. 124/125.

5) Zus. u. ber. nach: **1966:** Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 21. Jg. (1968), Beilage zu H. 8; Die kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens in Zahlen; **1969:** Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 24. Jg. (1970), Beilage zu H. 5: Die kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens in Zahlen.

Ein allgemeiner Trend kann allerdings daraus nicht abgeleitet werden, da diese Angleichung fast ausschließlich von den Stundenverdiensten der Arbeiter in Emden – und hier wieder überwiegend von den hohen Löhnen des Volkswagenwerkes[6]) – getragen wird; die Steigerung der Industrieverdienste in den Landkreisen hatte nicht zu einer Angleichung an den Landesdurchschnitt geführt. Insofern vermitteln die Durchschnittsgrößen der Löhne und Gehälter ein falsches Bild, da sie nicht die realen Durchschnittsverdienste repräsentieren, sondern die Aufspaltung der Industrieverdienste in die sehr hohen Einkommen der VW-Beschäftigten und die unterdurchschnittlichen Verdienste der restlichen Industriebeschäftigten verwischen. Bei den anderen Wirtschaftsbereichen muß deshalb angenommen werden, daß die Verdienste nicht überdurchschnittlich gestiegen sind (und sich damit nicht angeglichen haben), da hier Sondereinflüsse wie die Ansiedlung des VW-Werkes nicht stattgefunden haben. So lag im Bauhauptgewerbe 1969 die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigten im RB Aurich 8,4 % unter dem Landesdurchschnitt (bei den Industriebeschäftigten betrug die Differenz 4,1 %).

Durchschnittliche Löhne und Gehälter im Bauhauptgewerbe, 1969[7])

	Durchschn. monatl. Lohn- u. Gehaltssumme pro Besch.	Lohnsumme pro gel. Arbeiterstunde
Niedersachsen	1030	6,67
RB Aurich	945	5,75
Emden	985	6,02
L Aurich	958	5,70
L Leer	923	5,56
L Norden	983	6,20
L Wittmund	869	5,31
L Asch.-Hümml.	971	5,95

Die Lohn- und Gehaltseinkommen werden also nach wie vor

- durch die geringe Repräsentanz qualifizierter und entsprechend bezahlter Beschäftigungsgruppen,
- bei Tarifverträgen durch die Einordnung Ostfrieslands in niedrigere Ortsklassen oder durch den Abschluß besonderer Tarifverträge für die Region und
- durch die geringen übertariflichen Leistungen

gesenkt.

Bei den Tarifabschlüssen 1970 spiegelte sich die Arbeitsmarktstruktur Ostfrieslands wider, indem beim Baugewerbe die Region mit Ausnahme der ostfriesischen Inseln und der Küstenbadeorte, die in die Ortsklasse 1, und Emdens, das in die Ortsklasse 2 eingestuft war, der Rest der Region unter die Ortsklasse 3 fiel. Bei den Metalltarifabschlüssen im Oktober 1970 ergaben sich folgende regionale Differenzen.

6) Da das Volkswagenwerk einen Firmentarifvertrag für sämtliche Werke des Konzerns abschließt, in dem auch die Akkordleistung von 134 % tariflich abgesichert ist, bestehen hier keine regionalen Unterschiede zwischen der Bezahlung in den einzelnen Werken. Offensichtlich ist es für das Werk profitabler, durch hohe Löhne (die wegen der Monopolprofite des Werkes auf den Preis abgewälzt werden können) keine bzw. geringe Schwierigkeiten bei der Arbeitskräfterekrutierung zu haben, als eventuell Produktions- und Absatzbeschränkungen durch Arbeitskräftemangel einkalkulieren zu müssen.

7) Zus. u. ber. nach: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 24. Jg. (1970), Beilage zu Heft 5: Die kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens in Zahlen.

Tarifliche Ecklöhne in der Metallindustrie Norddeutschlands vom 30. 9. 1970[8])

Schleswig-Holstein I	4,95
Schleswig-Holstein II	4,80
Hamburg	5,04
Unterweser	5,04
Wilhelmshaven-Friesland	4,85
Aurich-Stade-Papenburg	4,95
Werften/Ostfriesland	4,95

Bei den Tarifabschlüssen für die kaufmännischen und technischen Angestellten lag Ostfriesland am Ende der Gehaltsskala mit einer Differenz von 6,5 % zu Hamburg bei der untersten Gehaltsgruppe.

Tarifliche Monatsgehälter in der Metallindustrie Norddeutschlands vom 30. 9. 1970[9])

	K/T 1	K/T 3
Schleswig-Holstein	736	1025
Hamburg	750	1002
Bremen	750	1002
Ostfriesland	732	972
Nordwestl. Niedersachsen	745	992
Oldenburg	777	987
Cuxhaven	790	992

Diese bereits tariflich abgesicherten Lohn- und Gehaltsdifferenzen werden dann in der unterschiedlichen übertariflichen Entlohnung noch erheblich verschärft. Insgesamt kann also angenommen werden, daß sich die Einkommensdifferenzen zwischen Ostfriesland und bereits industrialisierten Regionen nur in geringem Maße angeglichen haben, da die Industrialisierung weder quantitativ den Arbeitsmarkt genügend ausgelastet noch qualitativ in seiner Struktur differenziert hat.

Unter der Annahme einer weiteren Verlegung von Industriebetrieben nach Ostfriesland und bei einer stärkeren regionalen Nivellierung der tariflich festgelegten Verdienste könnte zwar angenommen werden, daß mit der Zunahme der rein quantitativen Auslastung des ostfriesischen Arbeitsmarktes auch die Lohnunterschiede innerhalb der einzelnen Qualifikationsgruppen sinken. Aber selbst bei einem völligen Ausgleich der interregionalen Unterschiede bliebe das ostfriesische Einkommensniveau wegen der Qualifikationszusammensetzung der Beschäftigten unter dem Niveau anderer Regionen. Da die Tendenz zu sinkendem Qualifikationsniveau erst mit der Industrialisierung entstanden ist und auch eher zu- als abnehmen wird, kann die Angleichung in den regionalen Einkommen über einen bestimmten Punkt nicht hinauskommen. Die anfänglich zitierte Beobachtung der mit rein quantitativ ausgeglichenerem Wirtschaftswachstum deutlichen Tendenz zur Nivellierung der interregionalen Einkommen kann

8) Die Ecklöhne repräsentieren dabei den Tarifgrundlohn für den Zeitlohn (der dann jeweils um etwa 10 % aufgestockt wird) bzw. den Akkordrichtsatz für den Akkordlohn. Siehe die am 30. 9. 1970 abgeschlossenen Lohn-Tarifverträge der Industriegewerkschaft Metall für die Metallindustrie des Bezirkes Hamburg.

9) Die Gruppe K.T 1 (Gehalt für kaufmännische und technische Angestellte der Gehaltsgruppe 1) ist dabei die unterste Gehaltsgruppe, die Gruppe K'T 3 die mittlere Gehaltsgruppe. Siehe die abgeschlossenen Gehalts-Tarifverträge der IG Metall für die Metallindustrie des Bezirkes Hamburg.

also auf kleinere Regionen wie Ostfriesland nur begrenzt angewandt werden. Denn bei so umfassenden Wirtschaftsräumen wie Bundesländern, die meist alle Typen von Regionen umfassen, spielt sich ein quantitativer auch gleichzeitig als qualitativer Ausgleichsprozeß ab; da sich aber zwischen den einzelnen Regionen innerhalb größerere Wirtschaftsräume die Unterschiede in der ökonomischen Funktion und damit in der Struktur der Arbeitsmärkte eher verschärft als ausgeglichen haben, haben sich auf dieser räumlichen Basis die regionalen Einkommen eher weiter differenziert. Die Chancen der Erwerbstätigen Ostfrieslands, den Preis für ihre Ware Arbeitskraft zu erhöhen, sind also innerhalb der einzelnen Qualifikationsgruppen durch die zunehmende Einbeziehung der Region in den kapitalistischen Verwertungsprozeß gestiegen. Da die Art der Verwertung ihrer Arbeitskraft gleichzeitig auf relativ gering qualifizierte Tätigkeiten beschränkt bleibt, ist die Chance, über eine Qualifizierung der Arbeitskraft und der Tätigkeit den Wert zu steigern, gering geblieben.

4.7. Zusammenfassung: Widersprüche in der Arbeitsmarktentwicklung im Zuge der Industrialisierung Ostfrieslands

Als Ziel der regionalen Strukturpolitik wird gemeinhin die Aufgabe genannt,

> „ . . . ein möglichst gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und auch die noch ungenutzten oder schlecht genutzten Produktionsfaktoren voll zu mobilisieren . . . Während in den industriellen Ballungsgebieten wieder Vollbeschäftigung herrscht, sind dort noch Arbeitskräfte frei oder mit relativ unproduktiven Tätigkeiten beschäftigt. Jede erfolgreiche Strukturmaßnahme vergrößert darum gleichzeitig das wirtschaftliche Wachstum, das aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Zukunft überwiegend nur noch durch Produktivitätssteigerung erzielt werden kann."[1])

Der Erfolg einer solchermaßen volkswirtschaftlich orientierten Regionalpolitik hängt dabei ausschließlich davon ab, inwieweit es gelingt, die noch gering industrialisierten Räume als Standorte für die Ansiedlung kapitalistischer Unternehmen attraktiv zu machen.

> „So ist das Ziel (der Industrialisierung F. W.) praktisch nur zu erreichen, wenn die Anziehungskraft einzelner natürlicher oder künstlich verbesserter industrieller Standortbedingungen im Verlauf der Konjunktur so groß wird, daß sie die Unternehmer in den Ballungsräumen anregt, Niederlassungen in diesem Raum zu errichten, sei es durch Verlagerung der (konjunkturbedingten) Mehrfertigung oder von Teilefertigungen."[2])

Auch die Industrialisierung Ostfrieslands (als Bundesausbaugebiet) wurde im Rahmen dieser Politik dadurch mit öffentlichen Mitteln gefördert, daß einmal für die Ansiedlung von Industriebetrieben Investitionszuschüsse vergeben, zum anderen der Ausbau von bestimmten Infrastruktureinrichtungen gefördert wurden.[3]) Inwieweit konnte nun das anfänglich genannte Ziel — die optimale Verwertung der regionalen Produktivkräfte, insbesondere der Arbeitskräfte in der gesamtgesellschaftlichen Produktion — in Ostfriesland tendenziell verwirklicht werden?

1) Der Bundesminister für Wirtschaft, Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik, Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft, Bonn o. J., S. 8/9.

2) R. Brenneisen, Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, in: **Industrialisierung ländlicher Räume,** S. 49.

3) Siehe dazu: Der Niedersächsische Ministerpräsident, Entwicklungsplan des Landes Niedersachsen für die Jahre 1970 bis 1979, Bd. I u. II, Hannover, im Juni 1969, Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Regionale Aktionsprogramme Nordwestniedersachsen und Niedersächsisches Zonenrandgebiet, Zusammenfassung, Hannover 1969.

Zweifellos ist es durch die Industrialisierung Ostfrieslands gelungen, die rein quantitativen Diskrepanzen und die saisonalen Schwankungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu mindern: die aktuelle Arbeitslosigkeit, die Arbeitskräfteüberkapazitäten in der Landwirtschaft und die Unterauslastung nur saisonal Beschäftigter wurden abgebaut. Gleichzeitig tauchten gerade durch die Industrialisierung auf dem Arbeitsmarkt Diskrepanzen in fachlicher und regionaler Hinsicht und in den Leistungsanforderungen bzw. -möglichkeiten auf, die trotz des nach wie vor bestehenden Arbeitskräfteüberhanges eine Vermittlung zwischen Arbeitskräfte- und Arbeitsplätzeangebot erschwerten und damit eine optimale Verwertung der Produktivkräfte behinderten. Auf den **fachlich** definierten Teilarbeitsmärkten entstanden in zweifacher Weise Widersprüche: einmal wurden durch den Rückgang der Arbeitsplätze hauptsächlich im Bereich der Urproduktion Beschäftigte freigesetzt, die ihre branchenspezifische, materialorientierte Qualifikation nicht mehr verwenden konnten, ohne daß der Übergang zu den neu entstehenden Arbeitsplätzen durch eine neue Qualifizierung vorbereitet wurde. Zum anderen wurden fachliche Diskrepanzen auch dadurch ständig neu produziert, daß die berufliche Ausbildung der ins Erwerbsleben tretenden nicht der regionalen Arbeitsplätzestruktur entsprach und zum Berufswechsel zwang. Beide Prozesse führten zu einer ständigen Abqualifizierung von Beschäftigten. **Regionale** Diskrepanzen entstanden zwischen der Verteilung der Arbeitsplätze und Arbeitskräften, da die bisher verstreuten Erwerbsmöglichkeiten zugunsten von Arbeitsplätzen in zentralen Orten zurückgingen, ohne daß die Erwerbstätigen in ihrer regionalen Verteilung diese Veränderungen mitvollzogen.

Da die neu entstandenen Arbeitsplätze überwiegend hohe Anforderungen an das physische und nervliche Leistungsvermögen der Erwerbstätigen stellten, trat der langfristig wahrscheinlich schärfste Widerspruch auf dem regionalen Arbeitsmarkt zwischen den **Leistungsanforderungen und dem Leistungsvermögen** der Arbeitskräfte auf, da die meisten neu entstandenen Arbeitsplätze weniger fachliche, formale Qualifikationen als nervliche und körperliche Belastbarkeit erforderten. Ein stark gestiegener Anteil von älteren Arbeitslosen ist die offensichtlichste Folge davon; verminderte Erwerbschancen für ältere Arbeiter (die dann zum Teil auf schlecht bezahlte, unattraktive Arbeitsplätze überwechseln müssen) können außerdem vermutet werden.

Die Industrialisierung führte also in dem Maße, wie sie Arbeitskräfte in den kapitalistischen Verwertungsprozeß einbezog und die Bereiche der einfachen Waren- und der kleingewerblichen Produktion verdrängte, gleichzeitig zur Entqualifizierung und zu rückläufigen Erwerbschancen für bestimmte Gruppen der abhängig arbeitenden – also zur Verschwendung von Produktivkräften. Hier zeigt sich der Doppelcharakter eines Industrialisierungsprozesses, der von den Interessen und den Standortentscheidungen kapitalistischer Unternehmen getragen wird: Für die einzelnen Unternehmen ist die Ansiedlung von Industriebetrieben in Regionen mit gering differenziertem Arbeitskräftepotential nur soweit interessant, wie die notwendigen Aufwendungen für die Erschließung und Gestaltung der im Produktionsprozeß verwandten Produktivkräfte minimal bleiben und ihre Verwertung gleichzeitig hohe Profite verspricht. Sie nutzen die regionalen Arbeitsmarktbedingungen deshalb so, daß sie durch die Ansiedlung überwiegend gering qualifizierter Arbeitsplätze sich aus einem durch fachliche Qualifikationsansprüche kaum begrenzten Arbeitskräftepotential die leistungsfähigsten Erwerbstätigen zu für sie günstigen Verwertungsbedingungen aussuchen können. Es ist für sie weniger profitabel, die ins Erwerbsleben Tretenden qualifiziert auszubilden, Arbeitskräfte mit nicht mehr verwendbarer Qualifikation neu umzuschulen, Arbeitskräfte einzustellen, deren beschränkte Leistungsfähigkeit (ältere Arbeitskräfte oder verheiratete Frauen) nicht den Anforderungen entsprechen. Dem

Fehlbestand an bestimmten fachlichen Qualifikationen wird eher durch „Improvisationen" (kurzfristiges Anlernen oder Einarbeiten zur Deckung des jeweils aktuellen Bedarfs des einzelnen Betriebs) abgeholfen. Nur unter diesem qualitativ begrenzten Interesse werden Regionen wie Ostfriesland in dem Maße in den kapitalistischen Verwertungsprozeß einbezogen, wie sie dadurch für bestimmte Bereiche der Produktion bessere Bedingungen der Kapitalverwertung garantieren. Für diese Regionen bedeutet das, daß nicht nur bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen unausgenutzt bzw. durch gering qualifizierte Arbeiten unterausgenutzt bleiben; die einzelbetriebliche Profitorientierung der Unternehmen verursacht auch darüber hinaus Kosten, die von den betroffenen Arbeitskräften selbst und von der Gesellschaft getragen werden müssen. Durch die — gemessen am eigentlichen Bedarf — verfehlte bzw. unzureichende Berufsausbildung sind die Arbeitsämter genötigt, durch Umschulungen, Anlern- und Einarbeitungszuschüsse die Qualifikationen zu vermitteln, die die Arbeitskräfte für die Produktion wieder verwertbar machen;[4]) durch den häufig überhöhten Arbeitsdruck in den Betrieben wird die Leistungsfähigkeit von Erwerbstätigen so frühzeitig verbraucht, daß viele von ihnen vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden und von der Arbeitslosenunterstützung oder von einer Frühinvalidenrente leben müssen.[5]) Auch in der konjunkturellen Reagibilität wird deutlich, daß Regionen wie Ostfriesland eher Pufferfunktion in Zeiten der Hochkonjunktur besitzen, was sich in hoher und länger anhaltender Arbeitslosigkeit bei Rezessionen zeigt:

„Diese konjunkturelle Schwäche der industriell wenig entwickelten Gebiete spiegelt sich vor allem in zwei Tatsachen:

Der besonderen Stellung des Baugewerbes auf dem Arbeitsmarkt dieser Gebiete und hier insbesondere wiederum der kleineren und mittleren Baufirmen. Diese rekrutierten in den vergangenen Jahren (vor der Rezession 1966/67 F. W.) in Regionen mit weniger angespannten Arbeitsmarkt Arbeitskräfte, mit denen sie dann Aufträge in Ballungszentren übernahmen. Diese Firmen, deren wichtigstes Plus in Zeiten der Hochkonjunktur in der Verfügung über Arbeitskräfte bestand, wurden offensichtlich von der Konjunktur ganz besonders betroffen (. . .).

Der besonderen Konjunkturempfindlichkeit von lohnintensiven Zweigbetrieben größerer Unternehmen, die seit dem Ende der 50er Jahre in großem Umfang in entwicklungsschwachen Gebieten errichtet wurden, um das dortige Potential an ungelernten Arbeitskräften auszuschöpfen. Offensichtlich werden bei Auftragsmangel der Unternehmen in erster Linie Arbeitskräfte in diesen Zweigbetrieben frei-

4) Durch das Arbeitsförderungsgesetz, das entsprechende Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Erwerbstätigen vorsieht, werden damit die Kosten, die Unternehmen verursacht haben, auf die Arbeitslosenversicherung abgewälzt, während der Profit, der z. T. schon aus der Lehrlingsausbildung, hauptsächlich aber aus der Beschäftigung ausgebildeter Arbeitskräfte gezogen wird, bei den Unternehmen verbleibt.

5) Die Bemühungen im Arbeitsförderungsgesetz, dieses wachsende Arbeitsmarktproblem zu beseitigen, zeigen die Hilflosigkeit staatlicher Instanzen, solange sie keinen direkten Einfluß auf die Arbeitskräftepolitik der Unternehmen besitzen. Betriebe, die schwer vermittlungsfähige (also meist ältere) Arbeitnehmer einstellen, können vom Arbeitsamt bis zu 2 Jahren einen Teil der Lohn- bzw. Gehaltssumme bezahlt bekommen. Diese Maßnahme hat teilweise den Erfolg gehabt, daß Betriebe ältere Beschäftigte entlassen haben, um dafür andere mit dem Zuschuß des Arbeitsamtes einzustellen. Letztlich laufen all diese Versuche, durch eine langfristige staatliche Arbeitsmarktpolitik die gesamtgesellschaftlich irrationalen Folgen der am Einzelprofit orientierten Unternehmenspolitik auszugleichen, auf eine Verschärfung dieses Widerspruches hinaus; denn da die Unternehmen die Folgen dieser Politik in Fom eines Mangels an noch verwendbaren Arbeitskräften dann nicht mehr selber zu tragen brauchen, können sie ihre Arbeitsmarktpolitik noch mehr nach ihren Profitinteressen bestimmen.

gesetzt, während man die meist qualifizierten Arbeitskräfte in den kapitalintensiven Stammwerken zu halten sucht . . . In Zeiten der Hochkonjunktur waren die Arbeitskräfte dieser entwicklungsschwachen Gebiete wertvoll und wurden auf dem Wege von Produktionsauslagerung, Gründung von Zweigbetrieben, Heranziehung von ortsfremden Unterkontraktanten für die in den Ballungszentren ansässigen Unternehmen und zur Entlastung des dort auftretenden Arbeitskräftebedarfs nutzbar gemacht. Bei Verschlechterung der konjunkturellen Situation verlieren diese Arbeitskräfte sehr rasch ihren Wert, so daß ein geringfügiger Beschäftigtenrückgang in den Ballungszentren ein Vielfaches an Arbeitslosigkeit in den auf sie orientierten wirtschaftlich schwächeren Gebieten erzeugt."[6])

Der gesamtgesellschaftliche Prozeß der Eingliederung oder produktiveren Verwendung von bisher brachliegenden bzw. unterausgenutzten Arbeitskräften führt also, wenn man ihn den profitorientierten Einzelinteressen der Kapitalbesitzer überläßt, statt ihn auch gesamtgesellschaftlich zu planen und vorzubereiten, zu erheblichen Widersprüchen, die nicht nur den Interessen der davon betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch dem volkswirtschaftlichen Interesse einer optimalen Verwendung der Produktivkräfte zuwiderlaufen.

Auch zukünftig wird sich an der qualitativen und quantitativen Struktur des regionalen Arbeitsmarktes in Ostfriesland wenig ändern. Einmal sind durch den geringen regionalen Multiplikatoreffekt und die geringen qualitativen Verbesserungen der Standortstruktur Ostfrieslands Prozesse zu einer Differenzierung und Qualifizierung der Arbeitsplätzestruktur weder innerhalb der Region in Gang gekommen noch entsprechende Tendenzen von außerhalb zu erwarten. Zum anderen ist ein auch eher quantitatives Ausschöpfen der weniger profitabel verwertbaren Arbeitskräfte so lange nicht zu erwarten, wie noch andere Regionen existieren, die aufgrund ihres noch geringen Industrialisierungsgrades Arbeitskraftreserven zu Verwertungsbedingungen zu bieten haben, die in Ostfriesland nicht mehr bestehen.[7]) Eine Aufhebung der regionalen Diskrepanzen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen wird also weiterhin nicht gelingen; solange die Art und das Ausmaß, in denen die gesellschaftlichen Produktivkräfte in die gesamtwirtschaftliche Produktion einbezogen werden, weiterhin der Entscheidung der Kapitalbesitzer überlassen bleiben, werden sich diese Diskrepanzen eher noch verschärfen.

6) **Arbeitslosigkeit 1967,** S. 43/44.

7) Vor allem für arbeitsintensive Betriebe mit geringer Transportkostenbelastung kann eine Ansiedlung im Ausland durchaus alternativ zur Ansiedlung in Streuungsregionen der BRD stehen, wenn dort die Arbeitsplätze nicht mehr zu den profitablen Bedingungen besetzt werden können.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Periodika, statistische Veröffentlichungen

Ostfriesische Landschaft (Hrsg.), Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Künste und vaterländische Altertümer zu Emden, Jg. 1950–1969, Bd. 30–49, Aurich 1950 ff.

Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Jahresberichte 1961–1970, Emden 1961 ff.

Der Regierungspräsident in Aurich/Ostfriesland (Hrsg.), Verwaltungsberichte 1960–1970 für den Regierungsbezirk Aurich, Aurich 1960 ff.

Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Jg. 13–18, 1965–1970, Nürnberg 1965 ff.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1950–1970.

– Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966, Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter, Wiesbaden 1968.

– Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus), Fachserie A, Reihe 6 H. I, Wiesbaden April 1968.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, Statistische Monatshefte für Niedersachsen, Jg. 1965–1970, Hannover 1965 ff.

– Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1969, Hannover 1969.

Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik (NALS), Das Handwerk in Niedersachsen 1949, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Heft 2 Hannover 1951.

– Die Industrie in Niedersachsen 1950, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, H. 4 Hannover 1952.

– Die Industrie in Niedersachsen 1955, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, H. 16 Hannover 1956.

– Das Handwerk in Niedersachsen 1956, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Heft 18 Hannover 1958.

– Die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens nach den Ergebnissen der Berufszählung am 13. Sept. 1950, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 15, Heft 2 Hannover 1955.

– Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Niedersachsen, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 15, H. 4 Hannover 1953.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt (NLV), Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Bauberichterstattung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 11, Hannover 1961.

– Die Industrie in Niedersachsen 1961, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 21, Hannover 1962.

– Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61, Teil 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Statistik von Niedersachsen, Bd. 27, Hannover 1964.

– Das Gastgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 34, Hannover 1963.

– Der Großhandel in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 35, Hannover 1963.

– Der Einzehandel in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 36, Hannover 1963.

– Die Handelsvermittlung in Niedersachsen, Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 37, Hannover 1963.

– Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Ergebnisse der Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 42, Hannover 1963.

– Personalverhältnisse in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Niedersachsens Ergebnisse der Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960, Statistik von Niedersachsen, Bd. 45, Hannover 1964.

– Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1961, Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 54, Hannover 1965.

– Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1963, Statistik von Niedersachsen, Bd. 55, Hannover 1964.

– Die Bevölkerung Niedersachsens am 6. Juni 1961, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 60, Hannover 1967.
– Die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Niedersachsens am 6. 6. 1961, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 61, Hannover 1966.
– Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt am 6. Juni 1961, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 63, Hannover 1965.
– Aus- und Einpendler-Erwerbspersonen, Studierende und Schüler nach Arbeits- und Ausbildungsort am 6. Juni 1961, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, Statistik von Niedersachsen, Bd. 65, Hannover 1965.
– Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Bauberichterstattung 1964, Statistik von Niedersachsen, Bd. 75, Hannover 1965.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt (NLV), Die verkehrstreibende Wirtschaft in Niedersachsen, Ergebnisse der Verkehrszählung 1962, Statistik von Niedersachsen, Bd. 79, Hannover 1965.

– Das Handwerk in Niedersachsen, Ergebnisse der Handwerkszählung 1963, Statistik von Niedersachsen, Bd. 82, Hannover 1965.
– Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1965, Statistik von Niedersachsen, Bd. 90, Hannover 1966.
– Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Bauberichterstattung 1966, Statistik von Niedersachsen, Bd. 104, Hannover 1967.
– Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1966, Statistik von Niedersachsen, Bd. 105, Hannover 1967.
– Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Bauberichterstattung 1967, Statistik von Niedersachsen, Bd. 115, Hannover 1968.
– Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1967, Statistik von Niedersachsen, Bd. 116, Hannover 1968.
– EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67, Zusammenfassende Darstellung für Niedersachsen, Statistik von Niedersachsen, Bd. 121, Hannover 1969.
– Bodennutzung und Ernte 1968, Statistik von Niedersachsen, Bd. 126, Hannover 1969.
– Die Industrie in Niedersachsen, Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1969, Statistik von Niedersachsen, Bd. 154, Hannover 1970.
– Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen, Ergebnisse der Bauberichterstattung 1969, Statistik von Niedersachsen, Bd. 155, Hannover 1970.

2. **Einzelveröffentlichungen**

H. Abel, Berufswechsel und Berufsverbundenheit bei männlichen Arbeitnehmern in der gewerblichen Wirtschaft, Braunschweig 1957.

W. Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jh., Stuttgart 1962.

– Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1962.

O. Aden, Entwicklung und Wechsellagen ausgewählter Gewerbe in Ostfriesland von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Heft 40, Aurich 1964.

G. Agena, Kleiner Leitfaden durch die ostfriesische Geschichte, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1950, Heft 16, Göttingen 1950.

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.), Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Schriften des Instituts für Geschichte Reihe 1, Bd. 10, Berlin 1962.

N. Altmann u. a., Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V., Verhalten von Betrieben auf dem Arbeitsmarkt – Arbeitsbericht RKW-Projekt A 77 (Vorstudie), Teil I, II, III, München Juni 1970.

R. Arntzen, Die voraussichtliche Entwicklung der Erzeinfuhren in der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Interessen des Hafens Emden. In: Schriftenreihe des Seeverkehrsbeirats, Hrsg. vom Bundesverkehrsministerium, H. 16, 1960.

Automation – Risiko und Chance, Beiträge zur zweiten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt, 16. bis 19. März in Oberhausen, Frankfurt/Main 1965.

M. Baethge, Ausbildung und Herrschaft, Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik, Schriftenreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen, Frankfurt/Main 1970.

M. Bahr, Die wirtschaftlichen Wandlungen des hannoverschen Emslandes seit Ende des 18. Jahrhunderts, Diss. Köln 1950.

Batelle-Institut, Beurteilung des deutschen Küstengebietes als Standort für neue Industriebetriebe, Bericht über die Ergebnisse einer Standortanalyse und Industriebefragung, Frankfurt/Main 1969.

— Untersuchungen der Abwanderungsmotivation im hessischen Zonenrandgebiet und Erörterung von Vorschlägen zur Verhinderung der Abwanderung, Frankfurt/Main Dez. 1969.

E. Batzer, M. Eli, Der deutsche Agrarmarkt. Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Kompendium. Frankfurt/Main 1970.

Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Probleme des bayrischen Arbeitsmarktes. Eine Untersuchung des Arbeitsmarktgeschehens 1966/67, Bad Windsheim o. J.

— Soziale Probleme der Automation in Bayern, München 1969.

T. Beckermann, M. Wulff, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Entwicklung und Situation des Baumarktes, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln und Opladen 1961.

K. Behring, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V., Funktionsfähigkeit von Arbeitsmärkten. Kriterien zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit regionaler Arbeitsmärkte, München 1969.

Beiträge zur Arbeitsmarktforschung. Diskussionsunterlagen aus dem Arbeitskreis „Arbeitswirtschaftliche Strukturprobleme" des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) e. V. und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in: „Mitteilungen" des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 5, Dez. 1968.

H. J. Bodenhöfer, Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von Wachstumsprozessen, Volkswirtschaftliche Schriften Heft 137, Berlin 1969.

K. M. Bolte, Sozialer Aufstieg und Abstieg. Eine Untersuchung über Berufsprestige und Berufsmobilität, Soziologische Gegenwartsfragen, N. F., Heft 5, Stuttgart 1959.

H. Borkhagen, Ostfriesland unter der hannoverschen Herrschaft (1815—1866), Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands Bd. 21, Aurich 1924.

M. Borris, Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag des Rationalisierungs-Kuratoriums der deutschen Wirtschaft, e. V. o. O. 1968.

O. Boustedt, H. Ranz, Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung, Aufgaben und Methoden, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Bd. 33, Bremen-Horn 1957.

R. Brenneisen, Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, in: Industrialisierung ländlicher Räume, Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XVII, Raum und gewerbliche Wirtschaft I, Hannover 1961.

G. Brons, Über die Handelszustände der Emshäfen Emden und Leer und über die Hannoversche Westeisenbahn, Emden 1850.

J. Brüningk, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe des Landkreises Emden seit 1880, Arbeiten zur Landeskunde und Wirtschaftsgeschichte Ostfrieslands Bd. 2, Aurich 1926.

E. W. Buchholz, Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel, Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte Bd. 11, Stuttgart 1966.

P. Buchholz, H. v. Renner, Probleme der beruflichen Umschulung in kleinbäuerlichen Gebieten. Ergebnisse von Erhebungen in den Landkreisen Meschede/Sauerland und Schleiden/Eifel, Hrsg. vom Sekretariat der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., Göttingen 1966.

J. Bünstorf, Die ostfriesische Fehnsiedlung als regionale Siedlungsform. Typus und Träger sozialfunktionaler Berufstradition, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands Bd. 45, Aurich 1966.

Bundesanstalt für Arbeit, Berufsberatung 1969/70. Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik Nürnberg, 15. Sept. 1971.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Die Standortwahl der Industriebetriebe in der BRD im Zeitraum 1955—1960, Bonn 1961.

— Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961—1963, Bonn 1964.

— Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe in den Jahren 1964 und 1965, Bonn 1966.

– Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte, neuerrichtete und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1966 und 1967, Bonn 1968.

Der Bundesminister für Wirtschaft, Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik, Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft, Bonn o. J.

K. W. Busch, Strukturwandlungen der westdeutschen Automobilindustrie. Ein Beitrag zur Erfassung und Deutung einer industriellen Entwicklungsphase im Übergang vom produktionsorientierten zum marktorientierten Wachstum, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 101, Berlin 1966.

H. Conradi, Die Abwanderung der Handwerker in die Industrie, dargestellt am Beispiel eines chemischen Großunternehmens, Diss. Frankfurt/Main 1961.

E. Dähne, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Zu einigen methodischen Problemen sozialwissenschaftlicher Regionalforschung. Voruntersuchung C im Rahmen des RKW-Projektes „Arbeitswirtschaftliche Strukturprobleme der Produktivitätsentwicklung", Marburg 1967.

E. Dähne, K. Steinhaus, Problemstudie: Zu einigen Entwicklungsproblemen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets. Eine Untersuchung im Auftrag des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) e. V., Teil II, bearbeitet vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Marburg/Lahn, Marburg o. J.

E. Dähne, F. Wiethold, Entwicklungsprobleme der Region Ostfriesland und ihres Arbeitsmarktes. Eine Problemstudie, erarbeitet vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF). Marburg/Lahn, im Auftrag des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW), Landesgruppe Niedersachsen Marburg/Lahn, Juli 1970.

R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Sammlung Göschen Bd. 103, Berlin 1956.

F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend. Erarbeitet von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung von Jugendfragen unter der wissenschaftlichen Leitung von H. Schelsky, Bd. 1 u. 2, Köln 1952.

Deutscher Industrie- und Handelstag, Berufsausbildung 1965, Die Berufsausbildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, DIHT-Schriftenreihe Heft 99, Bonn 1966.

– Berufsausbildung 1969/70, Die Berufsausbildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, DIHT-Schriftenreihe H. 120, Bonn 1970.

B. van Deenen, Die ländliche Familie unter dem Einfluß von Industrienähe und Industrieferne, Sozialpolitische Schriften Heft 13, Berlin 1961.

C. v. Dietze, M. Rolfes, G. Weippert, Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Ergebnisse einer Untersuchung in der BRD, Berichte über Landwirtschaft, S. H. 157, Hamburg und Berlin 1953.

H. Dörpmund, Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen Bd. 17, Bremen-Horn 1950.

P. Drewe, Ein Beitrag der Sozialforschung zur Regional- und Stadtplanung, Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie Bd. 7, Meisenheim a. d. Glan 1968.

W. Ebel, Das Ende des friesischen Rechts in Ostfriesland, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands Bd. 37, Aurich 1961.

E. Egner, Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12, Jg. 1963, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Göttingen 1963.

– Die regionale Entwicklung der Industriewirtschaften, in: Industrialisierung ländlicher Räume, Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bd. XVII, Raum und Wirtschaft I, Hannover 1961.

– Die Industrialisierung ländlicher Gebiete, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 169, 1957.

Elster, Haarnagel u. a. Heimatchronik des Landkreises Leer, Archiv für Deutsche Heimatpflege, Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 26, Köln o. J.

I. Esenwein-Rothe, Die Persistenz von Industriebetrieben in strukturschwachen Wirtschaftsgebieten (Eine Untersuchung über Industrieklima und Standortdynamik in entwicklungsbedürftigen Randgebieten), in: Industrialisierung ländlicher Räume, Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XVII, Raum und gewerbliche Wirtschaft I, Hannover 1961.

– Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 169, 1957.

J. Fourastiè, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, 2. Auflage, Köln 1969.

L. v. Friedeburg, Soziologie des Betriebsklimas, Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 13, Frankfurt/Main 1963.

Der Friesenrat (Hrsg.), Friesisches Jahrbuch 1967, Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Künste und vaterländische Altertümer zu Emden Bd. 47, Nordfriesisches Jahrbuch 1967, N. F. Bd. III, Aurich 1967.

Fr. W. Fröhlich, Wachstumsbedingte Strukturwandlungen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Diss. Köln 1969.

J. Frost, Anerbensitte und Realteilung, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. XIV, Berlin 1931.

E. Fischer, Die Veränderung der Agrardichte in Niedersachsen 1939—1961, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 14, Heft 3 Göttingen, Sept. 1965.

A. Gebhardt, H. Baumann, K. Schworm, Agglomerations- und Deglomerationstendenzen in der westdeutschen Industrie, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses — Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, 4, IFO-Institut München 1967.

Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung e. V., Möglichkeiten wirtschaftlicher Schwerpunktbildung in Schleswig-Holstein, 1. Band, Hauptgutachten, Bonn 1969.

H. Giersch, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Festschrift für Andreas Predöhl, Bd. 14, Heft 3, 1963.

S. Griew, Anpassung der Arbeitsanforderungen. Anwendung der biologischen Erkenntnisse über das Altern bei der Planung und Ausstattung des Arbeitsplatzes sowie bei der Organisation der Arbeit, Berlin—Köln—Frankfurt 1966.

R. Grotz, Zweigbetriebe und Betriebsverlagerungen Stuttgarter Industriebetriebe, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 20. Jg., Nr. 16.

A. Grunewald, Aspekte niedersächsischer Hafenpolitik, in: Neues Archiv für Niedersachsen Bd. 12, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Göttingen 1963.

A. Haack-Lübbers, Der Landkreis Norden (Regierungsbezirk Aurich), Kreisbeschreibung mit Kreisraumordnungsplan, bearbeitet in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und dem Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik, Die Landkreise in Niedersachsen, Reihe D, Bd. 5, Bremen-Horn 1951.

B. Hagedorn, Ostfrieslands Handel und Schiffahrt I im 16. Jahrhundert, Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte Bd. 3, Berlin 1910.

— Ostfrieslands Handel und Schiffahrt II vom Ausgang des 16. Jh. bis zum Westfälischen Frieden (1580—1648), Berlin 1912.

J. Hagel, Auswirkung der Teilung Deutschlands auf die Seehäfen. Eine statistisch-verkehrsgeographische Untersuchung, Marburger Geographische Schriften H. 9, Marburg 1957.

M. Hainisch, Die Landflucht. Ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924.

E. Harsche, Der landwirtschaftliche Nebenerwerb als zusätzliche Einkommensquelle für das Handwerk auf dem Lande, Arbeiten des Seminars für Handwerkspolitik an der Universität Frankfurt/M. Nr. 14, Frankfurt 1953.

E. Harsche, Die Einflüsse des nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsmarktes auf die Betriebsstruktur der hessischen Landwirtschaft, Diss. Gießen 1961.

— Die Nebenerwerbslandschaft in Hessen. Sozialökonomische Struktur und Flächenausstattung Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V., Sonderheft 20, Wiesbaden 1966.

W. Hartke, K. Ganser, Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz — Struktur, Entwicklungsprozesse und Raumordnungskonsequenzen, bearbeitet vom Geographischen Institut der Technischen Hochschule München, Mainz 1969.

L. Hasbagen, Die ostfriesischen Inseln. Zur Wirtschaftsgeographie eines Fremdenverkehrsgebietes, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Institutes für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Göttingen—Hannover 1964.

G. Hassel, Statistischer Umriß der sämtlichen Europäischen Staaten in Hinsicht ihrer Größe, Bevölkerung, Kulturverhältnisse, Handlung, Finanz- und Militärverfassung, Braunschweig 1805.

H. W. Haugwitz, Grünlandbetriebe im deutsch-niederländischen Marschgürtel. Ein Beispiel von Wettbewerbsverzerrung an westeuropäischen Binnengrenzen. In: Berichte über Landwirtschaft N. F. Bd. XL III, 1965.

R. Heberle, F. Mayer, Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung. Wirtschafts- und bevölkerungswissenschaftliche Untersuchung über Wanderung und Mobilität in deutschen Städten, Leipzig 1937.

G. Hecking, Die Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft als städtische Funktion, Diss. TH-Stuttgart, Stuttgart 1967.

A. Hegelheimer, Bildungsinvestitionen, Wirtschaftswachstum und Technischer Fortschritt, in: WWI-Mitteilungen, Heft 11/67.

H. Heideloff, Wandlungen und Struktur der ländlichen Handwerkswirtschaft in Niedersachsen, Veröffentlichungen der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, Reihe A, Heft 44, Oldenburg 1938.

W. Heidtmann, E. Noth, Grundlagen der regionalen Bildungsplanung für den ländlichen Raum, Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Nr. 74, Göttingen 1968.

H. Heyken, Institutionellle Grundlagen und funktionelle Verpflechtungen der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969.

J. Hinrichs, Wiesmoor. Erweckung und Ausbau eines ländlichen Wirtschaftsraumes und Beispiel einer langfristigen Arbeitskräftepolitik. In: Niedersachsen, altes Land auf neuen Wegen, Hannover 1962.

H. Hofbauer, U. Binting, W. Dadzio, Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Ergebnisse aus einer Erhebung im Frühjahr 1968, in: Mitteilungen, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen Dez. 1968, H. 5.

W. Hoffmann, Stadien und Typen der Industrialisierung, Probleme der Weltwirtschaft, Schriften des Institutes für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Bd. 54, Jena 1931.

W. G. Hoffmann, Die branchenmäßige Lohnstruktur der Industrie, Tübingen 1961.

H. Hunke, Die Niederlande und Niedersachsen. Ein produktionswirtschaftlicher Vergleich und Möglichkeiten der volkswirtschaftlichen Strukturen. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 18 (1960) Heft 2/3.

Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen, Bad Godesberg, Mai 1969.

G. Isenberg, Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 22, Bremen-Horn 1953.

– Existenzgrundlagen in Stadt- und Landesplanung, Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Bd. 14, Tübingen 1965.

P. G. Jansen, Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Regionalpolitik. In: Beiträge zur Raumplanung Bd. 3, Düsseldorf 1968.

W. Jaide, Die Berufswahl. Eine Untersuchung über die Voraussetzungen und Motive der Berufswahl bei Jugendlichen von heute, München 1961.

H. Jürgensen, D. Marx, Regionalplanung und wirtschaftliches Wachstum, Hamburg 1964.

H. Jürgensen, Die konjunkturelle Reagibilität volkswirtschaftlicher Teilräume. Das Beispiel der norddeutschen Küstenländer, Hamburg 1969.

E. M. Kätsch, Langfristige Bestimmungsgründe für die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen, Köln und Opladen 1965.

P. Kaser, Ältere Arbeitnehmer in der Industrie Nordrhein-Westfalens. Ihre Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb und außerhalb des Betriebes, Köln/Opladen 1966.

H. Kellenbenz, Bäuerliche Unternehmertätigkeit im Bereich der Nord- und Ostsee vom Hochmittelalter bis zum Ausgang der neuen Zeit, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 49, Heft 1, März 1962.

H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Teil I und II, Forschungsprojekt des RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Achter Band Frankfurt/M., 1970.

W. F. Killisch, Die oldenburgisch-ostfriesischen Geestrandstädte – Entwicklung, Struktur, zentralörtliche Bereichsgliederung und innere Differenzierung, Schriften des geographischen Instituts der Universität Kiel, Bd. 34, Kiel 1970.

H. Klages, Berufswahl und Berufsschicksal, Köln und Opladen 1959.

W. Klaudner, G. Kühlewind, P. Schnur, Zu den Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer. Eine Modellrechnung nach Wirtschaftszweigen bis 1980, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4. Jg. 1971, Heft 1.

A. Koch und A. Christl, Eine Untersuchung über den Fremdenverkehr auf den ostfriesischen Inseln. Schriftenreihe des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes für Fremdenverkehr an der Universität München, Heft 11, München 1957.

L. Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Soziologische Texte Bd. 38, Neuwied und Berlin 1966.

H. Kohl u. J. Lange (Hrsg.), Zur Analyse der Raumordnung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1968.

J. Kraft, Die Entwicklung des tertiären Sektors zwischen 1950 und 1961 und der Agglomerationsprozeß, Teil A, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses, Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 5, IFO-Institut, München 1967.

E. Kuhlmeyer, O. Blume, Die Ungelernten und ihre Herkunft, Göttingen 1966.

W. Kuhn, Die niederländisch-nordwestdeutschen Siedlungsbewegungen des 16. und 17. Jahrhunderts. In: Geschichtliche Landeskunde und Universalgeschichte, Festgabe für H. Aubin, Hamburg 1950.

K. Kulinat, Geographische Untersuchungen über den Fremdenverkehr der niedersächsischen Küste, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Reihe A, Bd. 92, Göttingen 1969.

H. Laible, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angehörigen landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe unter Berücksichtigung der außerlandwirtschaftlichen Berufe und der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse, untersucht im Einflußgebiet des Arbeitsmarktes der Stadt Gießen, Diss. Gießen 1952.

R. Lammers, Der ältere Arbeiter im Industriebetrieb, Ein Beitrag zur Erforschung seiner Arbeits- und Beschäftigungssituation in der BRD, Münster 1968.

Landwirtschaftskammer Weser-Ems (Hrsg.), Gutachten über die Verbesserung der landwirtschaftlichen und allgemein-wirtschaftlichen Struktur des Emslandplangebietes 1967.

W. Langenheder, Ansatz zu einer allgemeinen Verhaltenstheorie in den Sozialwissenschaften. Dargestellt und überprüft an Ergebnissen empirischer Untersuchungen über Ursachen von Wanderungen, Köln und Opladen 1968.

B. Lehbert, Die interindustrielle und interregionale Verflechtung der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein. Kieler Studien, Bd. 81, Tübingen 1967.

J. Lemelsen, Das neue Volkswagen-Werk in Emden, in: Neues Archiv für Niedersachsen Bd. 14, Heft 1, Göttingen April 1965.

– Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel Duderstadt, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 15, Heft 1, Jg. 1966 Göttingen, März 1966.

J. Lemelsen, Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Aurich, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 16, Heft 1, Jg. 1967 Göttingen, März 1967.

– Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, H. 1, Göttingen März 1968.

J. Lemelsen, Untersuchungen über die Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten Niedersachsens. Bemerkungen zur Methode und zu den Ergebnissen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, Heft 2, Göttingen, Juni 1968.

W. Lempert, H. Ebel, Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Freiburg 1965.

W. Lempert, Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der BRD, Berlin 1966.

N. J. Lenort, Strukturforschung und Gemeindeplanung, Zur Methodenlehre der Kommunalpolitik, Köln und Opladen 1960.

H. Linde, Das Königreich Hannover an der Schwelle des Industriezeitalters, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1951, Heft 24, Göttingen 1951.

– Die regionalen Unterschiede der Wirtschaftskraft in Niedersachsen 1950, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe G, Bd. 5, Hannover 1954.

J. Lindenlaub, Energieimpulse und regionale Wachstumsdifferenzierung, München 1968.

L. E. Lübbers, Ostfrieslands Schiffahrt und Seefischerei, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungsheft VII, Tübingen 1903.

F. Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Deutsche Agrargeschichte Bd. 3, Stuttgart 1964.

B. Lutz, L. Bauer, J. von Kornazki, Berufsaussichten und Berufsausbildung in der Bundesrepublik, Eine Dokumentation des Stern, Hamburg 1964.

B. Lutz, F. Weltz, Der zwischenbetriebliche Arbeitsplatzwechsel, Zur Soziologie und Sozioökonomie der Berufsmobilität, Eine Veröffentlichung des RKW, Frankfurt/M., 1966.

B. Lutz, D. Kreuz, Wochenendpendler. Eine Extremform des Erwerbsverhaltens in wirtschaftlich schwachen Gebieten, dargestellt am Beispiel Ostbayerns. Eine Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V., München 1968.

E. Lux, Ausmaß und Ursache der Fluktuation der Arbeitnehmer in der Industrie der BRD, (Diss.) Köln 1965.

G. Mackenroth, Bevölkerungslehre, Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.

J. Marx, Arbeitskraft, neue Technik, Monopolherrschaft. DWI-Forschungshefte 4/1971, Berlin 1971.

K. Marx, Das Kapital, Bd. 1–3, Marx-Engels-Werke, Bd. 23–25, Berlin 1962.

I. Matzdorff, Zur Frage der Mobilitätsbereitschaft langfristig arbeitsloser Arbeitnehmer, in: „Sozialer Fortschritt", H. 10, Jg. 17, 1968.

H. Meinke, Tourismus und wirtschaftliche Entwicklung, Göttingen-Zürich 1968.

W. Meyer, Die Theorie der Standortwahl, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 54, Berlin 1960.

W. Mieth, Die Qualität des Arbeitsmarktes in Abhängigkeit von seiner Größe. In: Industrie und zentrale Orte, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 49, Hannover 1969.

G. Möhlmann, Eine Beschreibung Ostfrieslands aus dem Jahre 1739, in: Friesisches Jahrbuch 1967, Hrsg. Der Friesenrat, Aurich 1967.

M. Moll, Die Teilzeitarbeit, Diss. Köln 1960.

H. Mottek (Hrsg.), Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1, Berlin 1960.

– Wirtschaftsgeschichte Deutschlands – Ein Grundriß, 2 Bände, Berlin 1968.

O. Mühlhäuser, Beschäftigungseffekte des technischen Wandels, RKW-Schriftenreihe Technischer Fortschritt und struktureller Wandel, Frankfurt/Main 1970.

H. Müller, Wirtschaftliche Grundprobleme der Raumordnungspolitik, Berlin 1969.

K. V. Müller, Regionale Unterschiede der sozialen Struktur Niedersachsens im Jahre 1946 und die Auslesebedeutung der Wanderungsbewegung. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Göttingen 1963.

H. Müller-Neuhof, Ausmaß, Ursachen und Auswirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem nordhessischen Zonenrandgebiet. Möglichkeiten und Grenzen regional-statistischer Analysen, Diss. Marburg 1969.

W. Müller, Industrielle Entwicklungsmöglichkeiten und Aufgaben im niedersächsischen Küstenraum, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe G, Bd. 15, Hannover 1958.

A. Myrdal, V. Klein, Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf, Köln-Berlin 1960.

O. Neuloh, J. Kurucz, Vom Kirchdorf zur Industriegemeinde. Untersuchungen über den Einfluß der Industrialisierung auf die Wertordnung der Arbeitnehmer, Sozialforschung und Sozialordnung, Bd. 4, Köln und Berlin 1967.

Hrsg. von F. Neumark, Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 30/1,2 Berlin 1964.

Niedersachsens, bearbeitet von Dr. P. Singer und Dr. D. Fliedner unter Verwendung einer Materialsammlung von Prof. Dr. Brüning, Harms Landeskunde, München-Frankfurt-Berlin-Hamburg-Essen 1970.

Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Auswahl geeigneter Standorte für Industriebetriebe, Hannover 1956.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, Abt. Statistik, Standorte für Industrie-Ansiedlung, Hannover 1960.

Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.), Denkschrift zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück, Hannover, im April 1970.

Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Regionale Aktionsprogramme Nordwestniedersachsen und Niedersächsisches Zonenrandgebiet – Zusammenfassung –, Hannover 1969.

Der niedersächsische Minister des Inneren (Hrsg.), Grundlagen und Hinweise für ein Landes-Raumordnungsprogramm, Schriftenreihe der Landesplanung Niedersachsen, Hannover 1965.

Niedersächsischer Ministerpräsident (Hrsg.), Entwicklungsplan des Landes Niedersachsen für die Jahre 1970–1979, Bd. I, Hannover, Juni 1969.

H. Nuhn, Industrie im hessischen Hinterland. Entwicklung, Standortprobleme und Auswirkungen der jüngsten Industrialisierung im ländlichen Mittelgebirgsraum, Marburger Geographische Schriften, H. 23, Marburg 1965.

R. Oldewage, Die Nordseehäfen im EWG-Raum, Basel-Tübingen 1963.

W. Ostendorf, Ansiedlung neuer Industriewerke im niedersächsischen Unterweserraum, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe G, Bd. 15, Hannover 1958.

W. Petschick, Berufsausbildung und technische Revolution in Westdeutschland, DWI-Forschungshefte 4/1968, Berlin 1968.

O. Plagge, Das Dauermilchwerk der Deutschen Libby G. m. b. H., in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jahrgang 1954, Heft 1/3, Göttingen 1954.

U. Planck, E. Wagner, Jugend auf dem Lande. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Erhebung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, Hannover 1958.

U. Planck, Der bäuerliche Familienbetrieb zwischen Patriarchat und Partnerschaft, Stuttgart 1964.

— Landjugend im sozialen Wandel, Ergebnisse einer Trenduntersuchung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, München 1970.

L. Pomerelle, Methoden zur Überwindung der Immobilität von Arbeitskräften in Gebieten mit struktureller Arbeitslosigkeit, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 7. Jg., H. 14.

P. Quante, Die Flucht aus der Landwirtschaft, Berlin 1933.

O. Radke, W. Rathert, Gleichberechtigung? Eine Untersuchung über die Entwicklung der Tariflöhne und Effektivverdienste der Frauen in der Metallindustrie, Frankfurt/Main 1964.

Rationalisierung und Mechanisierung im öffentlichen Dienst, Ein Gutachten des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. für die Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1968.

Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW) Hrsg., Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft durch soziale und technische Anpassung der Arbeit an den Menschen bei technischer Umstellung, Forschungsprojekt des RKW.

— Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Erster Band, Sieben Berichte — Kurzfassung der Ergebnisse, Frankfurt/Main 1970.

Raumordnung in Ostfriesland, Eine Untersuchung für den Regierungsbezirk Aurich/Ostfriesland aufgestellt vom Regierungspräsidenten in Aurich, Aurich 1965.

P. Rintelen, H. Niehaus, H. Kötter, Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte, Entwicklungstendenzen und Orientierungshilfen. Hrsg. im Auftrag der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bonn 1967.

U. P. Ritter, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung, Die preußische Industrieförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1961.

W. Reinhardt, Die Siedlungsverhältnisse in der ostfriesischen Marsch, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 27, H. 2, September 1961.

D. Saalfeld, Die Landwirtschaft Niedersachsens. Ihre sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen seit 1945 und ihre Entwicklungstendenzen, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Reihe B, H. 9, Hannover 1965.

H. Sanmann (Hrsg.), Handbuch der europäischen Seehäfen, Grundfragen der Seeverkehrswirtschaft, Bd. I, Hamburg 1967.

K. Schäfer u. a., Grundsätze und Gedanken zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, dargestellt am Beispiel des Emslandes. Untersuchung im Auftrag der Landkreise Aschendorf-Hümmling, Grafschaft Bentheim, Lingen und Meppen, Hannover 1968.

F. W. Schaer, Die Stadt Aurich und ihre Beamtenschaft im 19. Jahrhundert, Untersuchungen zur Ständegeschichte Niedersachsens, Bd. 3, Göttingen 1963.

H. Schmidt, Räumliche Wirkung der Investitionen im Industrialisierungsprozeß. Analyse des regionalen Wirtschaftswachstums, Köln und Opladen 1966.

G. Schnath u. a., Geschichte des Landes Niedersachsen — ein Überblick. Sonderausgabe aus der Geschichte der deutschen Länder, „Territorien-Ploetz", Würzburg 1962.

E. K. Schneider, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Raum Ostfriesland, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, Heft 3, Göttingen, September 1968.

D. Schröder u. a., Analyse und Prognose der regionalen Wachstumsunterschiede der Beschäftigung und der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980 unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens, 2 Teile, Prognos AG, Basel 1966.

D. Schröder, Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum. Bestimmungsgründe der regionalen Wachstumsunterschiede, der Beschäftigung und der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980, prognos studien 3, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968.

— Wachstum und Gesellschaftspolitik, Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, prognos studien 4, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971. Mainz 1971.

B. Schröer, Rheinstahl-Nordseewerke GmbH in Emden, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 15, H. 4, Göttingen Dezember 1966.

– Strukturwandel und Entwicklungstendenzen im Wirtschaftsbild der Stadt Emden, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 16, Heft 4, Göttingen, Dezember 1967.

A. Schüller, Dienstleistungsmärkte in der BRD. Sichere Domäne selbständiger mittelständischer Unternehmer? Abhandlungen zur Mittelstandsforschung Nr. 25, Köln und Opladen 1967.

P. Schwanse, Beschäftigungsstruktur und Wirtschaftswachstum in der BRD 1950–1963, Berlin 1965.

K. Schwarz, Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 58, Hannover 1969.

A. Schwietert u. a., Einkommen und Verbrauch 1972/73, Entwicklung und Struktur der Einkommen und des Verbrauchs privater Haushalte in den Ländern und Regierungsbezirken der BRD 1962/63 und 1972/73, prognos report nr. 2, Basel 1967.

Chr. Seiffert, Die Entwicklung der Landwirtschaft in den niedersächsischen Seemarschen unter dem Einfluß der gewerblichen und industriellen Entwicklung seit 1800, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 13, Heft 3, Göttingen Oktober 1964.

Sekretariat der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Die Meinung der Landwirte zur zukünftigen Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit, Göttingen 1969.

M. Sering, C. v. Dietze, Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 178, München 1930.

M. Sering, Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage, Leipzig 1934.

W. Siewert, Strukturwandlungen des Handwerks im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F. Nr. 31, Berlin 1954.

W. Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Berlin 1955.

K. G. Specht, N. J. Lenort, K. Otto, Das Verhältnis zwischen primären und sekundären Erwerbszweigen und seine Bedeutung für Wirtschaftspolitik und Landesplanung an Beispielen aus dem Lande Nordrhein-Westfalen, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1055, Köln-Opladen 1962.

H. Spilker, Zukunftschancen des Wirtschaftsraumes „Deutsche Küste", Schriftenreihe der Behörde für Wirtschaft und Verkehr der freien und Hansestadt Hamburg, Heft Nr. 5, Hamburg 1968.

H. Spillmann, Die Lage der Schiffahrt und der Schifferbevölkerung im Emsbezirk, in: Die Lage der in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 1, Abteilung II, Leipzig 1903.

H. Staubach, Pendelwanderung und Raumordnung. Der Einfluß der Pendelwanderung auf die Standortpolitik im Wohnungs- und Siedlungswesen, Köln und Opladen 1962.

G. Stavenhagen, Typen ländlicher Neuindustrialisierung in der BRD, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Industrialisierung ländlicher Räume, Bd. XVII, Raum und gewerbliche Wirtschaft I, Hannover 1961.

W. Steden, Der Arbeitsmarkt der bayrischen Industrie. Ein interregionaler Vergleich. Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin 1969.

H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967.

Stern-Redaktion (Hrsg.), Arbeitslosigkeit 1967. Eine Dokumentation des Stern, Hamburg 1967.

O. Strecker, Analyse niedersächsischer Agrarmärkte, Bonn 1968.

F. Swart, Zur friesischen Agrargeschichte, Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller und M. Sering, Leipzig 1910.

G. Teschke, Studien zur Sozial- und Verfassungsgeschichte Frieslands im Hoch- und Spätmittelalter, Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 42, Aurich 1966.

W. Thamm, Auswirkungen der Industrialisierung auf die Landbewirtschaftung in ausgewählten Landgemeinden und Industriearbeitergruppen Baden-Württembergs, Institut für Agrarpolitik und Sozialökonomik des Landbaues der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, Bonn 1961.

B. Tietz, Konsument und Einzelhandel, Strukturwandlungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1975, Frankfurt 1966.

K. H. Tjaden, Grundriß eines Bezugsrahmens der Analyse sozialer Mobilität. Beschreibung und Analyse verschiedener Formen sozialer Mobilität in Osthessen und ihre Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung, Untersuchungsphase I, Teil 1, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) Marburg, August 1969.

K. Töpfer, Regionalpolitik und Standortentscheidung. Die Beeinflussung privater Pläne, dargestellt an der unternehmerischen Standortentscheidung, Beiträge zur Raumplanung, Bd. 6, Bielefeld 1969.

W. Treue, Niedersachsens Wirtschaft seit 1760, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Reihe B, Heft 8, Hannover 1964.

W. Uebe, Industriestruktur und Standort. Regionale Wachstumsunterschiede der Industriebeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1962, prognos studien 1, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967.

G. Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821–1961, Hannover 1966.

W. Viebahn, Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität zu Köln. Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1969.

K. Vogt, Die Exportfähigkeit von Dienstleistungen, Weltwirtschaftliche Studien 9, Göttingen 1967.

F. Voigt u. a., Wirtschaftliche Entleerungsgebiete in Industrieländern. Ein Beitrag zur Theorie der Raumwirtschaft und der Regionalpolitik für die BRD, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2061, Köln und Opladen 1969.

R. Wagenführ, Die Industriewirtschaft, Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860–1932, Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31, Berlin 1933.

T. Warth, Probleme einer wirtschaftlichen Beurteilung der Lehrlingsausbildung und die Frage der Ausbildungskosten, Münster/Westfalen 1963.

A. Weber, Industrielle Standortlehre (Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standorts), Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VI, Tübingen 1923.

W. Weitz, Die Auswanderung aus Ostfriesland im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Künste und vaterländische Altertümer zu Emden, Jg. 43 (1963), Aurich 1963.

K. Werner, Die Industrie des Wirtschaftsgebietes Niedersachsen. Statistischer Strukturbericht auf Grund der Produktionserhebung 1936 und der Arbeitsstättenzählung 1939, Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., NF. Bd. 28, Bremen-Horn 1948.

W. Wernet, Über die Lehrlingshaltung im Handwerk in wirtschaftlicher Sicht, Münster 1958.

– Handwerk im Wettbewerb. Voraussetzungen, Verwirklichung und Ergebnisse des Wettbewerbs im Handwerk, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 15, Münster 1967.

U. Werschnitzky u. a., Nebenberufliche Landbewirtschaftung in sechs Gebieten der BRD, 1. Untersuchungsabschnitt, in: Berichte über Landwirtschaft, 180. Sonderheft, Hamburg-Berlin 1965.

U. Werschnitzky und E. Fleischhauer, Nebenberufliche Landbewirtschaftung, Sozialökonomische Veränderungen und betriebswirtschaftliche Ergebnisse, Berichte über Landwirtschaft, N. F. 184. Sonderheft, Hamburg-Berlin 1968.

D. Wiarda, Die geschichtliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ostfrieslands, in: Sammlung nationalökonomischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, Bd. II, Heft 5, Jena 1880.

W. Wiedemann, Strukturwandel im ländlichen Raum, Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12, Kurt-Brüning-Gedächtnisschrift, Göttingen 1963.

L. Wierling, Landwirtschaft im städtisch-industriellen Ballungsraum Untersucht am Beispiel des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, Köln und Opladen 1968.

R. G. Wieting, Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen bis zum Jahre 1980. Untersuchung im Auftrag des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr, Prognos AG, Basel 1967.

R. G. Wieting, J. Hübschle, Struktur und Motive der Wanderungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland (unter besonderer Berücksichtigung der kleinräumigen Mobilität). Eine Untersuchung der Prognos AG im Auftrag des Bundesministers des Inneren, Basel Juni 1968.

F. Wiethold, Zum Verhältnis von beruflicher und regionaler Mobilität in einer gering industrialisierten Region – Mobilitätstypen im Berufsverlauf männlicher Erwerbspersonen im Kleinraum Neukirchen, Beschreibung und Analyse verschiedener Formen sozialer Mobilität in Osthessen und ihre Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung, Untersuchungsphase II, Teil 2 Marburg, September 1970.

E. Willeke, Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft. Eine qualitative Theorie des „Arbeitsmarktes", Jena 1937.

B. Wronski, Regionale Lohnunterschiede und Industriestandort, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 33, Bad Godesberg 1956.

D. Wulf, Einflußzonen der Binnenschiffahrt, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XVIII, Zonenbildung im Verkehr, Raum und Verkehr 6, Göttingen 1961.

H. Zimmermann, Öffentliche Ausgaben und regionale Wirtschaftsentwicklung, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Basel-Tübingen 1970.